

W I E N E R R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z.

Herausgeber und verantw.Redakteur Franz Micheu.

27. Jahrgang, Wien, Donnerstag, den 1. Dezember 1921.

.....
Petroleumpreiserhöhung. Ab 4. Dezember wird der Ladenpreis für einen Liter Petroleum auf K 162.- erhöht. Die zur Ausgabe gelangenden Quoten bleiben wie bisher.

.....
Sühneverhandlungen. Im Dezember finden die Sühneverhandlungen bei den Gemeindevermittlungsbüroern der Bezirke 5, 7 und 20 am 7., 14., 21. und 28., im 12. Bezirk am 9. und 23., im 14. Bezirk am 7. und 21., im 21. Bezirk am 6., 13., 20. und 27. statt.

.....
Aus dem Stadtsenat. Der Stadtsenat hat heute die Vorlagen des Finanzausschusses betreffend die Einführung einer Abgabe von Anzeigen, sowie die Aenderung der Wertgrenzen im Luxuswarenabgabegesetz genehmigt.

ein Teil des Proletariats die Strassenbahn benutzen können.

GR. Rotter (chr.-soz.): Aber die Proletarier habe ich nicht in eine Linie mit den Schiebern gestellt.

GR. Forstner (Soz. Dem.): Der Sinn ist jedenfalls derselbe.

GR. Beermann (Soz. Dem.): Eine historische Entgleisung des Herrn Rotter.

Bei der Abstimung werden die Anträge des Referenten angenommen, ebenso die Anträge des GR. Weigl. Die anderen Anträge werden zum Teil abgelehnt, zum Teil der geschäftsmässigen Behandlung zugewiesen.

Der Bürgermeister verkündet sodann noch, daß zu den Postnummern 17 und 22 die Wortmeldungen zurückgezogen wurden, diese daher als angenommen gelten.

Die Sitzung wird sodann abgebrochen.

.....

Neue, bedeutende Lohnerhöhungen im Baugewerbe. - Um 70 % des gesamten Stundenlohnes. Wie wir erfahren hat vorgestern unter Mitwirkung eines Vertreters des Bundesministeriums für soziale Verwaltung eine Versammlung von Bauarbeitgebern und Bauarbeitnehmern in Wien stattgefunden, zum Zwecke der Festsetzung eines Minimallohnes, welcher der horrenden Teuerung Rechnung tragen, die Arbeiter in Stand setzen soll, den verschärften Kampf um die Existenz zu bestehen. Auf Grund der Berechnung des Bundesministeriums wurde eine Einigung getroffen, auf 70 % Erhöhung des bisherigen Minimalstundenlohnes. Die neuen Löhne werden demnach vom 4. Dezember d. J. angefangen betragen: Für den Maurer K 255.-, für den Spezialmaurer K 269.-, für den Zimmerer K 264.-, für den Gerüstler K 240.-, für den Hilfsarbeiter über 22 Jahre K 226.-, für den Hilfsarbeiter unter 22 Jahren 185 K, für die Frauen K 168.-. Alle die hier genannten Beträge sind Mindestlöhne für die Stunde und gelten bis Jahresende.

Der Dank der Stadt Wien an Präsidenten Dr. Kloß. Der Stadtsenat hat in seiner letzten Sitzung beschlossen dem Leiter des staatlichen Kohlenamtes im Bundesministerium für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten Präsidenten Dr. Rudolf Kloß für die hingebungsvolle und erfolgreiche Mühewaltung um die Kohlenversorgung Wiens den vollsten Dank und die Anerkennung der Stadt Wien zum Ausdruck zu bringen.

Auszeichnung der Wiener Stadtphysici. Wie wir erfahren, wurde dem Stadtphysikus Dr. Anton Pichler und dem Stadtphysikus Dr. Eduard Friedl der Titel eines Obermedicinalrates verliehen.

WIENER GEMEINDERAT ALS LANDTAG.

Sitzung vom 2. Dezember 1921.

Präsident Dr. Danneberg eröffnet die Sitzung.

StR. Breitner (Soz. Dem.) referiert über die Verlängerung des Gesetzes vom April 1920 betreffend die Einhebung einer Gemeindeabgabe von gewerbsmäßiger Vermietung von Wohnräumen in Wien, das mit Ende dieses Jahres befristet ist. Prüfungen haben gezeigt, daß trotz des verhältnismäßig hohen Abgabensatzes das Gesetz sich eingelebt und bewährt hat. Die Fremdenzimmerabgabe hat es ermöglicht, von anderen Arten von Fremdensteuern abzusehen und es werden durch dieses Gesetz die Fremden auf eine Art zur Steuerleistung herangezogen, wie sie andere Gesetze nicht ermöglichten. Das Gesetz ermöglicht, die Fremden nach dem wirklichen Aufwand, den sie treiben, zu besteuern. Da es der Gemeinde mit Rücksicht auf ihre finanzielle Lage nicht möglich ist, das Gesetz zu entbehren, ersucht der Referent das Gesetz zu verlängern.

Der Referentenantrag wird in erster und zweiter Lesung zum Beschluss erhoben.

StR. Breitner berichtet über die Gesetzesvorlage betreffend die Einhebung einer Gemeindeabgabe von öffentlichen Ankündigungen in Wien die eine 30 %ige Abgabe vorsieht. Die Erhöhung der Abgabe von 20 auf 30 % würde nicht vorgenommen werden, wenn angenommen werden könnte, daß durch sie ein Erwerbszweig erschlagen werden könnte, um so weniger, als die Gemeinde auf dem Gebiete des Ankündigungswesens Fuß zu fassen sucht. Dort wo die Abgabe in Kronenbeträgen festgesetzt war,

soll eine Steigerung eintreten, die der Geldentwertung entspricht. Es sollen auch Anzeigen, die durch Anstrich von Mäuern bewerkstelligt werden, besteuert werden, da sie ja auch in die Kategorie der Plakatssteuer gehören. Der bisherige Ertrag der Plakatsabgabe ist mit rund 15 Millionen Kronen zu beziffern und ist durch die Erhöhung des Betrages eine Vermehrung der Einnahmen zu erwarten, die sich auch durch die Steigerung des Warenverkehrs ergeben wird.

Die Gesetzesvorlage wird in erster und zweiter Lesung zum Beschluss erhoben. StR. Breitner (Soz. Dem.) berichtet über ein Gesetz betreffend die Einhebung von Landeszuschlägen zu den direkten Steuern im Gebiete der Stadt Wien auch nach dem 1. Jänner 1922.

Das Gesetz wird ohne Debatte in erster und zweiter Lesung beschlossen.

StR. Breitner berichtet über ein Gesetz betreffend die Einhebung einer Gemeindeabgabe von Anzeigen aller Art in Zeitungen und sonstigen in Wien erscheinenden Blättern, Schriften oder Druckwerken (Anzeigenabgabe) und sagt, es handle sich nicht um eine neue Wiener Erfindung, da solche Abgaben bereits in einer Reihe von auswärtigen Staaten, in der Tschechoslovakei, Italien und Deutschland, in Vorbereitung stehen. Dort allerdings entsprechend den besseren wirtschaftlichen Verhältnissen mit geringeren Abgabensätzen. Wir sind bei allen Steuern genötigt, hoch zu greifen, wenn auch nicht verkannt werden soll, daß eine solche Häufung lokaler Abgaben für Wien nicht ohne Gefahr ist. Wir müssen damit rechnen, daß dadurch die Konkurrenzfähigkeit des Wiener Gewerbes gegenüber dem Auslande eine Schwächung erfährt. Diese Umstände sind es, die uns Zurückhaltung auferlegen insbesondere bei einem Gesetze das die graphische Industrie betrifft. Dieser Geschäftszweig hatte keinerlei Kriegskonjunktur, er steht im Gegenteile seit 1914 unter einem schweren Drucke. Das graphische Gewerbe hat auch leider einen großen Stand an Erwerbslosen zu verzeichnen. Das ist die Begründung, daß wir im Verhältnisse zur Plakatabgabe mit einem niedrigeren Abgabensatz kommen. Unterworfen sollen die Anzeigen in allen ihren Formen werden, gleichgültig ob es sich um Druckwerke in Form von Zeitungen handelt oder in Form von Büchern oder um Anzeigen, die etwa auf einen Theaterzettel angebracht sind. Eine gewisse Schwierigkeit war es, die Lage der Fachpresse zu berücksichtigen. Wir haben uns bemüht, im Laufe der Verhandlungen einen richtigen Abgrenzungsbegriff zu finden. Es ist gelungen eine Reihe von Verbesserungen vorzunehmen und Unklarheiten, die im Entwurf enthalten waren, zu beseitigen. Auch den Bedenken wegen der Fachpresse wurde durch Einschaltung des § 8 Rechnung getragen, denn wir können es nicht wünschen, daß die Herstellung der Fachpresse nach auswärts verlegt werde. Sonst ist nur eine Ausnahme getroffen, bezüglich der Stellungsgesuche, dies schien eine soziale Notwendigkeit zu sein. Wir haben versucht uns ein Bild über die Ertragsmöglichkeit zu machen und können unter Zugrundelegung der heutigen Verhältnisse mit ziemlicher Sicherheit auf den Ertrag von 150 Millionen Kronen rechnen. Davon entfallen mehr als zwei Drittel auf die Tagespresse und davon wieder der weitaus größte Teil auf die führenden Inseratenblätter „Neue Freie Presse“ und „Neues Wiener Tagblatt“.

GR. Dr. Kienböck (chr. soz.) erklärt, daß das Inseratenwesen an sich und für sich gewiss ein ganz geeignetes Steuerobjekt sei, nur müsse, der rein städtische Charakter dieser Steuer für Wien allein gewisse Bedenken erregen, um so mehr als die Abgabe nicht nur den das typische Steuerobjekt umfaßt, die reine Geschäftsanzeige und alle Arten von ausgesprochenen Reklamen, sondern auch Ankündigungen von ohnehin bestehenden Geschäftsverbindungen, die sich durch die Wiederholung einen beschränkten Interessentenkreise in Erinnerung bringen wollen. Das gilt besonders für Ankündigungen in der Fachpresse. Hier ist es nicht ausgeschlossen, daß angesichts der Tatsache, als die Steuer nur für das Land Wien gilt, diese Blätter ihren Sitz außerhalb Wiens verlegen, die Druckerei wechseln oder ganz eingehen. Deshalb haben die Christlichsozialen im Ausschusse den § 8 durchgesetzt, welcher der Fachpresse bestimmte Erleichterungen einräumt. Es sei nur zu wünschen, daß vom § 8 ein ausreichender Gebrauch gemacht werde, damit das praktische Gewerbe vor Schaden verschont bleibt.

Der Referent erwirbt, daß diesem Wunsche gewiss/möglichster Weise Rechnung getragen und von der erwähnten Begünstigung der denkbar weiteste Gebrauch gemacht werde.

Das Gesetz wird sodann in beiden Lesungen angenommen.

G. R. Hengstl berichtet über das Ansuchen des Landesgerichtes für Strafsachen wegen Auslieferung des Gemeinderates Untermüller in der über Antrag der Nationalräte Pick, Allina und Baumgärtel wegen Vergehens gegen die Sicherheit der Ehre einzuleitenden Voruntersuchung und beantragt dem Beschluß des Immunitätskollegiums auf Ablehnung des Ansuchens stattzugeben.

G. R. Bernann (Soz. Dem.) sagt, daß er dem Berichte des Immunitätskollegiums einiges hinzufügen müsse, weil es notwendig sei, ein Stück Parteidemagogie festzustellen und das Vorbringen bewußter Fälschungen zu kennzeichnen. Daß Klage lege ein Flugblatt zugrunde, das bei einer Versammlung der Privatangestellten im Rathause vor den Fenstern herabgeworfen wurde. Gezeichnet war das Flugblatt vom Verbands der christlichen Handelsangestellten, deren Obmann G. R. Untermüller ist. In dem Flugblatt wurde nachzuweisen versucht, daß das Vorgehen der Nationalräte Pick, Allina und Baumgärtel, die an leitenden Stellen der freien Angestelltenverbände stehen, es bewirkt habe, daß die Angestellten in dem Schutzgesetze nicht jene Vorteile erreicht haben, als sie sie erreicht hätten, wenn die Genannten nicht ihr Vorgehen geübt hätten. Als am 1. Juli 1910 das Angestelltengesetz in Kraft getreten war, zeigte sich bald seine Unzulänglichkeit. Man trat an die Regierung heran, wegen einer Aenderung des Gesetzes und die Regierung hat auch eine Verordnung erlassen, daß die Heimkehrer in die Betriebe aufgenommen werden müssen mit entsprechend höheren Lohnsätzen oder daß sie eine Abfertigung bekommen müssen. Hierauf erfolgte eine Verordnung wegen des Verbotes der Kündigung. Die genannten Nationalräte haben dann einen Antrag vorgelegt, der eine Aenderung der Verordnungsbestimmungen beinhaltete. Nationalrat Pick legte als Referent dem Bericht dem Ausschusse vor und verlangte, daß die Angelegenheit in die Nationalversammlung komme. Die Christlichsozialen mit den Deutschnationalen stellten den Antrag, die Angelegenheit einer Enquete vorzulegen. Die ganze Angelegenheit sollte aber vor Ablauf der Wirksamkeit der Nationalversammlung erledigt werden. Dies war nicht möglich. Im neuen Hause haben die Christlichsozialen den Antrag Pick aufgegriffen und den Gesetzentwurf in den Ausschuss gebracht. Man sollte nun glauben, daß, da zwei von den größten Parteien die gestellte Anträge vorliegen, keine Schwierigkeit entstehen

würde. Man war daher enttäuscht, als man eine Enquete verlangte. Diese und auch eine zweite wurde einberufen und die Verordnung hatte mittlerweile ihre Wirksamkeit verloren. Der Hauptausschuss befasste sich mit dem Entwurf der Regierung und Nationalrat Eldersch stellte den Antrag, daß in diesen Entwurf alle jene Bestimmungen aufgenommen werden sollen, die die Christlichsozialen in ihrem Antrage als für das Gesetz geeignet anstreben. Gegen diesen Antrag haben sich die Christlichsozialen Mitglieder des Hauptausschusses gewehrt, indem sie sagten, daß dies ein Antrag von einigen Herren aber nicht von der Partei sei.

Bei der Abstimmung über die Kündigungsfristen mußten sich zwei Christlichsoziale zufällig entfernen und so konnte die Verordnung gegen die Stimmen der Christlichsozialen angenommen werden. Als das Gesetz im Nationalrat zur Verhandlung kam, stellte Nationalrat Pick wieder einen Antrag im Sinne des Christlichsozialen. Auch dieser Antrag wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten mit denen der Christlichsozialen und Deutschnationalen abgelehnt. Zwei Monate nach Beginn des Gesetzes wurde in dem erwähnten Flugblatt verbreitet, daß die Christlichsozialen soviel beantragt haben und die Sozialdemokraten um so viel weniger und daß die Nationalräte Pick, Allina und Baumgärtel, Verräter an den Angestellten sind. Diese Demagogie aufzuweisen war notwendig.

G. R. Hummelhardt (Chr. S.) : Gehört das zur Auslieferung? Rufe bei den Sozialdemokraten: Ja! Wenn es Ihnen auch nicht paßt!

GR. Bernann : Wir haben die Absicht, im Sinne des Referentenantrages zu stimmen, weil ich die Person des Gemeinderates Untermüller für viel zu klein halte, als ihm die Märtyrerkrone zu geben. Aber die Demagogie mußte einmal aufgedeckt werden, einerlei ob hier oder im Gerichtssaal. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten)

GR. Kunschak (chr. soz.) bemerkt: Herr Bernann habe einen einstimmig gefassten Beschluss des Immunitätsausschusses dazu benützt, um gegen ein Mitglied des Landtages, dessen Auslieferung es sich handelt, eine Polemik zu führen, über die politische und agitatorische Tätigkeit dieses Mitgliedes. Ein solches Vorgehen widerspricht dem parlamentarischen Brauch und müsse als geschmacklos bezeichnet werden. In der Sache selbst behauptete Herr Bernann, daß die Christlichsozialen gewissermassen Lizitationsanträge eingebracht und dieselben dann im Nationalrate abgelehnt worden sind. Dem gegenüber ist auf die Tatsache zu verweisen, daß unmittelbar vor dem Auseinandergehen der alten Nationalversammlung der Abgeordnete Pick einen Antrag einbrachte, der wesentlich andere Bedingungen enthält als der ursprünglich im Ausschuss angenommene Antrag. Der vom Nationalrat gefasste Beschluss geht über den Antrag Pick hinaus. Es könne also von einer Schädigung der Handelsangestellten nicht die Rede sein. Allerdings haben die Christlichsozialen gegen einen Antrag des Abgeordneten Fischer gestimmt, aber nur aus dem Grunde, weil von der offiziellen Gehilfenvertretung ein Antrag vorlag, der im Ausschusse zum Beschlusse führte und weil keine Möglichkeit bestanden habe, den Antrag Fischer durchzubringen. Tatsache sei also, dass der mit den Christlichsozialen Stimmen zustande gekommene Beschluss des Nationalrates in den wesentlichsten Punkten über den Antrag Pick hinausgeht.

GR. Bernann (Soz. Dem.) erwidert, daß der Antrag, von dem GR. Kunschak behauptet, daß er der schlechtere sei, den Ausschuss vor Schluss der konstituierenden Nationalversammlung beschäftigt habe. Der Antrag, der dem Ausschusse dann zur Beratung als Grundlage

gegeben wurde, geht weit darüber hinaus, was vor der konstituierenden Nationalversammlung beantragt wurde. Man habe sich dem Antrag der Christlichsozialen angepasst und gesagt, die Sozialdemokraten werden für jene Punkte des Abgeordneten Fischer stimmen, die besser sind, als die bezüglichen Bestimmungen des vorliegenden Antrages. Dass die Sache keine Komödie war und nur von den Christlichsozialen so aufgefasst wurde, beweist ihr Verhalten im Hauptausschuss. Damals ist der Antrag von den Sozialdemokraten angenommen worden und kam in die Verordnung. Wenn sich in der Nationalversammlung zufällig zehn Christlichsoziale absentiert hätten, wären ihre Anträge durchgegangen.

Der Referent GR. Hengl sagt in seinem Schlussworte: Bis jetzt ist es in parlamentarischen Kreisen nicht üblich gewesen, gelegentlich einer Auslieferungsdebatte derartige Dinge vorzubringen.

Präsident Dr. Danneberg: Soweit in ^{diesen} Schlussbemerkungen eine Kritik des Vorsitzenden enthalten sein sollte, muß ich sie zurückweisen, denn diese ist allerdings nach parlamentarischen Sitten ganz unzulässig.

GR. Rummelhardt (chr.-soz.): Böse Beispiele verderben eben gute Sitten. (Stürmische Zwischenrufe auf beiden Seiten des Hauses).

Präsident Dr. Danneberg: Ich habe aus folgenden Gründen Abgeordneten Beermann in seinen ersten Ausführungen nicht unterbrochen. Gegenstand des Verfahrens war ein Flugblatt des GR Untermüller und Abgeordneter Beermann hat sich mit der Geschichte dieses Flugblattes beschäftigt, wenn auch in Ausführungen, die einigermassen weitschweifig gewesen sind. Ich habe aber in durchaus loyaler Weise auch GR. Kunschak das Wort zu einer Erwiderung erteilt, die sich vom Gegenstande noch weiter entfernt hat. Es kann also dem Vorsitzenden in gar keiner Weise gesagt werden, dass er die Geschäftsverteilung nicht gehandhabt hat, wie sie zu handhaben war.

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Referenten auf Nichtauslieferung des Abgeordneten Untermüller einstimmig angenommen.

Die Landtagsitzung wird soinn geschlossen.

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 2. Dezember 1921

Bürgermeister Ragnapf eröffnet die Sitzung.

Gespändet haben: Josef Weiss, Wien, I., zum Einkauf von Lebensmittel und Brennmaterial für die Armen Wiens 200.000 K.

Leo Oesterreicher in Smyrna durch die Neue Presse, für die hungernden Wiener Kinder eine Sammlung von 93.000 K.

Für die Armen Wiens: Jakob Braun, Amstegasse 5000 K; Alexander Goldstein Kaiserstrasse 500 K und Hermann Hauser, Siebensterngasse 1000 K.

Das Neue Wiener Tagblatt für die armen Kinder Wiens die Spende eines Unbekannten von 1000 K. und die Spende des Gustav Blau, Reichenberg von 300 K.

Margdalena Tullinger für die Armen des 3. Bezirkes ein Legat von 200 K.

OR. Breitner (Soz. Dem.) berichtet über die Beteiligung der Gemeinde Wien an der Kapitalvermehrung der „Hofherr-Schranz-Clayton-Shuttleworth, Landwirtschaftlichen Maschinenfabrik A.G.“ und sagt: Man dürfe billige Beteiligung der Gemeinde Wien an industriellen Unternehmen irgend eine Erörterung nicht hervorgerufen hat, war es wohl schon, weil durch die Art der betreffenden Unternehmungen ein ganz bestimmtes Interesse zwischen Gemeinde und Aktiengesellschaft sichtbar war. Heute handelt es sich um eine Beteiligung an der Hofherr-Schranz Gesellschaft und da sind engere Beziehungen zwischen dieser großen Gesellschaft für landwirtschaftliche Maschinen und der unmittelbaren Interessenbesitzer der Stadt Wien nicht gegeben. Das hat zu Erörterungen über die Gründe und Ziele dieser Beteiligung geführt. Ich will mich darüber ganz offen aussprechen. Wir vertreten die Anschauung, daß die großen Gebietskörperschaften Bund, Land und Gemeinde nicht bloß Steuern einzuhaben haben sondern daß es Zweck und Ziel ist, einen Großteil der wirtschaftlichen Kraft in denselben zu konzentrieren. In Bezug auf Grund und Boden sind die Aktien geschlossen. Man hält es für ein legitimes Ziel der Gemeinde Herrin über Grund und Boden, vielleicht auch über den Hausbesitz auf ihrem Gebiete zu werden. Wir würden es uns allerdings für richtiger vorstellen, wenn der Anteil an Industrieunternehmen nicht erst in Form irgendeiner Art des Kaufes und Zahlung vollzogen würde, sondern wenn wirklich die Gemeinde, das Land oder auch der Bund das Recht hätte Teile eines solchen Besitzes für sich ohne Bezahlung anzufordern, weil solche Unternehmungen überhaupt nur bestehen können durch die Leistungen, welche diese Gebietskörperschaften vollbringen. Wenn Sie solche Gesellschaften betrachten, sehen Sie, daß ein Großteil der Lasten, besonders die Versorgung der arbeitsunfähigen Arbeiter und Angestellten, den Gemeinden zufällt. Es ist also durchaus berechtigt, daß die Gemeinde in irgend einer Art unmittelbar als Mitbesitzerin Anteil nimmt. Wenn man sich

vorstellt, daß dieser Grundsatz vor hundert Jahren zur Geltung gekommen wäre und wenn die Gemeinde Mitbesitzerin wäre, an allen diesen industriellen und gewerblichen Anlagen würden wir es nicht notwendig haben, die Stewarschraub in Bewegung zu setzen. Das Sozialisierungsgezet hat in einer bescheidenen Weise die Möglichkeit geboten hier eine Korrektur einzutreten zu lassen. Das hat seinerzeit der Bund getan bei Anforderung der Aktien der Alpinen Montangesellschaft. Das Land Steiermark hat solche Anforderungen bezüglich der Graz-Köflacher vollzogen. Beide, um sich derselben wieder zu entledern, nicht zum Nutzen des Staates und des Landes.

Wenn immer wieder hervorgehoben wird, zu welchen Kursen wir diese Dinge erwerben und wie sich dieser zu den tatsächlichen Werten verhält, möchte ich sagen, es handelt sich um nichts anderes als den Erwerb eines Anteiles an einem produktiven Großunternehmen zum Zwecke des dauernden Besitzes keineswegs um einen Gewinn zu erzielen. Da wir bei diesen Erwerbungen von der Kapitalvermehrung der Gesellschaften abhängig sind, müssen wir auch in bunter Folge von dieser Möglichkeit Gebrauch machen, ohne daß ein geordneter Plan erscheint. Es würde uns sicher lieber sein, Anteil von Gesellschaften zu erwerben, bei denen innigere Verbindungen mit den Interessen der Gemeinde vorhanden sind, wie z.B. die Brotfabriken. Es ist die Frage aufgeworfen worden, wie sich diese Erwerbungen vereinbaren mit der Tatsache, daß die Gemeinde gegenwärtig mit Defizite zu kämpfen hat. Gewiß kann ich nicht aussprechen, wie lange und in welchem Umfange es möglich sein wird, von dem Sozialisierungsparagrafen Gebrauch zu machen. Aber gegenwärtig liegen die Dinge so, daß wir durch nicht beeinträchtigt werden. Wir haben unsere Beteiligung weit unter dem Rahmen gesteckt den uns das Gesellschaftskapital des Gesetzes gewährt. Wir begnügen uns mit sieben bis acht Prozent, weil wir Wert darauf legen uns an einer möglichst großen Anzahl solcher Betriebe zu beteiligen. Es ist eine irriqe Auffassung zu sagen, daß die Gemeinde, die heute sicher nicht in der Lage ist die Straßen so zu pflegen, wie sie es wünscht durch solche Erwerbungen daran verhindert wird. Die Aktien sind ja Besitz und es können die Frage aufgeworfen werden ob die Zinsen, die wir zu zahlen zu haben höher sind als die Dividenden. Wir sind der Meinung mit dieser Erwerbung den Interessen der Gemeinde zu dienen gerade in der jetzigen Zeit, wo eine so große Überforderung von Unternehmungen eintritt und es doch eine Beruhigung bietet, wenn ein gewisser Teil in festen, unverkäuflichen Besitz der Gemeinde Wien ist und bleibt. Ich bitte daher um Annahme des vorliegenden Antrages.

Kienböck OR SOZ. DEM. sagt, daß seine Partei bisher Beteiligungen der Gemeinde Wien an Industrieunternehmen zugestimmt habe, weil sie ihr als gerechtfertigt erachteten sind. In der letzten Zeit sei aber in diesen Beteiligungen eine gewisse Mystifizierung zu beobachten. Im vorliegenden Falle liege kein wirkliches Interesse der Gemeinde zur Beteiligung vor, denn sie stand bisher mit der Firma Hofherr & Schranz in gar keiner Verbindung und habe auch an dem Unternehmen kein direktes Interesse. Dann erfordert die Beteiligung einen Kapitalaufwand von 96 Millionen Kronen, ein Betrag, der angesichts der Finanzlage der Gemeinde sehr bedeutend sei. Die eigenen städtischen Unternehmungen bringen oft nicht die Mittel auf, um die nötigen Rohmaterialien in grösserem Umfange einzukaufen. In den Schulen fehle es an Lehrmitteln, die Turnhalle können nicht geheizt werden, arme alte Bürger müssen hungern, weil die Gemeinde zu ihrer Erhaltung nur unzulänglich beitragen kann, und so zeige sich der Geldmangel auf vielen anderen wichtigen Interessengebieten der Gemeinde. Hier aber will die Stadt 96 Millionen für Aktien auslegen. Redner findet es auch bedenklich, daß durch die kommunale Beteiligung industrielle Gruppen nicht die ihnen zugeordneten Finanzkapitalien erlangen werden und dadurch samt ihren Angestellten in arge Berämgnis kommen. Es sei auch zu vermuten, daß durch diese Beteiligung der Versuch unternommen werde, auf Umwegen eine Art schleichende Sozialisierung durchzuführen, und das sei eine grosse Gefahr für die österreichische Volkswirtschaft. Vielleicht sollen auch auf diese Weise gut dotierte Verwaltungsräte geschaffen werden. Nach Aufzählung einer Reihe weiterer Bedenken schliesst Redner seine Partei könne aus den angegebenen Gründen der Vorlage nicht zustimmen.

OR. Dr. Kienböck (chr. soz.) sagt, daß man aus der Notwendigkeit dass die Gemeinde industrielle Unternehmungen besitzt, die im Interesse der Bevölkerung gelegen sind, nicht fordern könne, dass es notwendig sei, dass die Gemeinde auch an Unternehmungen beteiligt ist, die nicht den Interessen der städtischen Bevölkerung dienen. Im vorliegenden Falle handle es sich um landwirtschaftliche Interessen. Eine Beteiligung mit 96 Millionen Kronen an einem solchen Unternehmen, wie dem genannten, bleibt eine Spezialmassnahme und kann als solche nicht begründet sein. Sie ist aber auch gar nicht dringlich. Die Gemeinde hat keine geordneten Finanzen, um an Kapitalisierungen zu denken. Man erwirbt also die Aktien, um sie dann verpfänden zu können. Dies wäre aber reine Spekulation. Die heutigen Zeiten seien nicht darnach, dass die Gemeinde solche Extratouren unternehmen könne. Unsere Hochschulen stehen vor dem Zusammenbruch und jede Million, die für die Rettung der Hochschulen gegeben werden kann, wird für die Zukunft angelegt. Der Bürgermeister hat zwar einen Aufruf zur Rettung der Hochschulen mit unterzeichnet, die Gemeinde hat aber sonst für die Hochschulen noch nichts unternommen, was man als Folgerung aus der Unterzeichnung des Aufrufes durch den Bürgermeister hätte folgern können. Für die Hochschulen 96 Millionen Kronen zu geben, wäre eine grosse Tat und es wäre eine vernünftige Tätigkeit als sich auf Dinge zu verlegen, die einen Erfolg

nicht bringen können. Seine Partei werde daher gegen die Vorlage stimmen.
OR. Dr. Kollak (jud. Nat.) meint, dass durch die Vorlage die Beteiligung gegeben werde, dass die Gemeinde ein gutes Geschäft machen könne. Allerdings handle es sich um eine versteckte Sozialisierung. Als Gemeindevorsteher und Gemeindevorwahrer müsse man gegen die Vorlage stimmen. Allerdings könne man nichts dagegen einwenden, dass eine Gelegenheit ein gutes Geschäft zu machen, nicht besteht wird. Die Absicht der Gemeinde, sich an allen möglichen Unternehmungen zu beteiligen, kann aber auch gefährlich sein. An der Beteiligung nach der Vorlage liege allerdings für die Gemeinde keine Gefahr, wenn diese sich nicht kapituliert, die Aktien bis in alle Ewigkeit zu behalten. Es ist aber nicht Sache der Gemeinde solche Dinge zu machen. Der Referent habe die Gemeinde in finanzieller Hinsicht bis jetzt gut geführt und vielleicht hat er noch im vorliegenden Falle guten Willen.
OR. Erdinger (deutschösterreich.) bemerkt, die Vorlage, da nach seiner Auffassung die Gemeinde an der Erwerbung der Aktien kein Interesse habe, es sei denn, daß man sie sich unter die Brisanz geben wolle um Schiebergewinne zu erzielen. Gestern

war ein schwerer Tag für Wien, was sich in den Straßen Wiens zugetragen hat, ist durch die grosse Not verursacht worden und durch die Verhinderung nicht richtig geführter Massen. Sollte diese Massen vielleicht verhindert durch eine solche Vorlage, wenn die Bevölkerung sich sagt, daß die Gemeinde selbst unter die Schieber gegen den ist, würde man auftritte schreiten und einen strengen Tag zu veranstalten, wobei wir hier auf der Galerie Demonstrationen sehen werden, die den Gemeinderat in gleicher Art behandeln wollen wie es gestern in den Straßen Wiens in die Erziehung getreten ist? Die Bevölkerung Wiens wird ein derartiges Finanzmanöver nicht verstehen können, weswegen ich Redners Partei ganz entschieden gegen die Vorlage ausspricht.
St. R. Preisinger Der Referent erklärt in seinem Schuldwort, er müsse sich entschieden dagegen aussprechen, daß diese Beteiligungen von Standpunkte der Möglichkeit eines Ergrössen oder geringeren Ergrössens beurteilt werden. So übersieht allerdings auch die Einladung des Herrn Finanzministers Dr. Curtler gewesen sei, Aktien zu kaufen, so würde Redner es doch für ganz unangelegentlich erachten, daß die Gemeinde derartige noch so gute Geschäfte mache. Die Kliese

Absicht zeigt, allmählich Miteigentümer jener großen industriellen gewerblichen und kommerziellen Betriebe zu werden, von denen in hohem Maße die Geltung Wiens abhängt und die wieder ihrerseits ohne die gewaltigen Aufwendungen der Gemeinde für Fürsorgezwecke, und eine Straßenerhaltung/ geordnete Verwaltung überhaupt nicht bestehen und nicht prosperieren könnte. Die Arbeiterzeitung war kürzlich in der Lage ein Geheimzirkular der Industrie zu veröffentlichen, das zum schärfsten Widerstand gegen jede Art von Sozialisierung, insbesondere in Form der Anwendung des Sozialisierungsgesetzes auffordert. Es habe den Anschein, als ob diese plötzliche und starke Opposition auf Einwirkungen von dieser Seite zurückzuführen sei. Dem gegenüber müsse festgestellt werden, dass die sozialdemokratische Partei es als die schärfste Kampfansage betrachten werde wenn man es etwa unternehmen wolle, die ohnehin so bescheidenen und dürftigen Möglichkeiten des § 37 des Sozialisierungsgesetzes zu sabotieren. Den Unternehmungen selbst könne es ganz gleichgültig sein, ob die Gemeinde oder ein anderer Aktionär die für alle ja doch ganz gleichmässige Einzahlung leiste.

Berührt werden ausschliesslich die Interessen der finanzierenden Institute. Und wenn Herr GR. Zimmerl die Frage aufgeworfen habe, ob es sich der Verwaltenden Mehrheit etwa nur darum handle, fette Verwaltungsratstellen sich zu schaffen, so müsse zunächst festgestellt werden, dass die Gemeinde es bisher geradezu abgelehnt habe, auch nur in einzige dieser Verwaltungen einzutreten, was im Finanzausschuss, dem Gemeinderat Zimmerl angehört, ganz ausdrücklich und wiederholt mitgeteilt worden sei. Wenn der Gemeinderat sich von den Argumenten der Opposition überzeugen lasse, so werde die Wirkung gar keine andere sein, als dass ~~ähnlich~~ diese 37.500 Hofherr-Aktien statt der Gemeinde den patronisierenden Grossbanken und den von ihnen geführten Syndikate zufallen. Da die Aktien, für die seitens der Gemeinde eben auf Grund des Sozialisierungsgesetzes nur der Emissionskurs von 2.300 Kronen zu bezahlen ist, gegenwärtig von der Börse mit 10.300 Kronen bewährt werden, so bedeutet die Ablehnung des Antrages ein Geschenk von mehr als 300 Millionen Kronen an die Banken. Wer dafür sei, möge gegen den Antrag des Referenten stimmen.

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Referenten mit Genehmigung. GR. Dr. Kienböck (Christl. Soz.) verwahrt sich in einer tafelschlichen Berichtigung gegen den ausgesprochenen Verdacht, als ob die Christlichsozialen der Vorlage Opposition machten, um die Interessen der Industriellen zu vertreten. Ihre Opposition werde durch rein sachliche Gründe geleitet.

Der Referentenantrag wird sodann angenommen.

Vize-BGM. Emmerling berichtet über den Ankauf von zwei Rechenmaschinen für die städtischen Elektrizitätswerke im Betrage von 1.181.025 K bei Uebergabe von zwei Stück veralteten Rechenmaschinen und zwei Stück gebrauchter Schreibmaschinen, um zusammen 500.000 K in Gegenrechnung. Zuzüglich Fracht und Zoll beträgt die Gesamtaufzahlung 1.031.412 K.

GR. Doppler (Christl. Soz.) sagt, er habe gegen die Vorlage selbst keine Einwendung zu erheben, bemängelt aber die Art der Einkassierung. Wenn eine Partei vom Inkassanten nicht angetroffen werde, verlange dieser, wenn er ein zweitesmal zur Einkassierung erscheint, 60 K Einhebegebühr und wenn er auch das zweitemal niemanden zuhause trifft, werde der Strom ausgeschaltet. Redner fragt auch warum die Einkassierung nicht mit Posterscheine vorgenommen werde.

Vize-BGM. Emmerling sagt in seinem Schlusssatz, dass die Einkassierung bezüglich der 60 K Einhebegebühr auf einem Irrtum beruhen müsse. Es würden übrigens Vorkehrungen getroffen, um die Einkassierung klaglos durchzuführen.

Der Referentenantrag wird sodann genehmigt.

Der Bürgermeister erklärt die Posten 1 und 6, da keine Wortmeldung vorliegt, für angenommen.

VB. Hoss übernimmt den Vorsitz.

GR. Hiess (Soz. Dem.) berichtet über die Kosten für die Adaptierungen im städtischen Gebäude 6. Bezirk, Grabnergasse-Marchettigasse anlässlich der Verlegung der Magistratsabteilung Betriebswasserversorgung dorthin mit 4.7 Millionen Kronen.

GR. Paulitschke (chr. soz.) kritisiert die Verlegung der Magistratsabteilungen, die sich in der letzten Zeit sehr oft wiederholen, und führt diese Verlegungen auf die Verwaltungsreform zurück. Er bespricht weiter die lokalen Verhältnisse in dem Gebäude in der Marchettigasse, die er als Amtsräume für nicht geeignet findet, da dort keine Möglichkeit bestehe, die Räume zu heizen. Zum Teil sei das Haus von der Textilschule noch gar nicht gesäubert, die Magistratsabteilung für Wasserversorgung antiere zum Teil schon in diesem Hause, obwohl der Gemeinderat heute erst davon in Kenntnis gesetzt wird. Redner beantragt die Vorlage zurückzuverweisen. Weiter beantragt Redner, dass der Hof im Hause Marchettigasse als Lagerplatz verwendet und der Platz, der vor dem Hause in der Grabnergasse ist, der benachbarten Realschule als Sport- und Turnplatz überlassen werde. Der Rückverweisungsantrag wird abgelehnt.

Der Referent widerlegt, dass durch die Verwaltungsreform die Magistratsabteilungen vermehrt worden seien, da ja nur die Ziffern der Magistratsabteilungen geändert wurden. Was die Textilschule anlangt, so sei dies nicht Sache der Gemeinde, sondern der Bund habe sich verpflichtet auszuziehen.

Bei der Abstimmung wird der Referentenantrag angenommen, die Anträge des GR. Paulitschke der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen.

GR. Iser (Soz. Dem.) berichtet über die Erweiterung der Leichenhallen und der Belagflächen des Südwestfriedhofes mit dem ungefähren Kostenbetrage von 9.200.000 K.

GR. Josef Müller (Christl. Soz.) wünscht die Errichtung von Wartehäuschen und eines Wasserauslaufes beim Friedhofseingange, weiters die Beleuchtung der Jägerhausstrasse und stellt schliesslich den Antrag, die Strassenbahnhaltestelle bei Hetzendorf-Schloß zu Hetzendorferstrasse 83 (Ecke Jägerhausstrasse) zu verlegen.

Dieser Antrag wird der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen, der Referentenantrag genehmigt.

GR. Schneider (Soz. Dem.) beantragt für die Wiederinstandsetzung des abgebrannten Stallgebäudes im Schlachthofe St. Marx einen Kredit von 2.7 Millionen Kronen zu genehmigen.

GR. Huber (chr. soz.) bemängelt den baulichen Zustand der Stallungen in St. Marx und stellt den Antrag, die Stallungen im Schlachthofe zu vermehren und die heute bestehenden in gebrauchsfähigen Zustand zu bringen. Die Rinderstallungen sind so rasch als möglich ihrem ursprünglichen Zwecke zuzuführen.

Nachdem der Referent diesen Anträgen zugestimmt, werden sie der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugeführt. Der Antrag des Referenten selbst wird angenommen.

Zum Punkte 8 liegt keine Wortmeldung vor, der bezügliche Antrag wird als genehmigt erklärt.

St. Leiser (soz. dem.) beantragt, der Verfügung des Bürgermeisters, womit den aktiven Angestellten für den Monat November Mehrzahlungen geleistet worden sind, nachträglich zu genehmigen.

Der Antrag wird angenommen.

Derselbe Referent stellt den Antrag auf nachträgliche Genehmigung von erhöhten Zuwendungen für die Pensionsparteien der Gemeinde Wien und ihrer Unternehmungen einschliesslich der Lehrerepensionsparteien. Das Erfordernis beträgt 32½ Millionen Kronen, wovon die Hälfte von der Gemeinde Wien zu bedecken ist.

GR. Kunschak (Christl-Soz.) bemängelt, dass in der Vorlage wieder der Passus enthalten sei, dass die Zuwendungen nur für Pensionsparteien, die ihren ordentlichen Wohnsitz im Inlande haben, gegeben werden. Es gehe nicht an, dass alten Dienern der Gemeinde, die im Auslande wohnen, vor allen billigen Rücksichten, die von der Gemeinde im engsten Rahmen verübt werden, ausgeschlossen sind. Die ganzen Auslagen für die Pensionisten im Auslande mögen vielleicht fünf Millionen Kronen ausmachen. Wenn 86 Millionen K für den Ankauf von Aktien keine Rolle spielen, so dürfen auch fünf Millionen für die Pensionisten im Auslande keine Rolle spielen, um ihnen wenigstens die Weihnachten erträglich zu machen. Redner beantragt den Satz „und seinen ordentlichen Wohnsitz im Auslande hat“ zu streichen und die Zuwendungen auch für die Pensionsparteien aus den Kollektivverträgen zu geben.

HR. Wawerka (chr. soz.) bespricht das Pensionistenelend, das zu einer Pensionistenschande geworden sei. Es sei notwendig, dass das Einkommen der Pensionisten dem der aktiven Lehrpersonen angepasst werde. Ueberdies müssten sowohl Pensionisten als Aktive auf die ihnen bereits vom Gemeinderat bewilligten Bezüge übermässig lang warten. Die Bezüge für die sogenannten Freigegegenstände seien so gering, dass sich bald keine Kräfte mehr dafür finden werden. Allerdings habe der Wiener Gemeinderat wiederholt Aufbesserungen bewilligt, es wurde beschlossen solche Aufbesserungen rückwirkend bis 1. März zu gewähren, aber bis 1. Dezember seien sie noch nicht ausbezahlt worden. Die Bezüge für die Ueberstunden der Bürgerschullehrer seien seit Beginn des heftigen Schuljahres überhaupt nicht flüssig gemacht worden. Redner wünscht, dass in diesen Dingen Ordnung geschaffen werde.

Der Referent bemerkt gegenüber dem GR. Kunschak, dass beim Staate eine wirkliche Regelung der Pensionsverhältnisse bis heute nicht erfolgt sei und dass die Gemeinde erst nach der Durchführung der staatlichen Regelung diese Frage erledigen könne. Im andern Falle würde sie Gefahr laufen, dass der Staat ihr eine Strafe auferlege wie es bereits einmal geschehen ist, als die Gemeinde im eigenen Wirkungskreis für Pensionisten etwas getan hat. Damals wurde die Gemeinde mit einer Strafsumme von 400.000.000 belegt. Gegenüber den Ausführungen des GR. Wawerka bemerkt der Referent, dass die rückwirkenden Gebühren für die Nebengegenstände nicht ausbezahlt worden seien, weil der Gemeinderatsausschuss erst

kürzliche einen bezüglichen Beschluss gefasst habe. Im übrigen nehme die Kritik des Herrn Wawerka sehr wunder, wenn man sich erinnert, dass den Angestellten solche Bezüge früher 3 bis 4 Jahre vorenthalten worden sind. Damals habe sich Herr Wawerka um die Angestelltenrechte nie gekümmert. Seine Ausführungen müssen daher als böswillige Kritik bezeichnet werden. Keine Partei habe jemals so unpolitisch verwaltet wie die gegenwärtige herrschende. Ich begreife es, dass die Zeiten in denen die Preisrevolutionen aus den andern Haus ausgehend, in diesem Saale hier Angriffspunkte gesucht werden, aber wenn die Christlichsozialen tun, wäre ihnen zu raten ein bisschen geschickter vorzugehen.

Bei der Abstimmung wird der Referentenantrag angenommen, der Antrag Kunschak bezüglich der Streichung des genannten Satzes abgelehnt, der andere Antrag der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugeführt.

StR. Siegel (Soz. Dem.) berichtet über die Kosten für die Lieferung von Drahtgitterwänden und Abdeckungen für die Kühlhallen am Konradplatz mit 2.3 Millionen Kronen und für die Lieferung und Aufstellung eines Holzgebäudes mit 1½ einer Million Kronen ebendort.

Die Anträge werden angenommen.

Die Sitzung wird hierauf geschlossen.

+ + +

Ludwig Basch - Bürger der Stadt Wien. Der Gemeinderat hat heute in seiner vertraulichen Sitzung nach einem Berichte des St. R. Richter beschlossen, den Publizisten Ludwig Basch in Würdigung seines langjährigen, verdienstvollen Wirkens auf journalistischem und karitativem Gebiete zum Bürger der Stadt Wien zu ernennen.

Ludwig Basch, der jüngste Bürger der Stadt Wien feiert am 12. Dezember d. J. seinen 70. Geburtstag und gleichzeitig das Jubiläum seiner 40jährigen Zugehörigkeit zur Redaktion des „Illustrierten Wiener Extrablattes“ in welcher er seit 40 Jahren ununterbrochen als Theater- und Kommunalredakteur tätig ist.

WIENER RATHAUSKORRESPONDENZ.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Mischeu.

27. Jahrgang Wien, Samstag, den 3. Dezember 1921.

Bemerkenswerte Erkenntnisse des Verwaltungsgerichtshofes über die Mietzinsabgabe. Der Verwaltungsgerichtshof hat sich in der letzten Zeit mit 3 Beschwerden gegen die Bemessung der Mietzinsabgabe befasst, die für die Öffentlichkeit von Interesse sind und daher im Folgenden auszugsweise wiedergegeben werden. Im ersteren Falle handelt es sich um zwei Eheleute, welche in dem ihnen gehörigen Hause wohnen und daselbst das Hotel- und Gastgewerbe betreiben. Die Auffassung der Steuerträger ging dahin, dass die Mietzinsabgabe getrennt von den Mietwerten für Wohnung, für das Restaurant und für die einzelnen Stockwerke des Hotels zu bemessen wären, weil die Hausstiege infolge ihrer allgemeinen Zugänglichkeit für Hotelgäste den Zusammenhang zwischen den einzelnen Hotelzimmern nicht begründe.

Der Verwaltungsgerichtshof hat sich den Standpunkt des Magistrates angeschlossen, daß die Hausstiege ausschließlich den Beschwerdeführern, ihren Gästen und Besuchern zur Verfügung steht, also keine Trennung der einzelnen Wohnungen und sonstigen Gruppen von Räumlichkeiten von einander herbeiführt. Es liegt ein einheitliches Objekt vor, dessen einzelne Bestandteile durch die Hausstiege untereinander in unmittelbarem räumlichen Zusammenhang stehen.

Im zweiten Falle wurde vom Beschwerdeführer, der vom Hauseigentümer einer möblierten Wohnung gemietet hatte, die Gesetzlichkeit der Vollzugsanweisung zum Mietzinsabgabengesetz bestritten, die ausdrücklich anführt, dass das Entgelt für mit der Wohnung gemietete Einrichtungsgegenstände in die Bemessungsgrundlage für die Mietzinsabgabe einzubeziehen sei. Der Verwaltungsgerichtshof hat die Rechtsgültigkeit dieser Vollzugsanweisung vollkommen anerkannt und die Auffassung des Magistrates bestätigt, nach der die Mietzinsabgabe in diesem Falle von dem ganzen für die möblierte Wohnung entrichteten Mietzins zu bemessen ist, weil der Möbelzins nach § 4 des Mietzinsabgabengesetzes als eine auf Grund des Bestandsverhältnisses an den Hauseigentümer entrichtete sonstige besondere Leistung zu behandeln ist.

Dieselbe gesetzliche Bründung lag dem dritten Erkenntnisse des Verwaltungsgerichtshofes zugrunde, in dem es sich um die Einbeziehung des Entgeltes für die Benützung des mit der Wohnung gemieteten Gartens handelt und in dem die Auffassung des Magistrates bestätigt würde, dass die Mietzinsabgabe nach dem Gesetze dem gesamten Aufwand des Mieters für die Befriedigung seines Wohnbedürfnisses zu treffen habe.

Entfallende Sprechstunde. Montag entfällt die Sprechstunde bei amtsführenden Stadtrat Speiser wegen dienstlicher Verhinderung.

Sitzungen im Rathause. Der Stadtsenat hält am Dienst 10 Uhr vormittags eine Sitzung ab. - Der Gemeinderat tritt am Freitag um 4 Uhr nachmittags zu einer Sitzung zusammen.

Entfallender Empfang. Montag entfällt der Empfang bei Bürgermeister Reumannwegen dienstlicher Verhinderung.

Die Kohlenversorgung Wiens im Jänner und Februar. Bekanntlich wird der Industrie der Bezug von Kohle vom 1. Jänner an vollständig frei gestellt sein. Um Mißverständnisses vorzubeugen, wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Rationierung von Kohle für Wien auch im Jänner und Februar wie bisher aufrecht bleibt, um den dringenden Bedarf der Bevölkerung an Hausbrandkohle sowie an Kohle für Gewerbe und Kleinindustrie in den strengsten Wintermonaten sicher zu stellen. Es bleiben daher die sämtlichen Kohlenkarten und Bezugsscheine bis 1. März in Kraft. Die städtischen Kohlenabgabestellen sind verpflichtet, diese sämtlichen Kohlenausweise bis zum 1. März mit der jeweils festgesetzten Wochen- bzw. Monatsmenge einzulösen. - Da infolge technischer Schwierigkeiten die neuen Kohlenausweise zum Bezug der gewerblichen Betriebs- und Heizkohle nicht rechtzeitig zugestellt werden konnten, wurden die städtischen Kohlenabgabestellen ermächtigt, die noch nicht eingelösten Novembermengen im Laufe des Dezember nachzuliefern.

Die Gesundheitsverhältnisse Wiens im Oktober. Der Krankenstand und die Sterblichkeit sind in diesem Monat gestiegen, jedoch in so geringem Maße, daß noch immer von einem günstigen Stand der Gesundheitsverhältnisse gesprochen werden kann. An Infektionskrankheiten wies der Scharlach eine ziemlich starke Steigerung auf, sonst aber waren die Verhältnisse günstig. Der Oktober brachte eine geringe Steigerung der Sterblichkeit im Vergleich zum September. Während seit Jahrzehnten das Minimum der Sterblichkeit auf den September oder Oktober fiel, ist heuer der August der Monat mit der geringsten Sterblichkeit, was wohl mit dem Rückgang der Geburten und der Verminderung der Todesfälle nach Verdauungskrankungen des Säuglings- und Kindesalters im Zusammenhang stehen dürfte. Im Oktober starben 2034 Personen. Die größte Zahl der Todesfälle entfiel auf die Krankheiten der Kreislauforgane mit 797 Fällen. Die Zahl der Lebendgeburten betrug rund 2020, so daß trotz relativ sehr geringer Sterblichkeit ein Defizit in der Bevölkerungsbewegung zu konstatieren ist. Die Monate Juli und August dürften die einzigen des Jahres sein mit sehr geringen Ueberschüssen an Lebendgeburten.

Fettausgabe. Vom 4. bis 10. Dezember werden bei den städtischen Fettabgabestellen 12 dkg Pflanzenfett (Paketware) zum Preise von K 111 gegen Abtrennung des Abschnittes 273 der Mehl- und Fettbezugskarte abgegeben. Organisierte Verbraucher erhalten 12 dkg Margarine zum Preise von K 103.--

Wütender Hund. In den letzten Wochen trieb sich in den Schrebergärten in der Sanfleitengasse und am Schafberg ein sehr bissiger wütender Hund gelbweißer Rattler, Rüde, 1½ Jahre alt, herum. Personen die Angaben machen können mögen sich bei den zuständigen Veterinärämtern melden.

Die Freie Vereinigung der Wiener Männer-Gesangsvereine. Wiener Sängerbund „Arion“ und „Wiener Männerchor“ veranstaltet am 6. d. M. um 8 Uhr abends im Festsaal „zum grünen Tor“, VIII., Lerchenfelderstrasse 14, ihre Gründungsliedertafel unter Leitung des Ehrenchormeisters Max Keldorfer. Zum Vortrage gelangen Chöre von Schubert, Abt, Eyrich, Reiter, Engelsberg, Mair, Keldorfer, Wohlgenuth und Strauß. Außerdem wirken noch Konzertsängerin Frau Anna Lux und das Quartett der Gebrüder Meithner mit. Karten zu 60 Kronen an der Abendkassa.

WIENER RATHAUSKORRESPONDENZ.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Mischeu.

27. Jahrgang, Wien, Montag, den 5. Dezember 1921.

Der Verwaltungsgerichtshof über die Wiener Fürsorgeabgabe. Der Verwaltungsgerichtshof hat in Streitfällen, die von allgemeinen Interesse sind, sich mit der städtischen Fürsorgeabgabe beschäftigt und in seinen Entscheidungen die Auffassung des Magistrates vollinhaltlich bestätigt. Der Pensionsverein für Angestellte des Handels und der Industrie Wien, bestritt seine Pflicht zur Entrichtung der Wiener Fürsorgeabgabe unter Hinweis darauf, daß er eine wechselseitige Versicherungsgesellschaft sei und die Tätigkeit daher nicht auf Erwerb abziele. Demgegenüber erklärte der Verwaltungsgerichtshof: „Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß auch eine wechselseitige Versicherungsgesellschaft eine Tätigkeit für den Zweck entfaltet, um ein solches Vermögen zu erwerben und zu erhalten, das sie in den Stand setzt, ihren vermögensrechtlichen Verpflichtungen gegenüber ihren Mitgliedern zu entsprechen. Sie ist für diesen Zweck darauf angewiesen, nach Zahl und Betrag entsprechende Leistungsansprüche ihrer Mitglieder oder einen Ertrag abwerfende Vermögensanlagen zu erwerben. Durch Ermittlung der wechselseitigen Versicherungsgesellschaften erwerben ihre Mitglieder die vertragsrechtliche Unterlage für die Deckung ihrer Versicherungsansprüche. Die gesetzliche Bestimmung stellt es nicht als Voraussetzung der Abgabepflicht auf, dass derjenige, der formell zur Abgabe herangezogen wird, die Ergebnisse seiner Erwerbstätigkeit für sich verende. Es beschränkt auch § 3 des Gesetzes die Abgabepflicht nicht auf jene Lohnsummen und Naturalleistungen an Angestellte, die aufgewendet werden müssen für die Erzielung jenes Erwerbes, dessen Ertrag der Erwerbende für sich behält, sondern erstreckt die Abgabepflicht schlechthin auf die Lohnsummen und Naturalleistungen an sämtliche im Betriebe des Abgabepflichtigen tätigen Angestellten. Es ist übrigens noterisch, dass einzelne wechselseitige Versicherungsgesellschaften sich durch Vermögensbesitz und Umfang des Betriebes durch nichts von den Aktiengesellschaften unterscheiden. Von einem charitativen Zwecke solcher Gesellschaften kann im Hinblick darauf, dass sie nur dem Zwecke ihrer Mitglieder zu dienen haben, keine Rede sein.“

Der Zweite Fall betrifft eine Beschwerde der Leykam Josefthal Aktiengesellschaft, die den Standpunkt eingenommen hatte, daß die Aufforderung des Magistrates, die Fürsorgeabgabe von den Bezügen der leitenden Funktionäre zu entrichten, gesetzlich unbegründet sei, weil die Mitglieder des Vorstandes einer Aktiengesellschaft auch dann nicht als Angestellte betrachtet werden dürfen, wenn ihre Bezüge ganz oder teilweise durch Dienstvertrag bestimmt sind. Der Verwaltungsgerichtshof hat sich diese Rechtsanschauung nicht zu eigen gemacht, sondern spricht folgendes aus: „Bei der Entscheidung der aufgeworfenen Frage handelt es sich nicht darum, was unter Angestellter einer zur öffentlichen Rechnungslegung verpflichteten Gesellschaft im Sinne

des Personalsteuergesetzes zu verstehen sei, sondern um die Bedeutung dieses Ausdruckes im Sinne des angeführten Fürsorgeabgabegesetzes. Nach § 3, Absatz 2 des angeführten Gesetzes genügt es aber für den Charakter eines Angestellten, daß er für Dienste, die er dem Unternehmen leistet, einen vertragsmässigen Anspruch auf Entlohnung hat. Dass diese Leistungen in der Vertretung des Unternehmers als Prinzipal bestehen, schließt demnach die Eigenschaft des eines Angestellten im Sinne des Gesetzes nicht aus. Es unterliegt deshalb auch der Gehalt eines Prokuristen, den er in dieser seiner Eigenschaft vertragsmässig zu beziehen hat, der Fürsorgeabgabe, mag immerhin der Prokurist - von der Veräußerung und Belastung von unbeweglichen Vermögen abgesehen - ganz an die Stelle des Prinzipals treten und seine Vollmacht widerrufen sein. Das gleiche gilt aber von den Mitgliedern des Vorstandes einer Aktiengesellschaft, welche einen vertragsmässigen Anspruch auf Entlohnung für ihre Tätigkeit als Vorstandsmitglieder besitzen.“

Goldene Hochzeiter. Vergangene Woche überreiche StR. Speiser in Vertretung des Bürgermeisters Reumann fühlenden goldenen Hochzeitspaaren die Ehrengabe der Gemeinde Wien: Leopold und Anna Reingruber, Wien, XX., Moriz und Barbara Freund, Wien XVII.; gleichzeitig überbrachte StR. Speiser dem goldenen Hochzeitspaare Max und Fanny Neuron, Wien VII., die Glückwünsche der Gemeinde Wien.

Wien, Montag, den 5. Dezember 1921. - Abendausgabe.

Mehlausgabe. Vom 4. bis 10. Dezember wird $1/4$ kg Verschleissmehl als normale Wochenration zum Kleinverschleisspreis von 42 K pro Kilogramm ausgegeben. Ausserdem wird für jeden Bezugsberechtigten nach Wahl $1/2$ oder $1/4$ kg Plusmehl zum Preise von 414 K pro Kilogramm gegen Abtrennung des Buchstaben G der Mehlbezugskarte abgegeben.

Starke Zunahme der Sterblichkeit. Der statistische Bericht des Wiener Magistrates über die Woche vom 13. bis 19. November zeigt das gleiche erschütternde Bild wie in den schlechtesten Zeiten des Krieges. Die Zahl der Lebendgeborenen ist mit 456 ausgewiesen, während Gesamtzahl der Todesfälle 514 beträgt. Es ist also wieder das absolute Ueberwiegen der Sterbefälle gegenüber den Geburten zu verzeichnen. Diese grauenhafte Tatsache ist die Erklärung für manches Ereignis in der letzten Zeit.

Zweite Dezemberauszahlung an die städtischen Angestellten. Der Gemeinderatsausschuss für Personalangelegenheiten hat in seiner heutigen Sitzung für die städtischen Angestellten, die Lehrpersonen und die nicht nach Kollektivvertrag entlohnten Angestellten der Unternehmungen die zweite Auszahlung im Dezember, ebenso wie sie der Bund bewilligt hat, beschlossen.

Zu den Kundgebungen auf dem Zentralviehmarkt in St. Marx. Die Absperrung der Länder insbesondere Oberösterreichs hinsichtlich der Viehausfuhr im Sinne des bekannten Beschlusses des Hauptausschusses der Nationalversammlung hat unter den Wiener "Händlern mit Vieh und Fleisch" aber auch unter den Fleischhauern, Fleischselchern, den "emmissionären" der Grossmarkthalle und den Markthelfern grosse Erregung hervorgerufen, die heute vormittags zu Demonstrationen auf dem Rindermarkte in St. Marx und zur verspäteten Markteröffnung führte. Hierbei wurde behauptet, dass der Grund des Beschlusses des Hauptausschusses darin gelegen sei, dass die Regierung auf einem Umwege wieder die zentrale Bewirtschaftung mit Vieh und Fleisch einführen und eine Art Monopolstellung für den deutschösterreichischen Wirtschaftsverband für den Viehverkehr A.G. hinsichtlich des Einkaufes schaffen wolle. Die für 10 Uhr vormittags angetraute Eröffnung des Rindermarktes wurde von den Marktparteien verhindert. Es fand hierauf in der Marktamtkanzlei eine Besprechung statt, bei welcher der Leiter der amtlichen Uebernahmestelle für Vieh und Fleisch, Vertreter des Magistrates und Marktamtes den erschienenen Deputationen aus dem Kreise der Marktparteien die erforderlichen Aufklärungen gaben. Die Besprechungen gestalteten sich sehr erregt, doch gelang es schliesslich die Gemüter zu beruhigen und es konnte mit einer erheblichen Verspätung zur Markteröffnung geschritten werden. Morgen vormittags findet im Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft eine eingehende Beratung über die Absperrung der Länder und die den Einkauf künftighin regelnden Bestimmungen statt. Es ist zu hoffen, dass sich durch entsprechende Aufklärungen und Verfügungen die Erscheinungen des heutigen Marktages nicht mehr wiederholen werden. Ueber die Vorgänge auf dem Zentralviehmarkte wurde vom Magistrate dem Bürgermeister Reumann ein eingehender Bericht erstattet, der sogleich die Verfügung traf, dass alle Beschwerden der Marktparteien einer genauen Prüfung unterzogen werden.

Die neuen Strassenbahnfahrpreise. Die neuen Fahrpreise treten für die Einzelfahrscheine am Donnerstag, den 8. Dezember und für die Zeitkarten am 2. Jänner 1922 in Kraft. Vom 8. Dezember 1921 an sind vorgekaufte Fahrscheine des alten Tarifes nicht mehr gültig und werden bis zum 15. Jänner 1922 um den dafür gezahlten Betrag zurückgenommen oder gegen Ausgleich des Geldunterschiedes gegen neue Fahrscheine umgetauscht.

Die Netzkarten mit halbjähriger Gültigkeit vom 2. Oktober 1921 bis zum 1. April 1922 werden einmonatig zum 2. Jänner 1922 gekündigt und sind nach dem 1. Jänner 1922 nicht mehr gültig. Den Karteninhabern die sie bis zum 15. Jänner 1922 bei der Kartenausgabekasse der städtischen Strassenbahnen, VI., Rahlgasse 3, abliefern, wird der Betrag von K 4500.-, d. i. die Hälfte des Kaufpreises, zurückerstattet. Bei späterer Ablieferung behält sich die Direktion der städtischen Strassenbahnen vor, einen dem restlichen Teil der sonstigen Geltungsdauer entsprechenden etwaigen Teilbetrag zu vergüten. Karten, die nach Ablauf der darauf bezeichneten Geltungsdauer einlangen, werden grundsätzlich nicht vergütet. Durch Zusatzwertmarken für drei Monate können die Netzkarten mit halbjähriger Gültigkeit auch für die restlichen drei Monate gültig gemacht werden. Der Verschleiß dieser Zusatzwertmarken und die Behandlung der Netzkarten findet vom 27. Dezember an, während der gewöhnlichen Dienststunden an allen Ausgabestellen statt.

Die Fahrpreisbestimmungen sind bei allen Fahrscheinverschleißstellen um K 10.- erhältlich und liegen bei der Direktion der städtischen Strassenbahnen, IV., Favoritenstrasse 9/11, zur allgemeinen Einsicht auf.

Strassenbahnfahrpreis am 8. Dezember. Donnerstag, den 8. Dezember (Feiertag) gilt auf der Straßenbahn der Werktagsfahrpreis. Es haben sowohl die Frühfahrscheine, wie auch die Hin- und Rückfahrscheine an diesem Tage Gültigkeit, letztere schon für die Rückfahrt ab $\frac{1}{2}$ 12 Uhr.

Erste Oesterreichische Sparkasse. Im abgelaufenen Monate November wurden bei der Ersten österreichischen Sparkasse im Spar- und Scheckverkehr von 13.519 Parteien K 158,954.009 eingelegt, an 5.763 Parteien K 90,075.780.- rückgezahlt und es belief sich der Gesamteinlagenstand am 30. November 1921 auf K 1178,115.137.-. Hypothekendarlehen wurden K 1,065.500.- zugezählt dagegen K 16,838.378.- rückgezahlt, so daß sich der Stand der Hypothekendarlehen am 30. November auf K 255,049.459 stellte. Die Pfandbriefdarlehen beliefen sich am 30. November 1921 auf K 16,999.040.-, 60jährige Pfandbriefe waren K 19,396.600.- im Umlauf. Wechsel wurden K 88,600.000.- eskontiert, dagegen K 86,138.500.- eingekassiert. Der Besitz an Wechseln und Schatzscheinen betrug am 30. November 1921 K 288,725.519.-.

Kommunal-Sparkasse Döbling. Eingeahlt wurden K 11,907.201.-, rückgezahlt K 12,023.858.-. Gesamteinlagenstand am Ende des Monats betrug K 55,163.220.- auf 14.364 Konten. Der Stand der Einlagen im Scheckverkehr K 7,001.851.-, der Stand der aushaftenden Hypothekendarlehen K 13,335.755.-, der Stand der Darlehen auf Wertpapiere K 72.258.-, der Stand der Wertpapiere (Nominale) K 8,776.000.- und der Stand der Kontokorrent-Kredite K 19,161.798.-.

Wien, Dienstag, den 6. Dezember 1921 - Abendausgabe 9 Uhr

Die Vorgänge auf dem Viehmarkt in St. Marx. Bekanntlich wurde am Montag die Eröffnung des Rindermarktes von den Marktparteien verhindert. Da diese Verhinderung jeder Begründung entbehrt - der Markt wurde auch nach Beendigung der Demonstration abgehalten und wickelte sich glatt ab - sei folgendes festgestellt. Im Mai dieses Jahres wurde der Verkehr mit Rindern auf dem Wiener Zentralviehmarkt freigegeben. Es war zunächst festzustellen, dass die Freigabe in einer starken Belebung des Marktes zunächst durch Beschickung mit Auslandsvieh zum Ausdruck kam. Als im Juli auch der Viehverkehr im Inlande freigegeben wurde, trat eine noch stärkere Belieferung des Marktes ein, dass durch die Futtermittelnot sogar durch einige Wochen der Auftrieb an Rindern die Friedensziffer überstieg. Dieser starke Auftrieb hat auch eine ziemlich bedeutende Preissenkung zur Folge. Durch den katastrophalen Sturz unserer Krone erfolgte eine Verminderung der Beschickung des Marktes mit Auslandsvieh, so dass nach einiger Zeit die Auslandszufuhren für den Wiener Markt vollständig bedeutungslos wurden. Es war daher das Bestreben der Wiener Viehhändler darauf gerichtet, in den Bundesländern Ware um jeden Preis aufzukaufen, wodurch einerseits der Preis hinauf getrieben, andererseits auch der einheimischen Bevölkerung die Deckung ihres Fleischbedarfes äusserst erschwert wurde. Aus diesem Anlass mussten die Landesregierungen der Fleischversorgung ihrer Konsumenten ein erhöhtes Augenmerk zuwenden. Sie forderten daher von der Bundesregierung die Genehmigung von Viehverkehrsbeschränkungen, wie sie schon teilweise während der staatlichen Bewirtschaftung von Vieh und Fleisch bestanden hatten. Diese Beschränkungen waren für die einzelnen Länder verschieden. Steiermark und Kärnten beschränkten sich auf die Einföhrung des Transportscheinzwanges für Vieh. Oberösterreich und Salzburg leiteten den Viehverkehr über ihre Hauptmärkte in Urfahr und Salzburg. Die Angelegenheit beschäftigte vor ungefähr vierzehn Tagen den Hauptausschuss, der sich den Forderungen der Länder, die von den drei grossen politischen Parteien einstimmig erhoben worden waren, anschloss. Es wurde daher den erwähnten Forderungen der Länder vom Hauptausschuss Rechnung getragen, wobei jedoch für Oberösterreich die zur Zeit der staatlichen Bewirtschaftung dort übliche Verbilligung des oberösterreichischen Konsums auf Kosten der Wiener Verbraucher nicht wieder eintreten sollte. Es war vielmehr vorgesehen, dass jene Viehüberschüsse Oberösterreichs, die in den dortigen Industriezentren nicht benötigt werden, zu den Gestehungskosten direkt dem Wiener Markt zugewiesen werden. Es ist natürlich richtig, dass diese Verfügung nicht im Interesse der Wiener Händler sondern vielmehr im Interesse der Wiener Konsumenten gelegen war. Andererseits trat durch die Beschränkung der Viehföhrung aus den Ländern nach Wien und noch

mehr dadurch, dass die Landwirte den Verkauf ihrer durch die grosse Futtermittelnot überstündigen Viehbestände zum grössten Teile bereits durchgeführt hatten, naturnotwendig eine schwächere Beschickung des Wiener Marktes ein. Die Zusammensetzung des Wirtschaftsverbandes für den Viehverkehr, dem zur Hälfte die Gemeinde Wien und zur anderen Hälfte alle Bundesländer angehören, bewirkte, dass er trotz dieser Viehverkehrsbeschränkungen der Länder aus diesen Vieh nach Wien zu bringen vermochte. Dies war den Viehhändlern/äusserst unangenehm und sie versuchten nun durch eine absichtlich falsche Darstellung des Sachverhaltes die Schuld an der Beschränkung der Viehenausföhr durch die Länder dem Wirtschaftsverband zuzuschreiben. Angeblich wollte sich der Wirtschaftsverband hier eine Monopolstellung schaffen. Es ist charakteristisch, dass die Viehhändler und Fleischhauer die organisierten Markthelfer und Gehilfen in der Grossmarkthalle und im St. Marx durch diese falschen Darstellungen gleichfalls auf ihre Seite brachten, indem sie darauf hinwiesen, dass durch die angebliche Monopolstellung des Wirtschaftsverbandes der Markt leide und die Gehilfenschaft weiniger Verdienstmöglichkeit besitze.

Auf Drängen der Marktparteien wurde nun heute vormittag im Ackerbauministerium eine Besprechung aller Interessenten abgehalten. Nach langwierigen fast vierstündigen Verhandlungen wurde beschlossen, dass morgen Mittwoch Vertreter aller Marktinteressenten, der Gemeinde Wien und der beteiligten Ministerien nach Linz reisen sollen, um die Verhandlungen wegen der Durchführung der oberösterreichischen Verordnung über die Viehverkehrsbeschränkung und die Ueberföhrung der für den Wiener Konsum überschüssigen oberösterreichischen Vieh- und Fleischmengen aufzunehmen.

Eine Aktion für die geschädigten Gastgewerbeangestellten. Heute sprachen bei Bürgermeister Reumann Vertreter der organisierten Gast- und Kaffeehausangestellten sowie der Hotelbediensteten vor. Sie verlangten vom Bürgermeister, dass er seine Zustimmung zur Veranstaltung von Wohltätigkeitsvorstellungen zur Unterstützung der durch die Demonstration vom Donnerstag schwer geschädigten Bediensteten erteile. Es ist geplant, dass in ungefähr 2. 1/2 grösseren Gastgewerbebetrieben die Bediensteten zwei Stunden nach Betriebschluss arbeiten, wozu die Bewilligung zur Ueberschreitung der Sperrstunde erforderlich sei. Der Bürgermeister sagte seine Unterstützung zu. Weiter verlangte die Abordnung, dass bei Verfügungen des Kriegswucheramtes über die Sperre von Kaffeehäusern u. s. w. auch die Vertretung der Gehilfenschaft gehört werden möge, da durch jede solche Sperre den Bediensteten wirtschaftliche Nachteile erwachsen. Der Bürgermeister erklärte, dass er in diesem Sinne an das Kriegswucheramt herantreten werde.

WIENER RATHAUSKORRESPONDENZ.

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Mischeu

27. Jahrgang, Wien, Mittwoch, den 7. Dezember 1921.

Die Berufsberatung in Wien. In der letzten Sitzung des Gemeinderatsausschusses für Sozialpolitik erstattete StR Grünwald einen Bericht über ein Uebereinkommen zwischen der Gemeinde Wien und der Kammer für Arbeiter und Angestellte betreffend die Errichtung eines Berufsberatungsamtes. In Verbindung mit dem Berufsberatungsamte steht eine Lehrstellenvermittlung für männliche und weibliche jugendliche Arbeiter. Die Aufgabe des Berufsberatungsamtes ist die Erteilung von Ratschlägen bei der Berufswahl an jugendliche Personen und an Personen, die neu ins Erwerbsleben treten oder ihren Beruf wechseln. Die Lehrstellenvermittlung hat ihre Tätigkeit nicht bloß auf die Vermittlung von Lehrplätzen zu beschränken, sondern auf eine Ueberprüfung der angemeldeten Lehrplätze und eine dauernde Ueberwachung der vermittelten Lehrlinge im Einvernehmen mit der Gewerbeinspektion durchzuführen. Ihr obliegt die Beobachtung des Arbeitsmarktes mit Bezug auf die Berufswahl jugendlicher Personen, der Rechtsschutz jugendlicher Arbeiter und Arbeiterinnen bis zum 18. Lebensjahre und die Sammlung und Evidenzhaltung von auf die die Berufsberatung und Lehrlingsfürsorge bezughabenden wissenschaftlichen Materials. Das Berufsberatungsamte wird vom Vorstände und von einem Stellvertreter geleitet. Der Vorstand besteht aus acht Vertretern der Gemeinde Wien, fünf Vertretern der Kammer für Arbeiter und Angestellte, je einem Vertreter des Bezirksschulrates, des Fortbildungsschulrates und des Büros der industriellen Bezirkskommission Wien. Die Aufteilung der Kosten wird alljährlich zwischen der Arbeiterkammer und der Gemeinde Wien vereinbart. Die Gemeinde Wien und die Kammer für Arbeiter und Angestellte behalten sich vor das Uebereinkommen bis 1. Juli jeden Jahres mit Wirkung auf den 1. Jänner des nächsten Jahres zukündigen. Das Uebereinkommen wurde vom Ausschuss einstimmig genehmigt.

Orchesterkonzert. Sonntag, den 11. Dezember um 4 Uhr nachmittags im städtischen Kasino Baumgarten, XIII., Linzerstrasse 297. Orchesterkonzert. Mitwirkende: Frau Schugweinwurm, Sopran; Fräulein Edith Steinhauer, Violine; Fräulein Hedwig Steinbauer, Harfe; Orchester Mitglieder des Staatsopern-Orchesters. Musikalische Leitung: C. Weinwurm. Karten von K 70.- bis K 150.- bei A. Rippel, I., Reitschulgasse 4

Freiplätze in Bad Hall. Das städtische Gesundheitsamt (Mag. Aht 12) übernimmt die Kurperiode Gesuche um Freiplätze für erwachsene Personen im landschaftlichen Spital zu Hall in Ober Oesterreich. Die Gesuche sind, belegt mit dem Nachweis der Zuständigkeit nach Wien, dem Tauf- oder Geburtscheine und einem amtsärztlichen Zeugnis bis läng-

stens 15. Jänner 1922 in der Wohlfahrtsabteilung VIII., Schmidgasse 11 zu überreichen, wo auch die Formulare erhältlich sind.

Weihnachtsspende für Wiener Lehrpersonen. Aus der amerikanischen Spende (des „Volkblatt und Freiheitsfreund“, Daily and Sunday German Newspaper in Pittsburg) wird noch vor Weihnachten ein Betrag von 2.000.000 K an die bedürftigsten aktiven und pensionierten Lehrpersonen Wiens durch die Lehrersektion des Verbandes der städtischen Angestellten verteilt. Ansuchen mit genauen Angaben über die Bedürftigkeit (womöglich mit Belegen) bis längstens 15. Dezember an Josef Hellebart, Lehrer, Wien, XVII. Klement Hofbayerplatz 2. Verspätet eingelangte Ansuchen können für die Weihnachtsgabe nicht mehr berücksichtigt werden.

Verkaufspreise für Christbäume. Das Marktamt hat im Einvernehmen mit der städtischen Fortsinspektion nachstehende Preise für Christbäume festgesetzt. Die Preise verstehen sich pro Stück ohne Kreuz. Fichten: bis 1/2 m Höhe 150 K, bis 1 m Höhe 250 K, bis 1 1/2 m Höhe 350 K, bis 2 m Höhe 450 K; Tannen: bis 1/2 m Höhe 200 K, bis 1 m Höhe 300 K, bis 1 1/2 m Höhe 400 K, bis 2 m Höhe 500 K; über 2 m Höhe freie Vereinbarung. Die Ueberschreitung obiger Preise wird im Sinne des Preistreibergesetzes bestraft.

Lehrerhausverein. Holländische Liebesgaben an Witwen nach Wiener Bürger- und Volksschullerpersonen mit den Namensbuchstaben A - G am 12. Dezember, H - M am 13. Dezember, N - S, Sch, Sp, St am 15. Dezember und T - Z am 16. Dezember täglich von 10 bis 12 Uhr in der Vereinskanzlei. Spesenersatz 20 K, Witwen-Dokument mitbringen.

WIENER RATHAUSKORRESPONDENZ.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Mischeu.

27. Jahrgang, Wien, Dienstag, den 8. Dezember 1921.

Bohnen für Mindestbemittelte. In der 161. Aktionswoche erhalten alle Besitzer der neuen rotsfarbigen Einkaufscheine für Wohlfahrtsfleisch ^{pro Person} 1/8 kg Bohnen zum Preise von K. 3.80 gegen Abtrennung der Ziffer „1“ in den Geschäften der Großschlächtereier an folgenden Tagen: Freitag, den 11. Februar für A - F, Dienstag, den 15. für G - K, Freitag, den 18. für L - R und Montag, den 21. Februar für S - Z. An die Wohlfahrtsinstitute und öffentlichen Speisestellen wird für jede Person 1/8 kg Bohnen und zwar an die ersteren zum Preise von K. 3.80, an die letzteren unentgeltlich abgegeben werden.

Wettbewerb für die Erbauung von Strassenbahnhäusern in Lainz. Die Gemeinde Wien hat für die Veranstaltung verschiedener baukünstlerischer Wettbewerbe einen Betrag von 150.000 K gewidmet. Für den obigen Wettbewerb sind 17 Entwürfe eingelangt und wurden nachstehenden Architekten vom Preisrichteramt folgende Preise zuerkannt: Ing. Ernst Mihsch (Lainzerhof) 8000 K, Viktor Reiter u. Anton Valentin (Linie 62) 4000 K, Ing. Karl Dirnhuber (Doppelgartenhäuser) 4000 K, Alfens Hetmanek (Nord-Süd) 4000 K, Robert Kalesa (Einfach und billig) 4000 K, Josef Schmid u. Hugo Manhardt jun. (Auswärts) 4000 K und Adolf Tropsch (Wohnhof) 4000 K. Der Entwurf mit dem Kennwort „Vogelweide“ wurde vom Preisrichteramt zum Ankauf durch die Gemeinde Wien empfohlen.

WIENER RATHAUSKORRESPONDENZ.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Mischeu.

27. Jahrgang, Wien, Freitag, den 9. Dezember 1921.

Von den Kraftstellwagen. Ab Morgen Samstag werden im Tagesverkehr die Kraftstellwagen der Linie Franz-Josefsbahn - Suttnerplatz ab Wiedner-Hauptstrasse über Margaretenstrasse - Schleifmühlgasse bis zur Paulanerkirche weitergeführt. Im Nachtverkehr wird diese Linie ab Suttnerplatz über Wiedner-Hauptstrasse bis zur Grossen Neugasse verlängert.

Weihnachtsspende für Wiener Lehrpersonen. Die Mitteilung, dass aus der amerikanischen Spende (des „Volkeblatt und Freiheitsfreund“, Daily and Sunday German Newspaper in Pittsburg) noch vor Weihnachten ein Betrag von 2 Millionen Kronen an die bedürftigsten aktiven und pensionierten Lehrpersonen Wiens durch die Lehrersektion des Verbandes der städtischen Angestellten verteilt wird, ist dahin richtig zu stellen, dass nicht 2 Millionen Kronen sondern 200.000 Kronen zur Verteilung gelangen.

Orchesterkonzert in Baumgarten. Wegen dienstlicher Verhinderung des Mitgliedes des Staatsopernorchesters musste das für Sonntag, den 11. Dezember $\frac{1}{2}$ 4 Uhr nachmittags anberaumte Konzert auf den 6. Jänner 1922 verschoben werden.

Sehr geehrter Herr Kollege!

Amtführender Stadtrat Professor Dr. Fandler ladet die Herren Kommunalberichterstatler für morgen Samstag 12 Uhr mittag zu einer Besprechung in sein Büro (Neues Rathaus, I. Stock) ein.

WIENER GEMEINDERAT.

Sitzung vom 9. Dezember 1921.

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung.

Gespendet haben: Holger Madson Filmkonsortium in Kopenhagen für Jugendfürsorgezwecke 280.000 K.

Ein ungenannter Spender in New-York für die hungernden Kinder Wiens 8.473.- K.

Franz Mathes, Linzerstrasse, für die Armen des 13-Bezirktes 4000 K.

August Hank, Linzerstrasse 2000 K.

Das Neue Wiener Tagblatt für arme Kinder Wiens eine Sammelspende von 2000 K.

Für die Armen des 17-Bezirktes Emil Reschold, Nesselgasse, 1000 K.

Simon Fischmann, Wien, XIV., für die Armen Wiens 500 K.

Das Komitee zur Förderung der öffentlichen Ausspeisung für das Kinderfrühstück in den städtischen Kindergärten 23 kg Kakao und für die Notstandsaktion für Pensionisten 18 kg Kakao.

GR. Schorsch (Soz.-Dem.) stellt den Antrag, die Mehrkosten von 5.040.000 K gegen den seinerzeit genehmigten Betrage von 4 Millionen Kronen für den dritten Bauteil /Aufsetzung von Stockwerkskanzleien über dem an der inneren Lagerhausstrasse gelegenen Seitenschiffe des Magazines I in der Prateranlage der Lagerhäuser der Stadt Wien zu genehmigen.

GR. Wettengel (chr. soz.) drückt sein Befremden darüber aus, dass alle städtischen Unternehmungen ohne Einvernehmen mit der hiezu berufenen Stelle dem Stadtbauamte eigenmächtig zu Werke gehen, und ersucht den Referenten um aufklärung.

Der Referent erklärt, dass das städtische Lagerhaus seine eigene Bauabteilung habe, von der das Projekt ausgearbeitet und die Arbeiten im Wege der öffentlichen Ausschreibung vergeben wurden. Das Stadtbauamt komme in dieser Angelegenheit nicht in Betracht.

Der Referentenantrag wird sodann genehmigt.

GR. Iser (Soz.-Dem.) legt die allgemeinen Grundsätze für die Vergebung von Gemeindegrund in Baurecht an gemeinnützige Siedlungsgenossenschaften vor.

GR. Ullreich (Chr.-Soz.) begrüsst die Vorlage, erklärt jedoch, dass einige Bestimmungen verbesserungsbedürftig seien und stellt eine Reihe von Abänderungsanträgen, vor allem wünscht er, dass die Baurechtsdauer von 60 auf 70 Jahren erhöht werde.

GR. Ullreich (Chr.-Soz.) hat einen Antrag wegen Höherdotierung des Wohnungs- und Siedlungsfonds der Bundeshauptstadt Wien eingebracht, der der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen wird.

GR. Haider (Chr.-Soz.) brachte einen Dringlichkeitsantrag betreffend das Ansuchen des Straßenbahnschaffners Nitsche um Gewährung eines Doppeltages ein.

GR. Breuer (Gr.-Soz) überreicht einen Dringlichkeitsantrag betreffend die Widmung von 10 Millionen K für die Rettungsgesellschaft.

Die Dringlichkeitsanträge werden am Schluss der Sitzung verhandelt.

BGM. Reumann erklärt die Geschäftsstücke 1 bis 4, 6 bis 11, 14 bis 19 und 23 als ohne Wortmeldung für angenommen.

+ + +

Automobilsteuer, Konzessionsabgabe und Hundesteuer. An die Mitglieder des Gemeinderates gelangten heute die Vorlagen wegen Erhöhung der Automobilsteuer, der Konzessionsabgabe und der Hundesteuer zur Verteilung, die der Finanzausschuss in Beratung ziehen wird.

Ueber die Automobilsteuer haben eingehende Beratungen mit den Interessenten stattgefunden. Die Vertreter der Automobilfabriken, des Automobilhandels, des Lohnfuhrwerkes und auch die beteiligten Kreise der Arbeiterschaft hatten Gelegenheit in einer Reihe von Sitzungen, die beim Finanzreferenten StR. Breitner stattfanden, ihre Ansichten zu den geplanten Maßnahmen zu äußern und es wurde auch tatsächlich den vorgebrachten Bedenken in weitgehendem Maße Rechnung getragen. Die Interessenten haben insbesondere darauf verwiesen, daß die gegenwärtige Lage, sowohl was die der Industrie als auch die des Lohnfuhrwerkes betrifft, eine sehr wenig günstige ist, und besondere Rücksichtnahme notwendig macht. Darauf ist es zurückzuführen, daß die ursprünglich geplante Steigerung auf das Zehnfache der im Februar beschlossenen Ansätze, wie dies die Steigerung der Betriebskosten entsprechen würde, unterbleibt. Der Entwurf zieht eine Erhöhung auf das Fünffache der gegenwärtigen Sätze vor. Besondere Bestimmungen werden bezüglich der Probenummern getroffen, die an die Autofabrikanten und Autohändler, sowie an die Mechaniker zur Ausgabe gelangen und bei deren Verwendung seitens des Magistrates mehrfache Mißbräuche festgestellt wurden. Die Höchstzahl dieser Probenummern wird künftig begrenzt sein, und zwar je nach der Ausdehnung des Betriebes für Fabriken und deren Niederlagen maximum zehn Stück, für Händler fünf und für Reparaturwerkstätten ein Stück. Hiefür wird pro Abzeichen 30.000 Kronen zu entrichten sein. Von den Vertretern des Automobilhandels wurde geltend gemacht, daß die Mehrzahl der in Wien verkauften Automobile nicht wie in früheren Zeiten per Bahn zur Ausfuhr gelangten, sondern von den in Wien sich aufhaltenden Käufern einige Zeit hier benützt werden und daß dann der Export auf eigenen Rädern sich vollzieht. Das hat geradezu die zwä Wirkung gehabt, daß solchen Käufern, die nicht eine Jahressteuer entrichten wollten, gesetzlich Probenummern überlassen werden mussten, werauf es auch zurückgeführt wird, daß mit solchen Probesteuerverzeichen versehene Vehikel bei Vergnügungslokalen bemerkt wurden. Dem soll nun dadurch abgeholfen werden, daß eine Art Wandersteuerzeichen herausgegeben wird. Dieses gelangt ausschliesslich an Automobilniederlagen und Automobilhandlungen zur Ausgabe und kann tageweise benützt werden. Die Steuer pro Tag ist mit 15.000 Kronen festgesetzt, wobei der Behabungs- und Rückstellungstag zu bezahlen sein wird. Sehr schwierig gestalteten sich die Verhandlungen mit den Lohnfuhrwerkern, die bisher eine ganz besonders begünstigte Behandlung genossen und eine Steuer von nur 2000 Kronen bezahlt haben. Es soll nun auch das Platzlohnfuhrwerk nach Steuerpferdekräften zur Abgabe verhalten werden. Eine sehr wichtige Konzession wird indeß nach der Richtung hin gemacht, dass kein Autotaxis mit mehr als sieben Steuerpferdekräften herangezogen wird. Die Vertreter des Lohnfuhrwerkes haben geltend gemacht, daß eine große Anzahl von Wagen aus der Sachde-

mobilisierung erworben wurde, die schwere Vehikel sind, viel Benzin verbrauchen, ohne eine größere Leistungsfähigkeit zu besitzen und, da die geltende Taxe eine vollkommen einheitliche ist, diese schweren Wagen konkurrenzunfähig sein würden. Diesens chweren Bedenken ist voll Rechnung getragen worden. Die Steuer für Autotaxi wird demnach einheitlich 75.000 Kronen pro Jahr betragen. Auch bezüglich der Zahlungsbedingungen wurden für das Platzlohnfuhrwerk besondere Begünstigungen vorgesehen, während sonst die Steuer in zwei Halbjahresraten zu entrichten ist, können die Autotaxi sie) quartalsweise bezahlen und als Uebergangsbestimmung ist vorgesehen, daß die erste Vierteljahresrate auf drei Monate aufgeteilt wird. Bezüglich des Stadtlohnfuhrwerkes bleibt

es bei den bisherigen Bestimmungen, wonach diese Wagen genau so wie die Privatauto steuerpflichtig sind.

Die Konzessionsabgabe soll eine Verfünffachung erfahren und für die erste Erwerbssteuerklasse 30.000 Kronen, für die zweite 20.000 Kronen, für die dritte 10.000 Kronen und für die vierte Erwerbssteuerklasse 2.500 Kronen betragen. Die Erwerbs- und Wirtschafts Genossenschaften sind mit 1000 Kronen bemessen. Die sonstigen Bestimmungen des Gesetzes haben keine Aenderung erfahren.

Der neue Entwurf für die Hundesteuer beinhaltet, das Fallenlassen des im Vorjahre gemachten Versuches, die Rassender Hunde zum Gegenstand einer erhöhten Abgabe zu machen. Es hat sich gezeigt, daß auf diese Art eine nennenswerte Einnahme nicht zu erzielen ist und es wird daher diese Absicht künftig fallen gelassen. Die vorgeschlagene Erhöhung von 100 auf 200 Kronen pro Jahr ist gleichfalls eine nur ganz bescheidene und deutet an, dass die Gemeinde nicht die Absicht hat, diese Steuer besonders auszubauen, weil die Möglichkeiten der Umgebung außerordentlich vielfältig sind, während der Ertrag mit der aufgewendeten Mühe und dem erforderlichen Beamtenapparat doch niemals recht im Einklang zu bringen ist. Bei dem ins Riesenhafte angewachsene Budget der Gemeinde treten immer mehr einzelne Grundsteuern als die Träger des ganzen Abgabensystems hervor, während gewisse kleinere Abgaben, zu denen auch die Hundesteuer gehört, als wenig lohnend in den Hintergrund treten und wohl auch in absehbarer Zeit ganz verschwinden dürften.

Bei Beginn dieser Steuergesetze ist mit 1. Jänner 1922 vorgesehen.

Zum Schluss gibt der Redner der Hoffnung Ausdruck, daß sein Antrag für Siedlungszwecke, den Betrag von 500 Millionen bereitzustellen, angenommen werde.

GR. Wettengel (Chr-Soz.) hat sich nur zum Wort gemeldet, um neuerlich die Aufmerksamkeit des Herrn Bürgermeisters und Berichterstatters darauf zu lenken, in welcher widerlicher Weise die Berichte voll von Fremdwörtern sind, die vermieden werden könnten. Er stellt den Antrag, daß die Fremdwörter aus den Berichten entfernt werden.

GR. Isgr bemerkt gegenüber den Ausführungen des GR. Ullreich, daß die allgemeinen Grundsätze im Einvernehmen mit allen größeren Schrebergarten- und Siedlungsgenossenschaften festgesetzt wurden, daß die Gemeinde bis zur äußersten Grenze der Möglichkeit gegangen sei und daß daher von den im Bericht festgelegten Ziffern nicht abgegangen werden könne. Dem Antrag des GR. Wettengel bezüglich Ausmerzung der Fremdwörter stimmt der Berichterstatter zu.

Die Referentenanträge werden sodann nach Ablehnung der Anträge Ullreich angenommen.

Nach einem Referat des St.R. Dr. Tandler (Soz-Dem) wird der Antrag den arbeitenden Pflöglingen der städtischen Humanitätsanstalten eine einmalige Zuwendung im Ausmaß von 80 - 140 K per Kopf zu gewähren, und zur Deckung der Mehrauslagen einen Zuschußkredit von rund 200.000 K zu bewilligen, angenommen.

Post 20 und 21 werden ohne Debatte angenommen.

St.R. Speiser (Soz-Dem) berichtet über den Antrag auf Abänderung der Gebührenvorschrift, wonach das ganze System der Bezahlung von Ueberstunden beim Magistrat geregelt wird. Die Kosten dieser Neuregelung stellen sich auf jährlich 270 Millionen Kronen, für den Rest des Verwaltungsjahres auf 45 Millionen Kronen, doch wird sich voraussichtlich eine nicht unwesentliche Herabminderung des Erfordernisses ergeben. Der Referent bemerkt zu diesem Gegenstande, daß der Verband der städtischen Angestellten für die definitive Regelung der Angelegenheit seine Mitwirkung zusagte. Vor allem wird darauf zu sehen sein, daß die Arbeitsstunden pünktlich eingehalten und voll ausgenützt und daß die Anordnung von Ueberstunden dem Magistratsdirektor vorbehalten bleiben. Die Institution der Bureauinspektoren wird ausgebaut und bei etwa beobachteten Unzukömmlichkeiten mit allen dienstordnungsmäßigen Mitteln vorgegangen werden. Leiter, die sich als ihren Aufgaben nicht gewachsen erweisen werden durch befähigtere ersetzt werden.

GR. Rummelhardt (Chr-Soz): Wir sind einverstanden, daß die Gebühren in der neuen Vorlage nicht starr festgesetzt sind sondern sich der Entwicklung der Gehaltsverhältnisse anpassen. Wenn man dieses Referat hört, müssen einem gewisse Vorgänge, die sich hier in der Magistrat abspielen, außerordentlich Wunder nehmen. Es heißt ausdrücklich in der Gebührenvorschrift, daß Pauschalierungen nur

im Einvernehmen mit der Personalvertretung vorgeschrieben werden können. Die Remunerationen für die Ueberstunden der Fachrechnungsabteilung wurden laut Beschluß des Gemeinderatsausschusses I pauschaliert gegen nachträgliche Einholung des Gutachtens der Personalvertretung. Hier handelt es sich aber um kein Gutachten ändern um das Einvernehmen. Es ist eine Ungerechtigkeit, die Leute zuerst die Ueberstunden in dem Glauben, daß sie ihnen normal honoriert werden, geben zu lassen und ihnen nach einem Monate zu sagen, daß sie pauschaliert werden, ohne daß die Personalvertretung befragt wurde. Rechn. Direktor Oheral hat sich bestimmt gefunden die Remuneration der Ueberstunden überhaupt zurück zu behalten, so daß die Organisation der Fachrechnungsbeamten gezwungen war, die Remuneration aus eigenen Mitteln auszusahlen. Ich muß gegen dieses Vorgehen des Herrn Rechnungsleiters energisch protestieren und möchte den Herrn amtierenden Stadtrat ersuchen der Sache nachzugehen und den Herrn Rechnungsdirektor zu beauftragen, derlei Dinge in Zukunft zu unterlassen.

Sie haben bei den Beamten auch Einrichtungen getroffen, die Sie bei anderen Kategorien von Angestellten noch nicht für notwendig erachtet haben. Ich meine die sogenannten Bureauinspektoren. Es ist nicht sehr zweckmäßig, diese Institution noch zu erweitern. Diese Bureauinspektoren haben Sie gegen die Gemeindeverfassung ernannt. Was soll die Öffentlichkeit dazu sagen, daß sich unter den Bureauinspektoren für den Kanzleidienst der Obmann und Vertrauensmann der Personalvertretung befindet. Ich muß mich entschieden gegen die Erweiterung dieser Institution verwahren, bevor wir nicht über ihre Zweckmäßigkeit etwas gehört haben. Das eine ist sicher, daß dieses Antreibertum, dieses Spitzeltum, das Sie nur der Beamtenschaft aufhalsen, nicht zu jenen Zwecken führen wird, den Sie vor Augen haben. Wenn Sie wirklich Ordnung und Reform der Verwaltung anstreben, müssen Sie sich auch auf den guten Geist der Beamtenschaft verlassen wie Sie das von der organisierten Arbeiterschaft hundertmal gesagt haben.

In der Begründung der Vorlage ist auch ein Passus enthalten, daß Vorstände, die versagen, entoben werden. Wir kennen das. Wenn Sie Vorstandsposten brauchen, dann wird irgendein Schlagwort erwonnen, durch das alte, erprobte Leute weggefegt werden. Ich warne Sie vor einem solchen Vorgange. Derlei Dinge haben noch nie günstige Resultate gezeitigt.

Sodann wendet sich der Redner gegen die Ungereimtheit, daß Magistratsbeamte, welche 6 Stunden Arbeit haben, wenn sie Ueberstunden machen, die siebente Stunde umsonst arbeiten müssen, und auch dagegen, daß zwischen der normalen Arbeitszeit und den Ueberstunden eine Stunde Pause gemacht werden muß. Es solle in dem betreffenden Passus nicht heißen: es muß, sondern es kann eine Stunde Pause eingehalten werden. Bei Kassabeamten sei diese Pause überhaupt undurchführbar.

Der Herr ist gegen auf die Ausführungen des GR. Rummelhardt, es sei wahr, daß mit dieser Vorlage auch eine schärfere Handhabung des Dienstbetriebes in der Gemeinde eintreten müsse. Es sei wahr, daß man mehr wie bisher von den Beamten vollständige Pünktlichkeit in der Erfüllung ihrer Pflichten verlangen werde. Wir werden künftighin mehr als bisher auf die Verwaltungsmäßige Einhaltung der Büroarbeitsstunden dringen müssen und uns in diesem Bestreben durch gar nichts abhalten lassen. Ich bin der vollen Ueberzeugung, daß die Öffentlichkeit damit vollständig einverstanden sein wird. Die Institution der Büroinspektoren hat sich bisher sehr bewährt, es ist ihnen gelungen, ganz bedeutende Verbesserungen durchzusetzen und in Kanzleibetrieben, wo überflüssiges Personal ist, im vollen Einvernehmen mit den betreffenden Aemtern und Kanzleikräften selbst einen Abbau vorzunehmen, wodurch der Stadt in die Millionen gehende Summen erspart werden. Wie notwendig eine solche Reform ist, beweist das Beispiel, daß es einen Beamten gegeben hat, den täglich die Arbeit von einer Viertelstunde vorgeschrieben war, so daß man sagen muss, daß manche Büroleiter den Anforderungen nicht voll entsprechen. Die Büroinspektoren werden keine Antreiber- und Spitzeldienste zu versehen haben. In unseren städtischen Betrieben hat wir überall Inspektionsbeamte, ohne daß an dieser Institution bisher Kritik geübt worden ist. In einer Zeit, wo die Beamten so viel Geld kosten, wo die Bevölkerung unter der schweren Steuerlast seufzt, ist es nur durchaus selbstverständlich, wenn wir solche Maßnahmen treffen. Die Einschaltung einer einstündigen Pause zwischen der normalen Arbeitszeit und den zu leistenden Ueberstunden brauchen wir, um in den Ueberstunden den nötigen Arbeitseffekt zu erzielen, weil ja kein geistiger Arbeiter im Stande ist, ununterbrochen sechs Stunden etwa vollwertige geistige Arbeit zu leisten. Wir haben bei den angestellten der städtischen Unternehmungen die Intensivierung der Arbeitsleistung durchgesetzt und diese Intensivierung muss auch bei den Beamten im Rathaus erzielt werden. Auf die Gefahr hin, daß ich angegriffen werde und mich in den Kreisen der Beamten nicht beliebt mache, bin ich entschlossen, diese Maßnahmen durchzuführen, ohne Rücksicht auf irgendeine Populärtheorie. Mir ist bekannt, daß unter den Beamten der größte Teil unter dem Drucke der Arbeit schwer seufzt und ununterbrochen bemüht ist, im Interesse der Bevölkerung zu arbeiten. Ich freue mich konstatieren zu können, daß die Zahl der Beamten, die zu einer Intensivierung der Arbeit gekommen sind, immer mehr wächst, aber ich scheue mich auch nicht zu sagen, daß in den Reihen der Angestellten noch eine gewisse Anzahl von Männern und Frauen sich befindet, die noch immer glauben, daß die anderen Beamten ihre Arbeit verrichten müssen.

GR. Rummelhardt: Und für die sind die Inspektoren da!

GR. Speiser: Ja, für diese. Ich glaube, daß es notwendig ist, im Gemeinderat offen auszusprechen, daß wir mit dieser nicht allzu-

großen Gruppe durchaus kein Mißverständnis haben, wenn sie etwas starker geäußert werden. Wir werden es nicht so machen, wie es früher geschehen ist, sondern die Reform im Einvernehmen mit der Personalvertretung und dem Verband der städtischen Angestellten durchführen. Die Vorlage wird sodann unverändert angenommen. Die Abänderungssätze Rummelhardt werden abgelehnt. Hierauf werden wählen von ausnahmsmäßigem vorgenommen. GR. Hälder (Chr-Soz) befragt seinen Dringlichkeitsantrag wegen Nichtrealisierung des christlichsozialen Straßensanierungsausschusses. Klatsche von Bahnhof Endofreien zur Lösung eines Doppelganges, dessen Anstreben vom Dienststellenleiter mit der Begründung abgewiesen wurde, weil Klatsche nicht dem Handels- und Transportverkehrsverkehr angehöre. Die Direktion der Straßenbahn sei aufzufordern, die Möglichkeit zu schaffen, daß auch nicht sozialdemokratischen Jochaffern die Benutzung von Doppelgängen gewährt werde. Den Antrag wird bei der Abstimmung das Dringlichkeits nicht anerkannt.

GR. Speiser (Chr-Soz) weist in seiner Begründung des Dringlichkeitsantrages wegen Bewährung von 10 Millionen Franken für die Wiener Rettungsgesellschaft auf den 40jährigen Gedächtnistag der Gründung dieser Institution hin und sagt, daß es in dieser Frage trotz aller politischen Gegensätze im Gemeinderat nur eine einheitliche Meinung geben könne. Bei der Abstimmung über die Dringlichkeit wird diese abgelehnt. Auf Seite der christlichsozialen Gemeinderäte werden Rufe "Ja was ist denn?", "Aber meine Herren!" laut, die von den Sozialdemokraten mit "Wir sammeln in den Betrieben" beantwortet werden. Vorsitzender GR. Speiser (Soz-Dem) sagt, dass zu einer Aufregung kein Grund vorhanden ist. Die Gemeinde wisse was die Rettungsgesellschaft für Wien bedeute und sie wird jederzeit so wie früher auch in Zukunft ihre Pflicht der Rettungsgesellschaft gegenüber zu erfüllen. Die Sitzung wird hierauf geschlossen.

WIENER RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantwortl. Redakteur: Max Mischeu.

27. Jahrgang, Wien, Samstag, den 10. Dezember 1921.

Die Sabotage der Luxuswarenabgabe. Der Magistrat macht darauf aufmerksam, dass die Rechnungslegung und Einzahlung der Luxuswarenabgabe für den Monat November bis spätestens 20. Dezember zu erfolgen hat. Eine Anzahl bereits getroffener Abrechnungen umfasst merkwürdigerweise nur die Zeit vom 1. bis 17. November statt den ganzen Kalendermonat. Diese Firmen werden aufgefordert, die Richtigstellung vorzunehmen.

Bei diesem Anlasse stellt der Magistrat neuerlich fest, dass die Bekenntnisse über die Luxuswarenabgabe zum grössten Teile überhaupt nicht ausstehen und Hinterziehungen gewaltigen Umfanges vorliegen. Von mehr als sechzigtausend Abgabepflichtigen haben bisher nur zehntausend Zahlungen geleistet. Gegen alle übrigen ist das Strafverfahren eingeleitet worden. Der bisherige Steuerertrag macht 235 Millionen Kronen aus und entspricht nicht annähernd den erzielten Umsätzen. Mit besonderem Nachdruck sei darauf verwiesen, dass die vielfach geübte Praxis, Verkäufe von Luxuswaren einfach mit der Begründung nicht zu versteuern, dass sie an Ausländer erfolgt seien, dem Gesetze vollkommen widerspricht. Als Auslandsverkäufe werden ausschliesslich jene Fälle angesehen, in denen die betreffende Firma durch die Vorlage der Dokumente den vollkommen einwandfreien Beweis erbringen kann, dass dieselbe Ware, die in dem Verkaufsregister verzeichnet ist, unmittelbar an die Person des Käufers zur Ausführung gelangt ist. Es genügt also in gar keiner Weise, dass sich jemand als Ausländer legitimiert oder sich etwa die Ware mit der Angabe, dass er ins Ausland verreise, ins Hotel zustellen lässt. Ebenso ist die bloße Übergabe an einen Spektator keineswegs hinlänglich, um eine Steuerbefreiung zu bewirken. Gegen eine große Anzahl von Firmen der Juwelen- und Antiquitätenbranche, die im Verhältnis zu den heutigen Preisen und den notorischen Umsätzen ihres Geschäftes lächerliche Beträge als Monatsumsatz angegeben haben, ist das Strafverfahren eingeleitet und wird die Bemessung von Entschädigungen erfolgen. Während erstmalig nur Geldbußen verhängt werden können, ist im Wiederholungsfall sowohl die Entziehung der Gewerbeberechtigung wie insbesondere auch Arreststrafe bis zu drei Monaten zulässig. Da trotz der sehr bedeutenden Herabsetzung der Luxuswarensteuer gegenüber dem ursprünglich geplanten Ansätzen und der bisher ausgezeichneten Geschäftsgang in fast allen in Betracht kommenden Branchen die Verkürzung der Abgabe einen ertägigen grossen Umfang aufweist, ist der Magistrat entschlossen, durch rücksichtslose Anwendung der schärfsten Strafen die Beachtung des Gesetzes und die volle Abfuhr der Steuer, die ohnehin fast ausschliesslich auf die Ausländer überwälzt wird, zu erzwingen.

Schaffung einer Krankenfürsorge für die Angestellten und Bediensteten der Gemeinde Wien. Im Rathause fand gestern unter dem Vorsitz des amtsführenden Stadtrates Speiser eine Verhandlung über die Schaffung einer Krankenfürsorge für die Angestellten und Bediensteten der Gemeinde Wien statt, an der namens der Gemeindeverwaltung die amtsführenden Stadträte Breitner, und Professor Dr. Tandler und für die Angestelltenschaft Vertreter des Verbandes der städtischen Angestellten, der Gewerkschaft der Unternehmungsangestellten und der Kollektivvertragsbediensteten teilnahmen. Die Krankenfürsorge wird durch die Schaffung einer Krankenversicherungsanstalt verwirklicht werden, die sowohl die pfugmatischen Angestellten als auch die Kollektivvertragsbediensteten und die Angehörigen dieser Gruppen umfasst. Zu den Kosten tragen die Gemeinde Wien und die Angestelltenschaft zu gleichen Teilen bei, demgemäss ist auch die paritätische Verwaltung der Krankenversicherungsanstalt vorgesehen. Der vorliegende Entwurf wurde eingehend beraten und fand die grundsätzliche Zustimmung aller Beteiligten, so dass zu erwarten ist, dass die Anträge bereits in nächster Zeit dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorliegen werden.

Sitzungen im Rathause. Der Stadtsenat hält am Dienstag 10 Uhr vormittags eine Sitzung ab. Der Gemeinderat als Landtag tritt Freitag um 4 Uhr nachmittags zu einer Sitzung zusammen. Daranschliessend findet eine Sitzung des Gemeinderates statt.

Fett- und Mehlausgabe. Vom 11. bis 17. Dezember werden bei den städtischen Fettsabgabestellen 12 dkg Margarine zum Preise von K 103.- gegen Abtrennung des Abschnittes 274 der Mehl- und Fettbezugskarte abgegeben. Die Großeinkaufsgenossenschaft für Konsumvereine gibt an ihre Mitglieder 12 dkg Pflanzenfett (Fassware) zum Preise von K 110.- ab; alle übrigen organisierten Verbraucher erhalten 12 dkg Pflanzenfett (Paketware) zum Preise von K 111.-.

Vom 11. bis 17. Dezember wird 1/4 kg Verschleismehl zum Kleinverkaufspreise von K 42.- per kg abgegeben. Ausser der normalen Ration wird noch pro Kopf an jeden Bezugsberechtigten nach Wahl 1/4 kg oder 1/4 kg Plusmehl zum Preise von K 414.- per kg gegen Abtrennung des Buchstaben „H“ abgegeben.

WIENER RATHSKORRESPONDENZ.

Wien, Samstag, den 18. Dezember 1921 - Abendausgabe

Der Voranschlag der Gemeinde Wien für 1922

31,6 Milliarden Ausgaben - 7,4 Milliarden Defizit.

An die Mitglieder des Finanzausschusses gelangte heute der Voranschlag der Stadt Wien für das Verwaltungsjahr 1922 zur Verteilung und am Montag soll mit der Beratung begonnen werden. Der Gemeinderat wird jedenfalls in der Lage sein, das Budgetzeitgerecht zu verabschieden.

Die Schwierigkeiten, auch nur annähernd ein richtiges Bild zu liefern, werden durch die Tatsache gekennzeichnet, dass die Ende Oktober bereits vollständig abgeschlossenen Arbeiten von neuen begonnen werden mussten, weil die Preiserschütterungen im November fast genau die Verdoppelung der bis dahin errechneten Ausgaben bewirkten. Es musste daher ein völlig geänderter Voranschlag hergestellt, durch Streichung einer Reihe geplanter Arbeiten, durch rasche Erschließung erhöhter Einnahmen den so grundstürzend geänderten Verhältnissen Rechnung getragen werden. Auch die nun vorliegenden Ziffern sind zum Teil bereits überholt. Es zeigt sich überhaupt die Unmöglichkeit, einen für zwölf Monate gültigen Wirtschaftsplan auszuarbeiten. Was geboten werden kann, ist nicht mehr als eine Momentphotographie, wie sich die Gebarung stellen würde, wenn die an einem bestimmten Beratungstag herrschenden Verhältnisse keine Änderung erfahren. Der bescheidenste Gewerbetreibende, eine Einzelperson ist völlig ausser Stande, heute festzustellen, was sich seine Ausgaben im nächsten Jahre gestalten werden. Noch viel weniger vermag dies natürlich die Gemeinde Wien mit ihrem Heer von zwanzigttausend Angestellten des Verwaltungsdienstes, ihren riesigen Humanitätsanstalten in denen mehr als dreissigtausend Menschen Unterkunft, Verköstigung, Bekleidung und Wartung finden.

Die fortschreitende Geldentwertung kommt im Voranschlag klar zum Ausdruck. Nach dem Budget für das zweite Halbjahr 1921 hätten die Ausgaben auf zwölf Monate gerechnet rund 9 Milliarden Kronen betragen, während jetzt 31,6 Milliarden veranschlagt werden. Als Kuriosum sei mitgeteilt, dass das Gesamterfordernis im letzten Friedensjahr 237 Millionen ausgemacht hat. Nun beziffern sich die Tagesausgaben auf 87 Millionen!

So gewaltig das Defizit an sich ist, kann doch hervorgehoben werden, dass es bei näherer Betrachtung einigermassen an Schrecken verliert. Es ist vor allem festzustellen, dass für ein volles Drittel des Abganges die Deckung bereits gefunden ist. An der Einkommensteuer wird Wien nach den vorgenommenen Berechnungen mit rund 2500 Millionen Kronen partizipieren. Für das Jahr 1922 kommen allerdings bloss 11 Abgabemonate in Betracht, weshalb nur 2200 Millionen Kronen eingesetzt sind. Nicht man dies in Betracht, dann ist die ordentliche Ge-

barung nahezu aktiv. In der ausserordentlichen Gebarung stecken die Investitionen der Unternehmungen, vor allem Strassenbahn, Gaswerk und Elektrizitätswerk mit rund 2700 Millionen Kronen.

Die Bedeckung des Abganges soll in der Weise geschehen, dass, wie bereits erwähnt, der Anteil an der Einkommensteuer berücksichtigt wird, die Kassabestände mit 2013 Millionen herangezogen werden, während die noch fehlenden 3300 Millionen durch eine Kreditoperation zu beschaffen sind.

Eine Verschuldung für unproduktive Zwecke erfolgt nicht.

Dieses verhältnismässig günstige Bild erfährt indes eine wesentliche Trübung, wenn berücksichtigt wird, dass der Bund ins sehr hohe Masse die Personalauslagen trägt. Wenn auch diese Zuschüsse auf Beschlüssen des Nationalrates beruhen und im Bundesfinanzgesetz noch besonders festgelegt werden sollen, so muss doch zweifellos mit einem Abbau auch auf diesem Gebiete gerechnet werden. Für die 2300 Millionen Kronen, welche die Leistung des Bundes darstellen, auch nur schrittweise Deckung zu schaffen, wird keine leichte Aufgabe sein. Es muss indess herorgehoben werden, dass in den anderen Ländern noch die ehemalige landesfürstliche Verwaltung wie sie in den Statthaltereien und Bezirkshauptmannschaften verkörpert war, nach wie vor sowohl was den sachlichen wie den persönlichen Aufwand betrifft, ausschliesslich vom Bund bestritten wird, während das Land Wien diese Agenden mit seinem eigenen Beamtenapparat besorgt. Dazu kommt noch, dass ausserhalb Wiens die Einhebung der Steuern durch Bundesorgane erfolgt, die sogar noch den Dienst für die Länder und Gemeinden vollziehen, während das Verhältnis in Wien genau umgekehrt ist. Die Gemeinde Wien ist bekanntlich verpflichtet im übertragenen Wirkungskreis den gesamten gerade unter den heutigen Verhältnissen unausgesetzt wachsenden und überaus kostspieligen Apparat der Steuererhebung beizustellen.

Die Abgaben der Gemeinde.

Die Gruppe der Steuern und Abgaben zeigt diesmal einen geänderten Bild gegenüber den früheren Jahren. Entsprechend dem Vorbereitungsgesetz zum Bundesfinanzgesetz sind die Zuschläge zur Rentensteuer, zur besonderen Erwerbsteuer, zu den Getränken sowie die selbständige Schaumweinabgabe verschwunden und an deren Stelle tritt eine Post Ertragsentlaste an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben mit 3,3 Milliarde getreten. An selbständigen Gemeinde- und Landesabgaben sind 21 angeführt. Dem Ertrage nach steht an der Spitze die Pflanzabgabe mit 3 Milliarden, gegenüber 900 Millionen im Vorjahre. Zunächst folgt dann die Luxuswarenabgabe, die mit 2 Milliarden veranschlagt ist, und bei richtiger Erfassung einen noch höheren Ertrag zu bringen vermag. Je 500 Millionen sind als Ergebnis der Unschmelzabgabe und der Fremdenzimmerabgabe eingestellt. 400 Millionen soll die Wirtsaufwandsabgabe bringen, 250 Millionen die erhöhte Automobilsteuer, 150 Millionen die Speisen- und Getränkeabgabe von Lokalitäten, 150 Millionen

die eben beschlossene Inzeratsteuer. Alle übrigen Abgaben, wie Wert- und Zuzugsabgabe, Fallmietungsabgabe, Untermieten- und Hauspersonalabgabe sowie die Bodenwert- und Flakatabgabe erscheinen mit Beträgen unter 300 Millionen Kronen, sind also in ihrer Zusammenfassung von wesentlicher Bedeutung. Insgesamt sind die Steuern und Abgaben sowohl selbständiger Natur wie als Zuschüsse mit über 11 Milliarden veranschlagt, was einer Verhundertfachung des Friedensertrages gleichkommt.

Es wird noch in einer Reihe von Artikeln auf die einzelnen Gruppen des Gemeindefinanzbudgets zurückzukommen sein. Aus der Fülle der Ziffern sei ganz wahllos und nur als Illustration hervorgehoben: Lediglich die städtischen Versorgungshäuser bedingen einen Aufwand von 1193 Millionen Kronen. Die Kosten eines Insassen im Versorgungshaus Lainz, das der Hauptsache nach eine Siechenanstalt ist, betragen 135000 Kronen pro Kopf und Jahr. Sehr bemerkenswert ist die Feststellung, dass es gelungen ist, den Personalstand in den städtischen Humanitätsanstalten seit dem 1. Juli 1920 ganz erheblich herabzusetzen. Er betrug damals 2712 Angestellte, während es am 1. November dieses Jahres nur mehr 2140 gewesen sind, wobei noch zwei neue Anstalten im Betrieb gesetzt wurden. Das Jubiläumsspital hat eine Defizit von 377 Millionen, die Waisenhäuser erfordern 87 Millionen, die Kinderpflegestalten 125 Millionen, für die teilweise der Teilung des Landes Niederösterreich zu übernehmenden grossen Anstalten der Irrenpflege Steinhof und Ybbs sowie für das Zentralkinderheim und die Besserungsanstalt Eggenburg ist einer Sammelpost von 3 Milliarden Kronen Vorsorge getroffen, nachdem die gesetzlichen Grundlagen für die Übernahme erst im diesem Monat geschaffen werden sollen. Für die Strassensäuberung im Jahre 1922 sind 1195 Millionen Kronen, für die Hauskehrichtabfuhr 406 Millionen, für die Strassenbespritzung 193 Millionen eingestellt, für die Pflasterung von Strassen sollen 516 Millionen ausgegeben werden. Die Behwizung der Schulen kostet nicht weniger als 388 Millionen, die unentgeltlich bereitgestellten Lernmittel erfordern 113 Millionen, der Aufwand für die Feuerwehr macht 881 Millionen aus. Für den Finanzdienst der Valutenschulden der Gemeinde ist entsprechend dem schlechten Stande unserer Krone der enorme Betrag von 2 Milliarden Kronen vorgesehen.

Alle diese Ziffern sind gerechnet auf Grundlage des Monats November, jene Erhöhungen, die sich durch den Abbau der Lebensmittelzuschüsse und den Personalstand der Gemeinde, im Betrieb der Humanitätsanstalten und durch die sonst damit in Verbindung stehenden Preiserhöhungen ergeben werden, sind im Voranschlag nicht berücksichtigt.

Aus dem Finanzausschuss. Der Finanzausschuss hat heute die bekannten Vorlesungen betreffend die Konzessionsabgabe, Automobilabgabe und Hundesteuer für das Jahr 1922 genehmigt. Bei der Beratung über die Hundesteuer wurde festgestellt, dass die Gemeinde gesetzlich genötigt ist, eine Konkription der Hunde aus veterinärpolizeilichen Gründen durchzuführen, weshalb es nicht gut möglich ist, die Abgabe als solche gänzlich fallen zu lassen. Doch soll sie nach den Ausführungen der Referenten jeweilig in Höhe beschwerlicher Höhe bemessen werden, dass die Kosten des sich ergebenden Dienstes für die Konkription ihrer Dekung finden.

Abbau der Kondensmilchabgabe. Der Magistrat gibt bekannt, dass die nach dem Gesetze über die Brotpreisstaffelung in die Obergruppe fallenden Verbraucher vom Bezuge der staatlich verbilligten Kondensmilch ausgeschlossen werden. Die Haushalte der Obergruppe, welche Milchkarte für Kinder vom vollendeten 1. bis zum vollendeten 6. Lebensjahre besitzen, haben den Milchbezug in ihrer Milchabgabestelle abzumelden, von dieser den Bestellabschnitt zur Milchkarte zurückzuverlangen und die Milchkarte samt dem Bestellabschnitte bis längstens 21. Dezember bei der zuständigen Brotkommission während der Amtsstunden abzugeben, ansuchen um Zuernennung oder Verlängerung von Milchkarten für Schwerkranke, welche der Obergruppe angehören, haben den auf Veranlassung der Partei vom behandelnden Arzte anzugebenden Vermerk „Obergruppe“ am linken oberen Rande des Krankennilchzuerkennungsansuchens zu tragen. Im Genehmigungs-falle erhalten diese Parteien Milchkarten, die vom Bezuge der staatlich verbilligten Kondensmilch ausschliessen.

Ausweis über bezogene Wohnungen. Einem Obituar in der Bevölkerung laut gewordenen Wunsche entsprechend, wird das Wohnungsamt von nun an allmonatlich ausweise über die im Vormonate amtlich zugewiesenen und tatsächlich bezogenen Wohnungen veröffentlichen. Der erste eben erschienene Ausweis behandelt die im November bezogenen Wohnungen und ist nach Bezirken geordnet. Jedes dieser Bezirksverzeichnisse gibt über Lage und Grösse der zugewiesenen Wohnung, Name der zugewiesenen Partei, Zahl ihrer Familienmitglieder, Lage und Grösse der bisherigen Wohnung, sowie darüber Auskunft, welche Umstände für die Zuweisung massgebend waren. Die Bezirksvorsethungen wurden ersucht, das oben Bezirk betreffende Verzeichnis an der Amtstafel anzuschlagen.

Zuwendungen an städtische Pensionsparteien aus dem Stand der Kollektivvertragsbediensteten. Die Pensionisten aus dem Stand der Kollektivvertragsbediensteten haben in diesem Monat bereits den Betrag von 4000 K für solche mit mehr als zwanzig anrechenbaren Dienstjahren, 3.500 K für solche mit weniger als zwanzig Dienstjahren, 2100 für Witwen und 1650 K für Vollwaisen erhalten. Ueber Antrag des Personalreferenten StR. Speiser hat nun der Bürgermeister gegen nachträgliche Genehmigung durch den Gemeinderat eine weitere ausserordentliche Zuwendung für den Monat Dezember verfügt. Es erhalten die Pensionisten mit mehr als zwanzig anrechenbaren Dienstjahren weitere 5000 K, solche mit weniger als zwanzig Dienstjahren 4500 K, Witwen 3000 K und Vollwaisen 1500 K. Diese Zuwendungen werden auch den im Ausland wohnhaften Pensionsparteien gewährt.

Anfragen an die Strassenbahndirektion. Die Strassenbahndirektion teilt mit, dass sie in allen Fällen, in denen Parteien an sie mit Anliegen wegen Fahrpreisbegünstigungen oder sonstigen Zuwendungen herantreten, nur dann in einen Schriftenwechsel eintritt, wenn der Zuschrift das Schriftporto beiliegt.

Christbaumverkauf durch die Gemeinde. Von morgen an werden durch die Gemeinde Wien auf folgenden Plätzen Christbäume verkauft werden:
 3. Bez. städt. Holzlagerplatz Erdbergerlände, 4. Bez. Nachmarkt,
 5. Bez. Margarathengürtel städt. Holzlagerplatz 3b, 10. Bez. Kolombusplatz (Markt), 12. Bez. Breitenfurterstrasse städt. Holzlagerplatz,
 14. Bez. Rudolfsheimer Markt, 16. Bez. Neulerchenfeldermarkt Yppenplatz
 20. Bez. Treustrasse städt. Holzlagerplatz und 21. Bez. Am Spitz (Markt).
 Die Preise betragen 120 bis 300 K pro Stück nach Grösse ($\frac{1}{2}$ bis $2\frac{1}{2}$ M') und Güte der Bäume. Höhere und schönere Bäume, besonders Tannen, von 300 K bis 500 K pro Stück. Auch gelangen Christbaumkreuze um 30 K pro Stück zum Verkauf. Verkaufszeit von 8 bis 5 Uhr, Sonn- und Feiertage von 8 bis 11 Uhr.

Eine Millionen-Spende zur Errichtung einer Liegehalle für Tuberkulotiker. Herr Dr. Jerome Stonborough und Frau Margarete Stonborough-Wittgenstein, die in großzügiger Weise wissenschaftliche und humanitäre Einrichtungen Wiens unterstützen, haben dem Bürgermeister anlässlich der bevorstehenden Weihnachtsfeiertage 1000 Dollar, nach dem heutigen Kursstande mehr als 6 Millionen Kronen - mit der Widmung übersendet, es möge in Ergänzung der von der Gemeinde Wien für 1922 in aussicht genommenen Aktion eine weitere Liegehalle für Tuberkulotiker errichtet werden. Im Gegensatz zu der vielfach der Einheitlichkeit und richtigen Auslese entbehrenden Ausspelse- und Bekleidungsaktionen, wird durch diese Spende ein Stück organischen Wiederaufbaues und zwar am gefährdesten Punkte ermöglicht. Die seit jeher in Wien besonders wütende Tuberkulose hat seit 1914 furchtbaren Umfang angenommen. Die Schaffung von Heilstätten erfordert so gewaltige Geldmittel, wie sie gegenwärtig nicht aufzubringen sind. Angesichts dieser Sachlage geht die Gemeinde daran, im Sinne der Vorschläge des amtsführenden Stadtrates für Gesundheitswesen Professor Dr. Tandler die Bekämpfung der Tuberkulose durch Anlegung von Liegehallen im Stadtgebiete systematisch in Angriff zu nehmen. An den Abhängen des Wienerwaldes, höchstens 20 bis 30 Minuten von der Strassenbahnstation entfernt, sollen Liegehallen für je 100 Personen erbaut werden. Sie sind in erster Linie für solche Tuberkulotiker bestimmt, die noch arbeitsfähig sind und dort entweder Urlaubswochen oder auch nur die Nacht verbringen, um unter ärztlicher Überwachung, bei kräftigender Kost und in frischer, reiner Luft gegen die Krankheit gestählt zu werden, der sie bei den schlechten Wiener Wohnungsverhältnissen sonst sicherlich binnen kurzem unter gleichzeitiger schwerster Gefährdung der Familienangehörigen zum Opfer fallen würden. Ein bescheidener Versuch, den die Gemeinde in den letzten zwei Jahren mit einer solchen Liegehalle nächst dem städtischen Spital gemacht hat, brachte die besten Erfolge. Im Veranschlag für das Verwaltungsjahr 1922 ist nun neben der Verlegung dieser Halle an einem geeigneteren Punkt noch die Aufstellung von weiteren zwei Objekten der gleichen Art vorgesehen. Die hocharzige Widmung des Ehepaares Stonborough gibt nun eine vierte hinzu.

Erhöhung der Preise in den städtischen Warmbädern. Der Stadtsenat hat heute die Preise in den städtischen Warmbädern mit Giltigkeit vom 14. ds. m. wie folgt festgesetzt: Volksbäder Brausebad I. Kl. ohne Wäsche 74 K., II. Kl. 50 K., Kinderkarten 7 K.; Theresienbad Dampfbad 230 K., Extrabad 350 K., Wannenbad I. Kl. mit Wäsche 280 K., ohne Wäsche 240 K., II. Kl. mit Wäsche 180 K., ohne Wäsche 160 K., III. Kl. mit Wäsche 130 K., ohne Wäsche 110 K.; Jägerbad Wannenbad I. Kl. mit Wäsche 280 K., ohne Wäsche 240 K., II. Kl. mit Wäsche 180 K., ohne Wäsche 160 K., Dampfbad mit Schwimmbad 300 K., Dampfbad I. Kl. 250 K., II. Kl. 200 K., Schwimmbad I. Kl. ohne Wäsche 130 K., II. Kl. ohne Wäsche 75 K.; Dampf-, Wannen- und Brausebad Floridsdorf I. Kl. mit Wäsche 230 K., II. Kl. mit Wäsche 180 K., Wannenbad I. Kl. mit Wäsche 280 K., ohne Wäsche 240 K., II. Kl. mit Wäsche 180 K., ohne Wäsche 160 K., Brausebad für Erwachsene ohne Wäsche 50 K., für Kinder 7 K.

Die Abgabe von Braunkohle. Mit Rücksicht auf die momentane Kohlenknappheit wird die freie Abgabe von Braunkohle bis auf weiteres eingestellt und darf Braunkohle nur mehr auf Grund der amtlichen Kohlenausweise (Kohlenkarten, Gewerbebezugskarten und Bezugscheine) abgegeben und bezogen werden.

Ein Plan zum Ausbau der Wasserstraßen. Vor kurzem fand im Ratheuse unter dem Vorsitze des StR. Siegel ein Vortrag statt, durch den sich der Proponent einer Uferstaatenkommission (U.K.) für den Bau und Betrieb transeuropäischer Großschiffahrtwege vorstellte. Dieser hatte anfangs 1919 den Regierungen der in Betracht kommenden 14 Uferstaaten des modern auszubauenden Wasserstrassennetzes teils unmittelbar persönlich an die auswärtigen Aemter, teils im Wege der Gesandtschaften bezügliche Anträge übermitteln lassen. An dieser Gründung hätten folgende Uferstaaten Anteil: Tschechoslovakei, Bulgarien, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Holland, Oesterreich, Polen, Rumänien, Russland, Schweiz, S. H. S. Staat, Ukraine und Ungarn. Unter Großschiffahrtwege versteht der Proponent jene Wasserstrassen, welche die Meere verbinden. Für Europa kommen nach seinem Vorschlag in Betracht: Rotterdam-Marseille, von Rotterdam, Bremen, Hamburg, Stettin und Danzig nach Saloniki oder Sulina, Danzig-Odessa. Der Ausbau und die Neubauten der relativ kurzen Verbindungstrecken sollte für 1000-tonnige Schiffe und die moderne Ausgestaltung der Schleusen und Hebewerke nach den Plänen des Projektanten erfolgen. Zur Finanzierung hätte eine Bankgruppe unter der Direktion der U.K. durch Subskription auf dem Weltgeldmarkte die Investitionsanleihe von acht Milliarden, sowie eine Reparationsanleihe von 20 Milliarden, insgesamt also 28 Millionen Schweizer Franken aufzubringen. Nach dem Finanzplan wird das Kapital, sofort also auch die Interkalarzinsen mit 7% verzinst, wobei der gesamte Fundus der Bauten in ihrem gegenwärtigen Zustand seitens der U.K. auf 50 Jahre erworben würde, so daß also alle beteiligten Staaten ihre bisherigen Aufwendungen rückvergütet erhalten. Nach 50 Jahren tritt das Heimfallrecht in Kraft, nach welcher Frist, also alle Bauten innerhalb eines Staatsgebietes wieder indessen unbestrittenen Besitz gelangen. Bei einer staatengenossenschaftlich garantierten Abgabe von 1 Rappen (= 0.01 Schweizer Franken) an der Reparationskommission können für Reparationszwecke durch 12 Jahre einhalbjährig Quoten von 500 Millionen Schweizer Franken verfügbar werden. Außerdem verbleibt den einzelnen Staaten noch ein Gewinnüberschuß, der daraus resultiert, daß modern ausgestaltete Wasserstraßen einen zirka 77%igen Gewinn abwerfen, von dem nur die bereits erwähnten Abgaben abzuziehen sind. Der Projektant erweiterte dann auch seine Entwürfe einer in diesem Falle anzuwendenden Bauweise. Anschliessend entwickelte sich eine lebhaftere Diskussion, in der darauf hingewiesen wurde, daß die Frachtkosten von Rotterdam bis Sulina höher seien, als die für den Hochseetransport via Gibraltar. Diesbezüglich berief sich der Proponent auf einen seinerzeitigen das Gegenteil beweisenden Vortrag eines Fachreferenten, der D. D. S. G. Ferner sollte nach Ansicht einiger an der Diskussion beteiligter Herren, die Kernfrage ob genügend Massengüter zu transportieren sein werden, umso hohe Investitionen zu rechtfertigen, noch studiert werden.

Aus dem Voranschlag der Gemeinde. Im Finanzausschuss gelangte heute die Verwaltungsgruppe für technische Angelegenheiten zur Behandlung, die mit einer Ausgabensumme von 6597 Millionen Kronen im Voranschlag für 1922 figuriert. Die Strassensüberung und die Strassenbespritzung nehmen von diesem Betrag 1388 Millionen Kronen in Anspruch. Es ist dies mehr als fünfmal so viel als die Ausgaben der Gemeinde für sämtliche Verwaltungsweize im letzten Friedensjahr gewesen sind. In erster Linie sind es natürlich die Personalaufwendungen, die dabei eine entscheidende Rolle spielen. Mit dem System der Vorkriegszeit, die Einstellung in den Dienst der Strassensüberung als eine Art Vorstufe der Aufnahme ins Versorgungshaus anzusehen und nur alte, in ihrer Arbeitskraft stark geschwächte Personen heranzuziehen, wurde vollständig gebrochen. Nementsprechend musste natürlich neben jenen Steigerungen, die die Geldentwertung mit sich bringt, die Anpassung an die Löhne der Hilfsarbeiter überhaupt sich vollziehen. Aber auch die Sachauslagen weisen Ziffern auf, an die man sich trotz aller diesbezüglichen Erfahrungen des Alltags nicht leicht gewöhnen kann. Die Anschaffung der Kehrbesen erfordert nicht weniger als 10 Millionen Kronen, wobei die letzten Preiserhöhungen noch nicht berücksichtigt sind. Die Mechanisierung der Strassenbespritzung soll auch im nächsten Jahre den Fortsetzung erfahren. Für die Adaptierung von vier Autsprengwagen und zwei Strassenbahnsprengwagen sind die erforderlichen Summen vorgesehen.

Die Hauskehrerfahrt ist mit 407 Millionen Kronen veranschlagt. So reformbedürftig die Art der Einsammlung des Hauskehrers ist, kann doch angesichts der gegenwärtig in Betracht kommenden Kosten, die sich auf Milliarden belaufen würden, an eine Aenderung nicht gedacht werden.

Weniger karg als in den letzten Jahren ist das Kapitel Strassenerhaltung und Strassenbau diesmal bedacht worden. Die Gemeinde schreitet daran, die gewaltigen Schäden, die seit 1914 der Strassendecke insbesondere durch die eisenbereiften Automobile der Heeresverwaltung zugefügt wurden, allmählich zu beheben. Für das nächste Jahr sind 516 Millionen vorgesehen. Es wird immerhin möglich sein, eine Anzahl von Strassen, die durch ihren schlechten Zustand zu besonderer Bemügelung Anlass gegeben haben, instanzzusetzen bzw. überhaupt neu zu pflastern. Der Ausgabe nach steht der 11. Bezirk mit 82 Millionen an der Spitze. Die Schaffung der Zufahrtsstrasse zum „Holzmarkt“ erfordert nämlich volle 55 Millionen Kronen. Dann folgt der 21. Bezirk mit 44 Millionen Kronen. Dort wird u. a. der lang gehegte Wunsch, die Siemenstrasse von der Kentnergasse bis zum Ende zu pflastern, Erfüllung finden. Die in Gross Jedlersdorf entstehende, zu einem erheblichen Teil schon fertiggestellte Wohnkolonie wird durch Anlegung eines Markadamstrasse benützlich gemacht, wie überhaupt, so auch im 13. Bezirk, das Entste-

hen von Siedlungen neben den eigentlichen Baukosten für die Gemeinde noch in Form der Auslagen der Strassen, Kanälen, Zuleitung von Wasser und Licht Ausgaben von Dutzenden Millionen Kronen mit sich bringt. Die Zufahrtsstrasse zum Sportplatz des Vienna Footballklub auf der Hohen Warte ist geplant, sofern die Verhandlungen wegen der Beitragsleistung zu einem Einvernehmen führen. In der inneren Stadt werden 36 Millionen Kronen, für den 2. Bezirk 19 Millionen, für den 3. Bezirk 17 Millionen, für den 4. Bezirk, 11 Millionen, für den 5. Bezirk 9 Millionen, für den 9. Bezirk 23 Millionen Kronen zur Verausgabung gelangen und so sind fast alle Bezirke mit mehr oder minder grossen Beträgen, je nach den notwendigsten Bedürfnissen vertreten.

In die Gruppe der technischen Angelegenheiten fällt auch der Betrieb der Bäder. Die Anzahl der Sommerbäder soll eine Vermehrung erfahren. Der Bezirk Favoriten, der bisher jeder Badegelegenheit entbehrt, soll im Schweizergarten, dem ehemaligen Maria Josefpark, ein Kinderfreibad erhalten. Die Vermehrung der Umkleidegelegenheiten ist für das „Gänsehüfel“, die Szombäder Stadlau, Mühlshüttel und Alte Donau geplant. Beim Szombad Aspernbrücke ist die Schaffung eines Sonnen- und Luftbades beabsichtigt.

Von Hochbauten sind hervorzuheben: Die zweite Ausgestaltung des Schlachthofes St. Marx, insbesondere durch die Erbauung von drei Rinderställen, mit einem Aufwand von 153 Millionen Kronen, die Elektrifizierung der Kühlanlage als Ersatz der schon völlig abgenutzten Dampfanlage mit 44 Millionen Kronen. Das Versorgungshaus Lins soll durch ein 12 Millionen Kronen erforderndes Küchengebäude eine schon längst notwendige Ausgestaltung erfahren. Die Gemeinde ist im Begriff das Männerheim im 20. Bezirk Meldemannstrasse zu erwerben und beabsichtigt es als Versorgungshaus zu verwenden. Im Voranschlag sind 20 Millionen Kronen vorgesehen. Für das Krematorium sind 60 Millionen Kronen eingesetzt. Die Anlage ist bereits im Bau, wird sich gegenüber dem Zentralfriedhof erheben und soll im September 1922 in Benützung genommen werden.

Für die Erweiterung der ersten und zweiten Hochquellenwasserleitung wird die Gemeinde 205 Millionen Kronen ausgeben. Dazu kommt noch das Defizit des laufenden Betriebes von 127 Millionen, das stetig wächst, da die Wasserpreise seit 1914 keine Veränderung erfahren haben. Nach wie vor wird das Trinkwasser zu 20 Heller, das Industrierwasser zu 16 Heller für den Kubikmeter abgegeben.

Zu dieser Gruppe gehört auch das Stadtgartenwesen mit einer Ausgabensumme von 212 Millionen Kronen um der Lastkraftwagenbetrieb, der 575 Millionen Kronen erfordert, wovon fast die Hälfte auf den Transportdienst für die amerikanische Kinderhilfsaktion entfallen, den die Gemeinde bekanntlich unentgeltlich besorgt. 265 Millionen Kronen sind es die im Voranschlag für 1922 erscheinen, eine Leistung der Stadt Wien, die in der Öffentlichkeit wenig bekannt ist, die aber gerade wegen

der Tatsache, dass wir noch immer so vielfach von der ausländischen Hilfe abhängig sind, als ein Beweis der grossen Kraftanstrengung gewürdigt werden sollte.

Die Gemeinde betreibt eine Reihe von Unternehmungen, die mit dem Bauwesen im engsten Zusammenhange stehen. Es sind dies die Steinbrüche in Mauthausen, die gegenwärtig noch gesperrt sind, aber im kommenden Jahre mit Rücksicht auf die früher erwähnte stärkeren Tätigkeit auf dem Gebiete der Strassenerhaltung in Betrieb gesetzt werden dürften. Das städtische Kalkwerk in der Huterbrühl arbeitet teils für die eigenen Bedürfnisse, teils für den allgemeinen Markt. Das gleiche ist beim Ziegelwerk in Oberlaa der Fall, das eine Leistungsfähigkeit von 10 Millionen Stück Ziegel im Jahr hat und das immer mehr auf den mechanischen Betrieb umgestellt wird. Auch diesmal sind wieder nahezu 10 Millionen für diesen Zweck vorgesehen. Schliesslich sei noch hervor gehoben, dass für die öffentliche Beleuchtung über eine halbe Milliarde verausgabt werden. Für die Instandhaltung der rund tausend Häuser, die Eigentum der Gemeinde sind, darunter die 500 Schulen, sind 146 Millionen Kronen vorgesehen. Im kommenden Jahre sollen die öffentlichen Gebäude, insbesondere die Bezirksämterbin der Leopoldstadt, in Hernals und Währing einer gründlichen Renovation unterzogen werden.

Reformen im Wohnungswesen. Das Wohnungsamt der Gemeinde Wien hat über eine Aenderung des Vormerkungs- und Zuweisungsverfahrens Vorschläge erstattet, die bereits in der nächsten Zeit in Wirksamkeit treten werden. Die Vorschläge bezwecken vor allem eine Kontingentierung der Wohnungssuchenden und die zentrale Zuweisung aller in Wien frei werdenden Wohnungen. Da bei dem bisher gehabten System der bezirkswaisen Zuweisung es ganz ausgeschlossen ist, dass selbst in einem ausgedehnten Zeitraum die grosse Zahl von Wohnungswerbern berücksichtigt werden kann, dies aber auch bei einer zentralen Zuweisung nicht möglich ist, soll jetzt eine Kontingentierung der vorgemerkten Wohnungswerber erfolgen. Der Kontingentteil für jeden Bezirk wird unter Berücksichtigung des Verhältnisses festgesetzt, in dem die Zahl der Wohnungsmeldungen im Bezirke zur Gesamtzahl der Anmeldungen steht. Geplant ist, das Kontingent nach Massgabe der in den nächsten drei Monaten voraussichtlich zur Zuweisung gelangenden Wohnungen festzusetzen. Die in dieses Kontingent aufzunehmenden Wohnungssuchenden sollen derart ermittelt werden, dass die schon jetzt bestehenden Bezirkskommissionen, die in ihrem Bezirk als bevorzugt vorgemerkten Parteien, nochmals einer genauen Prüfung über die Eriuglichkeit des Wohnbedarfes unterziehen. Die bei dieser Prüfung von den Bezirkskommissionen als bevorzugt bezeichneten Wohnungswerber werden dann unter Berücksichtigung der zeitlichen Reihenfolge der bisherigen Einreihung in die Hauptliste der Wohnungssuchenden aufgenommen. Dieses Kontingent wird allmonatlich von den Bezirkskommissionen nach dem dem Bezirk zukommenden Anteil an der Hauptliste ergänzt. Die durch die

Aufnahme in die Hauptliste erfolgt Qualifikation verliert nach Ablauf von drei Monaten ihre Gültigkeit, wenn die Wohnungssuchende Partei nicht spätestens acht Tage vor Ablauf dieser Frist ihren Wohnort wechselt. Die Festsetzung des Anteiles an Kontingent für die ausserhalb Wiens Wohnenden wird von antstehenden Stadtrat einer Bezirkskommission übertragen. Für die Zuweisung der angeforderten Wohnungen soll eine für das ganze Gemeindegebiet zuständige Kommission von Bürgermeister ernannt werden, die aus 15 Gemeinderäten zu bestanden ist. Diese Kommission antwortet in Sachen von drei Mitgliedern aus einem Vorsitzenden und zwei Beisitzern gebildet werden. Die Zusammensetzung dieser Senats wird jeden Monat durch das Los bestimmt. In der Regel dürfen nur an Personen, die in der Hauptliste anzuführen sind, Wohnungen zugewiesen werden. Ausserdem steht den Senats jedoch das Recht zu, bei drohender gerichtlicher Kündigung und bei bevorstehender mütterlicher Haemung der Wohnung wegen Baugeldrechens auch Personen ausserhalb der Hauptliste zu berücksichtigen. Eine Abweichung ist nur dann zulässig, wenn durch die Zuweisung der angeforderten Wohnung an eine nicht in der Hauptliste enthaltene Partei zwei oder mehrere Wohnungen mit mindest Gleich vielen Wohnräumen verfügbar gemacht werden können, oder wenn in der angeforderten Wohnung Untermeister vorhanden sind. Anrecht soll das in § 31 der Anordnungsverordnung begründete Zuweisungsrecht des antstehenden Stadtrates bleiben. In der Hauptliste sind die erforderlichen Wohnungen ersichtlich zu machen. Diese Liste nebst ihren allmonatlich erfolgten Ergänzungen sowie Verteilungsscheine der erfolgten Zuweisungen sind im Wohnungsamt und in den Kanzleien der Bezirksverteilungen zur öffentlichen Einsicht aufzuliegen. Die Zuweisungen sind bezirkswaisen an den öffentlichen Amtsfeld zu veröffentlichen.

Eine Deputation des deutschösterreichischen Wirtschaftsverbandes für den Viehverkehr bei Bürgermeister Reumann. Die Generalversammlung des d.ö. Wirtschaftsverbandes für den Viehverkehr hat gestern eine Deputation an das Bundesministerium für Volksernährung, an das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft und an Bürgermeister Reumann geschickt, die gegen die von der Händlerchaft erhobenen Vorwürfe, die sich gegen den Verband richteten, Protest einlegte. In einer umfangreichen Denkschrift, die dem Bürgermeister überreicht wurde, schildert der Wirtschaftsverband die bekannten Vorgänge auf dem Zentralviehmarkt am 5. Dezember, in deren Verlauf auch die sofortige Auflösung des Wirtschaftsverbandes für den Viehverkehr gefordert wurde. In der Denkschrift werden die Angriffe gegen den Wirtschaftsverband geschildert und ihre Unstichhaltigkeit nachgewiesen. Ganz besonders wird die Unwahrheit der Behauptung, daß der Wirtschaftszweig Wirtschaftsverband Vieh österreichischer Herkunft nach „dem Ausland verschiebt“ beleuchtet. In einer tabellarischen Übersicht über den gesamten Auftrieb von Vieh auf dem Zentralviehmarkt und durch Daten über den Viehauftrieb des Wirtschaftsverbandes wird dessen erspriessliche Tätigkeit für den Wiener Konsum nachgewiesen. In den Monaten Juli bis November, als in allen Bundesländern der freie Viehverkehr aufrecht war, also eine Monopolstellung für den Wirtschaftsverband noch nicht bestanden hat, gelang es dem Verband an manchen Tagen über 60% des Gesamtauftriebes an Rindern und über 90% des Gesamtauftriebes an Schweinen in Wien zu erreichen. Bürgermeister Reumann hob in der Aussprache mit den Vertretern des Wirtschaftsverbandes hervor, daß er vor allem für die ruhige Abwicklung des Marktverkehrs Sorge tragen werde. Er kenne die Ursache der Gegnerschaft gegen den Wirtschaftsverband und wisse daher, die Demonstrationen am Montagmarkt genau zu werten. Berechtigten Wünschen werde er stets entgegenkommen, wenn solche von wem immer erhoben werden. Es könne aber ein Zustand nicht geduldet werden, der in Tötlichkeiten ausartet, die Abhaltung des Marktes es unmöglich zu machen sucht, und in der Bedrohung von Besatz des städtischen Approvisionierungsamtes ausartet. Jede Tätigkeit, die im Interesse des Konsums gelegen ist, müsse sich ungehemmt entfalten können und dürfe nicht durch Gewaltmassnahmen einzelner Marktinteressanten gehindert werden. Der Bürgermeister wies darauf hin, daß zur gleichen Zeit in Linz wegen des Bezuges von Vieh Verhandlungen stattfinden, deren Endresultat er abwarten werde. Er beabsichtige dann sowohl mit den Viehhändlern, als auch mit den Vertretern der fleischverarbeitenden Gewerbe wegen der jüngsten Vorkommnisse auf dem Viehmarkt Rücksprache zu nehmen, um ihnen begreiflich zu machen, daß eine Wiederholung der Exzesse nicht stattfinden dürfe.

Unbefugte Sammlungen. In den letzten Tagen versuchen Personen, die sich als Magistratsbeamte bezeichnen, bei Geschäftsinhabern und Hausparteien, Spenden für ein zu errichtendes Kinderheim zu erhalten. Da auch von diesen Personen angegeben wird, daß sie im Namen des Bürgermeisters für die Aktion „Wien für die Kinder der Kriegsoffer“ tätig sei festgestellt, daß die Gemeinde an diesen Sammlungen vollständig unbeteiligt ist, weshalb auch die Berufung auf den Bürgermeister eine Irreführung darstellt. Es muß daher vor solchen Personen gewarnt werden.

Eröffnung der Wärmestuben. Bekanntlich hat die Gemeinde Wien die Wärmestuben des Vereines/Wärmestuben übernommen. Die Wärmestuben werden morgen Donnerstag um 5 Uhr nachmittag eröffnet und werden nunmehr täglich von 5 Uhr nachmittags bis 7 Uhr früh geöffnet bleiben.

Besetzung von Schulleiterstellen. Im Wiener Schulbezirk kommen 28 Stellen von Schulleitern bzw. Schulleiterinnen zur Besetzung. Bewerber haben die Gesuche an den Wiener Stadtsenat zu richten. Die Gesuche von im Wiener Schulbezirk bereits angestellten Lehrpersonen sind bis längstens 21. Dezember bei der zuständigen Bezirkssektion des Bezirksschulrates Wien im Wege der Schulleitung einzureichen. Auswärtige Bewerber haben ihre Gesuche spätestens acht Tage vor Ablauf des Konkurstermine beim vorgesetzten Bezirksschulrat einzubringen. Die Gesuche sind entsprechend zu belegen.

Arbeitsverbot. Die Höfergasse im 9. Bezirk wird für Schwerfuhrwerksverkehr abgesperrt. Uebertretungen des Verbotes werden mit Geldstrafen bis zu 2000 Kronen oder Arrest bis zu 14 Tagen geahndet.

Wohnungsbüros. Die konzessionierten Wohnungsvermittlungsbüros werden über Weisung des Magistrats verständigt werden, dass jede vermittelnde Tätigkeit, die sich auf gesetzlich als angefordert geltende Wohnungen bezieht, ferner eine vermittelnde Tätigkeit, die gesetzlich anforderbare Wohnungen, Wohnräume und Geschäftsräume betrifft, sofern den Vermittlern bekannt sein könnte, dass die Anforderung eintritt oder sofern er dem Wohnungssuchenden die Anforderbarkeit verhehlt, endlich überhaupt jede Irreführung oder Benützung des Irrtumes des Wohnungssuchenden unabsichtlich mit der Entziehung ihrer Konzession geahndet werden wird.

Regelung des Fuhrwerkverkehrs vor der Markthalle. Der Magistrat hat eine Kundmachung betreffend die Regelung des Marktfuhrwerkverkehrs vor der Fleischmarkthalle im 3. Bezirk erlassen, in der es heisst: Längs der neuen Fleischhalle in der Invalidenstrasse darf stets nur eine Kolonne Marktfuhrwerk und zwar in der ausschliesslichen Richtung gegen die Landstrasse Hauptstrasse stehen. Auf der der Fleischhalle gegenüberliegenden Strassenseite kann zur Entlastung der Front längs der Fleischhalle ebenfalls eine Kolonne von Marktfuhrwerk und zwar in der Fahrtrichtung gegen die Ungergasse aufstellung nehmen. Als weitere Aufstellungsplätze kommen in Betracht: der freie Platz längs des Kopfes der Halle nächst der Ungarbrücke, die bahnsieits gelegene Seite der linken Bahngasse zur Aufstellung von einer Kolonne in der Richtung gegen die Invalidenstrasse. Die Zufahrt von Marktfuhrwerk zur Fleischhalle darf in allen Fällen nur in der Richtung vom Heumarkt stattfinden.

Achtung!

Der heutigen Ausgabe liegt der Entwurf eines Verfassungsgesetzes betreffend die Schaffung eines selbständigen Landes Wien bei.

WIENER RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Mischeu.

27. Jahrgang, Wien, Donnerstag, den 15. Dezember 1921.

Uebersiedlung eines Bezirksjugendamtes. Das Bezirksjugendamt für den 1., 7., 8., 9., 18. und 19. Bezirk, das bisher im 1. Bezirke, Zelin-
kagasse 5 seinen Sitz hatte, übersiedelt am 19. ds. in den 8. Bezirk,
Laudongasse 5, als Bezirksjugendamt Josefstadt. Der Wirkungsbereich
des Amtes bleibt unverändert, auch die ärztlichen Beratungsstunden
werden durch die Verlegung nicht berührt. Diese finden statt: für Kin-
der jeden Montag und Freitag von 4 - 6 Uhr und jeden zweiten und vier-
ten Mittwoch im Monat von 10 - 12 Uhr. Für schwangere Frauen jeden
Donnerstag von 8 - 10 Uhr (1., 7. und 8. Bezirk) von 10 - 12 Uhr (9. Be-
zirk) und jeden Freitag von 9 - 11 Uhr (9. Bezirk).

Sammeltag für die Armen Wiens. Auch in diesem Jahre findet an Stelle
der früher üblichen Einsammlung von Beiträgen für Armenzwecke durch
Büchsen ein einmaliger Sammeltag für die Armen Wiens statt, der Sonn-
tag den 18. ds. abgehalten wird. Der Bürgermeister hat einen Aufruf an
die Bevölkerung erlassen, in dem darauf hingewiesen wird, daß sich die
Gemeinde im Verjahre nicht vergeblich an den Opfersinn der Bewohner
Wiens gewandt hat. Aus allen Kreisen flossen ihr Mittel zu, bestimmt,
den Bedürftigsten ihr hartes Los zu erleichtern. Weit grösser ist die
Not in diesem Jahre geworden, immer würgendere Formen nimmt sie an,
immer weitere Kreise erfasst sie. Umsoweniger kann daher die Gemeinde
die Mithilfe jener glücklichen entraten, die ein bevorzugtes Schicksal
davor bewahrt, die Not der Kriegs- und Nachkriegszeit mit allen ihren
Entbehrungen kennen zu lernen, ihrem Hunger und Frieren, ihrem stummen
Dulden unsäglichen Jammers, ihrem schweigenden zugrunde gehen. Die Ge-
meinde hat in den letzten Wochen unter äusserster Anspannung ihrer
Kräfte mit einer Unterstützungsaktion für ihre verarmten angehörigen
eingesetzt; will sie die Hilfe wirksam fortsetzen, so benötigt sie
Eurer Mitarbeit. Der Dank der Stadt Wien, die Eure Hilfe heischt, der
Dank der Beteiligten ist Euch gewiss." - Zur Durchführung der Sammlung
wurde in jedem Bezirke ein Komitee mit dem Bezirksvorsteher und dem
Verstande des Fürsorgeinstitutes an der Spitze betraut. In jedes Haus
werden Sammelbögen gebracht werden, in die sich die Spender eintragen
wollen. Spenden können auch unmittelbar dem Bezirksvorsteher übersandt,
bzw. übergeben werden. Die aus der Sammlung einlaufenden Spenden wer-
den nicht für die laufenden Ausgaben der Gemeinde für Armenzwecke ver-
wendet, sondern kommen gesondert von diesen zur Verteilung.

Anbotsverhandlungen. Die Strassenbahnen tauschen ungefähr 58.000 kg
Altmetalle gegen amerikanische Kupferbarren (Original-Wirebars) um.
es findet deshalb am 20. Dezember um 10 Uhr vormittags, Wien, IV., Ba-
voritenstrasse 11, eine öffentliche schriftliche Anbotsverhandlung statt.

vermindert. Diese Erholungsstätten werden sich an den Abhängen des Wienerwaldes erheben und von der Strassenbahnstationen in ganz kurzer Zeit erreichbar sein.

Eine durch ihre Höhe ungewöhnliche Post gab bereits im Stadtsenat Anlaß zu einer eingehenden Erörterung. Als Kosten der Lebensmittelverfuhrung für die amerikanische Kinderhilfsaktion ergeben sich nach den derzeitigen Preisen der Lastenautomobile, bezw. Pferdefuhrwerke nicht weniger als 276 Millionen Kronen. Diese Leistungen der Gemeinde kommen in der Öffentlichkeit nie zum Ausdruck. Es wäre dies schon dem Auslande gegenüber notwendig, das weder von dem ungeheuren Umfange der kommunalen Wohlfahrtspflege unterrichtet ist, noch etwas davon erfährt, dass die Stadt auch die fremdländischen Hilfswerke in der ausgiebigsten Weise unterstützt. Es würde dies sicherlich dazu beitragen, den durchaus falschen Eindruck zu zerstören, als ob sich lediglich auf die Hilfe von auswärts verlässt, sich darauf beschränkt, untätig Almosen zu empfangen. In der Debatte des Stadtsenates wurde aber auch festgestellt, dass die Verwendung von Steuergeldern in diesem Ausmasse auf die Dauer nicht gut geheissen werden könne. Es ist überhaupt notwendig, den doch zweifellos in absehbarer Zeit zu gewärtigenden Abbau der ausländischen Hilfsaktionen schon jetzt dadurch vorzubereiten, daß entsprechende Elternbeiträge eingehoben werden. Die Gefahr liegt nahe, dass durch die systematische gänzliche oder nahezu unentgeltliche Abgabe von Speisen oder Kleidungsstücken eine Art Bettlersinn in der Bevölkerung großgezogen wird. Bedauerlicherweise ist es bisher nicht gelungen, die „Amerikanische Kinderhilfsaktion“ trotz eindringlichster Vorstellungen davon zu überzeugen, dass die in dieser Beziehung übereinstimmenden Anschauungen der grossen Mehrheit der Gemeindevertretung richtunggebend sein sollten für das Vorgehen dieses Hilfswerkes.

Ganz besonderes Interesse verdient eine Zusammenstellung, die sich auf den Personalstand in den städtischen Humanitätsanstalten bezieht. Wir leben in einer Zeit, in der sehr viel vom Abbau überflüssiger Arbeitskräfte und von der Intensivierung der Arbeit überhaupt als einziges Rettungsmittel gesprochen wird. Die Gemeinde kann für sich in Anspruch nehmen, dass in aller Stille und in schonungsvollster Art in den städtischen Humanitätsanstalten ein weitgehender Abbau vollzogen würde. Die offiziell mitgeteilten Daten liefern ein ausserordentlich anschauliches Bild. Am 1. Juli 1920 waren in den damals bestehenden Wohlfahrtseinrichtungen 2712 Angestellte beschäftigt. Der Stand am 1. November 1921 ist 2140, wobei noch das Versorgungshaus Baumgarten als neue Schöpfung mit einem Belagraum von 1060 Betten und 76 Angestellten zwischenzeitlich hinzugekommen ist. Zieht man dies in Betracht, so ergibt sich, daß im Verlauf von 16 Monaten eine Verminderung um nahezu ein volles Viertel eingetreten ist, selbstverständlich ohne geringste Schädigung des Dienstes. Dem Personalvertretungen gebührt für ihre verständnisvolle Mitwirkung bei dieser Maßnahme, die

angesichts der heutigen Finanzlage der Gemeinde im ureigensten Interesse der Angestellten gelegen ist, die vollste Anerkennung. Damit ist jedenfalls der Beweis erbracht, dass es wirklich möglich ist, einen Abbau ohne Vernichtung von Existenzen vorzunehmen, überflüssige Arbeitskräfte für eine wirtschaftlichere Verwendung freizumachen und Ersparnisse zu erzielen.

Mit Jahresbeginn wird Wien aus der bisherigen gemeinsamen Verwaltung von Niederösterreich, wie bereits hervorgehoben, eine Anzahl Anstalten der Irrenpflege, der Kinder- und Jugendfürsorge übernehmen. An der Spitze steht der Steinhof mit dem Sanatorium Baumgartenhöhe. Der Belag beider Anstalten, die mit ihren 57 Pavillons zu den grössten des Kontingentes gehören, umfasst 3056 Betten, der Stand der Angestellten ist 1006. Das Sanatorium, dessen Pflinglinge vielfach Ausländer sind, erhält sich selbst, während für den Steinhof ein Abgang von 1009 Millionen in Aussicht steht. Die Irrenanstalt in Ybbs ermöglicht die Unterbringung von 1000 Kranken, hat 157 Angestellte, leidet nur eine ganz kleine Oekonomie und präliminiert einen Abgang von 155 Millionen. Die Erziehungsanstalt Eggenburg, die 1886 eröffnet wurde, ist eine moderne Anlage für 1200 Zöglinge, die dort sowohl in einer Reihe von Werkstätten als Schneider, Schuhmacher, Schlosser, Korbflechter, Buchbinder oder Tischler Ausbildung erhalten oder auch in dem zu Eggenburg gehörigen schönen landwirtschaftlichen Besitz geschult werden. Die Anstalt dient der Unterbringung und Erziehung verwahrloster Kinder und Jugendlicher beiderlei Geschlechts im Alter von 6 bis 18 Jahren. Der Unterricht der Mädchen ist auf deren spätere Verwendung im Haushalt für Handarbeiten und Kleidermachen eingerichtet. Das Zentralkinderheim ist die aus dem Jahre 1909 stammende Ersatzanstalt für das einstige Findelhaus und hat einen Normalbelag für 400 Kinder, besorgt aber auch noch die Ueberwachung von rund 5500 Kindern, die sich auf Kosten der Anstalt bei auswärtigen Pflegeparteiern befinden. Die Zahl der Angestellten beträgt 219, das Jahreserfordernis 177 Millionen Kronen.

Wenn diese Angliederung vollzogen ist, so werden in der Verwaltung Wiens an Stellen mit einem Belagraum von rund 20.000 Betten bestehen, ein so gewaltiger und vielfältiger Mechanismus, wie ihn kaum eine andere Stadt Europas aufzuweisen hat.

WIENER RATHAUSKORRESPONDENZ

Wien, Samstag, den 17. Dezember 1921 - Abendausgabe

.....

Die Trennung von Wien und Niederösterreich. Die Verfassungskommission des Wiener Landtages hielt heute eine Sitzung ab, in der Präsident Dr. Danneberg über das Trennungsgesetz Bericht erstattete. In der Aussprache erklärte Stadtrat Dr. Kienböck für die Christlichsozialen, dass sie die Entwicklung, die nun abgeschlossen wird, weder für einen Vorteil für Wien noch für Niederöste sich halten, aber unter den gegebenen Umständen dem Gesetze im allgemeinen ihre Zustimmung geben. Stadtrat Kummelhardt beantragte die Streichung der Bestimmung, wonach bisher gemeinsame Landesangestellte, die von keinem der beiden Länder übernommen werden, nach den Bestimmungen der Dienstpragmatik wegen Entbehrlichkeit in den Ruhestand versetzt werden sollen. Der Antrag wurde unter Hinweis darauf abgelehnt, dass das Land Wien ohnedies mehr Beamte übernehme, als dem zahlenmässig auf Wien entfallen und es dem Lande Niederösterreich ausserdem freisteht, die eventuell restlichen Beamten zu übernehmen, so dass von der bekämpften Bestimmung kein Gebrauch gemacht werden müsste. Eine lange Debatte ergab sich über die Bestimmung betreffend der Landeshypothekenanstalt. Hier wurde von allen Seiten die Unzweckmässigkeit einer Liquidierung dieser Anstalt hervorgehoben. Die Landesregierung wurde durch Beschluss ersucht, in dieser Frage neue Verhandlungen mit der Landesregierung von Niederösterreich zu pflegen, um die Anstalt zu erhalten. Die übrigen Bestimmungen des Gesetzes wurden einhellig beschlossen. Die Vorlage gelangt am Donnerstag in den Wiener Landtag.

.....

lohnend wäre. Es wäre werde an dieser Abgabe nur deswegen festgehalten, weil der Gemeinde nach dem Veterinärsgesetze die Verpflichtung obliege, alljährlich eine Kon⁸skription der Hunde durchzuführen. Die Hundeabgabe sei~~maxi~~ also nichts anderes als eine Kanzleिताxe, die die aus der Kon- skription entspringenden Kosten zu decken hat.

GR Doppler (Christl. Soz) sagt, daß der Referent heute in einer ganz anderen Rolle auftrete, als es der Gemeinderat sonst gewohnt ist. Er tritt heute als Steueremäßiger auf und das ist noch nicht dagewesen. Seine Partei habe im Jänner bei der Beratung des Gesetzes darauf hingewiesen, daß die Steuer ein Schlag ins Wasser sein werde. Es wurde seiner Partei aber der Vorwurf der Demagogie gemacht. Wenn die Mehrheit auch für eine bessere Einsicht sei, so möge ^{es} sie bei der heutigen Umkehr nicht bewenden lassen.

Im Schlußwort sagt der Referent, daß ~~man~~ ^{er die} Predigt des Kollegen Doppler beherzigen werde.

Die Vorlage wird in erster und zweiter Lesung zum Beschluß erhoben.

St.R. Breitner referiert über die Gesetzesvorlage betreffend die Grundlage für die Berechnung der Landes- und Gemeindegzuschläge zur Grundsteuer, wobei es sich um eine Anpassung an den Beschluß des Nationalrates bezüglich der Grundsteuer handelt.

Die Vorlage wird in erster und zweiter Lesung beschlossen.

St.R. Kokrda berichtet über die Gesetzesvorlage betreffend die Einhebung von Gebühren für die Vornahme amtlicher Untersuchungen von Vieh, Fleisch und tierischen Rohprodukten. Die Gebühren werden entsprechend den Leistungen abgestuft.

Die Vorlage wird in erster und zweiter Lesung beschlossen.

Nach einem Referat des St.R. Richter werden die Geldstrafen im Verwaltungsstrafrecht erhöht.

Die Sitzung wird geschlossen.

WIENER RATHAUSKORRESPONDENZ

herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michu.

27. Jahrgang, Wien, Montag, den 19. Dezember 1921.

Die Weihnachtsferien. Nach einer Mitteilung des Bezirksschulrates dauern die diesjährigen Weihnachtsferien an den Volks- und Bürgerschulen vom 24. Dezember bis einschliesslich 2. Jänner.

Lehrerhausverein. Wiener Lehrerkinder (nur Mädchen) im Alter von 6 bis 14 Jahren nach Holland, eventuelle Abreise im Jänner. Vormerkungen in der Vereinskasse! - Lichtbildervortrag: Reise um die Erde (Eigenaufnahmen des Vortragenden Herrn Alfred Hoffmann), 4. Jänner, 7 Uhr abends Festsaal. Sitz-Anweisungen in der Kanzlei.

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 19. Dezember 1921.

Bürgermeister Reumann eröffnet die Sitzung.

Gespendet haben: Dr. Georg Deri in New-York für die notleidenden Kinder Wiens 2.060.000 K.

Die Kinder Pera's zugunsten der darbenenden und kranken Kinder Wiens und anderer Orte Oesterreichs abersmal 100.000 Mark.

Isaacher Burstyn, III., für die Universität 10.000 K.

Nils Gustavson, Göteborg, für die hungernden Kinder Wiens 6.240 K.

W. Schlichtgroll, Kopenhagen, für arme Kinder Wiens 2.570 K.

Die Firma Julius und Josef Herrman, XIII., für Arme des XIII. Bezirkes 2000 K.

Gustav Blau, Reichenberg, für die Armen Wiens, 500 K.

Ein ungenannter Spender aus München für Notleidende Wiens 400 K.

Anna Mrkwicka, XVII., für Hilfsbedürftige Wiens 222 K.

Die Firma Gebhüder Guttman, Wien, für bedürftige Einwohner 300 Meterzentner Hausbrandkohle.

Der Bürgermeister erklärt die Geschäftsstücke 1 - 12 als angenommen.

Finanzreferent StR Preitner leitet die Generaldebatte über den Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben der Gemeinde Wien und ihrer Fonds, Anstalten und Betriebe für das Verwaltungsjahr 1922 und zugleich die Spezialdebatte über das Kapitel Finanzwesen mit folgendem Referate ein:

An der Spitze meiner Darlegungen über das Budget für das nächste Verwaltungsjahr will ich auch diesmal die Bewertung der Krone im Ausland stellen, weil davon unser ganzes Wirtschaftsleben bestimmt wird. Hundert Kronen haben gegenwärtig die Zahlungskraft von zehn schweizerischen Centimes. Als ich vor einem halben Jahr bei der gleichen Gelegenheit die Feststellung machte, daß der Kurs 86 Centimes betrage, ging tiefe Bewegung durch den Saal. Im Verlauf eines halben Jahres hat unsere Währung von dieser Geltung mehr als 7/8 eingestürzt. Die Russifizierung des österreichischen Geldwesens hat rasende Fortschritte gemacht. Die Bewegung vollzieht sich nach den Gesetzen des Falles mit wachsender Geschwindigkeit und die Zerstörungen der letzten Wochen und Tage sind atemraubend. Ein Fortschreiten im gleichen Tempo muss uns nach kurzer Frist dem Nullpunkt in verhängnisvollster Weise nahebringen. Das schreckliche der Entwicklung wird am besten durch die Tatsache charakterisiert, dass die 86 Centimes heute als ein ganz unerreichbarer Höhepunkt erscheinen, dessen rasche Erklümmung wir nicht einmal mehr erwünschen dürfen.

Die Gemeinde hat nicht mehr die Macht ^{mittel}, in diese Zustände bestimmend einzugreifen. Sie muss sich auf beschränken, sich den unausgesetzten Veränderungen und Verschlechterungen rasch anzupassen, alles aufzubieten, dass hier nicht zuerst der in seinen Folgen unausdenkbare Zusammenbruch beginnt. Alles was sich in der Gemeinde an Tarifregulierung, Steuererhöhungen vollzieht, ist nichts als die Reflexwirkung des Sinkens der Krone. Solange wir gezwungen sind, die zur Beschaffung der Kohle und aller sonstigen Bedarfsartikel notwendige fremde Valuta im Wettbewerbe mit jenen Personen einzukaufen, die Champagner, Diamanten, Straußfedern, kostbares Pelzwerk importieren oder einfach nur die ausländischen Zahlungsmittel umstern, kann eine Besserung nicht eintreten. Wenn in den letzten Tagen der Belagerung von Przemyśl die freie Bewirtschaftung der Lebensmittel eingeführt worden wäre, hätte man dies als einen Ausdruck des Hungerwahnsinns erachtet. Die so schlechte Valuta hat für Oesterreich die Wirkung des Belagerungszustandes. Der einzige Vorteil, den wir vor einer eingeschlossenen Festung voraus haben, ist die Möglichkeit, durch Gold- und Geldwerte die Einfuhr von Lebensmitteln zu erlangen. Während im Kräfte 50jährige Männer und 17 jährige Kinder für die Schutzengräben angefordert wurden, schreckt die Regierung jetzt vor der Anforderung der Devisen, des Goldes und der Edelmetalle zurück, in der sonderbaren Annahme, daß die Bevölkerung gottergeben verhungern wird. Die bedauerlichen Vorfälle des 1. Dezember haben gezeigt, daß die Nerven zum Zerreißen angespannt sind. Solche Ereignisse am Beginne eines Winters sind Sturzzeichen, die gering zu achten, eine ungeheure Gefahr bedeutet. Dabei haben wir bisher noch immer Exportmöglichkeiten und daher einen geringen Stand der Arbeitslosigkeit. Wenn sich einmal unsere Produktion auf die Preise des Weltmarktes für Brot und Fett aufbauen wird, die ja nur Symbole für die Anpassung bezüglich aller anderen Artikel sind, dann gehen wir der kritischsten Periode entgegen.

Dieser tiefe Eingriff in das gesamte Wirtschaftsleben ist bezüglich seiner finanziellen Auswirkung im Voranschlag in keiner Weise berücksichtigt. Die Steuern sind nach den letzten Ergebnissen eingestellt, also dem Zustande der Vollbeschäftigung und günstigen Konjunktur. Die Ausgaben sind auf Grund des Monats November präliminiert. Nichts leichter, als an diesen Ziffern Kritik zu üben, ihre Richtigkeit zu bezweifeln oder sogar die Unrichtigkeit nachzuweisen. In Zeiten, in denen die Kaufkraft des Geldes unausgesetzt förmlich zerfließt konnte nichts anderes geboten werden, als irgend ein Augenblicksbild, wie etwa bei einer Kinop Aufnahme, bei der just für ein Paar Sekunden die Bewegung des Films abgestellt wird. Zur Charakterisierung dessen sei folgendes mitgeteilt:

Als die ersten Beratungen im Magistrat vor dem Abschluss standen - es war dies Ende Oktober - betragen die Personalausgaben rund 6 Milliarden Kronen. Die Beschlüsse des Nationalrates bezüglich der Auszahlung im November brachten eine Erhöhung auf rund 12 Milliarden Kronen. Wir haben durch starke Streichungen eine Anzahl von Steuererhöhungen, rascher Formung der Inzinsenabgabe, schliesslich durch Abmachungen mit dem Herrn Finanzminister wegen der Bankumsatzsteuer der neuen Lage Rechnung getragen. Die für den Monat Dezember an das Personal geleistete Zahlungen erhöhen den Jahresaufwand auf 24 Milliarden Kronen. Unter solchen Verhältnissen einen Wirtschaftsplän für ein volles Jahr aufzustellen, ist einfach unmöglich. Dem gegenüber ist es ja auch ganz nebensächlich, ob etwa bei den Einnahmen aus der Fürsorgeabgabe, wie dies die Minderheit behauptet, vier statt drei Milliarden richtig sind.

Die Gemeinde ist bisher aufrecht geblieben. Es ist unter harten
strennungen immer wieder gelungen, die notwendigen Milliarden herbei-
zuschaffen und insbesondere eine Störung im Betriebe der großen Humanitäts-
anstalten zu vermeiden, von deren Aufrechterhaltung die soziale
Ordnung in Wien im höchsten Maße abhängt. Nach wie vor steht das Budget
im Zeichen ~~der~~ außerordentlichster Sparsamkeit. In dieser Beziehung sind
aber doch Erfolge zu verzeichnen, die als ein Lichtblick gelten dürfen.
Die seit Mai 1919 verfügte und nur für wenige Ausnahmefälle besonderer
Art durchbrochene Anstellungssperre hat ohne alle Schädigungen von Exi-
stenzen lediglich durch die natürlichen Abgänge eine erhebliche Vermin-
derung des Personals bewirkt. Am stärksten tritt dies bei den Anstel-
ten in Erscheinung, die gegenüber dem Stand vom Juli 1920 mit einem
um nahezu 25% kleinerem Personal klaglos geführt werden. Für die ge-
samt Gemeindevverwaltung stehen sechs Personenautomobile in Benutzung,
gegenüber 19 vor zweieinhalb Jahren. Auch sonst muß gespart werden. Es
ist eben nicht möglich, die Strassen so zu beleuchten, zu säubern und
zu erhalten, wie vor ~~dem~~ der ~~Krieg~~ der ~~letzten~~ letzten ~~Wintern~~ Wintern bringt der nächste
Voranschlag doch schon dem Beginn eines systematischen Wiederaufbaues.
Wir gehen daran, die Strassen allmählich instand zu setzen und es sol-
len in den nächsten 12 Monaten für diesen Zweck 516 Millionen verausgabt
werden. Auch eine Reihe von Amtsgebäuden, die am Ärgsten aussehen wird
gründlich renoviert. Eine Fülle von Wünschen muß allerdings noch auf
die Erfüllung warten. Dafür wird auf einer Anzahl von Gebieten über-
haupt die Friedensleistung vollbracht, ohne daß die Bevölkerung dies
eigentlich beachtet, als ob dies wirklich nach einem verlorenen Krieg
mit so grauenvollen Wirtschaftsfolgen ganz selbstverständlich wäre. So
funktionierte beispielsweise der Feuerlöschdienst mit derselben Verläss-
lichkeit wie jemals, weil eben die ~~gewöhnlichen~~ gewöhnlichen ~~und~~ erforderlichen Erfor-
dernisse ohne Rücksicht auf die Kosten beigelegt werden, die sich be-
reits im November auf nahezu 900 Millionen Kronen belaufen haben.

Gegen die Steuerdefraudanten.
.....

In ungemein schärflicher Weise wendet sich Stadtrat Breitner
gegen jene Industriellen, Kaufleute und Gewerbetreibenden, die
es mit ihrer Steuerpflicht leicht nehmen. An und für sich könne
ohne weiteres zugegeben werden, daß die Abgaben drückend sind und
vielfach bis an die Grenze der Leistungsfähigkeit gehen. Das ist
eben die unvermeidliche Folge des Krieges. Würden wir es unter-
lassen, diesen Steuerdruck selbst auszuüben, so ist es wahrheits-
lich, daß man ihn von ~~auswärts~~ auswärts und zu noch ganz anderen Verwen-
dungszwecken ~~aus~~ aus ~~zwingt~~ zwingt. Vielleicht wäre es aber doch möglich,
da oder dort mit geringeren Sätzen das Auslangen zu finden, wenn
nicht die Steuermoral einen unerhörten Tiefstand aufweisen würde.
Es wird vielfach förmlich als eine Art gutes Recht angesehen, die
öffentlichen Körperschaften um die Steuern zu betrügen. Was die
Gemeinde Wien anlangt, werde dafür gesorgt werden, daß die betref-
fenden Personen eine bittere Enttäuschung erleiden. Geradezu skan-
dalös sei das Verhalten weiter Kreise der Kaufmannschaft gelegent-
lich der Luxuswarenabgabe. Hier handelt es sich gewiß nicht um
eine unerträgliche Steuer. Es gibt heute bei Luxuswaren keine

Kalkulation auf ein paar Prozente. Die Ueberwälzung auf den zu-
meist ausländischen Käufer hat sich bisher vollkommen glatt voll-
zogen. Dennoch hat der größte Teil der Abgabepflichtigen sich bis-
her überhaupt nicht gemeldet, während nach den Ergebnissen von ein-
paar hundert Revisionen gesagt werden muß, daß die richtigen Fällig-
keiten die Seltenheit bilden, dagegen die plumpsten und raffinter-
testen Betrugsversuche die Regel darstellen. Glücklicherweise
bietet ~~gegen~~ dieses ~~gesetz~~ gesetz die Handhabe zu scharfen Maßnahmen. Im
Wiederholungsfalle kann mit Gewerbeentziehung und Freiheitsstrafe
vorgegangen werden. Wenn sich die Kaufmannschaft nicht sehr rasch
zu einer anderen Praxis bekennt, so werden in den nächsten Monaten
die Chefs der sogenannten angesehensten Häuser Gelegenheit erhalten
mit dem Arrest Bekanntschaft zu schließen.

Der Finanzreferent bespricht sodann in eingehender Weise die
herausstreichendsten Ausgaben- und Einnahmegruppen des Voranschlages,
insbesondere die großen produktiven Investitionen bei den Unter-
nehmungen, die drückenden Lasten aus den Valutaschulden der Vor-
kriegszeit, die Beiträge des Bundes zu den Personalausgaben Wiens,
die bevorstehende Trennung Wiens von Niederösterreich
und bemerkt zum Schlusse: Der Gemeinderat geht unter sehr ernsten
Verhältnissen und einer Fülle von Sorgen an die Beratung des nächst-
jährigen Wirtschaftsplanes. Zu rosenrotem Optimismus ist ein greif-
barer Anlaß nicht vorhanden. Zur Verzweiflung ebensowenig. Das wür-
de uns auch gar nichts nützen. Die Verwaltung hat einfach ihre so
schwere Pflicht zu erfüllen, deren Bewältigung hienun gelungen ist
und der sie auch in Zukunft ihre ganze Kraft widmen wird. Alle bis-
herigen Krisen sind überwunden ~~worden~~ worden. Der Verwaltungsapparat der
Gemeinde ist intakt, die Zahl der hingebungsvollsten Mitarbeiter
aus dem Kreise der Angestellten nimmt ~~nausgesetzt~~ nausgesetzt zu. Der in den
großen städtischen Monopolen verkörperte Produktionsapparat funk-
tioniert vollkommen, die zur Aufrechterhaltung der Humanitätsanstal-
ten erforderlichen Milliarden konnten noch immer beschafft werden.
Der ~~Ausbau~~ Ausbau der Wasserkräfte ist in die Wege geleitet worden. Die
Konstituierung der Weg wird in den allernächsten Tagen erfolgen.
Die Vergabung der drei Bauleise der Ybbstalwerke ist bereits vollzogen,
die Bohrmaschinen sind im Anrollen und noch im Dezember dürfte der er-
ste Sprengschuß zum Haupttoll ~~abgegeben~~ abgegeben werden.

All dies rechtfertigt ein Stück Zuversicht. Aber auch Industrie,
Gewerbe und Handel machen die größten Anstrengungen, sich zu be-
haupten und auch ihnen ist es bisher möglich gewesen, die so ge-
fürchtete Arbeitslosigkeit zu vermeiden. Die Bedeutung Wiens als
Handelszentrum tritt von Tag zu Tag stärker in Erscheinung. Die
Zehntausende von hochqualifizierten, willigen Arbeitern und Ange-
stellten, die sehr geschickte anpassungsfähige, auf die Pflege der
für uns lebensentscheidenden Ausrühr bedachten Industrie, das un-
bestreitbar tüchtige Gewerbe, der für Wien vom Standpunkt des
Transitverkehrs wichtige und sehr rührige Handel, das sind neben der
unvergänglichen Bedeutung und starken Anziehungskraft Wiens als ur-
altes Kulturzentrum die großen Aktiven, die wir noch immer besitzen.
Sie werden uns auch die Ueberwindung ^{dieser} schwersten Zeiten ermöglichen
(Lebhafter Beifall).

Weihnachtsbescherung für 800 Kriegerwaisen. Morgen Dienstag Nachmittags 5 Uhr findet im Kleinen Redoutensaal der Hofburg eine von Frau Alice Baumgartner veranstaltete Weihnachtsbescherung von 800 Kriegerwaisen mit vollständiger Winterausrüstung statt.

Um Aufnahme vorstehender Notiz ersucht höflichst und mit bestem Dank
L. Basch.

Dr. Kienböck (Chr. Soz.) Der Herr Referent hat seine heutigen Ausführungen, welche im allgemeinen im Vergleich zu den Ausführungen im letzten Sommer auf einen etwas tieferen Ton bestimmt waren, eingeleitet mit einem Hinweis auf die Entwertung unserer Valuta. Er hat in Anspielungen angedeutet, als ob die Regierung des Bundes daran Schuld wäre, weil sie nicht jene Politik befolgt, welche der Partei der Mehrheit genehm ist. Er hat aber bei diesem Anlasse ein charakteristisches Wort fallen lassen, er hat nämlich gesagt, daß unsere Valuta der Russifizierung nahe ist. Dieser Hinweis beweist, daß die Leiden unserer Volkswirtschaft, die gewiß sehr tief sind und deren baldige Heilung wir alle wünschen müssen, daß diese Leiden nicht zu heilen sind durch die Anwendung derjenigen Rezepte, die eigentlich Ihrem Programme zugrundeliegen. Ich brauche nur das Wort Russifizierung zu sagen. Wohin man mit Ihrem Rezept kommt, das sieht man ja an Rußland. Es ist gar kein Zweifel, daß der Umstand, daß unser österreichisches Geld sich immer mehr entwertet, dazu führt, daß ein Budget nicht jene Bedeutung haben kann wie in normalen Zeiten. Wir machen dem Herrn Referenten keinen Vorwurf. Es sollen die voraussichtlichen Einnahmen und Ausgaben so angesetzt werden, wie sie den jetzigen Verhältnissen entsprechen. Daß das nur ein Bild von vorübergehendem Werte ist, darüber besteht kein Zweifel. Trotzdem ist die Budgetaufstellung und -Beratung geeigneter Anlaß, um eine Gewissensforschung der Gemeinde vorzunehmen. Der Herr Referent hat bereits auf einige Punkte hingewiesen, die das Budget charakterisieren. Ich möchte nach der Richtung ein klein wenig ergänzen. Von den außerordentlichen Ausgaben, die hier vorgesehen sind, von 27 Milliarden werden beiläufig 14 Milliarden durch Ueberweisungen und Zuweisungen des Bundes aus der Bundeskassa gedeckt, denn man muß auch jenen Teil hinzurechnen, den Sie aus dem Bankumsatzgesetz erwarten. Es ist also, wenn wir die ordentliche Gebarung annehmen, mehr als die Hälfte durch Gelder von dem Bunde zu erwarten. Wir müssen trachten dahin zu gelangen, daß die Gemeinde ordentliche Ausgaben nur durch solche Einnahmen deckt, die sie ohne Inanspruchnahme der Notenpresse erlangen kann. Das jetzige Budget unterscheidet sich von dem des letzten Halbjahres vorteilhaft dadurch, daß eine gedruckte Uebersicht vorliegt und daß in einigen Punkten lehrreiche Zusammenstellungen beigegeben werden, wobei angegeben werden muß, daß diese auf manchem Gebiete, insbesondere bei den städtischen Unternehmungen, absolut unzureichend sind. Die Öffentlichkeit hat ein Interesse, etwas über die Verwaltung der Bundeshauptstadt zu erfahren. Wenn man nun dieses Budget dem früheren gegenüberhält, wird sich folgendes Bild zeigen: In Bezug auf die Einnahmequellen sind wesentliche Verschiebungen erfolgt. Ich will nicht die Ungerechtigkeit begehen, von der jetzigen Gemeindeverwaltung zu verlangen, was die Gemeindeverwaltung im Jahre 1913 leisten konnte. Damals hat die Gemeinde Wien ihre Ausgaben gedeckt, einerseits aus Zuschlägen zu den Staatssteuern, andererseits aus dem Mehrertragnis der städtischen Unternehmungen, das sehr stattlich war, obwohl die Tarife dem Publikum sehr entgegenkamen. Heute sehen wir, daß die Unternehmungen sich allerdings im wesentlichen selbst erhalten aber eine Ausgestaltung ist leider nicht zu bemerken. Die Tätigkeit der Gemeinde für die öffentliche Wohlfahrt weist eine nennenswerte Mehrleistung nicht auf.

Sodann bespricht der Redner die einzelnen Verwaltungsgruppen und sagt zu Gruppe IV, Wohnungswesen: Gerade die Verwaltung des Wohnungswesens gibt Anlaß zu Bemerkungen. Was hinsichtlich der Technik dieser Verwaltungsgruppe an Erfahrung gesammelt wurde, ist außerordentlich lehrreich. Wir sind auf dieser Seite des Hauses aufrichtige Anhänger einer demokratischen Verwaltung und schäße es gerne, wenn Fortschritte auf diesem Gebiete erzielt werden. Wir sagen allerdings, daß die demokratische Verwaltung sich schrittweise ausgestalten muß, während auf Ihrer Seite wiederholt Vorstöße gemacht wurden, von der Ansicht ausgehend, daß es genügt irgendeine Verordnung zuschaffen. Wir sehen auf dem Gebiete der Wohnungsverwaltung, daß die Schritte, die da gemacht wurden, indem man die Wohnungsverwaltung allzusehr den kleinen Gruppen von Bezirksfunktionären übergab, zu vollen Mißerfolgen führten. Die Ausbalanzierung zwischen den verschiedenen Verwaltungsressorts, die Lösung der Frage, welche von den Verwaltungsgruppen sich mehr zur Geltung bringe, hängt von der Energie der amtsführenden Stadträte ab. Nun bringt es der Zufall mit sich, daß in dieser Gemeinde die fiskalische Gewalt des Herrn Finanzreferenten und die Tarifpolitik am meisten durchdringt. Im übrigen verdorrt die Verwaltung.

Die 6. Gruppe ist im wesentlichen die der Beheizung. Wir haben eigentlich eine eigene Verwaltungsstelle, die sich fast nur darauf beschränkt, die städtischen Amtsgebäude und Schulen mit Heizmaterial zu versorgen.

In diesem Budget fehlen gewisse Dinge. Der Herr Referent hat unter den Aktiven hingewiesen auf eine leistungsfähige Industrie und auf ein tüchtiges Gewerbe. Das hat mich sehr gefreut. Ein Zeichen, daß Sie einsehen, wie wichtig für die Volkswirtschaft diese Gruppen sind. Wir haben aber eines nicht wahrgenommen, nämlich den Hinweis auf das alte Kulturgut der Kunst und den Hinweis auf den Hochstand der Wissenschaft in unserer Stadt. Darüber findet man in dem Budget gar nichts. Man muß den Eindruck erhalten, daß die Gemeindeverwaltung kein besonderes Gewicht auf die Förderung dieser Kulturgüter legt. Es ist ein Mangel, daß wir in der Mitwirkung auf diesen Gebieten so ganz versagen. Ich habe vor einem halben Jahre einen Antrag gestellt in dieser Richtung, es wurde eine Kommission geschaffen, die eingeschlafen ist. Ich möchte an den Herrn Bürgermeister appellieren, daß er das Versäumnis, das sich die Gemeinde zuschulden kommen ließ, nachzuholen beginnt. Noch etwas fehlt und zwar die Ausgaben für den Krankenanstaltsfond. Das ist ein heikles Kapitel, aber es geht nicht an, daß die Gemeinde darüber vollständig die Augen schließt.

Ich werde mich der Aufgabe enthalten, im einzelnen zu prüfen, ob die Ansätze der Posten gerechtfertigt sind oder Verbesserungen erfahren sollten.

Der Referent hat auch erwähnt, daß die Steuermoral sehr schlecht geworden ist und er hat seine Faust geballt und den säumigen Zahlern Arreststrafen angekündigt. (Rufe bei der Mehrheit: Sehr richtig!) Sehr richtig ist die Erwägung, daß man die Steuer so machen muß, daß sie einfließen kann. Wenn man aber Abgaben macht, die über die wirtschaftlichen Verhältnisse hinweggehen, dann kommen eben die trüben Erfahrungen. Ein Beispiel schlechter Steuerherrschaft ist die Wertzuwachsabgabe von Liegenschaften, deren Ansätze zu hoch sind. Daraus folgte, daß sich weite Kreise des abgabepflichtigen Publikums gegen die Steuerleistung ablehnend verhalten. Die Technik der Abgabe muß eben so gestaltet sein, daß sie vom Publikum verstanden werden kann, und daß die Durchführung der Abgabe in der Praxis möglich ist. Geschicht das nicht so nützt weder der Aerger noch die Drohung. Der Referent hat auch auf die Notwendigkeit größter Sparsamkeit hingewiesen. Gewiß muß Sparsamkeit herrschen. Aber die Passivität, welche

Die Gemeindeverwaltung jetzt gegenüber wichtigen Bedürfnissen der Bevölkerung übt und zu üben gesonnen ist, ist auf die Dauer unerträglich. In erster Linie kommt es auf die produktiven Kräfte an. Wenn man die Strassen vollständig verfallen lässt, wenn man durch mangelhafte Reinigung den Verkehr erschwert oder unmöglich macht, wenn sich die Krankheitskeime ständig vermehren und dadurch die Jugend in der Stadt schweren Schaden an ihrer Gesundheit nimmt, wenn die Pflege der Kulturgüter von Kunst und Wissenschaft so vernachlässigt werden, daß die Tradition abreißt, dann wird es in der Zukunft sehr schwer sein, die Versäumnisse der Gegenwart auch nureinigermaßen nachzuholen. Wir müssen von den amtsführenden Regierern dieser Stadt fordern, daß sie in viel energischerem Masse, von einer blossen fiskalischen Politik übergehen zu einer aktiven Politik im Sinne der öffentlichen Wohlfahrt.

GR. Dr. Klimesch (Tscheche) bemerkt, daß die einzelnen Budgetposten nicht kritisieren wolle. Die Tschechen geben gerne zu, daß viele Budgetposten auf sozialistischer Grundlage aufgebaut sind, sie bedauern aber ebenso, daß die Mehrheit in der Praxis von dieser sozialistischen Grundlage abweicht. Die Tschechen müssen in dieser Hinsicht über sehr stiefmütterliche Behandlung Klage führen. Sie lassen sich nicht verdeutschen und wollen ihre Kinder vor der Germanisierung schützen. Der Redner wirft der Mehrheit vor, daß sie auf dem Parteitag schöne Worte der nationalen Gleichberechtigung finde, aber sonst an dem Strome der Germanisierung mitschwimme. Auf dem Gebiete des Schulwesens werden die Tschechen ganz in den Hintergrund gedrängt. Gerade in den letzten Tagen, als die Führer dieses Staates in der tschechoslovakischen Republik mit den Vertretern der dortigen Regierung höfliche Worte wechselten, und der Österreichischen Republik finanzielle Hilfe zugesagt worden ist, wurde ein Vertreter der tschechischen Regierung im Wiener Rathaus sehr unfreundlich behandelt. Das Frage nicht zur Verbesserung der Beziehungen bei. Die österreichischen Tschechen sind gerne gewillt an dem Aufbau dieser Stadt mitzuarbeiten, sie könnten die Brücke zwischen beiden Staaten sein, aber man muß ihren Wünschen in Wien wenigstens einigermaßen entgegenkommen. Sie werden für das Budget stimmen, aber fordern, daß die Mehrheit ihre hauptsächlichsten Wünsche erfüllt.

GR. Breuer (chr. soz.) erklärt, daß durch die Ausführungen des Referenten ein elegischer Zug gegangen sei. Heute ist der 19. Dezember, ein historisches Datum. Heute vor genau 32 Jahren hat das damals gefasste Landesgesetz betreffend die Vereinigung der Vororte mit der Großgemeinde Wien die Sanktion erhalten. Und welcher Unterschied besteht zwischen damals und heute? Das Kapital, von dem die heutige Mehrheit zehrt, ist von der christlichsozialen Partei unter Dr. Lueger geschaffen worden. Hugo Breitner vom Jahre 1921 ist ein sorgenbeugter Mann. Drei Jahre ist er mit seiner Partei an der Herrschaft und das Sprichwort „an den Früchten sollt ihr sie erkennen“ kann angewendet werden. Die Früchte befriedigen weder die Bevölkerung noch den Finanzreferenten selbst. Die Mehrheit hat auf ziemlich allen Gebieten der öffentlichen Verwaltung versagt, alles ist anders gekommen als die Mehrheit vorausgesagt hat und aus dem hoffnungsfreudigen seinerzeitigen Referenten ist ein Mann geworden, der an Gewerbe, Industrie und Handel als seine letzte Hoffnung appelliert. Hieszu habe er aber keine allzugroße Berechtigung, da seine Partei nichts getan hat, auch nur einen von diesen Zweigen zu unterstützen. Im Gegenteil, die Gewerbetriebe wurden unter der Fuchtel der Steuerpresse gedrückt, ja es freut den Referenten sogar, daß wegen der Nichtentrichtung

der Luxuswarenabgabe Gewerbetreibende in den Arrest gesteckt werden. Was die Exzesse vom 1. Dezember anlangt so müsse Redner darauf verweisen, daß das Organ der Mehrheit die Verantwortung den unverantwortlichen Elementen zugewiesen habe. Vergebens habe er eine Äußerung in Wort oder Schrift geächt, die darauf hinweise, daß sich die Partei des Referenten bemüht hätte, diese Elemente von ihrem Tun abzuhalten. Die Mehrheit war ein stillschweigender Kompagnon der unverantwortlichen Elemente, auf die sie die ganze Schuld der traurigen Ereignisse wälzt.

GR. Erntner (Deutschnational) sagt, daß die ganze Budgetdebatte eigentlich überflüssig sei, da ja der Veranschlag im Klub der Mehrheit durchberaten und beschlossen wurde, und weil ja alles, was im Gemeinderat hiezu gesprochen wird, von der Mehrheit regiert werde. Wenn auch die Ziffern des Budgets imaginär seien, so handele es sich doch um die Wiederaufrichtung und den Aufbau der Stadt Wien und Oesterreich und von diesem Gesichtspunkte aus sei es Pflicht aller Parteien - und das möge auch vom Nationalrat gesagt sein, - für dieses zu stimmen. Redner beschäftigt sich mit einzelnen Gruppen des Budgets, den Unternehmungen, von denen man sagen könne, daß sie saniert sind, wobei doch zu wünschen wäre, daß sie nicht ihren Betriebsfond von den Großbanken ausgeliehen haben brauchten. Ein äußerst wehes Kapitel des Budgets sei die Wohnungsfürsorge, die gänzlich versage. Ebenso lasse die Strassenpflege vieles zu wünschen übrig. Es wäre auch Pflicht der Gemeinde gewesen, zur Erhaltung der Universität einen entsprechenden Betrag einzustellen. Am Schluß seiner Ausführungen entgegnet der Redner auf die Bemerkungen des GR. Klimesch wegen des deutschen Charakters der Stadt Wien und wegen der Hilfe, die von der Tschechoslovakei, Oesterreich werden soll.

GR. Härmann (Soz.-Dem) bezeichnet die Behauptung der christlichsozialen Redner, daß die Budgetrede des Referenten auf einen elegischen Ton bestimmt war, als unzutreffend. Im Gegenteil, es war ein Optimismus der Grundzug seiner Ausführungen, ein Optimismus, der zu der Hoffnung berechtigt, daß es der Tatkraft der jetzigen Verwaltung gelingen werde, die Stadt aus dem Tiefstand ihres wirtschaftlichen Elends herauszuarbeiten. Gegenüber der Behauptung des GR. Kleinböck, daß der Staat zu den Auslagen Wiens mit 8 Milliarden trägt, müsse darauf verwiesen werden, daß die Steuerkräfte Wiens sich nicht zugunsten der Stadt auswirken können, weil sie durch die Machtbefugnisse des Staates gar nicht gehemmt sind. Deshalb ist es durchaus nicht so unverständlich, wenn der Staat zur Erhaltung der Gemeinde den, zu seinem 300 Milliardendefizit verhältnismäßig minimalen Beitrag von 8 Milliarden beisteuert. Die Sozialdemokraten haben bei ihrem Einzug in das Rathaus außer ihrem guten starken Willen auch die Eignung mitgebracht, die Stadt wirklich zu verwalten. Dieser Wechsel habe sich unter äußerst ungünstigen Auspizien vollzogen. In einer Zeit, wo ein völliges Chaos herrschte, mußten sich die Sozialdemokraten, von der Sturmflut der Revolution zur Macht gelangt, erst nach und nach in die Verwaltung einarbeiten, während die Christlichsozialen seinerzeit, als sie ans Ruder gelangten, jahrzehntelang Gelegenheit hatten, die Verwaltungstechnik zu studieren. Die Sozialdemokraten haben alle die großen Hindernisse die sich der Verwaltung einer Stadt in den Weg stellten, gemeistert. Und die Tatsache, daß wir dieses Gemeinwesen nach und nach aus schwerer Bedrängnis herausbrachten, ist ein sprechendes Zeugnis für die tüchtige Art, wie die Verwaltung jetzt geübt wird. Die Christlichsozialen haben am Anfang, als sie als Minderheit in diesen Saal einzogen, erklärt, daß sie sich auf das angenehme und geschmackhafte Brot der Opposition einrichten wollen. Wie sie das

taten, war allerdings ein sehr bequemer Weg. Während sie die sozialdemokratischen Anträge auf Regulierung der Gehalte und Löhne der städtischen Angestellten zu überbieten versuchen, haben sie zugleich der Bedeckung dieser neuen Kosten Widerstand entgegengebracht. Der Notwendigkeit gehorchend, hat die sozialdemokratische Partei eine Steuerpolitik betreiben müssen, die von der Bevölkerung große Opfer heischt. Aber die Tendenz ihrer Steuerpolitik geht dahin, bei möglichst großer Schonung der arbeitenden und schaffenden Kreise die besitzenden Klassen zur Steuerleistung möglichst stark heranzuziehen. Wenn sich diese Tendenz nicht völlig auswirken kann, so liegt der Grund darin, daß sie eben ihre Grenzen findet, in den Machtbefugnissen des Staates. Nach und nach ist selbst dem Indifferentesten der Stadt klar geworden, daß im Gemeinderat die ehemalige Kapitalisten- und Hausherrenpolitik abgelöst wurde von der Politik des Proletariats. Dabei müssen wir immer Rücksicht nehmen auf gegebene Tatsachen, die es nicht zulassen, daß wir das sozialistische Programm voll und ganz erfüllen. Die Verwaltungsreform hat die Mitarbeit von Vertretern sämtlicher Parteien an der Verwaltung der Stadt ermöglicht. Den Sozialdemokraten ist die Demokratie eben nicht Maske, sie war immer ihr Grundsatz. Daneben haben sie auch ihre wirtschaftlichen Grundsätze veranlagt, mit allen im Bereiche der Möglichkeit liegenden Mitteln die städtischen Finanzen in Ordnung zu bringen und ihren normalen Gang zu verbürgen. Gegenüber dem Vorwurf, daß die Mehrheit mit ihrer Steuerpolitik, Industrie, Handel und Gewerbe zu radikal angepackt hat, müsse man sagen, daß von diesen Schichten mehr erwartet werden kann, als von den arbeitenden Klassen.

GR. Dr. Follak (Jüdisch-national) bespricht finanzwirtschaftliche Angelegenheiten und erörtert eingehend die Frage ob Oesterreich lebensfähig ist oder nicht. Er kommt auch auf die Einstellung der Lebensmittelzuschüsse zu sprechen, von denen er meint, daß sie zu einem Kampf zwischen Industrie und Arbeiterschaft führen wird, dessen Ausgang aber für die Arbeitnehmer von Nachteil sein dürfte. Die Folge der Einstellung wird weiter das Ende der Exportmöglichkeit der österreichischen Industrie bedeuten.

GR. Kunschak (Christl-Soz). Es hat schon der Herr Finanzreferent darauf verwiesen, daß die Zahlen, die er uns heute im Voranschlag unterbreitet, die tatsächlichen Verhältnisse nicht erfassen. Daraus kann dem Herrn Referenten ein Vorwurf nicht gemacht werden, bei der Flüssigkeit, aller, insbesondere unserer valutari-schen Verhältnisse. Es erübrigt sich daher auch eine weitere Ver- Behandlung dieser Ziffern. Ganz allgemein erlaube ich mir die Bemerkung, daß ich die Ueberzeugung habe, daß die Ziffern auch nicht die Verhältnisse an dem Tage, an welchen der Voranschlag aufgestellt wurde, wiedergeben, sondern sich in den Einnahme- und Ausgabe- posten schon mit den damaligen Verhältnissen im Widerspruch befinden, daß das Ziffernmateriale zweifellos stark retuschiert worden ist, wie es den Bedürfnissen des Herrn Finanzreferenten entspricht. Wir könnten den Voranschlag als eine große Lüge bezeichnen der Öffentlichkeit gegenüber und uns selbst gegenüber. Von diesem Gesichtspunkte aus habe ich eine Neuerung im öffentlichen Verwaltungs- leben beurteilt, von der wir heute Kenntnis erlangt haben, und die darin besteht, daß es der Landtag von Niederösterreich überhaupt abgelehnt hat, ein Budget aufzustellen. Es ist das ein ganz neuer Vorgang, aber ich glaube er entspricht den gegebenen Verhältnissen an meisten.

Der Herr Kollege Brauer hat gemeint uns gegenüber zu dem Angriffe berechtigt zu sein, daß wir an den Exzessen vom 1. Dezember Schuld sind. Wir haben in der Presse und Versammlungen unsere Stellung gegenüber diesen bedauerlichen Vorfällen klar gelegt und erklärt, daß wir den aufmarsch der Arbeiterschaft als naturnotwendige Folge der bestehenden Verhältnisse erachten. Wir haben darin eine Warnung erblickt für alle die es angeht, und für den Staat, daß er alles notwendige tue, was in dem Finanzplane der sozialdemokratischen Partei enthalten ist. Aber unter einem haben wir auf das schärfste

die an die Demonstrationen sich anschließenden Exzesse verurteilt. Das ist deswegen selbstverständlich, weil alle wissen, daß niemals, wenn die Arbeiterschaft in ihrer Organisation auf die Strasse geht, die Demonstrationen von derartigen Exzessen begleitet sind. Sie haben am allerwenigsten das Recht uns den Vorwurf für diese Exzesse zu machen. Der Herr Kollege Brauer möge sich erinnern an den Tag nach Ablauf der Versammlung auf Anlass des Protestes gegen die Gemeindesteuern hier im Rathause. Damals wurden auch Scheiben am Ring zerschlagen, und in Kaffeehäuser eingedrungen. Und vor nicht langer Zeit haben Demonstrationen unter Führung des Herrn Brauer vor der Börse stattgefunden. Es steht Ihnen nicht gut an uns diese Dinge in die Schuhe zu schieben. Der Herr Kollege Erntner hat uns nahegelegt, auf unsere Kollegen in der Nationalversammlung einzuwirken, sie mögen ihre passive Resistenz gegenüber der Steuerpolitik der christlichsozialen Partei aufzugeben. Die Sozialdemokraten haben abgesehen von der Beratung der Kongruengebühr nie ein solches Benehmen an den Tag gelegt. Sie haben sich als Opposition gemüht und geplagt mit der Abfassung eines Finanzplanes zur Rettung dieses Staates, haben also die Aufgabe zu erfüllen getrachtet, der sich die Christlichsozialen und Deutschnationalen hätten unterziehen sollen. Kollege Erntner hat auch der Gemeinde darüber Vorwürfe gemacht, daß sie durch den § 30 der Anforderungsverordnung die Möglichkeit geschaffen habe, daß reiche, fremde Leute um eine Bagatelle sich von der Anforderung ihrer Wohnung loskaufen können. Das ist nicht wahr. Es wurden Dutzende von Angeboten abgelehnt, und nur wenn es sich um Wohnungsteile handelt, deren Adaptierung für Wohnungen anderer Parteien nicht möglich ist oder bei denen die Kosten der Adaptierung zu hoch wären, wurde von diesem Paragraph ge- braucht gemacht. Dreissig Privatpersonen haben bisher dem Betrag von 37 Millionen ihre überschüssigen Wohnungsteile loskaufen können. Da kann von einer Bagatelle nicht gesprochen werden. Auch Kollege Erntner warnte uns vor dem Wege, den Russland eingeschlagen hat. Wir werden diesen Weg nicht gehen, weil wir in Mitteleuropa sind und die Erkenntnis haben, daß wir keine sozialistische Insel in einem kapitalistischen Meere bleiben können. Wenn die anderen Völker so weit sein werden, in demselben Maße zum Sozialismus zu schreiten, wie wir, dann werden wir auch in Wien den Sozialismus aufrichten. Wenn wir das Budget, das heute hier vorliegt, vom politischen Standpunkte aus beurteilen, müssen wir den Ausführungen der Gegenpartei recht geben. Denn tatsächlich trennt uns eine grosse Kluft, eine Weltanschauung voneinander. Wir vertreten die sozialistische, Sie die kapitalistische. Sie sind die Kämpfer von gestern, wir von morgen, weil wir dort unser Ideal erblicken, das uns bewegt.

In dem Voranschlag gibt es nur eine Post, die wirklich sicher ist, die städtischen Unternehmungen. Da liegt eine Wertbestimmung vor, die zwar auch variabel ist, aber sicher nur im günstigen Sinne. Die städtischen Unternehmungen sind das Rückgrat der ganzen Gemeindeverwaltung geworden, ohne sie wäre die Verwaltung bereits zusammengebrochen. Sie sind auch die Quelle der Kreditfähigkeit der Gemeinde. Man könne ruhig behaupten, daß die seinerzeit inaugurierte christlichsoziale Gemeindepolitik in den städtischen Unternehmungen heute noch fortwirke, heute noch die Verwaltung der Gemeinde entscheidend beeinflusse, wo diese Verwaltung dem Einflusse der Christlichsozialen vollständig entrückt erscheint. Aber vermischt im Voranschlag eine ganze Reihe von Vergleichskriterien. Außerdem fehlen die Rechnungsabschlüsse der Jahre 1919/20 und 1920/21. Das zeige, daß im Verwaltungsapparat ein schweres Gebrechen bestehen müsse. Nach Informationen, die dem Redner zuteil geworden seien, soll die Ursache dieses Mangels darin zu suchen sein, daß durch die Verwaltungsreform des ganzen Buchhaltungsdienstes sich jetzt die Unmöglichkeit herausstellt, überhaupt zu einem Rechnungsabschluß zu kommen. Und es wurden uns doch seinerzeit Wunder der Einfachheit, Klarheit und insbesondere Präzision versprochen. Auf dem Gebiete des Ernährungswesens sei ein vollständiger Stillstand der Verwaltung wahrzunehmen. Die vielgerühmte Gruppeneinteilung zeige sonderbare Erscheinungen. Es geschähe wie in früherer Zeit, daß unmittelbar vor der Sitzung einer Verwaltungsgruppe der maßgebende Beamte dem Referenten einen Akt vorlegt, woraus dann der Referent eilig die Kenntnis der Materie schöpft. Der vielgepriesene Geist der Durchdringung bestehe darin, daß jetzt die acht ungekrönten Könige der Gemeinde, wie man die anteführenden Stadträte bezeichnen könne, um die Geheimnisse der Verwaltung wissen, während früher 30 Stadträte das Zentrum der Verwaltung gebildet haben. Diese acht Ungekrönten sind nicht nur Titular- sondern wirkliche Bürgermeister dieser Stadt. Für das Ernährungswesen habe man einen eigenen Ernährungsausschuß eingerichtet, aber die Ernährungspolitik vollständig aufgegeben. Die Marktberichte sind eine einzige Anklage gegen die herrschende Partei. Es wird immer darin berichtet, wie toll es auf den Märkten zugeht, wie eine schreckliche Anarchie auf dem Gebiete der Preisbildung herrsche. Von der Existenz einer Marktpolizei ist gar nichts mehr zu verspüren. Es macht jeder Händler und Unternehmer was er will, ganz unbekümmert um die Organe, welche berufen sind, in Vertretung der Gemeindeinteressen gegen solche Willkürakte einzuschreiten. Das Kapitel Marktwesen nahm früher in den Budgetdebatten einen breiten Raum ein. Heute hört man nur die Klagen der Bevölkerung, die aber im Gemeinderate kein Gehör finden. Für die Versorgung von Wien ist aber auch für eventuelle Fälle keine Vorsorge getroffen worden. Es wurden keine Kartoffeln herangebracht, die Eier sind auf den Märkten verschwunden. Noch im Jahre 1918, also schon zur Zeit des provisorischen Gemeinderates, wurde der Bevölkerung vor den Weihnachtsfeiertagen Mehl, Hülsenfrüchte, Reis, Zucker und Kaffee abgegeben. Heute kann für die Bevölkerung gar nichts getan werden. Jetzt allerdings verurteilt die sozialdemokratische Partei auch die Gewährung der Lebensmittelzuschüsse und damit auch die Lebensmittelpolitik im Rathaus. Der Bürgermeister hat den Versuch des Abbaues der Lebensmittelzuschüsse mit einem starren Nein beantwortet und erklärt, die Anordnungen des Ernährungsministers nicht zu befolgen. Das bedeutet Pflichtverletzung und ist geeignet die Vornahme einer Herabsetzung überhaupt zu vereiteln. Die Mitwirkung der Sozialdemokraten an dem Abbau der Zuschüsse ist ein Beweis dafür, daß gegen die Vernunft auf die Dauer nicht regiert werden kann. Es ist bezüglich des Wohnungsproblems und wiederholt vorgeworfen worden, daß die christlichsoziale Partei an den heutigen Zuständen schuldtragend

sei. Sie hätte Wohnungen bauen sollen. Dem gegenüber will ich nur feststellen, daß die christlichsoziale Partei in den Jahren von 1900 aufwärts wiederholt Wohnungsbauten vorgenommen hat und dass wir im Jahre 1913 mit den Wohnungsbauten so weit waren, dass die für städtische Bedienstete in erster Linie bestimmten Bauten von den städtischen Bediensteten nicht mehr voll in Anspruch genommen wurden. Wir konnten also am Ende unserer Bautätigkeit feststellen, daß wir einen Ueberfluss an Wohnungen geschaffen haben. Dass die Dinge jetzt anders liegen dafür haben wir die Verantwortung nicht zu übernehmen. Was heute von Ihnen als Erfolg auf dem Gebiete der Wohnungsfürsorge aufgezeigt wird, ist nichts anderes als die Fortsetzung der Projekte, die von der christlichsozialen Partei in Angriff genommen wurden. Sie sagen, dass Ihnen zu Wohnungsbauten die Mittel fehlen. Ich gebe zu, daß die große Geldmittel erforderlich sind, aber Sie haben die Mietaufwandsteuer eingeführt, die Milliarden-Ertragnis hat, und von dieser Steuer geben sie ganze 50 Millionen für Zwecke der gemeinnützigen Bautätigkeit her, wobei ein Teil noch von der Gemeinde ihre eigenen Bauten konsumiert wird. Ein Vorgang, den ich für in Widerspruch mit der Widmung dieser Steuer bezeichne. Sie haben ein System aufgestellt, dass Leuten, die zu zahlen vermögen, unbegrenzten Wohnungsluxus bietet. Es braucht nur jemand einen bestimmten Betrag zu leisten und er wird exterritorial. Das Gesetz betreffend die Wohnungsfürsorge und Wohnungsluxus findet auf ihn keine Anwendung. Ich muß sagen, Sie haben es den Schiefern und reichen Leuten sehr leicht gemacht. Es soll im Gemeinderate festgestellt werden, was mit diesem Gelde geschieht. Ich verrate kein Geheimnis und Sie werden besser darüber unterrichtet sein, daß die 50 Millionen längst verausgabt sind, daß aber eine Unmenge von Siedlungsgenossenschaften vorliegen, die nicht erledigt werden können, weil kein Geld da ist. Geben Sie das Geld heraus und führen Sie es dem Wohnungswesen endlich zu. Wenn ich über die Frage des Mieterschutzes spreche, setze ich mich auch heute wieder der Verdächtigung aus, ein Anwalt der Hausbesitzer genannt zu werden, wobei ich sage, daß ich den Hausherrn weder zu Liebe noch zu Leide zu sprechen eine Veranlassung habe. Schon deswegen nicht, weil sich leider Gottes in Wien auf dem Gebiete des Hausbesitzes eine Wandlung vollzieht, die für jeden wirklichen Wiener eine bedauerliche Erscheinung ist. Der konservative Hausbesitz schwindet immer mehr und mehr. Und die Häuser gelangen in die Hände von Schiefern und unter diesen von Ausländern und unter diesen wieder zumeist von Juden. Mir liegt also gar kein besonderer Grund vor mich wegen der Hausbesitzer besonders zu reifern. Aber es muß doch endlich auch wieder auf dem Gebiete des Ausbaues des Mieterschutzes die Demagogie ihr Ende finden und das ist es, wenn Sie der Bevölkerung einreden wollen, daß Sie in der Lage sind, die Mietzinse, wie sie im Frieden waren, versteinern zu können. Sie haben allerdings selbst zugegeben, daß daraus der Verfall der Wiener Häuser entspringt. Sie haben eine neue Idee ausgeheckt, den Gedanken der Uebernahme der Häuserreparaturen in die öffentliche Verwaltung und Ausschreibung einer eigenen Zwecksteuergebühr. Man glaubt auf diesen Wege komme man zur Sozialisierung der Häuser. Täuschen Sie sich nicht. Der Sozialisierungsgedanke hat in Deutschland Schiffbruch gelitten und hat in Russland zu der furchtbaren Katastrophe geführt, die viele Millionen Menschen mit dem Leben bezahlen und wird sich in dem armen kleinen Oesterreich nicht durchsetzen, weil die bedauerliche Tatsache konstatiert werden muß, daß der Glaube, der Weltkrieg hätte die Fundamente des Kapitalismus erschüttert, sich als trügerisch erwiesen hat. Und der Kapitalismus in Amerika, England, und Frankreich stärker geworden ist als früher. Ein Staat, der mit jedem Bissen Brot, mit jedem Gissen Fett und Fleisch abhängig ist von dem westlichen Kapitalismus, der will glauben, daß er mit dem Sozialismus durchdringen könne? Lächerliches Beginnen. Lächerlich und verbrecherisch zugleich.

Das Ergebnis der Bilanz des städtischen Hausbesitzes ist ein Abgang von 11 Millionen Kronen. Die Gemeinde Wien kann sich das leisten, weil sie auf der andern Seite Mietaufwandsteuer einhebt. Aber dieser Abgang spiegelt die Tatsache wider, daß der Hausbesitz vollständig passiv ist. Aus diesem Grunde müssen Sie auch einer Reform des Mieterschutzgesetzes zustimmen. Daß das nicht abgehen wird ohne Erhöhung der Mietzinse, ist wahr. Allein, was heute in Wien an Mietzins bezahlt wird, ist eine lächerlich geringe Summe, wenn man bedenkt, daß beispielsweise für ein Quartal soviel Zins bezahlt wird, als ein Viertel Wein kostet, für eine Arbeiterwohnung weniger als ein Laib Brot kostet. Das ist ein Zustand, der nicht aufrechterhalten werden kann und darf, sollen sich nicht daraus die schwersten Schädigungen derer ergeben, die die vermeintliche Wohltat des billigen Wohnens haben.

Die Not unseres Volkes äußert sich auch im Kulturproblem. Nicht in Wien allein stogen wir auf einen Verfall des Kulturlebens, sondern auch in ganz Mitteleuropa. Was tut aber die Gemeinde Wien für das Kulturleben? Im ganzen Voranschlag finden wir leider keine Anzeichen, die in dieser Beziehung die Hoffnung auf ein Besserwerden auslösen könnten. Der Kulturfortschritt unserer Stadt ist ganz gewaltig im Niederbruch begriffen. Wer mit offenen Augen durch Wien geht wird wahrnehmen, wie das äußere Bild der Stadt sich traurig verändert. Wie steht es um die Erhaltung des Stephansturms? Jammervoll! Als Beitrag ist im Budget ein geringer Betrag ausgewiesen, man habe dafür nicht mehr übrig als den Wochenlohn von zwei Steinmetzgehilfen. Wien hat aber auch noch andere Baudenkmäler außer Kirchen. Und wir sehen ihren Verfall. Es war der schönste Widerschein der echt wienerischen Gesinnung Luegers, daß er eine so ungeheure Vorliebe für die Natur hegte und sich/ ^{zur} Lebensaufgabe stellte, die Natur in den Bann der Großstadt zu ziehen. Glauben Sie die vielen herrlichen Anlagen sind geschaffen worden als Paradestücke für Fremde oder nur Erholungstätten für Einheimische? Was Lueger wollte war, den Schönheitssinn der Bevölkerung zu fassen und jede gepflegte Anlage, jedes Stückchen gepflegter Wald ist ein Stückchen Kulturarbeit. Ich mache der herrschenden Partei keinen Vorwurf aus der Verwüstung des Wienerwaldes. Aber was ist geschehen, um die angerichteten Schäden zu beheben? Gar nichts! Wie schaut es mit unsern Parkanlagen aus? Und die Marktplätze? Aus Pietät könnte man glauben, würde wenigstens der Viktor Adlerplatz in entsprechendem Zustand erhalten. Aber auch dies trifft nicht zu.

Die Reform der Schule sollte im Handumdrehen gemacht werden. Das Schulwesen ist aber heute völlig desorganisiert. Solange das Reichsvolksschulgesetz besteht hat sich auch die Wiener Gemeindeverwaltung daran zu halten. Dieses setzt als obersten Zweck die sittlich religiöse Erziehung der Kinder. Die Schule ist nicht nur Erziehungsanstalt in der Religionsstunde, sondern auch von dem Momente an, wo das Kind die Schule betritt, bis zu dem Momente wo es

aus der Schule tritt. Die Mehrheit sabotierte den Religionsunterricht in der Schule. Sie ist auch daran, das Schulgebet abzuschaffen. Auch das ist eine Handlung gegen das Gesetz. Es hat in Wien schon einen Bürgermeister gegeben, der das Kreuzifix aus der Schule bannen wollte. Aber nach einigen Monaten lag er mit seiner Partei draußen. Wenn die Mehrheit den Kulturkampf wolle, die Partei des Redners werde ihn führen unter Einhaltung der Gesetze, aber nicht zwischen den Kindern. Die Schulreform wurde angefangen mit der Parole „unentgeltliche Lehrmittel für Alle“, „in der Schule soll es keine sozialen Unterschiede geben“, und nun sind wir so weit gekommen, daß der größte Teil der Kinder überhaupt keine Lehrmittel hat, weder eigene noch solche von der Gemeinde.

Redner spricht sich noch gegen die Zentralisierung des Turnunterrichtes aus, den er als gesundheitsschädlich bezeichnet.

Zur Verwaltung der Mehrheit, erklärt Redner, könne seine Partei kein Vertrauen haben und wird daher gegen die Bezüge des Bürgermeisters und der amtsführenden Stadträte, als den Repräsentanten der sozialdemokratischen Herrschaft, stimmen

Redner erklärt, daß seine Partei für das Budget stimmen werde, weil dieses nicht einer Partei, sondern der Gemeinde bewilligt wird. Mag es noch so schlecht und anfechtbar sein, so ist es doch die Grundlage der ganzen Verwaltung. Es soll dadurch auch gezeigt werden, daß in der Gemeinde die Absicht zu ehrlicher Arbeit vorhanden ist und daß die christlichsozialen Gemeinderäte ihre Mandate erfüllen wollen. Es gibt ein höchstes Interesse und das ist die Arbeit in Liebe und Treue für diese Stadt und ihr bedauernswertes Volk. (Lebhafter Beifall)

GR. Dr. Plasschke (jud.-nat.) erklärt, dass seine Partei bedingungslos für dieses Budget stimmen werde, um der Meinung Ausdruck zu geben, daß dieses Gemeindebudget mit seinem ^{Defizit} ~~Defizit~~ von 7 1/2 Milliarden noch immer eine Leistung sei, die eine besondere Eignung derjenigen Voraussetze, die mit der Führung der Geschäfte dieser Stadt betraut sind. Im weiteren Verlaufe seiner Rede beschäftigt sich der Redner mit der Frage des Heimstarchtes. Er führt Klage darüber, daß die Juden benachteiligt werden und fordert den amtsführenden Stadtrat Richter auf bei seinen Entscheidungen nicht ausschließlich auf die polizeilichen Relationen zu hören. Weiter beschwert sich Redner über die Haltung der Sozialdemokraten in der Frage des Schulaufsichtsgesetzes und erklärt, daß die Juden darauf dringen werden, daß ihnen auf Grund des ~~Sankt~~ ~~Saint~~ ~~Germainer~~ Friedensvertrages die Errichtung einer eigenen Schule gewährleistet werde. Zum Schlusse spricht sich der Redner energisch gegen eine Abänderung des Mieterschutzgesetzes aus. Die Jüdischnationalen fordern nichts als Gerechtigkeit und verwehren sich dagegen, daß ihre Stammesangehörigen als Staatsbürger II. Klasse betrachtet werden.

Str. Breitner führt in seinem Schlusswort aus, der Hinweis auf die Russifizierung des Geldwesens habe eine gewisse Anregung hervorge-

rufen und der Debatte den Unterton gegeben. Es war den Rednern der christlichsozialen Minderheit die Feststellung sehr unangenehm, daß auch unter einer sehr gut bürgerlichen Regierung, wie wir sie derzeit in Oesterreich haben, sich die ganzgleichen Verhältnisse herausbilden können, wie sie sich in Russland ergeben haben. Dr. Kienböck habe davor gewarnt solche Gewaltmassnahmen, wie die Anforderungen von Gold und fremden Zahlungsmitteln, die angeblich russische Methoden sind, in Betracht zu ziehen. Aber ein Mann, der mit Lenin und Trützky so wenig Ähnlichkeit hat und den man ebenso wenig den Vorwurf des Bolschewismus machen könne, habe in einer Zeit, die der unsrigen an Schwierigkeiten ausserordentlich ähnlich ist, das Gold der Klöster für den Staat beschlagnahmt. Es war die Kaiser Franz.

Gemeinderat Kunschak habe es als einen schweren Fehler hingestellt, daß die Gemeinde sich nicht damit befasse, Lebensmittel einzukaufen, um sie der Bevölkerung zur Verfügung zu stellen. Das sei das Einbekenntnis des vollen Versagens des ^{freien} ~~freien~~ Handels, der als unfehlbares Heilmittel gepriesen worden sei. Wenn der Führer der christlichsozialen Partei den Abbau der Lebensmittelzuschüsse als große Errungenschaft pries, so müsse bei diesem Anlass neuerlich festgestellt werden, dass eben dieselbe christlichsoziale Partei im Gemeinderate es gewesen sei, die von der Stadtverwaltung forderte, daß sie die Strassenbahnfahrt den Gas- und Stromkonsum künstlich verbillige und dadurch gewaltige Schulden anhäufe, nur um diese Leistungen unter dem Selbstkostenpreis der Bevölkerung zur Verfügung zu stellen. Wohin die Stadt Wien gekommen wäre, wenn sie diesem Verlangen nachgegeben hätte, beweist das Schicksal des Bundes, der samt seiner Notenpresse in einem sehr ungünstigen Zeitpunkt mit den Zuschüssen ein Ende machen muss. Was den Appell des GR Kunschak anlangt, das Mieterschutzgesetz zu lockern, so verkenne die verwaltende Mehrheit gewiss nicht die Notwendigkeit, in irgendeiner Form Vorsorge zu treffen, daß die Häuser vor dem Verfall bewahrt bleiben und auch die Schaffung von neuen Wohnmöglichkeiten zu sichern, da unter den derzeitigen Verhältnissen natürlich eine private Bautätigkeit nicht zu erwarten ist.

Es wurde in diesem Zusammenhang Kritik daran geübt, dass die vorjährige Widmung für den Siedlungsfond von 50 Millionen Kronen nicht den geänderten Geldwertverhältnissen entsprechend erhöht werde. Dem gegenüber kündigt der Finanzreferent die Einführung einer Wohnbausteuer an, bei der die Gemeinde in einem ausserordentlichen Maße mitzuwirken bereit sei. Die Arbeiter und Angestellten sind gewillt, für neue Wohnbauten Opfer zu bringen, nicht aber zu dem Zwecke, dass die Einnahmen der Hausherrn eine Erhöhung erfahren. Es wurde Kritik daran geübt, dass gewisse große Wohnungen nicht angefordert werden, sondern von den Inhabern für überzählige Wohnräume Ablöse verlangt wird. Dies geschieht ausschliesslich in je-

nen Fällen, ~~wazu~~ in denen eine räumliche Trennung dieser großen Objekte entweder gar nicht oder nur mit sehr erheblichen Kosten möglich wäre, wobei von den ~~Äquivalent~~ Äquivalentkommissionen, in denen gleichfalls die christlichsoziale Partei vertreten ist, solche Summen verlangt werden, daß damit eben entsprechende Wohnungen an anderer Stelle geschaffen werden können. Es wird die Veröffentlichung dieser Ablösungen erfolgen.

Der Vorwurf, daß die Majorität Kulturgütern ~~Wiens~~ ~~gleichgültig~~ gegenüber stehe, sei vollkommen ungerechtfertigt. Unter der christlichsozialen Herrschaft konnten weder der Volksbildungsverein noch das Volksheim noch die Zentralbibliothek ~~ir~~ ~~endeine~~ Unterstützung erlangen, während ihnen jetzt, trotz aller Finanznot Hunderttausende zugewendet werden. Durch die Veranstaltung der Musikfestwoche wurde gleichfalls der Beweis erbracht, wie sehr die Gemeindeverwaltung die Kulturgüter insbesondere für den Wiederaufbau Wiens einschätzt. Allerdings müsse, wenn die Wahl so stehe, ob irgendein Friedhofportal oder selbst ein sehr wertvolles Wahrzeichen Wiens, um dessen Erhaltung der Majorität ebensoviel gelegen ist als der Minorität, renoviert werde, oder die Humanitätsanstalten die notwendige Vergrößerung erfahren, zunächst selbst ein Kunstwerk zurückstehen. Es sei keineswegs eine Mißachtung dieser in jeder Beziehung wertvollen Schätze, sondern lediglich ein weiterer Ausdruck unserer Not.

Finanzreferent schließt seine Ausführungen mit folgenden Worten: Es hat GR. Kunschak namens der christlichsozialen Partei erklärt, daß sie bis auf den Gehalt für den Bürgermeister und die Stadträte für das Budget stimmen werden, vorbehaltlos ist dies seitens der Vertreter der Deutschnationalen, Tschechen und Jüdischnationalen geschehen. Trotz mancher scharfen Kritik und abfälligen Äußerung werde also doch der Voranschlag als ein solcher anerkannt, wie er eben unter den heutigen Verhältnissen anders nicht gestaltet werden kann. Die Tatsache, daß schliesslich doch alle Parteien des Wiener Gemeinderates sich auf den Boden sachlicher Arbeit zusammen finden, ist ein weiterer Lichtblick in diesen trüben Tagen und berechtigt uns zu der Hoffnung, daß wir auch diese schwere Not siegreich überwinden werden.

Bei der Abstimmung wird das Kapitel Finanzwesen (Gruppe II) einstimmig angenommen. Die Sitzung wird hierauf geschlossen.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michen.

27. Jahrgang, Wien, Dienstag, den 20. Dezember 1921.

St.R. Speiser (Soz.-Dem.) führt in seinem Referate über die Gruppe „Personalangelegenheiten“ aus: Als wir im Juni dieses Jahres das Budget für das Jahr 1921 verieten, mußten wir für den Personalaufwand bereits ein auf das Jahr umgerechnetes Erfordernis von 2-3 Milliarden einstellen, somit rund ein Viertel der Ausgabensumme dieses Budgets. Bereits im Juli aber mußte eine neue Regulierung der Bezüge stattfinden, die das Jahrespersonalerfordernis auf rund 3⁵ Milliarden erhöhte. Auch im September und Oktober wurden in Uebereinstimmung mit dem Bunde beträchtliche Mehrzahlungen geleistet, die im Laufe des Monats November auf mehr als das Dreifache der in der Juli-Regulierung vorgesehenen Bezüge, also rund 12 Milliarden auf das Jahr gerechnet, im Dezember aber auf das Sechsfache der Juli-bezüge, also rund 24 Milliarden stiegen. Im vorliegenden Budget ist auf den Novemberbezügen aufgebaut, sodaß, da sich eine Verminderung der Dezemberausgaben wohl nur dann ergeben kann, wenn der Kronenwert wieder steigt, mit einer Mehrbelastung von rund 12 Milliarden zu rechnen ist, Hievon trägt allerdings der Bund 70 %, sodaß sich für die Gemeinde eine reine Mehrbelastung von rund 3⁶ Milliarden ergibt. Von den budgetierten Gesamtausgaben von 31⁶ Milliarden entfallen somit nahezu 40 %, wenn man aber die Dezemberbezüge in Anschlag bringt, 80 % auf Personalkosten. Es ist selbstverständlich, daß ungefähr in selben Maße wie die Personalkosten auch die übrigen Ausgaben steigen werden, sodaß man also von einem Personalerfordernis von etwa 40 bis 50 % sprechen kann. Es zeigt sich, was schon der Herr Finanzreferent ausgeführt hat, daß bei der derzeitigen Labilität des Kronenwertes jede Budgetierung unmöglich ist.

Es wird der Gemeinde immer vorgeworfen, daß sie einen so großen Teil ihrer Personallasten vom Bunde ersetzt erhält. Darauf kann nur immer wieder entgegnet werden, daß uns dies nichts weniger als wünschenswert ist, daß wir vielmehr bei jeder sich bietenden Gelegenheit darauf drängen, daß möglichst bald diesem Zustande ein Ende gesetzt und die Gemeinde in den Stand gesetzt werde, durch Beteiligung am Abgabenertrag des Staates oder durch eigene Abgaben auch ihren gesamten Personalaufwand zu decken. Wir wissen recht wohl, daß wir wirtschaftlich mit dem Bunde zusammenhängen, daß der Bund eben nichts anderes ist als die Summe der Länder und das Bundeswirtschaftsleben sich zusammensetzt aus den Wirtschaftsleben der Länder. Es ist aber keineswegs notwendig, diesen natürlichen wirtschaftlichen Zusammenhang noch durch eine Bindung in staatsfinanzieller Hinsicht zu bestärken, ja zu belasten. Wohl ist selbstverständlich, daß das Fallen oder Steigen der Krone auch auf die Gestaltung der Gemeindefinanzen einen entscheidenden Einfluß hat; nicht notwendig ist es aber, daß sich ein öffentlich rechtlicher Körper von der Größe der Wiener Gemeinde in einer der wichtigsten Funktionen als Dienstgeber vollkommen von der Bundesverwaltung ins Schlepptau nehmen lassen muß, ein unhaltbarer Zustand, sowohl für die Gemeinde selbst als für ihre Angestellten.

Wenn der wichtigste Punkt jedes Dienstvertrages die Entlohnung, von einem Dritten bestimmt wird, ist es selbstverständlich, daß der Dienstgeber in diesem Punkt in die Gefahr kommt, nach und nach gleichsam zum Statisten herabgewürdigt zu werden. Ein Nachteil insbesondere haftet diesem System auch an, daß es unmöglich ist, bei Lohnverhandlungen auch mit Nachdruck auf die Intensivierung der Arbeit hinzuwirken, wie wir stets dann bestrebt waren, wenn wir ohne Einfluß eines Dritten verhandeln konnten. Trotzdem könnte man sich mit dem System noch befreunden, weil ja derzeit

Sitzung vom 20. Dezember 1921.

Fortsetzung der Spezialdebatte.

angeblich alle Steuern und Abgaben zusammen nicht einmal für die Dotierung der Länder hinreichen würden. Eines aber macht das System völlig unmöglich: das ist die Art wie beim Bunde verhandelt wird. Während bei der Gemeinde stets der Personalreferent, also der Volksbeauftragte, unmittelbar mit den Angestelltenorganisationen verhandelt, geschieht dies beim Bunde in der Regel nur durch Beamte des Finanzministeriums und der übrigen Zentralstellen. Ohne diesen Herren irgendwie nahetreten zu wollen, ohne ihnen persönliche Eignung oder etwa gar den besten Willen abzusprechen, muß ich schon sagen, daß sie meiner Ueberzeugung nach aus rein sachlichen Gründen nicht die geeigneten Organe sind, solche Verhandlungen zu pflegen, die ja nicht allein für den Bund als Dienstgeber massgebend sind, sondern vielmehr nahezu schon als Standard für alle übrigen Lohnverhandlungen auswirken. Während private Lohnverhandlungen zwischen den bestinformaten Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer abgehalten werden, werden zur Führung der Verhandlungen beim Bunde auf Seite des Dienstgebers Beamte gezwungen, denen bei allem Pflichteifer, bei allem Interesse, bei aller Hingebung doch die Kraft fehlt, die dem Volksbeauftragten innewohnt und die in den heutigen schweren Zeiten zu diesen Verhandlungen gehört. Diese Kraft schöpft der Volksbeauftragte aus seinem Mandat, das ihm zugleich durch die übertragende Verantwortung auch die Grenzen des Entgegenkommens weit besser weist, als dies bei Beamten der Fall sein kann. Freilich vertritt der Finanzminister formell diese „Bemerkungen gegenüber der Volksvertretung, aber wer weiß, mit welcher Hast und unter welchem Druck diese Gehalts- und Lohnwerke zustande kommen, der muß zugeben, daß es auf dem jetzigen Wege nicht weiter gehen kann. Ich möchte nicht davon sprechen, daß es vom Finanzminister, der unausgesetzt mit den wichtigsten Fragen sich beschäftigt, nur schwer verlangt werden kann, daß er auch noch die Verhandlungen mit den Angestellten selbst führt, wohl aber müßten sich andere Volksbeauftragte entschliessen, dies zu tun. Das Gewicht, das ihrem Mandat innewohnt, würde die Verhandlungen in wesentlich andere Bahnen lenken, in Bahnen, die insbesondere Leistung und Entlohnung in engerem Zusammenhang bringen. Diese Aufgabe können nur Volksbeauftragte lösen, weil nur sie die Interessen der Gesamtheit mit denen der Angestellten in vollem Bewusstsein ihrer Verantwortung in der Lage sind.

Die Bindung bezüglich des Personalaufwandes für die Gemeinde an den Bund ist nicht nur gegen das Fehlen dieser Voraussetzung eine äußerst unangenehme. Wie Sie wissen, haben wir bereits im Juli, weil wir zeigen wollen, daß wir die berechtigten Wünsche der Angestellten verstehen und ihnen entgegenzukommen bestrebt sind, wichtige Neubestimmungen für die Pensionisten beschlossen, so insbesondere die sogenannte Automatik. Wir konnten diese Beschlüsse infolge der Bindung nur unter der Voraussetzung beschliessen, daß der Bund den 50%igen Beitrag leistet. Nun hat es schon größter Anstrengungen bedurft, den Bund zu überzeugen, daß das bei der Gemeinde bestehende Besoldungssystem kein solches ist, das die Verweigerung des Bundesbeitrages rechtfertigen würde. Hinsichtlich der Pensionisten aber müßten wir wieder warten, bis der Bund ein Gesetz beschliesst. Es sind uns also gerade bei diesen sicher berücksichtigungswürdigsten Menschen, weil sie derzeit am schlechtesten bezahlt sind, die Hände gebunden.

Die Regelung der Bezüge für die Angestellten im Verwaltungsdienst und in den Unternehmungen erfolgte von der Gemeinde am 19. Juli d.J. Während das ungefähr gleichzeitig eingeführte Besoldungssystem des Bundes das Verwendungsprinzip festsetzte, und den Stellenplan mit mancherlei Nachteilen insbesondere der Auflösung aller Standesgruppen brachte, haben wir im Gegensatz dazu das Bezügeklassenschema als festes Gerüst der Besoldung aufrecht erhalten. Die von den Bediensteten solange erkämpfte Automatik wurde bis zu einer gewissen Grenze aufrecht erhalten, jedoch durch ein außertourliches Avancement ergänzt. Diesermöglichkeit die wirtschaftliche Bestimmung der in einzelnen Ressorts überschüssigen Beamten und Angestellten und andere. Wir denken bei allen Gehalts- und Lohnverhandlungen stets an Arbeits- und Verwaltungsreform. Es ist eine mühselige Kleinarbeit, die auf diesem Gebiete geleistet wird. Bei den Verhandlungen mit den einzelnen Gruppen wird das Gebiet Verwaltung und der Betriebe in einem gewissen betriebstechnischen Sinn abgetastet und so rasch und nach Besserung erzielt, was auf anderem Wege kaum möglich wäre. Beim Strassenfuhrwerk ist die eingeschränkte Verwendung der Pferdewärter gelungen. Durch die Intensivierung der Arbeit bei den Arbeitern in den Werken wurde eine wirtschaftlichere Verwendung der Arbeiter und Ersparungen erzielt. Die allmähliche Aufsaugung der sogenannten Kriegsaushelfer schreitet fort. Der Stand der Wasserleitungsaufseher wurde im Einvernehmen mit der Personalvertretung von 239 auf 187 Mann herabgesetzt. Jede Disziplinarverhandlung wird zugleich zu einer Verhandlung über die siehens ihr ergebenden Reformen. Durch die Restriktion und Zusammenlegung der Agenden in den technischen Magistratsabteilungen wurde ein Abbau der Leiterposten und die Beseitigung von überschüssiger Geschäftsgebarung ermöglicht. Im Zusammenhang mit der Regelung der Ueberstundenfrage sind bereits eine starke Anspannung und Intensivierung der Arbeit in den Kanzleibetrieben angekündigt worden. Bei diesem Anlaß möchte ich einem unsach des Verbandes der städtischen Angestellten folgend mitteilen, daß der eine Viertelstunde-Arbeiter, der in der Öffentlichkeit so großes Aufsehen erregt hat, nicht im eigentlichen Kanzleibetrieb sondern im Musikreferat der Städtischen Sammlungen sich befunden hat. Mit dieser Feststellung glaube ich nicht etwa von der Linie, die in den letzten Ausführungen in dieser Frage bezeichnet wurde, zurückzugehen. Das städtische Jugendamt ist in einer Reform begriffen, die Lohnverhandlungen mit den Kollektivverträgen haben ebenfalls Gelegenheit zur Betrachtung der Arbeitsmethode gebracht. All diese Lohnverhandlungen sind zugleich Arbeitsreformverhandlungen. Die Magistratsabteilung und eine weitere Liquidierungsstelle, ferner die Militärabteilung und das Einquartierungsamt wurden aufgelassen und eine einheitliche Verwaltung der Zinshäuser und Grundstücke herbeigeführt. Die Errichtung von vier neuen wirtschaftlichen Gemeindebetrieben, jenen für städtische Bäder, Wäschereien und Werkstätten, für den Fuhrwerksbetrieb, für die Gewinn-

nung und Beschaffung von Baustoffen und für die Wasserversorgung wurde einen weiteren Fortschritt. Die drei Standesgruppen, Stadtbuchhaltung, Steueramt und Hauptkasse wurden zu einer einheitlichen Gruppe der Buchhaltungs- und Kassabeamten mit besserer Verschiebungsmöglichkeit des Personals zusammengezogen. Die Bildung einer Standesgruppe der mittleren Verwaltungsbeamten nach deutschem Muster mit ähnlicher Wirkung steht bevor. Mit 1. Jänner wird eine Kanzleireform bei den Bezirksämtern Platz greifen.

Besonders freue es mich feststellen zu können, daß die Klagen über sogenannte politische Verfolgungen und Maßregeln immer mehr zurücktreten und ich kann nur versichern, daß uns nichts ferner liegt als das und daß die Bedienstetenpolitik in ganz anderer Weise geführt wird.

Der Redner kündigte eine Reihe von Vorlagen im Interesse der Bediensteten an, die den Gemeinderat in allernächster Zeit beschäftigen werden: Die Vorlage für die Krankenfürsorge der städtischen Angestellten und Arbeiter, der Kreditfürsorge, der Regelung der Pensionen für die Dienstordnungsangestellten und der Pensionen für die Kollektivverträger, durch welche letztere auch insbesondere die leidige Frage der Altpensionisten in den städtischen Unternehmungen und Werkwerken endlich gelöst werden wird, und die Regelung der Frage der Dienstkleider.

Es wird der Grundsatz der bisherigen Personalpolitik aufrecht erhalten, daß auf der einen Seite den Beamten, Angestellten, Bediensteten und Arbeitern in den jetzigen schweren Zeiten gegeben werden muß, was nur möglich sein wird, daß aber auf der anderen Seite die Vereinfachung und Ausgestaltung der Verwaltung, die Intensivierung der Arbeit mit Energie und Ausdauer, mit Beharrlichkeit und Ruhe mit raschem Zugriff, meist aber in mühseliger Kleinarbeit fortgesetzt wird.

Der Redner dankt zum Schluß seiner Ausführungen dem Magistratsdirektor und den Beamten für die Mitarbeit, weist auf das gute Einvernehmen mit den Angestelltenverbänden, den Gewerkschaften, den Personalvertretungen und Betriebsräten hin und bittet die Mitglieder des Gemeinderates ebenso wie die Beamten und Bediensteten um Mitarbeit und Unterstützung bei den Angelegenheiten in seinem Ressort.

GR. Vaugoin (chr. sog.): Das Kapitel I Personalangelegenheiten- und Verwaltungsreform ist wohl eines der wichtigsten und umfangreichsten im ganzen Budget. Außerlich mag es als eines erscheinen, daß nicht tief eingreifend ist, aber wer den Gang kennt, in unseren städtischen Betrieben, der wird sagen müssen, daß die Gruppe der Personalangelegenheiten aufs innigste verbunden ist mit allen Agenden, nicht bloß des Magistrates sondern aller städtischen Unternehmungen und Betriebe. Und ob im Magistrate Ordnung ist, ob die Unternehmungen und Betriebe ertragsfähig ^{sind} und richtig geführt werden, das hängt wesentlich davon ab, wie die Agenden der Personalgruppe vom amtsführenden Stadtrat geleitet werden. Die Personalpolitik der herrschenden Mehrheit in diesem Saale ist auch die Grundlage für das Gedeihen und Blühen dieser Stadt. Ich kann nicht vorübergehen an dieser Frage ohne die Personalpolitik auf etwas längere Zeit zurückzuprüfen. Einige Wochen und Monate ^{Sie} will ich zurückgehen, bevor ^{die} Mehrheit hier hatten als ich selbst als Personalreferent das Dienstschemata durchgearbeitet habe. Der hochgeschätzte jetzige Referent war damals an den Personalangelegenheiten unbeteteiligt, aber er hatte einen Vorfahren, der Vertreter der Personalangelegenheit ^{en} war, als sie noch in der Opposition standen. Und später als sie in die Mehrheit kamen die Gruppe mit dem Herrn Kollegen tauschte und die Gruppe für Finanzen übernahm. Ich meine Herrn StR. Breitner. Ich muß nun sagen, welches Axiom sich der Herr StR. Breitner für die Personalpolitik aufgestellt hat. Er hat sich klar darüber ausgesprochen am Palmsonntag 1919 in einer großen Versammlung im Zirkus Busch, in welcher die städtischen Angestellten die Ergebnisse über ihre Lohnverhandlungen erwarteten. Damals sagte StR. Breitner Worte, von denen es sehr wichtig ist, daß wir sie in das Gedächtnis zurückrufen. Er sagte: „Die Beamten haben nur zu fordern, um die Bedeckung haben sie sich nichts zu kümmern,“ und fügte noch hinzu, „wir ^{wissen} / andere Mittel und Wege als die Erhöhung der Gas- und Strassenbahn tarife“ / ^{Wenn man} dieses Urprogramm der sozialdemokratischen Personalpolitik nach zweieinhalbjähriger Dauer hier prüfen wollte, könnte man stundenlang reden. Es hat sich ins gerade Gegenteil verkehrt. Wenige Wochen später als der Finanzreferent sein neues Ressort antrat. Es war mir klar, daß die Worte nur in den Wind gesprochen wurden, daß sie nur dazu dienten, die Beamten zu kaptivieren. Aber auf die anderen Wege ohne Erhöhung der Gaspreise Bedeckung zu schaffen, war ich sehr neugierig und bin es bis zum heutigen Tage, denn er ist doch die alten Wege gegangen und hat es so weit gebracht, daß er keine Lohnerhöhung vornimmt, ohne in derselben Sitzung die Bedeckung zu beschließen. Sie haben sich oft darüber aufgehalten, daß die Gehälter und Löhne von uns zu niedrig gehalten werden und daß wir immer eine entsprechende Bedeckung vorsorgen. Und heute sorgen Sie nicht bloß jedesmal für die Bedeckung der eingestellten

ten Bezüge vor, sondern Sie gehen weiter darüber hinaus und belasten dabei immer die städtischen Bediensteten vor der Öffentlichkeit mit dem Odium, wegen euch sind die Tarife der Unternehmungen so hoch. Ich will anschliessend an diese Personalpolitik, die also nur für den Zirkus gesprochen war, zu der Personalpolitik übergehen, wie sie sich in Wirklichkeit gestellt hat. Ich will durchaus nicht behaupten, daß der jetzige Herr Referent ^{nicht} mit gutem Willen an sein Amt gegangen ist, aber eine selbständige Personalpolitik soweit es sich um die im Schema befindlichen Angestellten handelt, ist eigentlich nur ganz kurze Zeit von ihm betrieben worden und zwar so lange, als sie finanziell selbständig war. Das war vom Mai 1919 bis Ende November 1919. Dann haben Sie sich selbst in die Abhängigkeit des Staates begeben und die Seufzer und Klagen und Beschwerden über den goldenen Käfig, indem er sich jetzt befindet, müsste er eigentlich sich selbst zurückgeben.

Am 28. November 1919 referierte Speiser über Weihnachtszuwendungen für städtische Angestellte, die damals noch aus der eigenen Gemeindekasse bezahlt wurden. Diese Zuwendungen sahen auch darnach aus: 100 Kronen für Ledige und 150 Kronen für Verheiratete. Mein Antrag auf Gewährung von 1000 und 1500 Kronen wurde abgelehnt. In einer Gemeinderatsitzung wenige Tage darauf stellte Speiser denselben Antrag, der auch angenommen wurde. Mit diesem Antrag hat sich Speiser in die Schuldknechtschaft des Bundes begeben. Denn zwischen diesen beiden Sitzungen liegt die Bitte um Hilfe beim damaligen Staatskanzler Dr. Renner. Nun zogen sich die Maschen immer enger um die Personalpolitik der Gemeinde und heute kann die Gemeinde keine Personalpolitik mehr führen, da diese vom Bunde gemacht wird. Im Budget finden sich 12.8 Milliarden Kronen für die Angestellten in der Gruppe 1, in der Gruppe 2 findet sich der Staatszuschuss für Gehälter von 8.3 Milliarden, so daß die Gemeinde für aktive und pensionierte Angestellte nur 3.9 Milliarden ausbleibt.

Wenn ich mich über etwas freue, so ist es die Dienstordnung, die noch unter unserer Verwaltung geschaffen wurde. Wäre diese Dienstordnung nicht, die den Angestellten einen großen Schutz vor Verfolgungen gewährt, dann weiß ich nicht, ob wir nicht viel öfter und energischer für die Rechte unserer Angestellten eintreten müssten. Trotzdem kommen sehr viele Beschwerden aus den Reihen der Angestellten über unbegründete Versetzungen, die durchwegs Christlichsoziale betreffen, weil sie angeblich im Dienste für die Gewerkschaft agitiert haben. Wenn die Mehrheit schon einen so strengen Maßstab anlegt, so möge sie gerechterweise auch gegen ihre eigenen Parteigenossen einschreiten, die im Dienste für die sozialdemokratische Gewerkschaft Propaganda treiben. Sehr zu bemängeln sei auch das System der außertourlichen Vorrückungen, weil es Gelegenheit gibt unter dem Deckmantel der Bevorzugung besonder tüchtiger Beamter Protektionswirtschaft zu treiben. Ich möchte davor warnen, daß die vom Referenten betonte „Ergänzung der Automatik“ dazu benützt werde, die sozialdemokratischen Organisationen zu stärken und unsere Organisationen zu schwächen. Der grösste Skandal in der Gemeinde sind die Pensionen der Strassenbahner. Es sei geradezu himmelschreiend, daß es heute noch Pensionisten gibt, mit einem Monatsbezug von 2000 K. Es gehört schon ein eigenes soziales Empfinden dazu, daß man alte, verdiente Pensionisten dem Hungertode preisgibt. Das sind Fehler des Systems, die darin liegen, daß bei den Strassenbahnen kleine feste Gehälter bestehen und alle Erhöhungen unter dem Titel von Teuerungszulagen gewährt worden sind. Beispielsweise bezieht ein Strassenbahner mit 15jähriger Dienstzeit 650 K festen Monatsgehalt, während die Teuerungszulagen den Betrag von 44.000 K ausmachen. Bei der Pension gelangt aber nur der feste Bezug zur Anrechnung. Muß nicht durch eine solche Lohnpolitik der Kommunismus großgezogen werden? Redner kritisiert dann die Wohnungspolitik der Gemeinde, besonders bei den Strassenbahnen, wo Mietzinssteigerungen um mehr als 300% vorgekommen sind, während die Mehrheit die Erhöhungen der Mietzinse in Privathäusern mit den schärfsten Mitteln bekämpft. Die neue Pensionistenvorlage der Gemeinde sei undemokratisch und den Interessen der kleinen Pensionisten abträglich. Die Gemeinde möge sich an der neuen Pensionistenvorlage des Staates ein Beispiel nehmen, welche die richtige Automatik enthält und den Ansprüchen der Pensionisten aller Gruppen durchgerechert wird. Die Verhandlungen, wie sie die Gemeinde führt, sind unmodern, da sie mit Ausschluß der nichtsozialdemokratischen Angestellten geführt werden.

Die Ziffern des Budgets scheinen nicht in allen Belangen einwandfrei zu sein. Die Fürsorgeabgabe wurde mit drei Milliarden eingestellt. Rechnet man nur 500.000 Arbeiter mit einem Durchschnittswochenlohn von mindestens 10.000 K im Wien, so müsste die Fürsorgeabgabe 10 Milliarden ergeben. Diese Abgabe wird noch höhere Einkünfte bringen, wenn der Abbau der Lebensmittelzuschüsse durchgeführt wird.

Ganz übefflüßig aber sei es, Büroinspektoren anzustellen, die die Tätigkeit der Beamten der Gemeinde überwachen sollen, da die Gemeindebeamten das Muster von Angestellten sind. Bei der Gemeinde hängt die Beamtenfreundlichkeit davon ab, ob die herrschende Partei im Nationalrat beamtenfreundlich ist oder nicht und da kann man sagen, daß sie ihre Pflicht im Interesse der Angestellten des Staates, der Bürger und der Gemeinde Wien erfüllt hat.

GR. Rummelhart (chr. soz.): Wenn man dem Personalreferenten zugehört hat, so kann man nicht leugnen, dass der Ton seines Referates ein lebenswürdiger, der Ton eines guten Menschen war, der sich grösste Mühe gibt, unpolitisch zu sein und sein Referat zum Wohle der Beamtenschaft und der Stadt Wien auszuüben. Ich glaube, wenn jemand zugehört hat, der nicht eingeweiht ist, müsste er sich sagen, dieser Personalreferent muss ja ein ausgezeichnete Mensch sein, der nicht nur schon vieles für die Angestellten geleistet hat, sondern auch noch

Gutes und Schönes für die Beamtenschaft der Stadt Wien im Sinne hat. Wer aber den Schleier hebt, sieht leider auch dort vieles, was mit den Worten des Referenten nicht übereinstimmt. Er weiss als Kenner der politischen Verhältnisse sehr genau, dass die Beamtenschaft ihm und seiner Partei absolut nicht traut, weil sie schon viele unangenehme Erfahrungen gemacht hat. Ich finde es begreiflich, dass Speiser als Personalreferent angeblich zur Hebung der Verwaltung auf Mittel gesonnen hat, dass die Beamten die Macht der Majorität zu fühlen bekommen. Dieses Mittel hat er gefunden u.a. in dem von Sozialdemokraten seinerzeit so arg bekämpften Würdigkeitsavancement, das von diesen wiederholt als Skandal und Protektionswirtschaft bezeichnet wurde. Man hätte glauben müssen, dass die Mehrheit, wenn sie schon das aussertourliche Avancement aufgreift, es nach demokratischen Prinzipien durchführt. Hingegen hat sie autokratische Formeln eingeführt, das Würdigkeitsavancement ist eine Machtfrage der gegenwärtigen Mehrheit. Bei Prüfung der Listen der aussertourlich Beförderten findet man gewiss tüchtige Beamte darunter, aber viele, die ihre Tüchtigkeit weniger auf dem Schreibtisch als in der Organisation, die dem amtsführenden Stadtrat und der Mehrheit nahesteht, eine hervorragende Rolle spielen, wie überhaupt noch keine Partei die politisierenden Beamten so gut bezahlt hat wie die gegenwärtige Mehrheit. Eine ungerechte außertourliche Beförderung ruft in den betreffenden Beamten solche Erregung hervor, dass wochenlang nicht die Arbeitszeit vollständig ausgenützt wird, weil die Leute herumdiskutieren, warum gerade der avanciert ist und nicht jener. Solche Sachen erregen auch die Unlust und lähmen die Arbeitsfreude. Die Beamten kennen sich vor Erlässen nicht aus. Manche dieser Erlässe sind geradezu lächerlich. Wenn sich ein Beamter auf fünf Minuten aus dem Büro entfernt, muß er die Gründe schriftlich bekanntgeben. Solche Methoden sind geradezu absurd, ein Teil der Beamten macht sich darüber lustig und der andere Teil ist empfindlich beleidigt über die Form der Behandlung. Seitdem Sie an der Herrschaft sind, wird die Beamtenschaft in einem Geiste erzogen, der nur auf die sozialdemokratische Organisation gerichtet ist. Die Beamten werden in Ihre Organisation hinein gepresst. Sie haben wohl den Nutzen der gezahlten Beiträge aber einen moralischen Vorteil haben Sie nicht. Andererseits wird alles, was nicht rot organisiert ist, bekämpft und zwar von dem wiederholt ausgezeichneten, die auch in den Versammlungen ihr Urteil über die anders Gesinnten sprechen und schreien: Der muß hinaus aus dem Betrieb, weil er ein „schwarzer Hund“ ist! Die Mehrheit bildet sich viel ein, auf die Verwaltung der Stadt. Aber man braucht nur durch die Strassen zu gehen, den Verfall der städtischen Häuser und sonstigen Baulichkeiten zu betrachten, und man wird wahrnehmen, daß das keine Beweise sind, für die besondere Eignung der Mehrheit zur Verwaltung der Stadt. Auf Grund dieser Beweise sind wir auch nicht in der Lage für jene zwei Kosten zu stimmen, welche die Funktionsgebühr des Bürgermeisters und der amtsführenden Stadträte betreffen. Den übrigen Posten werden wir zustimmen, weil wir keine faktische Opposition führen wollen. Sie behaupten proletarische Interessen zu vertreten, aber wann hat der Kapitalismus so grosse Orgien gefeiert, als jetzt? Ihre Verwaltung ist fiskalisch kapitalistisch und antisozial, weil Sie selbst aus den notwendigsten Wohlfahrtseinrichtungen Nutzen ziehen wollen.

GR. Paulitschke (chr. soz.) tritt für die bessere Entlohnung jener Lehrkräfte ein, die an den Schulen Nebenfächer lehren. Ferner für eine bessere Bezahlung der Katecheten und Religionslehrer.

GR. Paulitschke stellt zum Schlusse die Anträge, den Seelsorgern sub Titel ebenfalls die Zuschüsse zu gewähren und denen sub B und C die Remunerationen bei allfälliger Erhöhung rasch anzuweisen, bzw. Vorschüsse zu erteilen und falls sie wenigstens 12 Stunden unterrichten auch die 50 %ige Ermässigung auf der Strassenbahn wieder zu Teil werden zu lassen.

GR. Koppensinger (chr.-soz.) bespricht die Verhältnisse im Ortschaftsrat und Armeninstitut in der Brigittenau und kritisiert das Verhalten des Bezirksvorstehers dieses Bezirkes, der sich den Anordnungen des Bürgermeisters nicht füge, im Gegenteil sich stärker als dieser zeige.

GR. Schubert (Soz.-Dem.) erklärt, dass die Redner der Opposition zum Vorschlag ihre Zustimmung gegeben haben, es erübrige ihm noch zu den Ausführungen des Referenten einige Ergänzungen zu geben. Die Abhängigkeit der Stadt Wien vom Bunde wird als unerträglich empfunden und man müsse mit allen Mitteln trachten, dieser Abhängigkeit ein Ende zu bereiten. Entgegen den Behauptungen der Opposition sei die Stadt Wien in der Lage eine selbständige Personalpolitik zu betreiben, man brauche nur auf die Verwaltungsreform hinzuwirken, die in nächster kürzester Frist von kaum zwei Jahren durchgeführt wurde, während sie beim Bunde noch in den Anfängen steckt, obgleich seit dem Jahre 1912 eine Verwaltungskommission besteht, zu deren Mitgliedern alte erfahrene Sektions-Chefs zählen. Die neue Dienstordnung verleihe den Angestellten ausgedehnte Rechte, beim Bunde ist aber auf diesem Gebiete seit dem Mai 1919 nichts geschehen, das Personalvertretungsgesetz ist noch immer nicht in parlamentarischer Behandlung. Zu der Kritik der Opposition über die Nachteile des außertourlichen Avancements sei zu bemerken, dass diese Reform auf Wunsch der Beamenschaft eingeführt wurde.

Der Redner führt zum Schlusse an: Ich möchte hinweisen auf die Art des Verkehrs zwischen dem Personal und jenen Instanzen, die beauftragt sind einerseits das Interesse der Gemeinde Wien andererseits die Angelegenheiten zu vertreten. Wie Gelegenheit hat den Verhandlungen zwischen dem ausführenden Stadtrath und den Vertrauensleuten der Angestellten beizuwohnen wie sie durch die demokratische Organisation, die auf diesem Gebiete hier hainleisch geworden ist, als Ausfluss der Meinung der Mehrheit in diesem Saale sich entwickelt haben, wird es bekannt, dass der Weg ist, wie man die Frage der Angestellten dieser Gemeinde zum Wohle der Gemeinde und der Angestellten löst. Dass es so bleibe, kann nur der Wunsch des ganzen Hauses sein.

GR. Rusicka (Tscheche) bemängelt, dass die Gemeinde für den Religionsunterricht der tschechischen Schulkinder nichts tue, dass von den tschechischen Wiener Schulen in dreizehn kein Religionsunterricht abgehalten werden kann, daher 2735 tschechische Kinder ohne Religionsunterricht sind, weil die Gemeinde keine tschechischen Katecheten ausstelle und auch die Lernmittel für den Religionsunterricht nicht verabfolge. Redner stellt Anträge in dieser Richtung.

GR. Hengl (chr.-soz.) erklärt, dass das Kontrollamt seit seinem Bestehen keine Tätigkeit ausübe, wo es aber funktionierte, sei es zu seiner reinen Abstimmungsmaschine herabgesunken. Beamte, die für Verbesserungen im Buchhaltungswesen und in der Skontrierung eingetreten sind, wurden aus dem Amte entfernt, weil man augenscheinlich nicht will, dass sie selbständig arbeiten. Redner führt

dann Beschwerde darüber, dass er bei einer Skontrierung einen Kassaabgang von 20000 K feststellte und dass Journal in Unordnung fand, darüber aber über die Richtigstellung des Fehlers gar nicht versündigt worden sei. Ja noch mehr, er wurde seither keiner Skontrierung mehr zugezogen, also gleichsam als Gemeindefunktionsär ge-maaseregelt, weil er seine Pflicht erfüllt habe. Er stellt den Antrag, dass das Kontrollamt in der Weise umgeändert werde, dass an dessen Spitze ein Funktionär der Verwaltung Kom., ein Gemeinderat oder Ausschuss, der die Kontrollarbeit durchzuführen oder wenigstens zu beaufsichtigen hat.

GR. Wawerka (chr.-soz.) findet die Ansätze für die Benumerationen für die Stunden der Freigegegenstände zu gering, so dass sich kaum Lehrkräfte dafür finden werden und führt Klage, dass die Remunerationen überdies nicht rechtzeitig ausbezahlt werden. Er verlangt, wenn sich der Geschäftsgang nicht beschleunigen lasse, dass den Schulleitern das Recht erteilt werde, die Beiträge einzusetzen und auszubahlen.

GR. Walter (chr.-soz.) beantragt eine zweckentsprechende Abänderung der Heizvorschriften für Schulkäuser und dass dafür Sorge getragen werde, dass mit dem Beginn des Schuljahres 1922/23 die Turnsäle in allen Volks- und Bürgerschulen zu den Turnunterricht verwendet werden.

Die Sitzung wird abgebrochen.

W I E N E R R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michau.

27. Jahrgang, Wien, Dienstag, den 20. Dezember 1921.

Beteiligung der Gemeinde Wien an Aktiengesellschaften. In der letzten Sitzung des Finanzausschusses wurde im Sinne eines vom Stadtrat Preitner gestellten Antrages der Beschluss gefasst auf Grund des Sozialisierungsgesetzes und der mit den betreffenden Unternehmungen gepflogenen Verhandlungen für die Gemeinde Wien von den bevorstehenden Erhöhungen des Aktienkapitals bei der Felten & Guilleaume A.G. 5000 Stück Aktien, bei der Maschinen- und Waggonbauwerks A.G. Simmering 10.000 Stück Aktien, bei den vereinigten Drogen-Großhandlungen G. & R. Fritz, Petzold und S&G A.G. 15.000 Stück Aktien in Anspruch zu nehmen. Die Erwerbung erfolgt zu den jeweiligen Emissionskursen.

Die Gemeinde Wien und die Wiener Messe. Gemeinderat Julius Müller berichtete im Finanzausschusse über die bevorstehende Erhöhung des Aktienkapitals der Wiener Messe von 60 auf 200 Millionen Kronen. Er stellte den Antrag, dass den Aktionären eingeräumte Vorzugsrecht auf 5 Millionen Kronen Nominals zu, Kurse von 450 Kronen auszuüben und im Wege der freien Subskription weitere 5 Millionen Kronen zum Kurse von 500 zu beziehen. Bei diesem Anlasse machte GR. Müller Mitteilung über den Stand der bisherigen Anmeldungen für die Frühjahrsmesse. Während bei der Messe im September in den gedeckten Räumen 16.000 m² Ausstellungs-

fläche beansprucht wurden, liegen jetzt bereits Anmeldungen für mehr als 33.000 m² vor. Es werden alle Anstrengungen gemacht, um die Hofstellungen ausschliesslich für die Messeswecke frei zu bekommen und auch die Stiftskaserne einzubeziehen. Angesichts des außerordentlich lebhaften Interesses, das sich allgemein geltend macht, könne der Frühjahrsmesse ein günstiges Prognostikon gestellt werden. Der Finanzausschuss stimmte dem genannten Antrage einhellig zu.

Das Notgeld der Stadt Wien. Der Finanzausschuss hat beschlossen dem Gemeinderate zu empfehlen, die Laufzeit der gegenwärtig im Umlauf befindlichen 10, 20 und 50 Hellerkassenscheine bis auf weiteres zu verlängern. GR. Broczyner führte zur Begründung an, dass sich zwargegenwärtig die Preisbildung zumeist in runden Kronenbeträgen bewege, dennoch gebe es Fälle, bei denen wie etwa bei Arzneien und den rationierten Lebensmitteln Teilbeträge einer Krone in Betracht kommen. Da ein Neudruck überhaupt nicht mehr in Betracht kommt, auf Hartgeld gewisse nicht zu rechnen ist, so würde förmlich zwangweise ganz allgemein eine Aufrundung der Preise die notwendige Folge sein. Die Kassenscheine haben zwar schon eine ziemliche Abnutzung erfahren, können aber noch als unlauffähig bezeichnet werden. Der Referent stellt bei diesem Anlaß fest, dass die Kassen der Gemeinde Wien angewiesen sind, zurückströmendes Notgeld unbedingt umzuwechseln. Der Antrag wurde angenommen.

Ehrengabe für den Uhrmacher Josef Nikolaus. In der letzten Sitzung des Finanzausschusses berichtete GR. Bauer über das Ansuchen des Vereines der Freunde des Uhrenmuseums der Stadt Wien dem Uhrmacher Josef Nikolaus eine Ehrengabe von 60.000 K zu bewilligen. Als Begründung wird angeführt, dass Nikolaus nicht nur hervorragende Leistungen auf dem Gebiete der Uhrmacherkunst aufzuweisen hat, sondern auch der Vereine seine kostbare Sammlung von Taschenuhren überlassen hat, der sie bekanntlich der Stadt Wien widmete.

Die Inseratenabgabe. Das am 20. d. erschienene Landesgesetzblatt für Wien enthält die neu eingeführte Gemeindegabe von Anzeigen aller Art. (Inseratenabgabe). Das Gesetz tritt am achten Tage nach seiner Kundmachung also am 28. Dezember in Wirksamkeit. Abgabepflichtig sind alle Anzeigen, in periodischen Druckschriften, sowie in sonstigen, an unregelmässigen Zeiträumen oder auch nur einmal erscheinenden durch Druck oder andere mechanische oder chemische Mittel vervielfältigten Blätter, Schriften oder Druckwerke, sowie Beilagen solcher Druckschriften unter der Voraussetzung, dass für die Aufnahme, Aus-sendung oder Verbreitung ein Entgelt, sei es in bar oder in Leistungen begehrt wird. Befreit sind lediglich Anzeigen, die von Aemtern des Bundes oder der Gemeinde Wien in den amtlichen Blättern erlassen werden. Abgabepflichtig ist der Verleger bzw. Herausgeber und das die Anzeige vermittelnde Annoncierungsinstitut. Die Abgabe be-

trägt 10 % des für die Vornahme oder Verbreitung der Anzeige entrichteten Entgeltes und ermässigt sich bei Arbeits- oder Stellengesuchen auf die Hälfte. Jede abgabepflichtige Unternehmung hat bis 27. Dezember jede nach Kundmachung des Gesetzes neu entrichtete abgabepflichtige Unternehmung binnen einer Woche nach Betriebsöffnung dem Magistrate zur Anzeige zu bringen. Bis zum 25. ds. Monats ist unter gleichzeitiger Bezahlung des sich ergebenden Abgabebetrages dem Magistrate über die im Vormonate vereinnahmten Entgelte Rechnung zu legen. Jede abgabepflichtige Unternehmung ist zur Buchführung verpflichtet. Bei Gesetzübertretungen sind Geldstrafen bis zum Fünfzigfachen des verkürzten Abgabebetrages und Ordnungsstrafen bis zu 50.000 Kronen vorgesehen.

Für Kleingärtner. Anlässlich der Feiertage bleibt die Abgabestelle für Kleingärtner XIV., Zollnerberggasse 3 von Samstag, den 24. bis Montag, den 26. Dezember geschlossen.

Fortsetzung der Spezialdebatte über Gruppe I.

GR. Macha (Tscheche) wirft der Mehrheit vor, dass sie die tschechischen Wünsche ganz unberücksichtigt lasse und den sozialen Forderungen der Tschechen direkt feindselig gegenüberstehe. Veranstaltungen humanitärer Art werden mit der Lustbarkeitssteuer bedacht, die Gesuche um Nachlassung der Abgabe mit unheimlicher Schnelligkeit abgewiesen. Kürzlich veranstalteten die tschechischen Freidenker im Konzerthausaale eine literarische Feier zu Ehren des russischen Dichters Dostojewsky und für diese Ehrung einer der größten russischen Dichters musste der Verein im sozialistischen Wien Zehntausende Kronen Lustbarkeitsabgabe zahlen. Für die Tschechen gelten die Gesetze nicht, sie müssen nur die Steuern entrichten. Unter solchen Umständen werde der bei der Zusammenkunft in Lana ausgesprochene Wunsch nach Versöhnung der Völker beider Republiken sich nicht erfüllen.

GR. Hengl (chr.-soz.) beantragt den Pensionsparteien, die ein Scheckkonto im Postsparkassenamt haben, ihre Pensionen dort gutzuschreiben.

GR. Feldmann (Deutsch-nat.) sagt, dass es notwendig wäre, die Pensionistenfrage endlich zu regeln, ohne erst zu warten darauf, dass der Staat für die Pensionisten macht. Wenn der Referent vom Abbau bei den Wasserleitungsaufschnern gesprochen habe, so sei es doch wichtiger, zu wissen, was in den großen Betrieben abgebaut worden ist. Redner begrüßt es, dass die Mehrheit die politische Freiheit der Angestelltenschaft werte und wünscht, dass dieser Standpunkt nicht mehr verlassen wird.

Referent St.R. Speiser weist in seinem Schlusswort darauf hin, daß in der Debatte auch einige freundliche Worte, wie Ernst, Fleiß, Liebenswürdigkeit gesprochen wurden, die er mit Dank quittiere. Diese Worte müssen aber doch auch in der Führung der Geschäfte eine gewisse Ausstrahlung gefunden haben und aus dieser Annahme heraus ist zu hoffen, daß sich auf dem Gebiete der Personalpolitik ein Zusammenarbeiten ergeben wird. Gegenüber den Wünschen des Gemeinderates Machat, erklärt der Referent, daß Fürsorgeangelegenheiten und die Lustbarkeitsabgabe nicht in sein Ressort fallen. Gemeinderat Ruzicka habe sich mit der definitiven Anstellung von Katecheten an den „tschechoslowakischen“ Schulen Wiens beschäftigt. Definitive Religionslehrer sind nur an Bürgerschulen systemisiert. Deshalb ist eine Systemisierung an den tschechischen Volksschulen wohl derzeit unzulässig. Seine Forderung, daß an den tschechischen Schulen auch der Gottesdienst in tschechischer Sprache abgehalten werden fällt nicht in die Kompetenz des Gemeinderates. Sein weiterer Wunsch, auf Beistellung tschechischer Lehrbücher ist derzeit schwer erfüllbar, weil solche beim österreichischen Schulbuchverlag nicht mehr vorrätig sind, ihr Ankauf in der tschechoslowakischen Republik jedoch angesichts der hohen Preise für die Gemeinde sehr schwierig ist. Man werde sich aber bemühen, diese Schwierigkeiten zu überwinden. Referent erklärt sich einverstanden, daß die Anträge Ruzicka's der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugeführt werden. Weiter beantwortet der Referent die Wünsche des Gemeinderats Paulitschke wegen besserer Entlohnung der Lehrkräfte in den Ebenbüchern und der Abgabe der Remunerationen für Katecheten und beantragt, die gestellten Anträge der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zuzuweisen. Gemeinderat Feldmann hat sich gegen die Äußerung, daß wir unsere eigene Steuerhoheit mit Bezug auf die Bezahlung unserer Angestellten möglichst erhalten trachten müssen, deswegen ausgesprochen, weil er allzuverschlüsselt eine Belastungen der Volksschichten durch Staats-, Landes- und Gemeindegaben befürchte. Ich darf darauf hinweisen, daß bei uns die Landes- und Gemeindesteuern gemeinsam behandelt werden und im übrigen die Steuerteilung etwas selbstverständliches ist. Gemeinderat Koppensteiner hat seine Beschwerde bezüglich der Zusammensetzung des Ortsschulrates und der Fürsorgeorganisation der Brigittenau wieder vorgebracht. Wir werden parteimäßig versuchen, diese auch uns nicht erquicklichen Zustände, zu beseitigen. Wenn in allen anderen Bezirken an der Vertretung der Minderheiten festgehalten wird, werden wir es auch in der Brigittenau durchführen. Gemeinderat Schmid hat einige Beispiele aus der Staatsverwaltung angeführt und gezeigt, daß doch nicht alles gar so schlecht ist, wie es von Rednern der Opposition gesagt wurde. Die Forderung des Herrn Gemeinderates Hengl, daß das Kontrollamt vollständig unabhängig sein sollte, scheint mir vollkommen berechtigt. Das Mittel, das er anwenden möchte, scheint mir aber nicht das Richtige zu sein. Sollte das Kontrollamt tatsächlich unter die Führung eines Funktionäres der Stadt kommen, der naturgemäß der Mehrheit entnommen werden könnte, so erscheint mir das eher als eine Antastung, denn als Stärkung der Unabhängigkeit. Es ist vielmehr von einem Beamten zu erwarten, daß er selbstständig und unabhängig berichten könne. Wenn ein solcher Bericht noch nicht herausgekommen ist, so scheint mir das ein erfreuliches Zeichen zu sein, daß sich schwerwiegende Unregelmäßigkeiten noch nicht ergeben haben. Wenn ein Heranziehen des Herrn Gemeinderates Hengl zu Skontrierungen längere Zeit ausgeblieben ist, so ist eine Absicht nicht vorgelegen, ich werde mir erlauben den Herrn Bürgermeister zu bitten, daß Gemeinderat Hengl recht oft zu Skontrierungen herangezogen werde.

Es liegen ferner einige Anträge von Mitgliedern des Gemeinderates vor, die dazu nicht das Wort genommen haben. So ein Antrag der Frau GRin. Strobl nach dem die Haftpflichtversicherung für alle Lehrpersonen von der Gemeinde Wien zu übernehmen wäre. Es hat sich herausgestellt, daß die Haftpflichtversicherung aller Lehrpersonen viel teurer zu stehen käme, als die den einzelnen Lehrpersonen fallweise zukommende Verpflichtung. Eine gesetzliche Verpflichtung des Dienstgebers, die Prämien zu bezahlen, besteht nicht. Es ist daher ein übriges, wenn die Gemeinde Wien, falls etwas geschieht, für den Schaden aufkommt. Ich werde die Zuweisung dieses Antrages zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung beantragen. Frau GRin. Strobl beauftragte ferner, den städtischen Schulwarten für Dienstleistungen an tschechischen Schulen ebenfalls entsprechende Belohnungen zu gewähren. Ich erlaube mir zu berichten, daß ein entsprechender Antrag bereits vorbereitet wird und dem Gemeinderat demnächst beschäftigen wird.

Wenn ich mich zum Schlusse mit den Ausführungen der Herren Gemeinderäte Vaugoin und Rummelhardt beschäftige, so geschieht das deswegen, weil sie mehr das allgemeine der Budgetgruppe, die ich zu vertreten habe, besprochen haben. Herr GR. Vaugoin hat eine Erklärung des jetzigen Herrn Finanzreferenten, daß sich die Angestellten um die Bedeckung nicht zu kümmern haben, zitiert. Ich glaube nicht, daß der Herr Finanzreferent Anlaß hat, diese seine Ansicht abzuändern. Es liegen hier zwei Vertragsteile vor, von denen sich jeder um seine Angelegenheiten selbst zu kümmern hat.

Die Ansicht, daß die Gemeinde eine selbständige Gehaltspolitik nicht treiben können, ist nicht richtig. Die Gemeinde ist bei den Besoldungsfragen ihre eigenen Wege gegangen. Sie will aber auch bei den Verhandlungen Selbständigkeit haben und daher soll der Bund endlich die Finanzreform durchführen, die es der Gemeinde ermöglichen für ihre Angestellten das entsprechende vorzukehren. Die Gemeinde ist deshalb gegen den Bund nicht mit stärkeren Mitteln vorgegangen sei, weil ja gerade die Budgetverhältnisse des Bundes so trostlos und erbarmungswürdig sind. Es wurde auch gesagt, daß an Stelle der früheren Entlassungen von Angestellten nun die Nadelstichpolitik getreten sei. Dieser Einwand ist nicht richtig und es wird getrachtet werden, auch die wenigen Fälle, die vielleicht vorkommen, zu beseitigen. Auch das Schaukelspiel zwischen Dienstordnung und Kollektivvertrag solle nicht gemacht werden. Bei den Pensionsparteiern sind die größten Schwierigkeiten zur Regelung der Frage überschritten. Es muss festgestellt werden, dass es keinen Pensionisten mit 2000 K Monatsbezug gibt. In diesem Monat sind zu den 900 K Pensionsbezug einmal 4000 K und einanderesmal 5000 K Zuschuss gegeben worden. Da natürlich auch das noch zu wenig ist, wird die Regelung der ganzen Pensionistenfrage Abhilfe schaffen. Dass die Pensionisten-Automatik vom Bund kommt, ist nicht Schuld der Gemeinde, da der Bund auf dieser bestanden hat. Die von den oppositionellen Rednern bemängelte Institution der Büroinspektoren habe sich bewährt. Es einicht einzusehen, warum jene Beamten, die sich schwer mühen und plagen, Arbeit leisten sollen, während die anderen unser Herrgott einen guten Mann sein lassen. Dass das außertourliche Avancement Vorteile bringen kann und muß, wird der Opposition jeder tüchtige Kaufmann sagen. Diese Verwaltung muß endlich aus dem alten bürokratischen Prinzip herausgerissen und kaufmännisch organisiert werden. Gelegentlich des letzten außertourlichen Avancement ist nicht eine einzige Beschwerde erhoben worden und diese Tatsache spricht wohl für die Sache genügend eindringlich. Die Forderung des GR. Rummelhardt, daß die außertourlichen Beförderungen an die Zustimmung der Personalvertretung gebunden werden

den, lehnt der Referent ab, weil sich unter solchen Umständen keine Personalvertretung behaupten könnte. Die Erregung der Nichtavenancierten ist durchaus begreiflich und auch sehr nützlich, denn das außertourliche Avancement soll eben die Beamtenschaft aufrütteln und zu höherer Arbeitsleistung anspornen. Die Beschwerde, daß Beamte ihre zeitweilige Abwesenheit während der Amtsstunden begründen müssen, hält der Referent für unzutreffend und unbegründet, denn die unregelmäßige Einhaltung der Arbeitszeit ist es, was den öffentlichen Angestellten in den Augen der Bevölkerung schadet. Wir scheuen uns nicht hier offen auszusprechen, daß wir in dieser Beziehung Ordnung machen wollen. Die Opposition habe behauptet, daß unter der sozialdemokratischen Herrschaft der Kapitalismus Orgien feiere. Aber jedermann muss das Gefühl haben, wer diese Orgien zu verantworten hat, die Staatsverwaltung oder die Stadtverwaltung. (Lebhafte Zustimmung bei der Mehrheit). Und dass wir denn Bemühungen des christlichsozialen Staatsmannes Dr. Gürtler (Zwischenrufe: Und seines Hausjungen Rosenberg!) diesen Orgien des Kapitalismus dort, wo sie leben, ein Ende zu machen, mit größtem Vergnügen folgen. Wenn Hr. Rummelhardt erklärte, er könne nicht für die Funktionengebühren des Bürgermeisters und der amtsführenden Stadträte stimmen, weil seine Partei zu uns kein Vertrauen habe, kann ich nur entgegen; Es wird nicht so ernst gemeint sein, aber ich begreife es, es geschieht aus politischen Gründen. Wir werden versuchen uns das Vertrauen der Gemeinderäte ohne Unterschied der Partei zu erwerben. Bevor wir es gefunden haben, müssen wir uns stützen auf das Vertrauen der großen Massen der Bevölkerung und ihrer gewählten Vertreter. (Lebhafte Beifall bei der Mehrheit)

Bei der Abstimmung werden die im Laufe der Debatte gestellten Anträge sowie ein Antrag der GRin. Strobl betreffend die Ausdehnung der Haftpflichtversicherung auf alle Mehrpersonen, der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugeführt, der Antrag Hengl, wegen Ausgestaltung des Kontrollamtes wird abgelehnt. Die Posten „Funktionsgebühren des Bürgermeisters und der amtsführenden Stadträte“ werden gegen die Stimmen der Christlichsozialen, die übrigen Posten einstimmig angenommen.

Gruppe VI, Ernährung und Wirtschaft.

St. R. Kokrda (Soz. Dem) führt als Referent über die Gruppe VI aus: Die Hoffnung, der ich in der letzten Budgetdebatte Ausdruck verliehen habe, unsere wirtschaftlichen Verhältnisse mögen sich endlich bessern, ist leider nicht in Erfüllung gegangen. Durch die fortgesetzte Entwertung unserer Krone sind die Schwierigkeiten im Verlaufe des nun zu Ende gehenden Halbjahres noch größere geworden und waren wir gezwungen, bei fast allen Posten des Budgets Uberschreitungen vorzunehmen und Zuschusskredite zu verlangen. Auch jetzt noch ist unsere wirtschaftliche Situation so geartet, daß eine ganz entschiedene Besserung eintreten müßte, wenn die, in dem vorliegenden Budget eingestellten Ziffern ungefähr den Anforderungen, die an die Gemeinde gestellt werden, genügen sollten. Die im Oktober zusammengetragenen Ziffern für dieses Budget mußten im November einer Korrektur unterzogen werden und trotz dieser kann man heute ruhig behaupten, daß sie den jetzt geltenden Verhältnissen nach keiner Richtung hin mehr entsprechen. Trotz aller Schwierigkeiten muß aber die eine Tatsache konstatiert werden, daß es auf vielen Gebieten immerhin wesentlich besser geworden ist, insbesondere was die Gruppe VI anbelangt, und da wieder, was den Bedarf der Aemter und Anstalten betrifft. Was die Versorgung der Schulen mit Lehr- und Lernmitteln anlangt, wird, trotzdem es schon besser geworden ist, noch eine ziemlich große Zahl begründeter Klagen erhoben, aber allen Wünschen auf diesem Gebiete nachzukommen, ist der Gemeinde bei den heutigen Anforderungen unmöglich. Auch in der Ausgestaltung des Kochunterrichtes sind wir etwas in Rückstand geraten

die Errichtung einer solonen Küche erfordert aber derzeit ungeheurer große Beträge und die Gemeindeverwaltung glaubt, daß es momentan viel dringender ist, die städtischen Häuser und Amtsgebäude einigermaßen zu erhalten, um sie vor dem völligen Verfall zu bewahren. Bezüglich der übrigen Lehrmittel ist die Versorgung heuer eine entschieden bessere, sodaß wir zu Beginn des Schuljahres 1920/21 allen Schulen die notwendigen Lehrmittel rechtzeitig beistellen konnten. Was die Verwaltung der städtischen Häuser anbelangt, kann ich darauf verweisen, was ich vor einem halben Jahre auszuführen mir erlaubt habe. Die Gemeindeverwaltung steht auf diesem Gebiete noch wesentlich ungünstiger als der private Hausbesitzer, weil immer, auch vor dem Kriege, die Mieten in den städtischen Zinshäusern gegenüber den anderen immer etwas zu hoch waren. Bei der gegenwärtigen Entwertung unserer Valuta sind wir aber erstende nach nachzuholen. Nur in der Verwaltung der städtischen Gründe ist der Magistrat gegenwärtig daran eine Aenderung bezüglich der Gegenleistung der Pächter durchzuführen. Der Magistrat hat gefunden, dass große öffentliche Körperschaften drangegangen sind, von der sogenannten Bargeldleistung zu einer Naturalleistung überzugehen. Der Magistrat versucht, für das kommende Erntejahr bei allen jenen städtischen Gründen, die als Acker, Wiesen oder sonst für eine Kultur für Berealien bestimmt sind, zur Naturalleistung überzugehen. Selbstverständlich kommen jene Gründe, die den Kleingärtnern zur Verfügung stehen, hierbei nicht in Betracht. Bezüglich der Approvisionnement habe ich vor ungefähr einem halben Jahre darauf verwiesen, daß wir uns, was die Beschickung der Märkte anbelangt, doch in einer etwas günstigen Situation befinden und habe damals der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß wir wahrscheinlich nach und nach eine weitere Besserung auf diesem Gebiete zu erwarten haben. Diese Hoffnung ist auch zum Teile eingetreten. Die Beschickung unseres Zentralviehmarktes hat sich in den späteren Sommermonaten immer günstiger gestaltet und gegen Ende des Sommers hat die Beschickung sogar die der Friedenszeit übertroffen. Das war nicht auf einen abnormal großen Kontingent von Auslandsvieh zurückzuführen, sondern hauptsächlich auf den infolge des heißen Sommers eingetretenen Futtermangel. Deshalb konnte auch das Vieh nicht zu einem vollwertigen Viehstand abgezogen werden. Sonderbarerweise blieb der Viehauftrieb je mehr wir uns gegen den Herbst näherten, und den Sturz unserer Krone mitsachten, aus den Nachbarländern aus und wir waren immer mehr darauf angewiesen, was aus den eigenen Bundesländern auf den Markt gebracht wurde. Heute ist die Situation schon sehr unheimlich, da die Uberschüsse im eigenen Lande zum größten Teile aufgezehrt erscheinen. In letzterer Zeit wurde die Beschickung des Marktes so gering, daß der Bedarf der Wiener Bevölkerung an frischem Fleische kaum mehr zu befriedigen ist. Dazu kommt noch der Umstand, dass sich die Preise in den Bundesländern immer mehr den Preisen auf dem Wiener-Markte anpassen. Das hat dazu geführt, daß die Konsumenten in den einzelnen Ländern gegen einen starken Abtrieb dieses Viehstandes protestierten und die Bundesländer haben begonnen, sich abzusperren. Diese Absperrung ist für die Versorgung der Konsumenten Wiens natürlich von ungeheurer Tragweite. Wir haben gegen diese Absperrung protestiert und sei es mir hier gestattet mich mit diesem Proteste einen Augenblick beschäftigen zu dürfen. Die angeführten Interessentengruppen, Viehhändler und Fleischhauer haben als ihren Protest ins Treffen geführt, daß eine in Wien bestehende Organisation, der Wirtschaftsverband für den Viehverkehr, hauptsächlich daran Schuld sei, daß es zu den Absperrungen in den Ländern gekommen ist. Der Wirtschaftsverband ist eine Aktiengesellschaft, gebildet zur Hälfte aus den Konsumenten und zur Hälfte aus den Vertretern der Bundesländer. Es hat die Aufgabe, den Landwirten gegen entsprechende Preise das Vieh abzukufen und dem Konsum zu nicht über-

haltenen Preisen, zuzuführen. Da der Wirtschaftsverband in Wien auch Fleisch abgibt, dürfte darin die Ursache der Demonstrationen zu suchen sein.

Der Ausbau der Approvisionierungsanlagen erfordert ungeheure Mittel. Die Anlagen in St. Marx erfordern für 1922 200 Millionen Kronen, womit natürlich nicht all das Notwendige geschaffen werden kann, die maschinellen Anlagen im Kühlagerhaus erfordern 50 Millionen Kronen, der Ausbau des Schlachthauses 153 Millionen Kronen. Für den Kontumazmarkt hat die Regierung im abgelaufenen Halbjahr 120 Millionen Kronen zur Verfügung gestellt, die natürlich zurückgezahlt werden müssen, welcher Betrag sich aber auch erhöht hat. Die Erhöhung ist nicht nur im Ausbau des Kontumazmarkt begründet, sondern auch in der Vermehrung des Transitverkehrs, der für Wien von großer Bedeutung ist. Es wird gegen den Wirtschaftsverband Stellung genommen und gesagt, daß dieser eine neue Zentrale sei, anders aber wieder verlangt, die Gemeinde möge Vorräte schaffen und diese abgeben. Wenn letzteres geschähe, würde aber wieder der Einwand erhoben werden, daß jetzt die Gemeinde wieder eine Greislerlei anfangen, da die Zentralen verschwunden seien. Wenn auch die Gemeinde die Mittel zur Verfügung hätte, so ist es unter den gegenwärtigen Umständen, wo der freie Einkauf durch gar nichts behindert ist, nicht Aufgabe der Gemeindeverwaltung, sich mit dem Lebensmittelhandel abzugeben. Dazu sind der freie Handel und die Konsumentenorganisationen da.

GRin. Wielach (Chr. Soz.) bringt verschiedene Anregungen, wegen Beschaffung von Lehrmitteln für die Schulen, Regelung der Beheizung der Schulzimmer vor. Die Turnsäle, wo gegenwärtig die amerikanische Ausspeisung stattfindet, sollen ihrem Zwecke wieder zugeführt und in jedem Bezirk sollte eine Schulküche errichtet werden. Weiter bemängelt die Rednerin schlechte Säuberung der Märkte, rügt das Nichterhalten der Vorschriften auf sichtbares Anbringen der Preise, fordert eine strengere Ueberwachung und kritisiert die Uebelstände auf dem Gebiete des Wanderhandels. Zum Schlusse stellt sie den Antrag, für Wanderhändler eine bestimmte Verkaufszeit einzuführen.

GR. Grolig (Soz.-Dem.) befaßt sich mit den Ausführungen des GR. Kunschak über die Approvisionierung der Stadt Wien und meint, daß dieser, von der Gemeinde eine Bewirtschaftung der Lebensmittel verlange, obwohl sich die christlichsoziale Partei, wie überhaupt die bürgerlichen Parteien immer gegen die Zentralen ausgesprochen haben und meinen, daß die bessere Versorgung Wiens mit Lebensmitteln ausschließlich durch den freien Handel möglich sei. Der freie Handel habe aber vollständig versagt. Wenn GR. Kunschak den Vorwurf gemacht habe, daß die Kartoffelversorgung heuer sehr schlecht sei, so habe man schon im Sommer wissen können, daß heuer eine Kalamität mit der Kartoffelversorgung eintreten müsse. Die Gruppe VI habe schon damals eine Resolution gefaßt und den Herrn Bürgermeister ersucht, beim Staatsamte für Finanzen erwirken zu wollen, daß dem Bundesministerium für Volksernährung die nötigen Geldmittel zur Beschaffung der Kartoffel zur Verfügung gestellt werden. Dem Herrn Bürgermeister ist es erst gelungen, daß das Volksernährungsamt Schritte unternahm, das Ausfuhrverbot Deutschlands für Kartoffeln zu mäßigen und holländische Kartoffel einzukaufen. Redner kommt sodann auf die Fleischversorgung zu sprechen und bespricht die Demonstrationen in St. Marx, die sich gegen den Wirtschaftsverband und die Fleischbankgesellschaft richteten, somit eine Demonstration der Produzenten gegen die Konsumenten darstellt.

Wenn aber die Fleischhauer glauben, daß ihre Zeit wieder kommen wird, dann werden sie sich irren. Es gibt schon Ein-

richtungen, die preisregulierend wirken, die aber den Kaufleuten sehr unangenehm sind. Von der jetzigen Mehrheit wurde auf dem Gebiete der Ernährung sehr viel getan für die Wiener Bevölkerung und es wird in Zukunft noch viel getan werden. Die Mehrheit wird ihre Ernährungspolitik so weiter führen, wie sie im Interesse der Bevölkerung gelegen ist, ob es dem einen Teil angenehm ist oder nicht.

GR. Körber (Chr. Soz.) kritisiert die Ernährungspolitik der Gemeinde, von der er sagt, daß sie ganz unzureichend sei und für die Bevölkerung keinen Erfolg bringe. Redner bespricht weiter die Straßen säuberung und die Schulverhältnisse, die er als ganz unhaltbar bezeichnet.

GR. Klimesch (Tscheche) bringt neuerlich die Forderungen der Wiener Tschechen auf dem Gebiete des Schulwesens vor und behauptet, daß die Gemeinde sich nur um die Entwicklung des deutschen Schulwesens sorge, die berechtigten Ansprüche der Tschechen hingegen befließentlich mißachte. Er verlangt die Ernennung von tschechischen Schulinspektoren, die Errichtung tschechischer Abteilungen an den deutschen Lehrerbildungsanstalten und die Schaffung von tschechischen Kindergärten in den Proletarierbezirken. Wenn die Mehrheit diese Wünsche weiterhin ignoriere, wollen die tschechischen Gemeinderäte gezwungen sein, im Gemeinderate ihren Forderungen durch eine lärmende Obstruktion Geltung zu verschaffen.

GR. Wawerka (Chr. Soz.) bespricht das Schulwesen und stellt folgende Anträge: Jene Räume in städtischen Schulen, die eine Temperatur unter 16° Celsius aufweisen, sind zu beheizen, die Temperatur in diesen Räumen muß eine Stunde vor Beginn des Unterrichtes 16° erreicht haben.

Die Schulpauschalien sind auf Grund von Bedarfstabellen, die den Bedarf an Requisiten pro Schule und Klasse enthalten, zu errechnen und rechtzeitig der zur Auszahlung zu bringen. An Stelle der Pauschalien hat möglichst bald die Belieferung in natura zu erfolgen.

GRin. Glöckl (Soz.-Dem.) sagt, daß alles, was hier über die Verwaltung im Schulwesen vorgebracht wurde, eben das sei, was man überall wo es sich um Verwaltung handelt, sagen könne. Arme Leute müssen eben mit Wasser kochen. Wenn gesagt wurde, daß die Lernmittel nicht für alle Schüler gegeben werden sollten, weil man dadurch den Unterschied zwischen arm und reich nicht verwische, so ist dies richtig, aber in der Schule ist der Unterschied beseitigt worden. Das Werkpauschale wurde von 400 auf 800 Kronen für Volksschüler und von 600 auf 1000 K für Bürgerschüler erhöht. Die Pauschalien für Schulleiter werden schon im Jänner mit Naturalien ersetzt werden. Die Klassenlektüre besteht derzeit aus fünf verschiedenen Lesestoffen und sind sowohl für die Volks- als auch für die Bürgerschulen neue Lesestoffe in Vorbereitung. Neue Atlanten befinden sich bereits in den Schulen. Die Reparaturen von alten Büchern werden in manchen Schulen im Werkunterricht vorgenommen. In Zukunft ist auch geplant, die Turnsäle nicht mehr für die Ausspeisung zu verwenden. Man könne also nicht sagen, daß auf dem Gebiete des Schulwesens nichts geschehen sei, es wurde vielmehr ein gewaltiger Ruck nach vorwärts getan. Die Gemeindeverwaltung wird der Bevölkerung geben, was ihr gebührt, sie wird auch in Zukunft auf dem Gebiete des Schulwesens schaffen und leisten was ihr möglich ist. Man solle sich überzeugen was gemacht wurde, dann wird man sehen, daß gerade das Schulwesen von der Gemeinde besonders berücksichtigt wird und auch einsehen, daß die Kritik in vielen Punkten unberechtigt ist.

VB. Hög (Chr. Soz.) rügt die Zustände auf dem Schlachthofe St. Marx und bezeichnet sie als skandalös. Es sind zu wenig Stallungen vorhanden, eine ganze Anzahl von Stallungen ist baufällig, sodaß die darin untergebrachten Rinder oft noch vor der Schlachtung verenden. Ungünstige Verhältnisse bestehen auch in der Kühllhalle. Es sei dringend geboten, raschestens die unerlässlichen Ausbesserungen vorzunehmen und wenigstens vorübergehend provisorische Räume herzustellen.

GRin. Walter beantragt, es sei unbedingt Vorsorge zu treffen, daß mit Beginn des Schuljahres 1922/23 an allen Mädchenbürgerschulen der Koch- und Haushaltsunterricht eingeführt werde. Ferner, daß sämtliche Schulkinder mit den erforderlichen Lehrbüchern sowie mit den notwendigen Schreib- und Zeichenrequisiten beteiligt werden können.

In seinem Schlußwort kommt der Referent auf alle in der Debatte vorgebrachten Wünsche und Anregungen zurück. Bezüglich der Wünsche der Frau Wielsch erklärt er, es sei Vorsorge getroffen, daß im nächsten Schuljahre wieder einige Turnsäle ihrem ursprünglichen Zweck zugeführt werden können. Die Reinigung der Schulräume und -Gebäude werde so gut als möglich bewerkstelligt. Wegen der Pauschalien wolle man vom kommenden Monat an versuchen, an ihrer Stelle mit der Naturalbelieferung einzusetzen. Was das Fenstereinschneiden anbelangt, so falle diese Angelegenheit nicht in die Gruppe VI, doch könne er die Versicherung geben, daß die Fenster durch die zugehörige Bauabteilung immer sofort eingeschnitten werden. Bezüglich des Warenbezuges auf den Märkten durch Händler der auswärtigen Bezirke, wie

bemerkt werden, daß die Großhändler sehr streng überwacht werden, daß ihre Waren tatsächlich nur an diese Geschäftsleute abgeben. Die Wanderhändler haben wohl keine Bewilligung von der politischen Behörde erster Instanz, aber sie waren einmal da und wurden durch den Magistrat ~~xxx~~/kontingentiert. Es werden ihnen durch eine Kommission Plätze angewiesen und sie bekommen sichtbar zu tragende Abzeichen ohne die sie jeder Wachmann vom Platze weisen kann. Auf die Ausgestaltung der Viehmärkte in St. Marx werde das größte Gewicht gelegt, ein Teil der für andere Zwecke belegt gewesenen Stallungen sei bereits seiner ursprünglichen Bestimmung zugeführt und mit dem anderen Teile werde dies in kurzer Zeit geschehen. Von einem Stallmangel könne gegenwärtig nicht gesprochen werden, doch sei dies leider auf den Umstand zurückzuführen, daß die Beschickung des Viehmarktes wesentlich abgenommen habe. Die vorliegenden Anträge empfiehlt der Referent der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zuzuführen.

Bei der Abstimmung wird der Voranschlag der Gruppe VI genehmigt, die Anträge werden der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugeführt.

Gruppe VIII, städtische Unternehmungen.

VB. Emmerling führt in seinem Referate über die Gruppe der städtischen Unternehmungen aus: In einer Zeit, in der man nicht imstande ist, für die wichtigsten Bedarfsgegenstände den Preis für die nächsten acht Tage festzuhalten, in einer Zeit, in der die Löhne sich von Woche zu Woche verändern ist es ungeheuer schwer ein Budget für ein ganzes Jahr aufzustellen. Dasselbe was Stadtrat Breitner bereits gesagt, daß man nicht imstande ist, mit festem, unverrückbaren Ziffern rechnen zu können, trifft in einem erhöhten Maße für die städtischen Unternehmungen zu. Wir wissen nicht, zu welchen Preisen wir werden einkaufen können und dabei sind die städtischen Unternehmungen ein ausschlaggebender Faktor auf dem Markte. Ja, bei manchen Unternehmungen wissen wir ~~noch~~ ~~wir~~ noch werden einkaufen können. Die Ansätze also, die im Budget für Löhne, Betriebsmittel, etc. eingesetzt sind, können nur bedingt gelten, denn sie haben sich schon verändert und werden sich zweifellos in

den nächsten Wochen schon ganz bedeutend verändern. Wir sind aber durch das Statut gezwungen, einen Voranschlag zu machen, obzwar kein Geschäftsmann einen solchen für seinen Betrieb aufstellt, es sei denn, daß er für die nächsten paar Tage sich einen Ueberblick verschaffen will. Ich halte es für meine Pflicht darauf zu verweisen, weil wir nicht haben wollen, daß die Industrie sich ein falsches Bild von der Art und Weise macht, wie wir die Geschäfte führen. Also unter einer gewissen Verwahrung wollen wir mit diesen Budgetziffern einen Versuch unternehmen, wie sich ~~xxx~~ im nächsten Jahre das Bild gestalten könnte.

Dabei sind die städtischen Unternehmungen von großer Bedeutung für die Stadt. Sie greifen tief in das Wirtschaftsleben ein, umfassen Hunderttausende Menschen, die direkt oder indirekt mit ihnen in Verbindung stehen, so bei den Gas- und Elektrizitätswerken mit den über 200.000 Konsumenten, die Straßenbahn, die täglich 1,3 Millionen Menschen befördert, daß wir in diesen Unternehmungen über 26.000 Menschen beschäftigen.

An Personalauslagen sind für das kommende Jahr 12,8 Milliarden präliminiert, für das vergangene Halbjahr waren es nur 1,6 Milliarden. Die Ruhe- und Versorgungsgenüsse betragen im abgelaufenen Halbjahr 50 Millionen, jetzt betragen sie eine Vierte Milliarde. Die Auslagen für Betriebsmaterial, die für das ~~xxx~~ zweite Halbjahr 1921/ 2,7 Milliarden ausmachten, werden für das kommende Jahr mit 30 Milliarden in Rechnung gestellt, und heute schon kann gesagt werden, daß dies nur ein Teilbetrag ist. Die Gesamteinnahmen der Unternehmungen belaufen sich auf 49 Milliarden, die Ausgaben ebenso hoch, zehn Unternehmungen weisen einen Gewinn auf, drei einen Verlust.

Eine wichtige Frage der Unternehmungen ist die Frage des Bezuges der Betriebsmaterialien. Beim Gaswerk ~~xxxxxxx~~ zur Gänze, beim Elektrizitätswerk in einem sehr hohen Maße aus dem Ausland bezogen werden. Die Werke haben jene Betriebskapitalien, die ihnen seinerzeit zur Verfügung gestellt wurden und die durch Beschlüsse des Gemeinderates geändert wurden, sie sich aber in keine Relation zur Entwertung der Krone und zur Steigerung der Betriebsmaterialien und Ausgaben befinden. Die wichtigsten Materialien müssen im Voraus bezahlt werden, ebenso wie die Löhne und Gehälter. Von den Konsumenten bekommen die Unternehmungen mit Ausnahme der Straßenbahn die Bezahlung im Nachhinein. Der Versuch, die Preise im Nachhinein zu bestimmen, fand keinen Einklang. Man ist daher davon abgekommen, wodurch man sich allerdings in eine große Gefahr begeben hat. Denn die Voraussetzungen für die Preisbestimmungen sind nicht mehr vorhanden. Dadurch dass die Werke den Preis für Gas und Strom anfangs November bis Ende Dezember festgesetzt haben, sind sie in eine unangenehme Lage gekommen. Diese Preisfestsetzung hat ihnen, was die Kohlen allein anlangt, viele hundert Millionen Kronen als Defizit für diese Abrechnungsperiode zur Folge gehabt. Der Umstand, daß die Gas- und Elektrizitätswerke gezwungen sind, den Preis im Vorhinein zu bestimmen, wird zu einer Änderung des Verrechnungssystems führen müssen. Die Werke werden von ~~xxxxxxx~~ der sechswöchigen zu vierwöchigen Verrechnungsperiode übergehen, weil sie rasch zu Geld kommen müssen. In Form von Vorauszahlungen wurde einmal der Versuch ~~xxxxxxx~~ von den Konsumenten Betriebskapital zu erhalten. Dieser Betrag stellt natürlich nur einen kleinen Bruchteil des Betriebskapitals dar, den die Unternehmungen haben müssen, wenn sie wirtschaftlich geführt werden sollen. Es wird daher in der nächsten Zeit Sorge getragen werden müssen, daß diese Bestimmung auch den geänderten Verhältnissen angepasst wird.

Kenn der Monopolcharakter die Unternehmungen nicht ausgenutzt wurde, so deshalb, weil wir die Preise im Einklang mit den wirtschaftlichen Verhältnissen bleiben sollten. Unsere Tarifpolitik allein hat es ermöglicht jede Verschuldung zu vermeiden. Im Zusammenhange damit stehender Ausbau und die Entwicklung der Werke. Wir verfolgen systematisch das Ziel, uns vom Ausland unabhängig zu machen. Beim Gaswerk ist das leider nicht möglich. Hier versuchen wir eine Art der Verwertung der Nebenprodukte, die uns in die Lage versetzt, das wirtschaftlichste Gaswerk in Europa zu werden. Wir bilden heute schon für die chemische Industrie eine sehr wichtige Anlage, denn wir liefern ihr Rohstoffe und sind bestrebt diese Lieferungen immer mehr zu steigern. Beim Elektrizitätswerk ist die Zeit nicht allzufern, wo wir vom Ausland ganz unabhängig sein werden. Das geschieht einerseits durch Erschließung neuer Kohlenwerke, andererseits durch die Beteiligung an inländischen Kohlenwerken, beispielsweise im Ybbstal. Für die E-Werke wurden 982 Millionen Kronen an Investitionen gegenüber 62 Millionen im Halbjahre 1921 eingestellt. Wir wollen die Wiener Werke ausbauen und hierfür 362 Millionen aufwenden. Für den Ausbau des Kabelnetzes 230 Millionen, für Zähler und Mietinstallationen 350 Millionen. Die Investitionen für die Ueberlandzentrale belaufen sich auf 133 Millionen, die für die Ausgestaltung des Bergbaues in Zillingdorf erforderlichen Investitionen betragen 136 Millionen Kronen, darunter ist auch eine Post für die Errichtung einer Brikettfabrik. Die Zillingdorfer Kohle ist eine junge Kohle, sie eignet sich nicht für Verfrachtungen. Nun haben wir durch den Ausbau der Zillingdorfer Werke die Förderung derart gesteigert, daß wir nicht mehr imstande sind, die geförderte Kohle im Ueberlandkraftwerk Ebenfurth zu verbrennen, wir müssen sie auf Lager legen. Sie ist aber keine lagerfähige Kohle, sie verwirrt rasch. Da sie aber einerseits zur Verfrachtung ungeeignet ist und sich in den Wiener Werken zur Feuerung nicht verwenden läßt, außer nach einem äußerst kostspieligen Umbau der Kesselanlagen, haben wir beschlossen, in Zillingdorf eine Brikettfabrik zu bauen, vorläufig mit einer Leistungsfähigkeit von sieben Waggons per Tag. Sie wird dort ohne Bindemittel brikettiert. Diese brikettierte Kohle wird weitaus ökonomischer, sie erlangt nahezu 4000 Kalorien, sie kann auch ohne Schaden verfrachtet und auf den Wiener Anlagen leicht zur Verfeuerung gebracht werden. Wir denken auch daran, die Ybbstaler Steinkohle in Zillingdorf zu brikettieren. Sie kann als Hausbrandkohle verwendet werden. Mit der Zeit wird die Brikettfabrik eine Ausgestaltung erfahren und solcherart für die Versorgung der Wiener Werke mit Heizstoff eine wesentliche Rolle spielen.

32 Millionen Kronen wurden für den Bau von Arbeiter- und Beamtenhäuser eingesetzt. Wir denken daran, daß die Siedlungsgenossenschaft eine wichtige Rolle bei diesen Bauten spielen. Beim städtischen Gaswerk soll die Leistungsfähigkeit durch eine Veränderung in der Ge-

neral-Generatorenanlage und die Ausgestaltung der Benzolfabrik erzielt werden. Bei den städtischen Strassenbahnen haben wir ebenfalls einen ganz bedeutenden Betrag von 982 Millionen Kronen an Investitionen ausgewiesen, ein Beweis, daß wir bestrebt sind, nicht nur den Betrieb zu verbessern, sondern ihn auch auszubauen. Wir müssen einige sehr wichtige Gleisschleifen einführen. Eine bei der Bellarä und eine am Neubaugürtel. Es wird auch eine Änderung in der Linienführung in der Laudongasse vorzunehmen sein. Der 5-er Wagen soll von der Aßerstrasse abgelenkt und durch die Laudongasse geführt werden. Der Klage, daß wir zu wenig Wagen im Betriebe hatten, wollen wir dadurch beikommen, daß sich 400 Millionen Kronen für den Ankauf ^{von} ~~der~~ Wagen im Budget befinden. Auch hier verfolgen wir den Zweck menschliche Arbeit durch mechanische zu ersetzen. Wir wollen übergehen zur elektrischen Weichenstellvorrichtung, erstens weil sie wirtschaftlicher ^{ist} und weil sie auch mehr Sicherheit bietet. Bei der städtischen Strassenbahn leiden wir allerdings unter dem Umstand, dass neue Linien deshalb sehr schwer gebaut werden können, weil der Preis für den Kilometer ganz fabelhaft gestiegen ist. Heute kann man denselben mit 18 bis 22 Millionen Kronen annehmen, woraus Sie ermesen können, welche ungeheure Ausgabe es wäre, auch nur wenige Kilometer neue Gleise legen zu müssen.

Beim städtischen Lagerhaus müssen wir darauf verweisen, daß wir das grösste Interesse haben jene Konzentration, die das Lagerhaus aufweist, die günstige Lage an der Donau, entsprechende Bahnverbindungen, die Lage an der Ostgrenze der industriellen vorge-schrittenen Länder. Diese Tatsache zwingt uns ein besonderes Augen-merk der Ausgestaltung des Lagerhauses zuzuwenden. Wir haben un-mittelbar nach dem Zusammenbruch bemerken können, daß in Ungarn und den Nachbarstaaten davon gesprochen wurde, daß Wien seine Bedeu-tung verloren habe. Insbesondere war man der Meinung, daß jene Ver-kehrswege, die früher nach und über Wien führten, in Zukunft nicht mehr so führen werden. Es hat sich auch hier gezeigt, daß ^{es} trotzdem nicht möglich war, die Bedeutung Wien herabzumindern, im Gegenteil, wir haben jetzt keinen Quadratmeter verfügbar, es ist Raummangel in Wien und die Ausgestaltung des Lagerhauses ist dringend geboten. Diesem Zwecke dienen verschiedene Anträge und Vorschläge. Einrich-tungen, die uns in der nächstern Zeit instandsetzen werden, den an-forderungen entsprechen zu können. Zu diesem Zwecke wurden insge-samt 151 Millionen Kroneneingesetzt.

Bei den übrigen Unternehmungen habe ich es nicht notwendig einzelne der Investitionsposten herauszuheben. Ich will mich nur darauf beschränken zu sagen, daß die Tatsache allein, daß wir 2700 Millionen Kronen zu verwenden gedenken in diesem Jahre und damit rechnen, daß dieser Betrag nicht reichen, zeigt, daß die Verwaltung bestrebt ist, den Ausbau so zu vollziehen, daß man von den Unter-nehmungen sagen kann, daß sie modern eingerichtet, mit allen tech-nischen Neuerungen versehen, die Konkurrenz allen anderen Betrieben gegenüber aushalten können. Es hat Kollege Kunschak den Satz ge-prägt, die Unternehmungen sind das Rückrat der Verwaltung. Er hat damit gesagt, daß wir bestrebt gewesen sind, die Unternehmungen so zu führen, daß sie wirklich Fundamente der Verwaltung darstellen. Diese Bemerkung des Kollegen Kunschak darf ich wohl auch so auffassen, daß er, wenn auch nicht mit allen, was auf diesem Gebiete im Gemein-derate zur Sprache gebracht wurde, einverstanden war, im allgemeinen aus der Empfindung gesprochen hat, daß unsere Unternehmungen gut geführt sind und in diesem Sinne wollen wir sie auch im Jahre 1922 weiterführen und bitten daher um Annahme des Vorschlages.

GR. Vaugoin (chr.-soz.) Der Herr Referent hat geschlossen: Die Unternehmungen sind das Fundament der Gemeindeverwaltung. Er hat damit das Wort Kunschaks variiert, der gesagt hat, die Unternehmungen sind das Rückrat der Gemeindeverwaltung. Es liegt ein gewisser Unterschied zwischen beiden Bezeichnungen. Aber beide können für un-sere städtischen Unternehmungen angenommen werden. Nur hat der Herr Referent vergessen zu sagen, daß diese Unternehmungen in den 22 Jah-ren christlichsozialer Gemeindevverwaltung geschaffen wurden, als ein Musterbeispiel wie gemeinnützige Unternehmungen kommunalisiert werden sollen. Wenn er also diesen Ausspruch gemacht hat, kann er als ein Kompliment für die frühere Verwaltung aufgefasst werden. Ich erinnere mich, dass Sie oft in diesem Saale bei der Budget-debatte und auch bei der Besprechung von Unternehmungen davor ge-warnt haben, die Unternehmungspreise so zu stellen, wie es ein kaufmännischer Betrieb erfordert, und haben uns gesagt, man darf

die Monopolstellung nicht ausnützen, Es seien Unternehmungen, die der breiten Öffentlichkeit dienen sollen. Der Herr Referent hat gesagt, nur die Gas- und Elektrizitätswerke sind monopolisierte Un-ternehmungen, die Strassenbahnen nur zum Teil. Ich wüsste nicht, welche Konkurrenz die Strassenbahn in Wien hätten. Man muß bei Be-trachtung des Budgets auch fragen, ob das kaufmännische Erfordernis die Erhöhung der Preise und Tarife in diesem Ausmasse rechtfertigt. Wenn wir die Bilanz sämtlicher Unternehmungen hernehmen, bemerken wir, daß die Lastenseite durchgehends in die Höhe geschraubt ist und die Ertragnisseite auf das kleinste Maß herabgesetzt wurde. Es macht den Eindruck, als ob künstlich ein kleinerer Ertrag er-zielt werden sollte.

Man konnte auch am Tage nach einer Ausschusssitzung in den Zeitungen lesen, daß dieser beschlossen habe, ein städtisches Instal-lationsbureau zu errichten. Auf gestellte Fragen wurde vom VB. Emmer-ling erklärt, daß das Referat am Schluß der Sitzung erstattet wurde, daß es aber als nicht referiert zu betrachten sei. Die Gemeinde habe es nicht notwendig durch diese Errichtung das bodenständige Gewerbe brotlos zu machen.

Die Gaswerke haben auch einen eigentümlichen Betrag im Vor-anschlag, der sich „allgemeine Unkosten“ mit 500 Millionen nennt. Wieder ein Betrag, der kaum zu kontrollieren ist.

Ein Schmerzenskind ist die Leichenbestattung, weil die Ge-meindeverwaltung mit dieser kleinen Unternehmen der Gemeinde das ganze Jahr zu tun hatte. Als der frühere Direktor im Ausschusse vom amtsführenden Stadtrat unmöglich gemacht worden war, war man ge-spannt darauf, was für ein Fachmann jetzt kommen werde. Einige Tage später erschien Bauinspektor Lasch, der gleich Gelegenheit ~~gab~~, gab, seine fachmännische Tätigkeit beobachten zu können. Er ist in das Personal hereingefahren, wobei es ihm allerdings nicht gut ge-gangen ist. Dann ist er plötzlich als Fuhrwerkeunternehmer aufge-taucht und dann wieder hat er erklärt, den Leichenversicherten brau-che man nichts mehr zu zahlen. Das war die dritte Blamage. Aber trotz des fachmännischen Direktors ist das Unternehmen nicht aktiv geworden, sondern hat ein Defizit von 15 Millionen, trotz rücksichts-loser Preiserhöhungen. Bei der städtischen Straßenbahn ist ein Defi-zit von 46 Millionen ausgewiesen, aber in Wirklichkeit ist dieses Defizit gar nicht vorhanden. Es ist nämlich diesem Unternehmen, das mit den Schustern Wiens konkurrieren muß, ein kleineres Unternehmen angegliedert, die Benzinstelle und diese weist einen Gebarungüber-schuß von 45 3/4 Millionen auf. Die Wagen der Straßenbahn befinden sich seit einiger Zeit in einer merkwürdigen Verfassung. Die Fahrgäste können vor lauter Plakaten sich kaum sattlesen und es wundert mich nur, daß man nicht schon auf den Gedanken verfallen ist, den Motor-führern und den Schaffnern Plakate anzuhängen ^{wie} mit den Sandwich-männern. (Große Heiterkeit)

Das einzige Unternehmen, das die verwaltende Mehrheit ge-chaffen hat, ist das Ankündigungsunternehmen, das einen Reingewinn von sage und schreibe 77.000 Kronen aufweist. Die Bilanz, die von diesem Unternehmen gemacht wurde, läßt alles zu wünschen übrig.

GR. Schörsch (Soz-Dem) bemerkt, Herr Vaugoin habe einige gute Witze gemacht, aber praktisch sei mit seinen Ausführungen nichts anzufangen. Nur auf seine kritischen Bemerkungen wegen Errichtung des kommunalen Installationsbureau könne man sachlich erwidern. Er behauptet, daß eine unverhältnismäßig große Anzahl von Arbeitern arbeitslos und Gewerbetreibende in der Zukunft ohne Stellung sein werden, wenn das Installationsbureau tatsächlich errichtet wird. Wir sind der gegenteiligen Meinung. Wir wissen, daß dieses Projekt unter den Arbeitern allgemein Befriedigung erregt und nur von den Meistern unfreundlich aufgenommen wurde. Zur Begründung wäre anzuführen, daß, nach unserem Beschlusse, 10.000 Hausanschlüsse herzustellen für eine große Anzahl von Gewerbetreibenden die Unmöglichkeit sich ergab, für die zu bewirkenden Installationen die nötigen Materialien anzukaufen. Für die E-Werke ist es notwendig, bestimmte Arbeiterreserven zur Verfügung zu haben und da erscheint die Schaffung des erwähnten Bureau die wichtige Voraussetzung zu sein. Es wird der Allgemeinheit und jedem Einzelnen zugute kommen, nicht nur bei der Einleitung, sondern auch bei der Instandhaltung der elektrischen Hausanlagen. Gerade in Wien steht es damit sehr schlecht, es gibt noch 340.000 Wohnungen ohne Gas und elektrisches Licht und hier wird das Installationsbureau sehr nützlich wirken können.

Kollege Vaugoin hat auch darüber Kritik geübt, dass von Seite des Herren Referenten gesagt wurde, dass in der Zukunft wahrscheinlich die Tariferhöhungen in kürzeren Pausen eintreten dürften. Alle die im Unternehmungsausschusse sitzen und die Dinge zu verfolgen, wissen, dass diese Tariferhöhungen erst durchgeführt werden, wenn sie unter allen Umständen notwendig sind. Bei den Gaswerken sind drei Viertel der gesamten Auslagen für die Kohlen und diese müssen aus der Tschechoslovakei eingeführt werden. Die Tariferhöhungen bei Gas werden nach einem gewissen Schlüssel mit Bezug auf die Kosten der Kohle berechnet. Wir wissen, dass der staatliche Lebensmittelabbau wieder eine Belastung der Werke bedeutet. Die Dinge werden in der Öffentlichkeit unrichtig beurteilt. Aus einer Statistik geht hervor, daß das Kochen und Beheizen mit Gas heute noch billiger kommt als mit Kohle und Holz.

Die Posten für soziale Fürsorge beinhalten die Vorsorge für Krankheit der Angestellten und die Steuerleistung. Mit Stolz könne man darauf hinweisen, daß die Aufrechterhaltung der Betriebe nur dadurch möglich war, daß ein anderer Geist in diese eingezogen ist, als er früher dort war. Die Gemeindeverwaltung wird trachten, die Werke auszubauen, damit auch Wien, was Beleuchtung, Beheizung und Straßenbahn anlangt, mit anderen Städten gleichgestellt werden kann.

Die Sitzung wird abgebrochen.

Fortsetzung der Spezialdebatte über Gruppe VIII.

GR. Schmid (chr. soz.) warnt davor auf dem eingeschlagenen Wege der Tarifpolitik fortzuschreiten, da durch die fortwährenden Erhöhungen sowohl die Bevölkerung als die Unternehmungen zu Schaden kommen können. Er begrüsst es, daß für die Ausgestaltung der Werke in Ebenfurth und Zillingsdorf Vorkehrung getroffen sei, so daß in sechs Jahren zusammen mit den in Bau begriffenen Wasserkraftanlagen 36.000 Pferdekkräfte zur Verfügung stehen werden. Da dann die bestehenden Dampfzentralen nur mehr als Reserve dienen werden, müsse man streng darauf sehen, dass eine Erweiterung dieser Zentralen nicht mehr vor sich gehe. Da aus dem Budget eine genaue Uebersicht der bevorstehenden Investitionen nicht ersichtlich ist, wünscht Redner, dass den Gemeinderäten ein genaues Verzeichnis der Investitionen in die Hand gegeben werde. Bezüglich der Strassenbahnen urgiert er den Zonentarif, die Verdichtung des Verkehrs und Abbau der Ueberfüllung. Schliesslich bringt er mehrere Wünsche des vierten Bezirkes vor, besonders, dass bei der Kolschitzkygasse, da sich in derselben ein Kinderspital befindet, die früher bestandene Haltestelle wieder errichtet werde.

GR. Fränkel (Sozdem) spricht über den Ausbau der Wasserkräfte der Ybbe, das ist der Ausbau der Wasserkräfte bei Kiamberg-Gaming und der Ebbs selbst. Das Hauptstück wird in drei Stücken ausgebaut, das erste Stück ist eine Anlage mit dem Wasserschloss mit einer Länge von 4830 m, wovon 1000m in einem Stollen geführt werden, das zweite Teilstück bedingt einen Ausbau in zeitlicher Richtung, der dritte Stollenbau besteht aus zwei Stollen, die wieder zu einem vereinigt werden. In etwa zwei Jahren kann der Stollenbau fertig sein.

Redner kommt weiter auf die „WAG“ zu sprechen und weist darauf hin, dass der „Wag“ zwei ähnliche Unternehmungen die „Oweag“ in Linz und die „Weag“ in Gratz gegenüberstehen. Die „Wag“ ist bestrebt so viel Wasserkräfte zu bauen, als möglich, und sie hat auch dafür den Konsumenten, die Stadt Wien. Die anderen zwei Unternehmungen sind darauf eingerichtet, dass die Stadt Wien von ihnen Strom bezieht und da wird die Gemeinde Wien in der Lage sein, die Bezugsbedingungen festzusetzen.

Was die Ybbstaler Kohlenwerke anlangt, weist Redner darauf hin, dass diese von der Gemeinde zu einer Zeit übernommen wurden, als die Kohlenkrise auf das höchste gespannt war. Wenn nun weiter Aufschlüsse nicht gemacht werden, so wird das Werk ein kleines bleiben. Es ist daher vom Verwaltungsrat beschlossen worden, die Aufschlüsse fortzusetzen, wodurch sich die Möglichkeit ergeben wird, Kohle nach Wien zu bringen, und wenn die Aufschlüsse fortgesetzt werden, Kaloriestationen zu errichten.

Auch Bohrungen nach Kohle wurden vorgenommen bei Lanzendorf, die Kohle wurde aber erst in grösseren Tiefen gefunden. Da aber die Kohle nicht von besonderer Qualität ist, sie ist nicht besser als die Zillingdroefer Kohle, ist es die Frage, ob die Bohrungen weiter fortgesetzt werden sollen. Bei den Bohrungen ist man aber auf das Vorhandensein von Gas gestossen in einer Menge, dass der Wiener Aonsum gedeckt werden könnte. Die Bohrungen werden fortgesetzt, doch scheitern sie an der Kapitalsfrage, denn sie würden 1 bis 2 Milliarden kosten. Es wurde auch festgestellt, dass die Gas- und Oelzone auch über die Donau reicht und es wurde auch an der mährisch-slovakischen Grenze Petroleum gefunden, desgleichen bei Göding. Es wird möglich sein, dem Gemeinderat in Bälde einen Vorschlag über die Bohrungen zugehen.

2

GR. DR. Alma Motako (chrsoz) wiederholt ihren Antrag auf Gewährung von Fahrbegünstigungen an Zöglinge der städtischen Waisenhäuser zum Besuche ihrer Angehörigen und an die Erhebungsorgane der Fürsorgeinstitute. Sie ersucht auch, den Kindern der Privat-Volk- und Bürgerschulen für die Lehrausflüge Freifahrtscheine zur Verfügung zu stellen und den privaten Fürsorgeanstalten Ermässigungen der Gas- und Strompreise einzuräumen.

GR. Holaubek (christsoz.) erklärt, dass den christlichsozialen gesinneten Angestellten der städtischen Unternehmungen ihr Koalitionsrecht nicht gewahrt werde, und dass die Disziplinkommission Mitgliederfang für die sozialdemokratischen Organisationen betreibe. Die Mehrheit möge endlich ihr Versprechen auf die freie politische Betätigung aller Angestellten erfüllen. Schliesslich fordert er die Beschleunigte Behandlung der Pensionistenvorlage.

GR. Weigl (Sozdem.) sagt im Gegensatz zu GR. Vaugoin, dass die Ziffern, die im Voranschlage für soziale Fürsorge eingestellt sind, eher zu niedrig als zu hoch gegriffen seien. Es sei sonderbar, dass man auf der einen Seite die hohen Ziffern bemängle und gleichzeitig sage, dass die Strassenbahner schlecht entlohnt seien. GR. Vaugoin behauptet dass im Schema die Lohnbezüge derzeit höher sind, vergisst aber, dass diese Erhöhung erst in den letzten Wochen geschehen sei und dass auch die Bediensteten und Arbeiter der Werke sehr rasch mit ihren Forderungen nachfolgen werden. Man verfolge nur den Zweck, um gegen die verhassten Kollektivverträge anzukämpfen und unter den Bediensteten in den Werken Unzufriedenheit hervorzurufen. Wenn darauf hingewiesen wird, dass die Pensionen sehr gering sind, verweist Redner darauf, dass sich die Gemeinde bemühe, ein Pensionsstatut auszuarbeiten, das den Bediensteten Rechte zubilligt und Gnaden, wie es unter christlichsozialen Aera der Fall war. Wenn man wünsche, dass die Bediensteten besser bezahlt werden, dürfe man auch nicht gegen die Erhöhung der Tarife sprechen. Für die Einführung des Zonentarifes auf den Strassenbahnen und die Verdichtung des Verkehrs bestehen gegenwärtig nicht die unerlässlichen Voraussetzungen. Gegenüber den Beschwerden des GR. Holaubek wegen Missachtung des Koalitionsrechtes müsse abermals festgestellt werden, dass die Christlichsozialen stolz darauf sein könnten, wenn sie eine Stunde während ihrer Herrschaft das Koalitionsrecht in jener Weise respektiert hätten, wie es jetzt geschieht. Bezüglich der Methode bei den Lohnverhandlungen und der Tarifpolitik wird sich die Mehrheit von dem eingeschlagenen Wege nicht abbringen lassen, weil es sich gezeigt habe, dass wir in Wien zum Unterschied von anderen Grossstädten durch die eingehaltene Methode in der Lage waren, die Stadt und ihr Werke vor schweren Erschütterungen zu bewahren.

3
GR. Erntner (deutschnational) spricht sich gegen die Betriebsfondsleihe von 1 Milliarde aus und sagt es wünschenswert, dass die Unternehmungen aus ihren Einnahmen einen kleinen Prozentsatz zurücklegen würden, um diese Schuld zu amortisieren und einen Betriebsfonds zu schaffen. Ferner sagt er, dass den Strassenbahnen seitens der Elektrizitätswerke der Strom zu billig überlassen werde. Die Elektrizitätswerke werden dadurch ausserordentlich belastet und die Abnehmer von Strom benachteiligt.

im Schlusswort,
VB. Emmerling sagt, dass GR. Vaugoin ausgeführt hat, dass die Lastenseite sehr stark in die Höhe getrieben wurde und die Ertragsseite zu niedrigen Ziffern aufweise. Wenn es bei den jetzigen Verhältnissen umgekehrt gemacht worden wäre, dann hätten man vom Standpunkt des Kaufmannes den denkbar grössten Fehler begangen. Ferner habe GR. Vaugoin bemängelt, dass im Budget neben der Post für Pensionen auch eine Post für soziale Fürsorge enthalten sei. Der Auftrag hierzu ist vom Kontrollamte ausgegangen und sind hierin die Ausgaben für Krankenfürsorgebeiträge, Unfalls- und Arbeitsversicherung, Personaleinkommensteuer, Brotsauflegen und andere Wohlfahrtsauslagen enthalten. Aber kein einziger Betrag, der nicht darin enthalten sein könnte. Eben so bei den Posten allgemeine Unkosten ~~xxxxxxx~~ verschiedene Ausgaben seien nur solche Beträge enthalten, die zum Betrieb gehören. Wenn gesagt wurde, dass wir bei der Wahl des neuen Direktors der Leichenbestattung keine glückliche Hand hatten, so kann gesagt werden, dass bei Bezahlung der Gratieleichen das Unternehmen kein Defizit aufweisen sondern einen Ueberschuss haben würde. Das Unternehmen befindet sich bei diesem Direktor in besten Händen.

Der Referent gibt dann auf weitere von der Opposition aufgeworfene Fragen aufschluß. Die Anträge der Frau Motzko werden in den betreffenden Ausschüssen zur Verhandlung gelangen und erledigt werden. Wegen der Beschwerden des GR. Halaubek betont der Referent, es sei Auftrag gegeben, dass die Direktion der Strassenbahnen ^{sich} strenge an die Dienstordnung hält. Die Anträge des GR. Erntner glaube der Referent richtig als Vorschlag für eine neue Tarifierhöhung aufzufassen (Heiterkeit bei der Mehrheit) und werde diese Angelegenheit in den betreffenden Ausschüssen beraten werden.

Bei der Abstimmung wird auch diese Gruppe einstimmig genehmigt.

Gruppe VII, Allgemeine Verwaltung.

StR. Richter leitet sodann die Spezialdebatte über Gruppe VII ein und führt aus: GR. Kunschak hat in der Generaldebatte erklärt, daß die Gruppe VII ihre Verwaltung nur kümmerlich aufrecht erhält. Ich glaube daraus keinen Vorwurf heraushören zu sollen, sondern meine, daß eine Verwaltungsgruppe, bei der es am wenigstens zu reden gibt, die bestgeführte ist, gleichwie jene Frauen als die besten gelten, von denen man am wenigstens spricht. Ich lese daher aus der obigen Bemerkung eher ein Vertrauen heraus, als etwas anderes. Was nun die Agenden dieser Gruppe anlangt, möchte ich vor allem darauf verweisen, daß wir vom Lande Niederösterreich eine ganze Reihe von Dingen in die eigene Verwaltung übernehmen mussten, die früher vom Lande geführt wurden, so insbesondere auf dem Gebiete des Schulwesens. Wir mussten nach dem Friedensvertrage tschechische Schulen errichten, im laufenden Jahre insgesamt 13. Weiters sind wir daran gegangen zahlreiche Spezialschulen ins Leben zu rufen, es wurden zwei Taubstummenschulen errichtet, die allen Anforderungen des modernen Schulbetriebes entsprechen, Spezialschulen für Schwerhörige und Sprachkranke sind entstanden. Für diese Zwecke mussten erst Spezialkurse für Lehrkräfte abgehalten werden, da nicht genügend qualifizierte Lehrpersonen vorhanden waren, was die Errichtung dieser Spezialschulen einigermaßen verzögert hat. Heute sind aber alle in Gang. Von den vierten Bürgerschulklassen haben wir neun neue geschaffen, so daß jetzt 35 solcher Klassen bestehen und zwar 17 für Knaben und 18 für Mädchen.

In 12 vierten-Bürgerschulklassen wurde der hauswirtschaftliche Unterricht eingeführt. Wenn dies nicht auch in den unteren Klassen geschehen ist, so aus der Erwägung, daß man den Mädchen nicht eine geringere allgemeine Bildung ins Leben mitgeben wollte wie den Knaben, um sie nicht im Lebenskampfe auf eine rückwärtige Position zu stellen.

Durch die Verfassungsänderung sind dem Magistrat zahlreiche neue Agenden zugewachsen, zu welchen mit 1. Jänner bei der Trennung Wiens von Niederösterreich noch neue kommen werden. Vollständig neu sind die Agenden der Bearbeitung der Musterschutz- und Patentangelegenheiten. Der Magistrat ist die oberste Patentbehörde im Staate. Hier hat es sich zu ersten Mal ereignet, dass ein Patent enteignet wurde. Es handelte sich um die Zündhölzchenfabrik „Solo“. Die Enteignung wurde rasch durchgeführt, worauf von der Regierung eine Zuschrift kam, diese rückgängig zu machen, weil sich die Gesellschaft verpflichtet hat, bis April 1922 den Inlandsmarkt ausreichend zu beschicken und vielleicht auch später Zündhölzchen wieder zu exportieren. Die Enteignung wurde vom Magistrat nicht rückgängig gemacht und, da die Gesellschaft mittlerweile den Rekurs an das Ministerium des Inneren gerichtet hat, liegt nun dort die Entscheidung. Der Magistrat ist auch die oberste Vereinsbehörde für Wien. Im letzten Jahre ist eine fleißige Tätigkeit im Gründen von Vereinen zu verzeichnen. Es hat Tage gegeben, an denen 20 neue Vereine angemeldet wurden. Die Bildung der Geschwornen- und Schöffnenlisten brachte dem Magistrat auch neue Agenden. Viel Arbeit verursachten die auf Grund der Verträge eingereichten Optionsansuchen. Beim Magistrat sind über 116.000 Optionsansuchen gestellt worden, die vollständig vorbereitet und instruiert werden mussten. 46.000 Nachforschungen in den Volkszählungsoperaten von 1910 und zum Teil auch von 1900 waren notwendig, zahlreiche Erhebungen mussten gepflogen werden. Bis Ende September wurden 51.000 Ansuchen aufrecht erledigt, 13.000 abweislich beschieden, 64.000 liegen noch beim Ministerium des Inneren. Zu diesen Optionen kommen noch die Optionen nach dem Brünner Vertrag, über welche der Magistrat autonom entscheidet, und von denen bis jetzt über 4000 eingereicht sind. Es werden aber nicht nur Leute aus Polen ausgewiesen, sondern auch solche, deren Eltern schon seit undenklichen Zeiten in Wien ansässig sind. Dass nicht nur diese sondern auch diejenigen, bei denen diese Voraussetzungen nicht zutreffen, das Heimatsrecht erwerben wollen, kann man selbstverständlich nicht hindern und wir sind daher einem Ansturm ausgesetzt, der fast nicht zu bewältigen ist. Gegenüber einer Äusserung des Herren GR. Plaschkes will ich offiziell feststellen, dass die Polizei keine Gutachten abgibt. Gutachten werden von der Bezirksvertretung und den Bezirksämtern abgegeben, die dazu von Amts wegen berufen sind. An einer Reihe von Abweisungen ist ein Mangel der ungarischen Gesetzgebung schuld. Auf jenen Gebieten der Tschechoslowakei, die früher bei Ungarn waren, gilt noch das ungarische Gesetz, daß jeder das Heimatsrecht verliert, der seit 10 Jahren nicht in der Heimat war. Die am rechten Ufer der March ansässigen können 30 Jahre aus der Heimat fern sein ohne das Heimatsrecht zu verlieren, die Dokumente der am linken Ufer müssen jünger als 10 Jahre sein.

Ein Mangel ist es, daß wir durch die wehsinnige Teuerung ausserstand sind, die statistische Publikation der Gemeinde Wien zu veröffentlichen. Wir können diese Werke nur im Manuskript weiterführen und sie stehen jedermann zur Verfügung, aber drucken können wir sie nicht lassen. Im Augenblicke wollen wir uns darauf be-

schränken, ein kleines statistisches Handbuch herauszugeben.

Einer der Herren Redner wollte Auskunft darüber, wie weit bei den einzelnen Verwaltungszweigen abgebaut wurde. Ich kann die beruhigende Versicherung geben, daß wir nach Möglichkeit abgebaut haben. Der Stand der Feuerwehr wurde um 2 Offiziere, 28 Löschmannschaften und 42 Verwaltungsangestellte verringert. Trotzdem können wir mit Stolz sagen, daß wir bei der Feuerwehr den Zustand, wie er vor dem Kriege war, errungen haben. Ich kann nur bei dieser Gelegenheit wieder betonen, daß das Einvernehmen zwischen der Berufsfeuerwehr und der Freiwilligen Feuerwehr das beste, und dass wir den Wünschen der Freiwilligen Feuerwehr nach Möglichkeit nachkommen.

Der Referent bemängelt, dass die Pfandleiher im vergangenen Jahre viermal um eine Erhöhung des Zinsfußes, der Manipulationsgebühr und Pfandscheingebühr ange-sucht haben, was nicht begründet erscheint, weil dadurch gerade die Aermten getroffen werden. Deshalb habe sich auch die Gemeinde dagegen gewehrt, aber das Ministerium habe merkwürdiger Weise dem Rekurs der Pfandleiher stattgegeben. Auf dem Gebiete der Kunst und Kunstpflege habe die Gemeinde nach Kräften sich bemüht Erpreisliches zu leisten, vor allem durch eine reichere Dotierung der städt. Sammlungen. Allerdings trägt die Gemeinde bei den Kunstankäufen auf die Schwierigkeit, dass reiche Leute, wie Herr Reitzes bei den Auktionen Liebhaberpreise zahlen, welche eine öffentliche Verwaltung nicht verantworten könnte. Eine besondere Schwierigkeit bietet die Unterbringung der städtischen Sammlungen. Der Gemeinde sei es bisher nicht möglich gewesen, hierfür vom Staate entsprechende Räume zu erlangen. Der Staat hat für den Völkerbund einen herrlichen Palast in Bereitschaft, wir haben Paläste für jede Schieberration, aber für ^{die} städtischen Sammlungen ist kein Platz aufzutreiben. In kurzer Zeit wird Wien den 50. Todestag Grillparzers begehen. Wir werden eine Ausstellung veranstalten, es ist auch eine große Grillparzerfeier im Burgtheater geplant. Die Gemeinde hat eine Ausstellung für Kleinplastik und eine Medaillenkonkurrenz veranstaltet, die wiederholt werden wird, wir haben den großen Kunstvereinigungen Ehrenpreis der Stadt Wien gewidmet und manches andere, was beweist, dass wir auf dem Gebiete der Kunstpflege nach Möglichkeit unsere Pflicht erfüllen, weil wir uns sagen, daß Wien seinen Platz als alte Kulturstätte nur behaupten kann durch eine Förderung der Kunst, der Arbeit und der Kultur.

GRin. Marie Wielech (chr. soz.) beantragt, es sei der Beitrag für Theater- und Musikaufführungen für Arbeiter, Angestellte und Schüler, sowie der Beitrag für Körpersportpflege künftighin prozentuell zu bemessen. Sie regt auch an, dass am Ende des Verwaltungsjahres der Ertrag der Lastbarkeitssteuer geprüft und berechnet werde, um wieviel zu wenig für die Förderung des Körpersports und der Theater- und Musikaufführungen aufgeworfen und der Betrag nachträglich gegeben werde.

weiter bemängelt Rednerin die Verhältnisse in den städtischen Sammlungen. Gegenstände ständen in Kisten verpackt auf dem Boden. Sie beantragt, die Räume der städtischen Sammlungen, die zu Kanzleizwecken verwendet werden, freizumachen und sie für Museumszwecke zu verwenden. Redner spricht den Wunsch aus, dass es doch bald gelingen werde, für die städtischen Sammlungen ein eigenes Haus zu verschaffen.

GR. Rotter (Chrsoz) weist darauf hin, dass die Entwertung der Kasse an der in Verhandlung stehenden Verwaltungsgruppe spurlos verkehrtgegangen sei und die alten Beträge, mit Ausnahme für Feuerlöschwesen, enthalten sind. Eine neue Kasse ist die Ausgabe für goldene Hochzeit mit 550000 Kronen. Noch immer scheinen Beträge für Wehrangelegenheiten auf, wenn auch der Staat kein Heer mehr habe. Stiefmütterlich werde die Kirchenmusik behandelt, wofür nur 7000 K eingesetzt sind.

Der Redner fragt, warum die Beiträge für die Schülerbüchereien nicht erhöht und warum Theateraufführungen nur für Arbeiter und Schüler, nicht auch für unbemittelte Mittelständler veranstaltet werden. Er beklagt ferner, daß für die Erhaltung des alten Stadtbildes nichts geschehe und Monumentalwerke und Denkmäler zugrunde gehen. Ferner bittet er den amtsführenden Stadtrat der Ausgestaltung der Bibliothek und des Archivwesens Augenmerk zuzuwenden. Er führt Beschwerde, dass der Eisenbahnminister ohne Befragen der Kommission für Verkehrsanlagen die Tarife auf der Stadtbahn erhöht habe und fragt ob man nicht an die Wiedereröffnung der Stadtbahn denke, oder ob es wahr sei, dass man die Stadtbahn nicht wieder eröffnen wolle, weil man ihre Konkurrenz gegenüber der Strassenbahn fürchte. Der Redner gibt auch seinem Bedauern Ausdruck, daß die Veröffentlichungen der Gemeinde Wien, statistisches Jahrbuch, Verwaltungsbericht und Kommunalkalender teils ganz verschwunden, teils sehr mager geworden seien. Was die Heimatsrechtverleihung anbelangt, freue es Redner, dass der Ausschuss sehr rigoros vorgehe, möchte aber bitten, dass man auch bei den Optionen so verfähre.

Zum Schlusse bespricht Redner das Feuerlöschwesen und fordert dass für die freiwilligen Feuerwehren, die für die Berufsfeuerwehr eine so wichtige Ergänzung bedeutet, ein höherer Betrag als die veranschlagten acht Millionen bewilligt werden.

+
+ +

Weihnachtsspenden des Bürgermeisters. Anlässlich der bevorstehenden Weihnachtsfeiertage hat Bürgermeister Reumann aus den ihm zur Verfügung stehenden Notstandsspenden an eine Reihe von Kinderspitälern und humanitären Anstalten 8,300.000 Kronen verteilt. Es erhalten unter anderem das Mautner-Markhof Kinderspital im III. Bezirk, das Leopoldstädter Kinderspital je 600.000 K, das St. Josef-Kinderspital und das Karolinenkinderspital je 500.000 K, das St. Anna Kinderspital und das Brigittaspital je 400.000 K, das Preyer'sche Kinderspital 250.000 K, die Vereinigung In- und Auslandshilfe für tuberkulose Kinder 300.000 K, das Krankenhaus der barmherzigen Brüder 400.000 K, das Haus der Barmherzigkeit 200.000 K, der Verein zur Errichtung eines Volksjugendheimes in Währing 500.000 K, der Verband „Societas“ für die Unterbringung von Kindern im Kinderheim in Kúb, 400.000 K, der Arbeiterverein Kinderfreunde 300.000 K, der Caritas Verband für das Ambulatorium für lungenkranke Kinder 250.000 K, der Verein zur Errichtung und Erhaltung von Heimen für Kriegerwaisen 250.000 K. Ferner erhielten je 200.000 K das Franz-Josef Jugendasyl, die Heimkrippe in Simmering, der Zentralkrippenverein, der Verein „Bereitschaft“, das Jugendheim in Baumgarten und die Lehrlingsfürsorgeaktion, der Verein zur Errichtung von Volksküchen. Je 150.000 K erhielten: die „Lucina“, das erste öffentliche Kinderkrankeninstitut, das Kinderheim Grinzin der Frau Professor Lecher, das Kuratorium zur Erhaltung von Heimen für Kriegerwitwen und verlassene Kinder. Mit je 100.000 K wurden der Landesverband der Kriegsinvaliden, das Settlement und die Jugendhilfe Dr. Fiala besetzt. Schließlich wurden noch einzelne Vereine mit kleineren Beträgen bedacht.

Zwischen Weihnachten und Neujahr werden auch die offiziellen Subventionen der Gemeinde beraten, und zur Beschlußfassung gebracht werden.

W I E N E R G E M E I N D E R A T.
W i e n , am 21. Dezember. - Nachmittagsitzung.

In seinem Schlusswort sagt der Referent, dass die Subventionen für Kunstveranstaltungen deswegen nicht in Prozentsätzen am Budget angesetzt wurden, weil mit einem festen Betrag erfahrungsgemäss besser zu arbeiten ist. Für das kommende Jahr sind hierfür 8 Millionen Kronen eingesetzt. Die Auslagen für Heeresangelegenheiten sind Gebühren, die die Gemeinde gesetzlich unter dem im Voranschlag angeführten Titel zu leisten hat. Wenn der Betrag für die Kirchenmusik als zu niedrig bezeichnet wurde, so ist ein Ansuchen um Erhöhung des Betrages nicht eingelangt. Die Bibliothek und die städtischen Sammlungen betreffend hat der Bürgermeister bereits den Auftrag gegeben, dass die von liquidierenden Stellen noch besetzten früheren Räume der Sammlungen diesen wieder zurückgegeben werden. Bezüglich der Elektrifizierung des Stadtbahnverkehrs sind Studien im Zuge, um die Stadtbahngleise mit Strassenbahnwagen befahren zu können. Diese sind nämlich zu schmal gebaut und es bleibt zwischen Wagen und Perron ein 50 bis 60 cm breiter Zwischenraum, der leicht Unfälle herbeiführen könnte. Es ist daher geplant, die Strassenbahnwagen mit umklappbaren Einstiegen zu versehen. Wenn die Versuche gelingen, ist die Befahrung der Stadtbahngleise mit Strassenbahnwagen in Aussicht genommen. Was die Optionen nach dem Brünner Vertrag anlangt, so nützt bei diesen eine Rigorosität nichts, da bei diesen lediglich die zehnjährige Sesshaftigkeit gilt.

Bei der Abstimmung wird die Gruppe einstimmig genehmigt, die gesammelten Anträge der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen.

Gruppe III (Wohlfahreinrichtungen).

STR. Prof. Dr. Tandler: Der Finanzreferent dieser Stadt hat zu Anfang der Generaldebatte in ganz ausgezeichnete Weise die traurige Lage unserer finanziellen Verhältnisse auseinandergesetzt und dabei bemerkt, wie schwierig von seinem Standpunkte aus die rationelle Geschäftsführung ist. Ich kann dem von meinem Standpunkte aus nur beipflichten. Verwaltet Stadtrat Breitner gewissermassen das finanzielle Kapital dieser Stadt, so verwalten sich das organische Kapital und ein Blick auf dieses lehrt, dass wir auch hier im Argen sind. Wenn auch manchmal zu Optimismus neigend ein Geburtenüberschuss von wenigen Personen mit Freude begrüsst wird, muss ich doch sagen, dass hierzu keine besondere Ursache gegeben ist. Im abgelaufenen Jahre haben wir im ganzen nur in drei Monaten einen Geburtenüberschuss gehabt und zwar im Juli 2362, August 230 und im November 144, alles übrige war Defizit und Sie sehen daraus, dass wir noch immer eine Stadt sind, die nicht imstande ist, sich aus sich selbst zu reproduzieren. Man mag vielleicht der Meinung sein, dass dies nicht von einschneidender Bedeutung sei, aber es ist ein Symptom, und wenn uns auch in Zukunft die Soldaten fehlen, weil wir den Imperialismus ^{nicht} entgeltig entsagt haben, können wir vielleicht in der Zukunft der Arbeitshände entbehren müssen.

Das Budget umfaßt 5 5 Milliarden, davon 3.700 Millionen auf das Budget der Gemeinde Wien und hierzu kommt im nächsten Jahre das Budget des Landes Wien mit allen jenen Anstalten, die wir nach dem Trennungsgesetz zu übernehmen verpflichtet sind, also 1 4 Milliarde. Vergleichen wir das Budget mit dem des letzten Friedensjahres. Damals betrug es 337 Millionen und davon 33 7 Millionen für das Wohlfahrtsamt, also genau 10 %. Heute geben wir von unserem Budget rund 18 % auf Wohlfahrtsangelegenheiten aus, also nahezu das Doppelte. Ich glaube wir können mit dieser Leistung zufrieden sein. Wenn ich auch nicht sagen will, daß damit wirklich alles geschehen ist, was

eine Stadt von der Bedeutung Wiens zu leisten hätte. Doch auch das Wohlfahrtsbudget hat eine Minimalforderung und eine Maximalforderung. Die Minimalforderung bedingt durch die Bedürfnisse die Maximalforderung durch die materielle Lage des betreffenden Gemeinwesens. Rechnen wir die Beiträge auf den Kopf der Bevölkerung um, dann sehen wir, daß in nächsten Jahre in Wien, eine Bevölkerung von 2 Millionen angenommen, jeder Mensch 750 Kronen pro Jahr zu zahlen hat. Da aber nur etwa ein Drittel der Bevölkerung produktiv arbeitet so entfallen auf den Kopf der erwerbenden Bevölkerung pro Jahr 8.250 Kronen. Eine an sich ganz ungeheure Leistung, die sicher von keiner anderen Stadt erreicht wird. Diese Betrachtung des Budgets ist vielleicht nicht zu einem gewissen Grade erfreulich, als wir sehen können, daß die Bevölkerung von Wien alles Mögliche getan hat, wird aber bewirkt durch den Gedanken, daß nicht alle diese ungeheuren Werte auch wirklich in produktive Leistung umgesetzt werden können. Wir dürfen uns nicht verschließen, daß innerhalb dieser 8,25 Milliarden Ausgaben unproduktive sind. So kostet die Irrepflege weit über eine Milliarde, eine Ausgabe, von der wir sagen müssen, daß ihr wenig produktive Kraft innewohnt. Etwas ähnliches gilt von den Fürsorgeanstalten. Wenn Sie bedenken, daß die geschlossene Armenpflege beiläufig wieder eine Milliarde kostet, fallen von den 8,25 Milliarden beiläufig 2 Milliarden weg. Wir haben uns bemüht, das Budget nach allen Regeln der Wirtschaftlichkeit zusammenzustellen und sind dabei auf Faktoren gestoßen, die schwer überwindbar sind. Es leidet nicht nur an der Häufigkeit der Zahlen, insoweit diese heute schon vielleicht nicht mehr richtig sind. Weiters daran, daß die Wirtschaftlichkeit in der Wohlfahrtspflege von ganz anderen Dingen regiert wird. Wir haben zu rechnen mit der Mentalität des Volkes, mit der mangelhaften Erziehung und dem geringen Grade von altruistischen Pflichtgefühl, wie es ein Zeichen der Zeit ist. Es gibt eine Unmenge Menschen, die sich aus öffentlichen Mitteln erhalten lassen, obwohl es nicht notwendig wäre. Die Gesundheitspflege erfordert 330 Millionen. Der Zustand unserer Bevölkerung war im vergangenen Jahre nicht schlechter als in früheren Jahren, bedeutend besser als in der Zeit des Krieges. An Infektionskrankheiten haben wir fast nichts zu verzeichnen. Wir danken dies dem ganz ausgezeichneten Apparat, der unserer Stadt zur Verfügung steht, der unter Leitung des Oberphysikus Böhm, tatsächlich in jeder Beziehung ausgezeichnet funktioniert. Wir haben im vergangenen Budgetjahre die Teilung des Landes Wien vom Lande Niederösterreich Rechnung getragen und uns einen eigenen Landes-sanitätsrat geschaffen. Er funktioniert in ausgezeichnete Weise und unterscheidet sich von anderen ähnlichen Körperschaften durch Unmittelbarkeit, Fleiß und profunde Sachkenntnis, die den einzelnen Mitgliedern zu Gebote steht. Ich halte es für meine Pflicht, dem Landes-sanitätsrat der Stadt Wien an dieser Stelle den Dank auszusprechen. Das gesamte Armenwesen kostet 2,1 Milliarden jährlich, davon entfällt 1 Milliarde auf die geschlossene Armenpflege, so-

daß für die offene Armenpflege rund 1 Milliarde bleibt. Die Institution der Fürsorgegerichte hat sich bestens bewährt. Allen diesen Männern und Frauen, die im Ehrendienste der Stadt unermüdlich gewirkt haben gebührt der herzlichste Dank, desgleichen auch den Vorständen der Fürsorgeanstalten in den einzelnen Bezirken. Von der Aenderung im Fürsorgewesen durch den Neuaufbau des Fürsorgegebietes auf Grund der Familien erwarten wir bedeutende Erfolge. Die Wohlfahrtsausschüsse in den einzelnen Bezirken zeigen ganz deutlich das Bestreben der Kooperation zwischen Öffentlicher und Privater Fürsorge, wir sind der Überzeugung, daß diese Institution auch künftighin sich ausgezeichnet bewähren wird. Die geschlossene Fürsorge hat bemerkenswerte Fortschritte zu verzeichnen. Die Quarantäneeinrichtung in Lainz hat in verhältnismäßig kurzer Zeit die dort herrschende Ruhrendemie fast völlig zum Stillstand gebracht. Sie hat sich aber auch in sozialer Erziehung bewährt, es hat sich gezeigt, daß die Art des Betriebes in den einzelnen Fürsorgeanstalten geändert werden muss. Künftighin werden nämlich die einzelnen Pflegelinge statt um 7 Uhr Früh erst am 9 Uhr den Ausgang erhalten. Das soll nicht eine Masseregulierung oder Beschränkung der Freiheit sein, sondern verhindern, dass die Pflegelinge, wieses bisher geschah (draussen irgendwelche Arbeiten verrichten, für die sie schlecht entlohnt werden, wodurch sie unsere Arbeiterschaft konkurrenzieren. Die ganze Methode hat zu einem Ausbeutungssystem unserer Pflegelinge geführt. Jetzt wird das nicht mehr möglich sein. Das Männerheim in der Heldenmannstrasse wurde von der Gemeinde erstanden, dessen Herrichtung 20 Millionen Kronen kosten wird. Es soll einen eigenen Typus des Altersversorgungshauses dadurch darstellen, dass jeder einzelne Pflegeling über eine eigene Kabine verfügen wird, was für viele Menschen eine bedeutsame Erleichterung sein wird. Durch die Anstalt werden auch 500 neue Plätze geschaffen, was ermöglicht, dass Heim in Mauerbach aufzulösen und die dort befindlichen Pflegelinge nach Wien zu bringen. Es ist das Bestreben der Gemeindeverwaltung alle Pflegelinge der Heimat näher zu bringen. Die Schaffung eines grossen Siechenheimes hat sich ausgezeichnet bewährt und es wird möglich sein, auch diesbezüglich Fortschritte zu machen. Da auch mit diesem Männerheim das Anlangen nicht gefunden werden wird, so wurden Verhandlungen wegen Erwerbung des Barackenspitals in Simmering geführt. Dieses Spital, das seinerzeit dem Militär gedient hat, hat vom Staate aus Gef entlichkeithalten. Es hat aber davon keinen Gebrauch gemacht. Es war demnach naheliegend, dieses Spital wenigstens für Sieche und Pflegelinge zu bekommen. Lange Unterhandlungen haben darüber stattgefunden, die soweit gediehen waren, dass nur mehr das Datum der Übernahme gefehlt hat. Während noch am 24. November das Volksgesundheitsamt erklärt hat, dass Gebäude und Inventar zum Fundus instruetus des Volksgesundheitsamtes gehören, hat dieses Amt in letzter Zeit eine

andere Instanz anerkannt: Die allmächtige Sachdemobilisierung. Nun tut man aber an besten der Sachdemobilisierung auszuweichen, da die Gemeindeverwaltung sonst in die Lage gekommen wäre, sich mit dieser Institution wegen der Inventarstöcke nach Jahren zu unterhalten. Allerdings hat das Land Wien auch ein Anrecht auf Sachdemobilisierungsgüter, wenigstens auf so viele als andere Länder, welche an Bevölkerung gegen Wien zurückbleiben.

Auch die übrigen Verhältnisse sind im Laufe der letzten sechs Monate besser geworden und es soll dabei nicht sein Bewenden finden. Mitgeholfen haben dabei die Angestellten der einzelnen Institute, ebenso wie die ausgezeichneten Männer der Zentrale.

Das Jugendamt hat eine vollständige innere Reorganisation erfahren. Seine Leistungen haben in letzter Zeit zugenommen. 27.751 Fälle wurden kontinuierlich behandelt, Tausende von Fällen wurden vorübergehend bearbeitet. Es hat sich auch der Schulfürsorge angenommen und soll die Bindung zwischen Schule und Jugendamt über Schulärzte und Jugendfürsorgefrauen auch zentral durchgeführt werden. Es ist auch beabsichtigt, die Schulzahnkliniken zu übernehmen, was Dank dem Entgegenkommen der betreffenden Aerzte bald möglich sein wird. Es ist auch gelungen die Siebenbrunnengasse zu beseitigen und an Stelle von Oberhollabrunn ist St. Andree gesetat worden.

In früherer Zeit war das Jubiläumspital eigentlich die teuerste Heilanstalt Wiens. Dank dem Zusammenwirken der Krätlichen Ersparungskommission mit unseren Organen, ist es das billigste Spital Wiens geworden. Während in den Fondsanstalten ein Pflegeling per Tag auf 1800 Kronen zu stehen kommt, kostet er bei uns nur 1300 Kronen. Die Ersparnisse gehen aber keineswegs auf Kosten des Wohlbefindens der Patienten, wovon man sich jederzeit überzeugen kann. Dasselbe gilt mehrminder für sämtliche Anstalten der Gemeinde Wien. Wir werden am 1. Jänner 1922 die Landesanstalten übernehmen und uns auch hier bemühen, den Geist der Wirtschaftlichkeit einzuführen. Ich kann nur vermelden, daß hierin kräftiger und gesunder Grundstock von Angestellten besteht, die sich ihrer Verantwortlichkeit bewusst sind.

Durch eine Verschärfung der Revisionen hoffen wir vielfache Missetände in den Apotheken zu beseitigen. Umso mehr, als wir diese Revisionen unvermutet durchführen. Man wird auch den Herrn Apothekern bewahren können, daß in das Gefüge der Stadt Wien eine gewisse Beharrlichkeit im Anstreben von Ordnung eingebracht ist. Ich hoffe, daß die Apotheker selbst jene Elemente aus ihrer Mitte auszuschliessen trachten werden, denen sie eine weitgehende Geförderung ihres Ansehens zuschreiben haben. Ähnliche Abhilfe kann allerdings nur ein vernünftiges Apothekergesetz bringen.

Die Tuberkulosensterblichkeit hat sich im letzten Jahre verringert. Es wäre aber ein Fehlschluss, daraus auf eine absolute Besserung zu folgern. Infolge des Krieges und der Kriegsfolgen sind eben viele Menschen, die tuberkulös waren, vorzeitig hinweggerafft worden. Die

Zahl der Tuberkuloseerkrankungen hat sich nicht vermindert, sie wird wieder steigen, wenn die bösen Folgen der Unterernährung unserer Jugend sich äußern werden. Zur Bekämpfung der Tuberkulose gibt die Stadt Wien jährlich 91 Millionen Kronen aus, ein unverhältnismäßig kleiner Betrag gegenüber den tatsächlichen Anforderungen, aber eine große Summe gegenüber den Leistungen des Staates, der für diesen Zweck nur insgesamt 64 Millionen aufwendet.

Die letzte Erörterung bezieht sich auf die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten spielt mit in die ganze Frage der Ehe und es ist Ihnen ja bekannt, dass vor einiger Zeit durch die Öffentlichkeit mit mehr oder minder getretlichen Soherzworten verurteilt, die Tatsache gegangen ist, dass sich der Landes-sanitätsrat mit der Frage der Ehekonsens beschäftigte. Ich will Ihnen sagen, wie ich darüber denke. Ich bin nicht der Meinung, dass man eine Zwangsehekonsens durchführen kann, aber wenn es Menschen gibt die die ganze Sache deshalb schon verdämen, weil sie sagen, wenn wir hier in Wien eine solche Ehekonsens einführen würden, würden sich die Eheandidaten in Mäding trauen lassen, so beweist das nicht mehr, als eine ganz merkwürdige Form der Kurzsichtigkeit, denn jeder Kritiker hätte sich sagen müssen, dass wir voraussetzen, dass das nicht eine Landes- sondern eine Bundesangelegenheit sein muss. Ich glaube nicht an eine wirkliche Ehekonsens, dass niemand ohne die erteilte Konsens heiraten dürfe, ich weiss auch sehr wohl und bin soweit sexuell aufgeklärt, dass auch Kinder ausserhalb des Ehebettes gezeugt werden. Man hat mir auch dieses für ein Abgerocktsein von der Welt und Menschheit imputiert. In der Undurenfahrbarkeit liegt ja der wunde Punkt jeder Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Dass das Verantwortlichkeitsgefühl bei der Bevölkerung so gering ist, das spricht sich aus in der Gesetzgebung und in der Art wie wir Gesetze auslegen. Wenn sich jemand eine Waffe kauft, braucht er dazu einen Waffenpass, wenn heute ein Mensch mit Syphilis behaftet herumgeht und eine große Zahl anderer Menschen gefährdet, braucht er dafür keinen Syphilispass. Im Gegenteil, im gebührt meistens noch die Anerkennung, er ist das, was man einen fieschen Kerl in Wien nennt. Unendlich mehr gefährlicher als eine Schusswaffe, ist ein Mensch, der im Besitze einer Geschlechtskrankheit ist. Dann wundert man sich, wenn ich immer wieder die Zwangsbekämpfung verlange, weil ich der Meinung bin, dass die Allgemeinheit ein Recht habe, sich um diese Dinge zu kümmern. Wer sich über diese Dinge unterrichten will, der sehe doch einmal die Schaar unglücklicher Kinder, die in verschiedenen Anstalten ein menschenunwürdiges Dasein führen, Früchte der Geschlechtskrankheit und des Alkoholismus zuzugeben, die diese Kinder kosten, deshalb, weil der Vater oder Mutter Kinder in einem kranken Zustande zeugen, von dem sie sich hätten helfen lassen können. Ich bin nicht der Meinung, dass die Ehekonsens obligatorisch, aber dass sie fakultativ eingeführt werden. Ich bin der Mei-

nung, dass viele Hundert Mädchen und Männer in Wien sind, die die Ehe noch nicht nehmen und kann mir vorstellen, dass diese sich sagen werden, da eine solche Anstalt existiert, in welcher ich mich überzeugen kann, ob ich berechtigt bin, Nachkommenschaft zu zeugen, dass sie dorthin gehen werden, um sich zu erkundigen.

Wir haben ein Anrecht darauf, die Zukunft der Nachkommen sicherzustellen. Denn die heutige Jugendpflege durch Gewährung von Schuhen und Kleidern genügt nicht. Wenn wir aber diese Pflicht auf uns nehmen, dann haben wir auch die Berechtigung, die Eltern zu kontrollieren.

Der Referent versichert, daß im letzten Jahre vieles besser geworden ist und daß sich die Gemeindeverwaltung allerdings nicht der Meinung hingibt, alles gut gemacht zu haben, aber doch nach bestem Wissen gehandelt zu haben. (Lebhafter Beifall)

GR. Huber (Chr. Soz.) bemängelt, daß die nach St. Andrá zur Praxis einberufenen Lehramtskandidaten neben der Kost und Wohnung 500 Kronen für einen Monat Praxis bekommen, daß ihnen aber auch dieser Betrag nicht sofort ausgezahlt wird, sondern ihnen nach einiger Zeit einmal durch die Post zugeht. Es sei auch nicht zu rechtfertigen, daß man diesen Kandidaten, die mit dem Versprechen auf Anstellung im Jugendamt zur Praxis einberufen, entläßt mit der Versicherung, daß sie nach Tunlichkeit einmal angestellt werden. Redner spricht sich für die genügende Beistellung von Rohmaterialien für die von den Zöglingen zu leistenden Arbeiten aus.

VB. Hoss erklärt, dass trotz des Aufwandes von einer Milliarde für die geschlossene Armenpflege ein grosser Teil der Verpfleglinge sich infolge der Ueberfüllung der Anstalten in ungünstiger Lage befindet. Der Zudrang zu den Versorgungshäusern sei aber hauptsächlich darauf zurückzuführen, dass die Einrichtungen der offenen Armenpflege nicht zweckmässig sind und die gewährten Unterstützungen bis zur Höchstgrenze von 700 Kronen monatlich zum Lebensunterhalt ungenügend sind. Der Redner zieht einen Vergleich zwischen den Wirtschaftsverhältnissen des Jahres 1913 und jetzt und er bemerkt, dass ein Pfründer für 6 K, die er damals erhielt, die allernotwendigsten Nahrungsmittel anschaffen konnte, während er jetzt für die ihm gewährten 60 K nichts erhält. Aus diesen Gründen beantragt Redner die Erhöhung der abgestuften einzelnen Beträge auf das Zehnfache und die Unterstützung per 700 Kronen auf 5000 K monatlich zu erhöhen.

Frau GR. Pölzer (Soz.-Dem.) betont den Umstand, dass in der geschlossenen Armenpflege der Zustrom immer grösser werde, während im Asyl- und Werkhause die Zahl der Pfléglinge geringer werde. Während im Jahre 1914 noch eine durchschnittliche Tagesaufnahme von 329 Personen im Asyl erfolgte, beträgt diese heute nur mehr 119. Dafür finden aber jetzt vorübergehend Familien, die zwar Arbeit haben, aber obdachlos sind, dort Aufnahme. So haben in der letzten Zeit 6 Arbeiterfamilien mit je 10 Kindern durch 14 Tage wenigstens ein Obdach gefunden. Auch für manche ledige Arbeiter, die jetzt als Bettgeher keine Unterkunft mehr finden können, weil die wenigsten Leute, die früher Bettgeher hielten, jetzt das notwendige Bettgewand nicht beistellen können, ist das Asyl wenigstens vorübergehend ein Notbehelf geworden, indem sie dort gegen Bezahlung eines Pauschales Unterkunft finden. Wir wollen hoffen, dass wir in der Lage sein werden, Heime für solche Ledige zu bauen oder zu schaffen, um ihnen ein Obdach bieten zu können. Der Verwalter des Asyls bemüht sich ausserdem den ganz jugendlichen Personen, und es sind darunter Burschen von 14 bis 16 Jahren, die von der Polizei aufgegriffen werden, Stellen bei Meistern zu verschaffen und hat damit schon ganz schöne Erfolge zu verzeichnen. Es sind neuer 60 sol-

cher Burschen in die Lehre gebracht und dort auch erhalten worden und das gibt uns die Zuversicht, dass diese unglücklichen Menschen, die irgendwie Schiffbruch erlitten haben, auf dem Wege der Arbeit einer besseren Zukunft zugeführt werden können.

GRin Kurzbaumer (Chr.-Soz.) fragt, was mit dem von ihr im Einvernehmen mit der Magistratsabteilung VII verfaßten Type der Fürsorgeblätter geschehen sei und stellt den Antrag, daß wenigstens 25 % der Wohlfahrtssteuer der privaten Fürsorge zugute kommen. Sie spricht schließlich den Wunsch aus, daß man von Wohltätigkeitsveranstaltungen keine Abgabe verlange.

GR. Roth (Chr.-Soz.) unterstützt die Anträge des VB. Hoss und spricht den Wunsch aus, daß diejenigen Armen, die sich nicht in geschlossener Armenpflege befinden, mit höheren Beträgen betheilt als bisher, um sie vor dem Hungertode zu beschützen.

GR. Buchar (Tscheche) beschwert sich über die Zurücksetzung und Benachteiligung der Tschechen in den Wohlfahrtsanstalten.

GRin. Dr. Motzko (Chr. Soz.) zählt viele Aufgaben auf, die auf dem Gebiete des Wohlfahrtswesens noch der Erfüllung harren und die durch die ungesunde Ersparungspolitik der Mehrheit vernachlässigt werden. Alle Zuwendungen für die Armenkinderfürsorge, für Schulzahnkliniken seien unzureichend und für die Tuberkulosefürsorge stelle die Gemeinde auch nur ungenügende Mittel bei. Für Hinterbliebenen- und Krüppelfürsorge werde gar nichts geleistet. In der Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten begnüge man sich einfach mit einer Konstatierung an diesem Problem vorbeizugehen.

In Ihrer Partei, ruft die Radnerin aus, gibt es einige sittlich-hochstehende Persönlichkeiten, denen ich meine Achtung nicht versagen darf. Aber der ganze Geist Ihres Systems ist eine Absage an strenges sittliches Empfinden und strenge Autorität, ein Geist, der zur Desorganisation führt und führen muss.

Solange die Mehrheit Mittel für ein Krematorium brauche, werde sie allerdings für Wohlfahrtseinrichtungen kein Geld haben. Nur dann, wenn die Stadt Wien für Wohlfahrtszwecke reichliche Mittel aufbringe, werde sie nicht nur in der Not eine führende Stelle einnehmen, sondern auch auf dem Gebiete des Fürsorgewesens vorbildlich sein.

GR. Dr. Grün (Soz.-Dem.) verlangt die Gründung des Vereines der Wiener Rettungsgesellschaft, da es nicht mehr angehe, daß diese für die die Bevölkerung von Wien so viel getan hat, von einem sogenannten Aktionskomitee geleitet wird.

GR. Dr. Plaschkes (Jüd. Nat.) dankt für die Regelung der Angelegenheiten der jüdischen Insassen in Lainz. Er führt weiter Beschwerde darüber, daß der Verein jüdischer Kinderfreunde, der in der Wilhelmskaserne untergebracht war, von dort, angeblich wegen militärischer Notwendigkeiten, ausziehen mußte, jetzt in einem Gasthaus im Prater untergebracht ist, das er aber auch mit 15. Jänner räumen muß. Wenn es nicht möglich sei, dem Verein ein Lokal zu verschaffen, so solle man ihm ein Grundstück aus dem Fond der Hofgüter zur Errichtung einer Baracke verschaffen. Weiter führt Redner Beschwerde, daß es nicht möglich sei, dem Verein die notwendigen Spielplätze zu erwirken. Die jüdische Volksküche gebe der Gemeinde Wien täglich 60 Speisemarken zu 3 50 K, wofür sie eine Subvention von 500 K jährlich bekomme. Diese Frage müsse geregelt werden. Durch einen Fehler der Bureauleitung ist die Kündigung des Lokales der Milchtrinkhalle für 3000 Kinder und der Ausspeisehalle für 1000 Personen „Anitta Müller“ gekündigt worden und nur durch Interventionen wurde zwei Jahre lang die Delogierung verhindert. Auch diese Frage müsse geregelt werden.

GRin. Seidl (Soz-Dem.) Ehe ich auf das Sachliche eingehe, halte ich es für notwendig, die Äußerungen der geschätzten Vorrednerin zurückzuweisen. Ich glaube, der Ueberzeugung sein zu dürfen, daß ich zu den wenigen Bevorzugten, sittlich hochstehenden Persönlichkeiten gehöre, von denen die Frau Vorrednerin gesprochen hat. Und darf daher wohl sagen, daß es sehr gut wäre, wenn sie manche ihrer Ausführungen in einem etwas weniger anmaßenden und überhebenden Tone vorgebracht hätte. Wenn wir wirklich eine Partei der Desorganisation wären, weiß ich nicht, ob wir überhaupt noch in diesem Saale sitzen, ob es zu einer Zeit, wo niemand in Oesterreich es gewagt hat, mit den zurückströmenden Massen anzubinden, wo niemand anderer Einfluß auf die Massen gehabt hat als wir, es einer anderen Partei als der unseren gelungen wäre, die Ordnung in diesem Staate wirklich aufrecht zu erhalten. Ich möchte darauf verweisen, daß, als am 1. Dezember d.J. einige Tausend von Menschen ihrer Meinung in etwas handgreiflicher Weise Luft gemacht haben, wieder wir diejenigen waren, die den Massen gesagt haben, daß die Argumente, die sie angewendet haben, fruchtlos sind und daß man, um zur Ordnung und Ruhe zu gelangen, andere Mittel und Wege anwenden muß. Wir können mit ruhigem Stolze sagen, daß es nur jene Mittel und Wege sind, die wir gezeigt haben und die Ihre Partei in der Regierung jetzt langsam und zögernd zu beschreiten beginnt und daß der Finanzminister eines dieser Mittel, das er noch vor einigen Wochen als unannehmbar bezeichnete, nämlich die Anmeldung der Valuten und Devisen, eine Idee der Sozialdemokraten, zur Anwendung bringen will. Wenn wir eine Partei der Desorganisation wären, könnte es uns gleichgültig sein, wie es in diesem Staate aussieht. Wir bemühen uns aber, wenn wir auch fürchten müssen, vom unserem Prestige einzubüßen, durchzuführen, was wir nicht nur im Interesse der Massen sondern auch des Staates für notwendig erachten. Die Frau Vorrednerin hat auch davon gesprochen, daß es notwendig ist, den Kampf gegen die Geschlechtskrankheiten zu führen und die Prostitution einzudämmen. Ich muß sagen, daß wir das auch wollen. Das, was heute so bekämpfenswert erscheint, das sind alles Blüten der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, die Sie erhalten wollen um jeden Preis und die wir bekämpfen, weil wir wissen, solange diese kapitalistische Ordnung, die Sie auch die göttliche nennen, besteht, manche dieser Folgeerscheinungen/verschwinden werden. Wenn davon gesprochen wurde, sagte Rednerin, es sei die notwendige Vorsorge prophylaxis zu treffen, so könne man aus den Ziffern ersehen, daß die Gemeinde Wien viel mehr zur Bekämpfung der Tuberkulose aufwendet, als der Bund. Man könne mit Stolz auf die bisherigen Leistungen auf diesen Gebieten hinweisen. Und es wäre nur zu wünschen, daß das System, das die Gemeinde in ihren Wohlfahrtsanstalten eingeführt habe, auch in den Anstalten des Krankenfonds zur Durchführung kämen. Wir nehmen für uns, schließt Rednerin, das Verdienst in Anspruch, die Verwaltung besser zu verstehen als Sie.

GR. Fiala (Tscheche) beantragt, dass den Arbeiterturnvereinen die Bezahlung für die Benützung der Turnsäle erlassen werde.

GR. Dr. Hagg (chr. soz.) spricht sich für die Erhaltung der Tuberkulosenfürsorgestelle des Zweigvereines vom Roten Kreuz auf der Landstrasse aus. Er bemängelt, dass über San Pelagio kein Wort im Budget zu finden ist. Es wäre angezeigt, trotz aller Schwierigkeiten zu versuchen, Wiener Kinder dort unterzubringen. Dies könne vielleicht auf die Art gemacht werden, wie die Kinderzüge ins Ausland veranstaltet werden, oder man könnte durch Einführung eines Zahlstockes, wie er schon früher bestanden hat, dafür sorgen, dass aus den Einkünften des Zahlstockes die armen Kinder in San Pelagio untergebracht werden können.

GR. Schleifer (Soz. Dem.) bespricht die Misstände in den Apotheken. In der Taxierung herrsche völlige Anarchie., ein und dasselbe Medikament werde in verschiedenen Apotheken zu verschiedenen Preisen berechnet. Viele verabreichte Heilmittel erweisen sich als wirkungslos, weil häufig nur die halbe Menge dessen gegeben werde, was der Arzt vorschreibt, dagegen werde aber die volle Taxe eingefordert. Beschwerden von Patienten und Aerzten betreffend die Qualität der verabreichten Salben, die vielfach nicht heilen, sondern gesundheitsschädlich wirken, und, wie es bei verabreichten Vaseline geschieht schmerzhaftes Ekzeme hervorrufen. Den Patienten werden an Stelle der von den Aerzten verordneten Medikamente wertlose teure Spezialitäten eingeredet, die Packungen von an sich billigeren Medikamenten seien überflüssig kostspielig. Sonstige ein Patient für ein Paket Alaun 60 K zahlen, wovon die Schachtel allein mit 45 F berechnet wurde. Von den Apothekern wurde auch eine heftige Agitation gegen die Heilmittelstelle eingeleitet, weil sie verlässliche und dabei wesentlich billigere Medikamente in den Verkehr bringt. Ein Misstand sei auch der vorzeitige Ladenschluss der Apotheken, der aus der Zeit der Beleuchtungsparmassnahmen beibehalten worden ist. Die Apotheken sperren schon um sieben Uhr und lassen sich für jede Verabreichung nach dieser Stunde die teure Nachttaxe zahlen. Die Gemeinde möge kurzen Prozess machen und in jedem Gemeindebezirk selbst Apotheken errichten, damit die Bevölkerung vor Auswurf geschützt werde. Redner ersucht den Referenten die vorgebrachten Beschwerden zu prüfen und energisch einzuschreiten.

GR. May (Chr-Soz) wünscht, dass man bei der Aufnahme armer Leute in das Wohlthätigkeitshaus in Baden nicht zu rigoros vorgehe.

GR. Feldmann (Deutsch-Nat.) sagt, daß die Ansicht der über Aerzte/die Heilerfolge in St. Pelagio geteilt sei, weshalb es zweckmäßig wäre, Vorsorge zu treffen, einen Ersatz für Pelagio zu schaffen der den Heilerfolgen dort entspreche.

GRin. Gärtner (Chr-Soz) kritisiert, daß noch immer Beiträge für Waisen und Pflegekinder von 20 bis 30 Kronen monatlich gezahlt werden. Weiters hat das Jugendamt anzuweisen, den Anstalten, die Kinder zur Unterbringung bekommen, die entsprechenden Geldbeträge termingemäß anzuweisen. Notwendig sei es auch, die bedürftigsten Kinder mit Schuhen und Kleidern zu betheilen.

St. R. Dr. Tandler führt in seinen Schlußworten aus; Wenn ich auf alle Klagen und Beschwerden gegen das Budget meiner Gruppe keine bindende Antwort geben kann, so hängt dies mit von mir allein ab, da ich eben darin materiell beschränkt bin. Ich habe mich ja des Öfteren darüber ausgesprochen, daß wir noch immer sehr viele Menschen unterstützen, welche dessen nicht bedürftig sind und daß wir viel mehr Gelder für Würdigere verwenden könnten, wenn nicht die Unwürdigen sich regelmäßig an der Umrandung der betreffenden Schlüssel breit machen würden. Ich habe bereits ausgeführt, daß dieses Budget ein im höchsten Grade fluktuierendes ist und daß die Zahlen desselben schon heute bei weitem an Wahrheit und Stichhaltigkeit verloren haben. Damit rechnen wir ja alle in diesem Staate. Wenn die eine oder andere Ziffer als zu niedrig beanständet wurde, muß ich sagen, daß sie auch zu beanständigend ist und daß uns nichts anderes übrig bleibt als dorthin die Zuflucht zu nehmen, wohin Alles in diesem Staate flüchtet, zu den Nachtragskrediten. Als Beispiel will ich nur eine Post anführen: Wir haben 12 Millionen zur Errichtung eines Küchenhilfsgebäudes in Lainz in Rechnung gestellt. Die Berechnungen erfolgten vor einem Monat und gestern kamen die Ingenieure, welche den Vorschlag ausarbeiteten, und jetzt mit dem Bau beginnen sollen und zeigten mir, daß dieser Bau nicht unter 32 Millionen ausgeführt werden kann. Ich könnte also, so paradox es ist, zugleich mit dem Budget einen Nachtragskredit einbringen.

Auf eine Äußerung des GR. Huber wegen zu geringer Bezahlung der Lehrkräfte in der Fürsorgeanstalt in St. Andrae bemerkt der Referent, es handle sich hier um beschäftigungslose Lehramtskandidaten, die sich durch die ⁱⁿ Beschäftigung der Fürsorgeanstalt sozusagen ihre Qualifikation verbessern. Es handle sich also um ein Benefizium. Diese Kräfte werden auch nicht einberufen, sondern sie melden sich freiwillig und erhalten neben gänzlicher Verpflegung noch 500 K Taschengeld. Man könne also höchstens sagen, daß dieses Taschengeld zu klein sei. Es sei aber bereits vorgesehen, daß es ^{auf} das Vierfache erhöht werde. Es sei wohl richtig, daß die Werkstätten in dieser Anstalt noch nicht hinlänglich ausgebaut seien, dies habe aber seinen Grund darin, weil man im ganzen Jahre 1921 mit der Erwerbung von Eggenburg gerechnet habe. Deshalb wurde auf diese Werkstätten nicht mehr verwendet, als unbedingt notwendig war. Die vom VB. Hoss behauptete Ueberfüllung der Versorgungshäuser entspreche nicht den Tatsachen, denn in Lainz befinden sich gegenwärtig bei einem Belagraum von 5349 Betten 5319 Pfleglinge, im Bürgerversorgungshause bei 809 Betten faktischem Belag 700 Pfleglinge. Die Gesundheitsverhältnisse haben sich ganz bedeutend gebessert, denn die Zahl der Sterbefälle betrug 1920 3306 Personen und beträgt jetzt 2039. Es ist auch nicht richtig, daß die Gemeinde Wien, diese armen, alten Leute verhungern lasse, denn sie werden ausreichend verköstigt. Man solle sich in dieser Frage frei von jeder Demagogie halten.

Der Referent entgegnet sodann auf verschiedene polemische Bemerkungen der GRin. Dr. Motzko und betont, daß für Wohlfahrtsachen das im Rahmen des Budgets möglichste geleistet wurde. Wenn für die Anstalt San Pelagio keine budgetäre Post eingestellt erscheine, so besteht doch trotzdem die Absicht das Hospiz zu halten und Kinder hinzuschicken, nur sei es eben heute bei dem schwankenden Kursverhältnissen unmöglich auch nur annähernd die Kosten des Aufenthaltes zu berechnen. Die Krüppelfürsorge betreffend wird gesehen, was mit den gegebenen Mitteln möglich ist. Die jetzige Form der Rettungsgesellschaft passt in unsere moderne Zeit nicht mehr hinein. Damit soll nichts gegen die Rettungsgesellschaft gesagt werden. Es muß aber Gewicht darauf gelegt werden, daß dort jener Geist der Demokratie und Verwaltung einziehe, der auch sonst in den Institutionen in Wien besteht. Es ist unmöglich, daß man für die Rettungsgesellschaft Geld sammeln läßt, aber alle Nichtarbeiter von ihr ausgeschlossen sind. Es wird den Herren der Rettungsgesellschaft nichts übrig bleiben, als daß sie die kühnen Höhen dieser Verfassung verlassen und in das Parkett der Demokratie herunterbegehen. Es wurde der Gesellschaft mitgeteilt, daß die Zeit kommen wird, wo sich die Rettungsgesellschaft konstituieren muß. Ich habe mich bemüht, die Dinge vom Standpunkt der Wohlfahrtspflege allein zu betrachten. Frau GR. Motzko hat nun in die Sache eine persönliche politische Note hineingetragen. Ich habe von dem Pflichtgefühl und Verantwortungsgefühl der Bevölkerung als den wichtigsten Faktoren der Gesundung gesprochen. Damit hat die politische Anschauung und die Weltanschauung des Einzelnen nichts zu tun. Wenn uns die Rednerin eine mindere Fähigkeit für die Betätigung des Verantwortlichkeitsgefühles zumutet, so ist das vielleicht ein Ausfluß ihrer eigenen Weltanschauung, kann uns aber nicht treffen. Die Weltanschauung Frau GR. Motzko ist begründet in einer Organisationsform, die Jahrtausende alt ist, unsere ist noch jünger. Das wir uns dort, wo wir zu helfen haben, über Weltanschauungen einigen sollten, ist unmöglich. Über allen Streitigkeiten der Weltanschauung und des Parteialtages muß der eiserner Wille stehen, den Menschen zu helfen, die unserer Stadt angehören, gleichgiltig welcher Weltanschauung sie sind. In diesem

Budget sollen, die welche helfen wollen, denen, welchen geholfen werden soll, versprechen, daß sie es tun wollen und ich kann nichts anderes tun, als ein verantwortungsvoller Mensch tun muß: arbeiten und wirtschaften (Lebhafter Beifall).

GR. Kunschak (Chr. Soz.) berichtet tatsächlich, daß für die Leistung der Naturalkosten in den Spitälern der Stadt Wien 2400 K gegen 41 K in den Bundesospitälern zu entrichten ist und daß sich dieser Unterschied daraus ergeben hat, daß die Bundesanstalten mit ihren Angestellten einen Kollektivvertrag mit diesen geringfügigen Beträgen unter Streikandrohen abschließen mußten.

Bei der Abstimmung wird die Gruppe einstimmig angenommen, die Abänderungsanträge werden abgelehnt.

GR. Grünwald (Soz. Dem.): Zu den wichtigsten Agenden der Gruppe IV gehört die Bewirtschaftung des Wohnungswesens. Seit der letzten Budgetdebatte haben sich die Verhältnisse noch wesentlich verschärft. Wenn wir damals zu beklagen hatten, daß der Bedarf an Wohnungen größer ist als das Angebot, so trifft diese Klage heute noch viel mehr zu. Die Ursachen sind klar zu Tage liegend und vor allem darin zu suchen, daß die Herstellung neuer Wohnungen immer schwieriger wird und schon fast zur Unmöglichkeit geworden ist. Hierzu kommt noch eine Reihe weiterer Umstände. Zunächst, daß wir das zur planmäßigen Bewirtschaftung des Wohnungsraumes zur Verfügung stehende Reservoir immer mehr ausschöpfen. Die Zahl jener Räume, die noch erfassbar ist, wird immer geringer. Weiters zeigt es sich, daß die Spannung zwischen dem Einkommen des größten Teiles der Bevölkerung unserer Stadt und den Mietzinsen immer größer wird. Infolge der Geldentwertung wird das Einkommen zahlenmäßig immer größer, die Mietzinse erfahren aber nicht eine Steigerung im gleichen Umfange. Dafür sind gesetzliche Vorschriften maßgebend, bei deren Verfassung man auf die Geldentwertung nicht denken konnte. Daraus erklärt es sich, daß der Bruchteil des Einkommens, der für den Mietzinsaufwendung findet, immer kleiner und dadurch das Bestreben nach größeren Wohnungen immer lebhafter wird. Dies soll nicht bemängelt, sondern nur konstatiert werden, denn dieser Umstand trägt zur Förderung der Wohnungskultur bei. Es muß unsere Aufgabe sein, diesen Schwierigkeiten bestmöglich entgegenzutreten, um eine Besserung und Regelung herbeizuführen. Dies ist nach zwei Richtungen möglich. Vor allem durch die Herstellung von Wohnungen, durch die öffentlichen, vor allem durch die kommunalen Körperschaften.

Die Gemeinde müsse angesichts der Verhältnisse nach neuen Mitteln suchen um Wohnungen herzustellen. Zu diesem Zwecke soll die Wohnbausteuer eingeführt werden. Sie wird wohl nicht den Wohnbedarf decken können, aber immerhin die Wohnungsnot und das aus ihr sich ergebende Elend lindern, sodaß wir nach einer Reihe von Jahren hoffen können, zu halbwegs normalen Verhältnissen zu gelangen. Ich wage die Behauptung, daß das Wohnungselend vor dem Kriege dem heutigen Wohnungselend in nichts nachgestanden ist, es vielleicht sogar übertroffen hat. Damals gehörten Fälle von Obdachlosigkeit zu den alltäglichen Erscheinungen, während es uns heute doch gelingt zu verhindern, daß kinderreiche Familien obdachlos werden und bleiben. Die Anforderungsverordnung war nicht ganz erfolglos, das mögen folgende Zahlen erweisen: Während des ganzen Jahres 1920 wurden 8343 Wohnungen angefordert, hiervon konnten 3056 faktisch zugewiesen werden. Während der ersten zehn Monate dieses Jahres sind 8817 Wohnungen angefordert und 4744 rechtskräftig zugewiesen worden. Die Zahl der rechtskräftig angeforderten Wohnungen hat sich also vermehrt. Ein verhältnismäßig trauriges Kapitel betrifft die amtlichen Räumungen.

Ich will hier offen erklären, daß ich kein Freund der zwangsweisen Entfernungen bin. Festzustellen ist jedoch, daß die Zahl der amtlichen Räumungen im vergangenen Jahre 160 betrug, im laufenden Jahre hingegen bisher 420, sodaß sich die Zahl nahezu verdreifacht hat. Wenn gesagt wird, daß wir bei der Räumung der Flüchtlingswohnungen sehr säumig waren, so ist es nicht richtig. Im Jahre 1920 wurden 53 Flüchtlingswohnungen geräumt, in den ersten zehn Monaten d. J. 63. Von der Tätigkeit der Mietämter ist zu sagen: Im Jahre 1920 wurden über Mietzinssteigerungen in 87.000 Wohnungen, in den ersten drei Vierteln dieses Jahres Entscheidungen über Zinssteigerungen in 165.000 Wohnungen getroffen. In einem Drittel sämtlicher Wohnungen wurde der Mietzins gesteigert. Im ersten Halbjahr d. J. wurde der Mietzins um rund 75% des Mietzinses von 1917, im dritten Quartal ungefähr um 120% erhöht. Dies kann als Beweis gelten, daß die Reden von der hausherrnfeindlichen Stimmung der Mietämter nicht zutreffen. In erstem Halbjahr d. J. wurden 116.424 Entscheidungen gefällt, wovon 1954 als ^{un}zulässige Steigerungen, 68.900 als teilweise zulässig und 45.500 als vollständig zulässig erklärt. Von 48.400 Entscheidungen im dritten Quartal waren 1250 Steigerungen unzulässig, 24.500 zulässig und 22.600 teilweise zulässig. Man kann sich aber der Tatsache nicht verschließen, daß die gegenwärtige Art der Zuweisung von Wohnungen und die Behandlung des Wohnungswesens nicht mehr den gegenwärtigen Verhältnissen entsprechend, erfolgt. Es wird daher ein neues Zuweisungsverfahren ausgearbeitet, das in allernächster Zeit in Wirksamkeit treten soll.

Vom Kleingartenwesen kann gesagt werden, daß es ein ~~Wohlstand~~ ist, dessen Führung allgemein Befriedigung findet.

Dem Arbeiterfürsorgeamt wird in Bälde das Berufsberatungsamt, das gemeinsam mit der Kammer für Arbeiter und Angestellte errichtet wird, angegliedert werden. Die praktische Tätigkeit wird die Gemeinde haben, die theoretische die Kammer.

Durch Gesetz der Nationalversammlung wird die Hausgehilfinnenkrankenversicherung sowie die der industriellen Arbeiterschaft vom 1. Jänner an eingeführt. Die jetzt bestehende Hausgehilfenkrankenkassa wird dadurch überflüssig und es finden Beratungen über die weitere Tätigkeit dieser Stelle statt.

Im abgelaufenen Jahre wurden mit Hilfe des Wohn- und Siedlungsfonds 315 Wohnungen errichtet, 369 Wohnungen befinden sich in Bau und im Frühjahr sollen 457 Wohnungen fertiggestellt werden und ebenso 141 Wohnungen von Wohnungsgenossenschaften. Der Wohn- und Siedlungsfond wurde mit 1 Milliarde Kronen verteilt auf 50 Jahresraten, geschaffen. Durch die Equivalentbeiträge von den Wohnungsanforderungen dürfte die diesjährige Rate des Wohnungsfondes von 50 Millionen Kronen auf 250 Millionen erhöht werden. Festgestellt muß werden, daß die Equivalentbeiträge von angeforderten Wohnungen nur dann verlangt werden, wenn es sich um überzählige Wohnungen handelt, die nicht zweckmäßig sind und andere herzustellen zweckmäßig ist.

Es ist sehr leicht auf dem Gebiete des Wohnungswesens Sozialismus oder Kommunismus zu verlangen. Es ist aber derjenige ein volkswirtschaftlicher Ignorant, der meint, man könne die kapitalistische Wirtschaft auf allen Gebieten fortführen, und nur auf dem Gebiete des Wohnungswesens den Sozialismus oder Kommunismus haben.

GR. Ullreich (Chr-Soz) beschäftigt sich in ausführlicher Weise mit der Wohnungsfrage und so auf diesem Gebiete, wie auch der Referent festgestellt hat, was Praktisches nur in bescheidenem Umfange geleistet wurde, die Gemeinde habe sich im allgemeinen nur auf eine verwaltende Tätigkeit beschränkt. Auf dem Gebiete des Mieterschutzes sei leider der sachliche Standpunkt verlassen worden. Die Vorlage der Regierung sehe eine Erhöhung des Mietzinses auf das Vierfache des vom Jahre 1914 vor. In dem Entwurfe der Arbeiterkammer werde diese Erhöhung als zu hoch bezeichnet. Dies könne man nicht ernst nehmen, denn Fachleute erklären, daß auf Grund der Betriebskosten eine 600%ige Erhöhung notwendig sei. Die Frage der Wohnbausteuer habe durch den Referenten eine neue Variation erhalten, da dieser erklärte, daß aus ihr nicht die Reparaturen der bestehenden Häuser vorgenommen, sondern neue Häuser gebaut werden sollen. Die Veranlassung der Reparaturen durch die Gemeinde würde für die Mieter ein günstigeres Verhältnis schaffen. Redner wünscht, daß dem Stadtrat von der Gemeinde größere Beträge als bisher zugewiesen werden.

Zum Schlusse stellt Redner den Antrag, daß die Hälfte der Mietaufwandsteuer, der Untermietabgabe und das Erträgnis der Ablösungsverträge zu einem Fond vereinigt werden, dessen Zweck es sein soll, für die Gewährung von Hypothekarkredit an gemeinnützige Siedlungsgenossenschaften eine größere Summe Geldes bereit zu halten.

Der Vorsitzende VB. Hoß unterbricht sodann die Verhandlungen bis morgen 10 Uhr vormittags und schließt die Sitzung.

WIENER RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Mischeu.

27. Jahrgang, Wien, am 22. Dezember 1921.

Preßüberschreitungen. In Fortsetzung der aus Anlass der bevorstehenden Feiertage vom Marktamt der Gemeinde Wien vorgenommenen verschärften Kontrolle wurde wieder eine grosse Anzahl von Uebertretungen festgestellt. Erwähnenswert erscheinen Ueberschreitungen der angemessenen Preise bei Fleisch. Solche wurden bei den Fleischhauern Franz ^{Ulram,} II., Franzensbrückenstrasse 22, Simon Böck, VI., Liniengasse 35, Anton Glatz VI., Schmalzhofgasse 21, Franz Kiener II, Ilgplatz 6, Johann Nachtnebel II, Volkertplatz 13, Franz Sprinzi II, Engerthstrasse 219 und Simon Orlik II, Ferdinandsstrasse 19 konstatiert. Auch vom Fleischkommissionär Mathias Engel, Großmarkthalle, angeblich vom Einsender Sator aus Hausbrunn hiezum beauftragt, wurden für Fleischschweine niederösterreichischer Herkunft statt des am 14. ds. marktgängigen Preises von 1350 K, Preise von 1600 K pro kg verlangt; auch beim Stande des Fleischkommissionärs Wolf Solender in der Großmarkthalle wurde für ungeputztes Fleckzeug 350 K statt 250 K pro kg gefordert. Desgleichen forderte die Gemischtwarenverschleisserin Sofie Hain II, Engerthstrasse 109 für Häringe bei einem Bezugspreis von 15 K 24 K und der Gemischtwarenverschleisser Herşch Halitoczer II, Volkswehrplatz 14 für Schächtseife 210 K pro Stück, die er mit 138 K eingekauft hatte. Diese Fälle und zahlreiche andere wurden zur Anzeige gebracht.

WIENER GEMEINDERAT.

Fortsetzung der Spezialdebatte über Gruppe IV.

GR. Hofbauer (Soz. Dem.) weist darauf hin, dass im Budget auch der Kleingärtner ^{gedacht} wurde, und daß die Ziffern ausreichend sein werden. Die Gemeindeverwaltung hat ermöglicht, daß die Kleingärtner die Wasserleitung, die U ^{Arbeiten} und Materialien verschiedenster Art zu erschwinglichen Preisen bekommen, die Pachtzinse sind billig und das Wasser wurde umsonst abgegeben. Von den 20 Millionen Quadratmeter Grund sind mehr als 5 Millionen Gemeindegrund, 1 Million Quadratmeter Grund haben die Schrebergärtner von der Gemeinde gepachtet oder gekauft. Im letzten Jahre wurden 360.000 kg Obst geerntet, der Wert der Gemüse- und Kartoffelernte beläuft sich 135 Millionen, der Ertrag der Kleintierzucht wird auf 20 Millionen geschätzt, die

Eierproduktion wird mit 60 Millionen bewertet. Aus den Kleingärten decken ungefähr 350.000 Menschen ihren Bedarf an Gemüse. In allernächster Zeit werden die bei der letzten Budgetdebatte gestellten Anträge im Interesse der Kleingärtner der Verwirklichung zugeführt werden.

GR. Karasek (chr. soz.) bespricht das Wohnungswesen und sagt, es sei bisher nichts geschehen von Seite der Mehrheit, um der Wohnungsnot beizukommen und die Bevölkerung zu beruhigen. Man sei über das Kapitel Anforderungen nicht hinausgekommen. Die Zahl der Beamten auf diesem Gebiete sei überlastet. Von Seite der Arbeiterräte werde größtenteils parteimässig vorgegangen, wenn man auch zugeben müßte, daß es Arbeiterräte gebe, gereifte Männer, die ein Verständnis für die Sache haben und gewillt sind der Bevölkerung zu helfen. Redner fragt denn, warum man zugebe, daß an jeder Ecke eine neue Bark entsteht, man traue sich wohl nicht gegen sie vorzugehen, weil es sich um Juden handle. Ferner führt er Klege, daß der Fortgang der Bauten der in Döbling befindlichen Baracken sehr schleppend sei.

2

Der Redner bringt dann eine persönliche Angelegenheit vor und erzählt, daß zwei Jahre mit Frau und Kind in einem Bette schlafen musste, bevor er endlich eine Wohnung erlangen konnte. Nun werde ihm vorgeworfen, daß diese Wohnung für seine Zwecke zu groß sei. „Ich habe“, sagt Redner zwei Zimmer und in das dritte haben sie mir einen Bolschewiken hineingesetzt, der die ganze Nacht Licht brennt und es bisher nicht einmal der Mühe wert gefunden hat, mir einen Kreuzer 4ins zu zahlen, oder auch nur einen Beitrag zu den Beleuchtungskosten.“ Weiter wirft Redner dem amtsführenden Stadtrat Grünwald vor, daß er die jüdischen Wohnungssucher offen begünstige, Juden hätten ihm das selbst erzählt. ~~xxxx~~ Er führt dann zwei Fälle an, in denen Wohnungssuchende rücksichtslos auf die Strasse gesetzt worden sind, das sei eine Herzlosigkeit und ~~Einigkeit~~ ~~Ärgst~~ Ärgst Art. Wenn GR Hofbauer hier ein Loblied an die Schrebergärtner anstimmte, so sei zuzugeben, dass sie nützlich leisten. Allein die Sozialdemokraten gehen auch hier parteiisch vor, wer sich nicht mit dem Buch der Organisation ausweisen kann, bekommt keinen Quadratmeter Grund. Zum Schlusse fordert er den Stadtrat Grünwald auf, sein Amt unparteiisch zu verwalten und nicht wie bisher die arische Bevölkerung rücksichtslos zu benachteiligen.

GR. Roth (chr. soz.) sagt, daß der Hausbesitzerstand in Oesterreich zur Zwangsarbeit verurteilt ist, die durch straffere Handhabung der Anforderungsverordnung noch verschärft werden soll. Wenn eine Wohnbausteuer angekündigt wird, so verspreche sich Redner nicht, daß aus deren Ertragnis Häuser gebaut werden. Redner stellt das Ersuchen, in allen Fällen, die das Wohnungswesen betreffen, mit der Hausbesitzerschaft Verhandlungen zu pflegen, damit diese Fragen einer gedeihlichen Lösung zugeführt werden.

GR. Suchanek (Soz. Dem.) weist darauf hin, dass die Selbsthilfe der Hausbesitzerschaft, mit der gedroht wurde, auch die Selbsthilfe der anderen Menschen entgegengestellt werden könne. Redner wünscht, daß die Verhältnisse beim Arbeitsvermittlungsamte, die allerdings schon weit besser sind, als früher, nach Tunlichkeit noch geregelt werden.

GR. Feldmann (Deutschnational) sagt, während sich der Personalreferent StR. Speiser bemühe, sein Amt unparteiisch auszuüben, werde in der Gemeinde kein anderes Amt so parteiisch geführt wie das Wohnungsamte. Es sei Tatsache, daß jemand, der anderer Gesinnung sei, als die Majorität, niemals zu einer Wohnung kommen könne. Auch die Behandlung der Parteien lasse zu wünschen übrig. Redner führt einen Fall an, daß ein aus der Kriegegefangenschaft zurückgekehrter Apotheker, in seiner eigenen Siedlungsgenossenschaft eine Wohnung nicht bekommen konnte, während die ihm gebührende Wohnung einem sozialdemokratischen Parteigenossen, der nicht Mitglied der Siedlungsgenossenschaft war, zugewiesen wurde. Das Mietamt lasse auf seine Entscheidungen ungebührlich lang warten, das führe zu Erscheinungen, wie z.B., dass ein Hausherr an gesamt Zins in einem Monate 1500 K einnimmt, während die Gasrechnung in sechs Wochen 3.200 K ausmache. Redner richtet an den amtsführenden Stadtrat den Appell, sein Amt unparteiisch auszuüben.

GR. Angeli (chr. soz.) tritt für eine höhere Dotierung des Schreibegeistes ein und bringt dann die Beschwerde vor, daß eine ihm bekannte Frau, welche erwachsene Kinder hat, beim Wohnungskommissär befragt wurde, welcher Organisation sie und ihre Kinder angehören und ob sie in der Lage sei, die entsprechenden Mitgliedsbücher vorzuweisen. Ein solches Vorgehen sei absolut unzulässig und auch unverständlich. Er ersuche den Referenten solche Mißstände abzustellen.

In seinem Schlusswort kommt der Referent auf die vorgetragenen Beschwerden der oppositionellen Redner zurück und erklärt, zu dem Antrage des GR. Ullreich, daß er diesen Antrag für äußerst bedenklich finde, weil hier verlangt werde, alle zur Verfügung stehenden Mitteln nur für Siedlungszwecke zu verwenden, aber nichts für die Herstellung von Wohnbauten. Die Wohnbausteuer werde zum allergrößten Teil nur für Neuherstellung von Wohnungen dienen, nicht aber, wie es GR. Ullreich wünsche, für Reparaturen, deren Kosten aus anderen Mitteln gedeckt werden müssen. Die oppositionellen Redner haben auch die Tätigkeit der Arbeiterräte kritisiert. Wenn auch zugegeben werden müsse, daß diese Tätigkeit mitunter Unzukömmlichkeiten und Uebergrieffe bringe, so müsse doch daran festgehalten werden, daß die Arbeiterräte das Vertrauen der gesamten Arbeiterschaft genießen, also des größten Teiles der Bevölkerung, und daß sie auf dem Gebiete des Wohnungswesens bisher sehr ersprießliches geleistet haben. Es liege im Interesse der Regelung des Wohnungswesens, wenn die Gemeinde die nützliche Mitarbeit der Arbeiterräte in Anspruch nehme. Im übrigen sei es verwunderlich, daß die oppositionellen Redner jene Arbeiterräte, an die sie sich persönlich um Intervention im Wohnungsangelegenheiten gewendet haben, loben und ihnen Anerkennung zollen, alle anderen aber, deren Tätigkeit sie aus eigener Anschauung nicht kennen, tadeln. Unter diesem Gesichtswinkel betrachtet, seien also die vorgebrachten Beschwerden nicht allzu tragisch zu nehmen, über einzelne Fälle wolle und könne sich der Referent nicht aussprechen, weil er ja die vorgebrachten Details nicht kenne. GR. Karasek habe in der von ihm zur Sprache gebrachten Wohnungsangelegenheit, die ja seine eigene ist, Pech gehabt, weil er mit den sozialdemokratischen Beisitzern und den Arbeiterräten zu gut war. Referent erklärt, daß er ja nicht der Wohnungsdirektor von Wien sei, sondern sich auch an die Gesetze halten müsse. Was den Wohnungs- und Siedlungsfond anlangt, so könne gesagt werden, daß die jährliche Quote von 50 Millionen Kronen für diesen Fond sich durch die Äquivalentleistungen um 250 Millionen Kronen für das kommende Jahr erhöhen dürfte.

Bei der Abstimmung wird die Gruppe einstimmig angenommen, der Antrag Ullreich der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen.

Gruppe V, Technische Angelegenheiten.

GR. Siegel (Soz. Dem.): Die Verwaltungsgruppe V enthält in dem Präliminäre Auslagen in der Höhe von 7 Milliarden. Sie ist eine der größten Gruppen und figuriert der Höhe der Ausgaben nach sofort hinter der ersten und zweiten Gruppe. Proportionell zu den Ausgaben sind auch die Aufgaben dieser Gruppe, und der Apparat, dessen sie sich zur Erledigung ihrer Aufgaben bedient. Die Zahl der Beschäftigten zählt gegenwärtig rund 4000. Seit dem August v. J. wurden durch vernünftige Zusammenlegung in dieser Gruppe 8 Magistratsabteilungen abgebaut und bis 1. Dezember d. J. der Personalstand um 2809 Personen verringert, wozu noch kommt, dass in der städtischen Heiz-

werkstätte und im Lastkraftwagenbetrieb, die sich erst entwickelten, in dem einen einen Zuwachs von 22%, in dem anderen von 43 % zuzugewonnen ist. Die Gruppe hat eine Reihe rein behördlicher Aufgaben zu erfüllen, Verkehrsangelegenheiten, Baupolizei, Stadtregulierung. In der Wirtschaft der Stadt besorgt sie die technischen Aufgaben aller anderen Gruppen: die Erhaltung der rund 1000 Gebäude der Gemeinde, es werden die Bauten der Gemeinde geführt, zur Zeit besonders der Bau des Kontumazmarktes, des Viehmarktes St. Marx und der städtischen Wohnungsbauten, wozu im besonderem die Wohnungsbauten auf der Schmelz und die Herstellung vieler Notwohnungen in Baracken. Wir haben eine eigene Abteilung für Wärmewirtschaft geschaffen, die durch eine vernünftige und strenge Kontrolle über die Gebarung mit dem heute so kostbaren Brennstoff sich sehr verdient macht. Diese Stelle ist sehr zur Nachahmung besonders dem Staate zu empfehlen. Die städtische Wasserleitung erfüllt nach wie vor unter großen Opfern für die Gemeinde ihre große sanitäre Aufgabe. Das Wasser wird per 1 m³ um 20 Heller abgegeben, gegen jetzt K 3.50 Gestehungskosten.

Es ist für 1922 die endliche Vollendung und eine notwendige teilweise Rekonstruktion der zweiten Hochquellenleitung im Salzschale geplant. Der größte Gemeindebetrieb ist der Fuhrwerksbetrieb, der auch die Strassenreinigung besorgt und die Abfuhr des Kehrichts, die Strassenbespritzung und Schneeschüberung durchzuführen hat. Dieser Teil der Aufgaben verursacht Ausgaben von 2 Milliarden ohne zu befriedigen. Wir wollen mit der Maschinierung dieser Arbeit beginnen und sind dafür Mittel vorgesehen. Weiters ist das Lastfuhrwerk zu nennen, hauptsächlich für Kohle der Gemeinde, das Fuhrwerk für Sanitätszwecke. Eine zweite wehe Sache ist die der Strassenerhaltung. Der Krieg, besonders ausgedrückt durch die eisenbereiften schweren Lastautos hat sie sehr stark hergenommen. Wir haben für 1922 eine halbe Milliarde für Strassenerhaltung vorgesehen. Ein Pflasterwürfel kostete uns im laufenden Jahre schon 75 K, die Neuerzeugungsperiode wird den Preis auf nahezu 200 K stellen. Wir haben die Absicht ein Programm für eine durchgreifende Instandsetzung des Wiener Platzes auszuarbeiten, wobei natürlich Milliarden Kosten in Frage kommen. Wenn es möglich war, die Maschinerie dieser Gruppe trotz der Ungunst der Verhältnisse im Gange zu halten, wenn auch vielleicht kreischend und oft schmerzhaft, so haben wir das neben der sachlichen ernstesten und fleissigen Arbeit der Herren aller Parteien im Ausschusse, der vollen Einsicht des Finanzreferenten, der glänzenden Leistungen unseres technischen Beamtenstabes, dem unermüdeten Eifer unserer sonstigen Angestellten und unserer braven Arbeiter zu danken.

GR. Biber (chr. soz.) fragt, warum eine so wichtige Gruppe, wie die in Verhandlung stehende, immer erst knapp vor Beendigung der Budgetberatungen zur Verhandlung kommt. Es scheine, dass sich der amtsführende Stadtrat sich nicht den nötigen Einfluss verschaffen könne. Bei der letzten Budgetberatung habe Redner die Gruppe mit einer Rose verglichen und den Wunsch geäußert, es möchte mehr und recht viel Sonne scheinen, damit die Rose sich schön entwickeln könne. Dieser Vergleich wurde aber als zu scharf bezeichnet, so dass es heute unter erschwerten Umständen - vor Weihnachten - noch schwerer wird eine Kritik zu üben. In der letzten Zeit ist es, was die Person des amtsführenden Stadtrates anlangt, mit diesem etwas besser geworden. Er scheint eingesehen zu haben, dass die Gruppe nicht mit Demagogie und Protektion geführt werden kann, sondern vor allem mit gerechter Strenge.

Wenn die Gemeindeverwaltung für die Bevölkerung wirklich produktive Arbeit leisten wollte, müsste sie alle gleich behandeln und jede Arbeit gleich einschätzen. Es gehe nicht an, dass das Gewerbe mit Misachtung behandelt werde. Dies sei ein Ausfluss des Uebermutes, der nur Verachtung verdiene.

Redner bespricht weiter die baulichen Zustände der Wiener Häuser, die alles zu wünschen übrig lassen, weist aber darauf hin, dass es der Hausbesitzerschaft infolge des Mieterschutzgesetzes nicht möglich sei, bei den geringen Zinsretrugnissen Aufwendungen für die notwendigsten Reparaturen zu machen. Die sozialdemokratische Partei müsse endlich einsehen, dass eine Aenderung des Mieterschutzgesetzes notwendig sei. Sie müssen auch ihren genossen klar machen, dass die Erhaltung der Häuser unerlässlich ist und das Geld dazu nur aus einer Erhöhung der Mietzinse gewonnen werden könne. Dann beschäftigt sich Redner mit einzelnen Posten des Kapitels. Er bemängelt die geringen Beiträge für die Instandhaltung der Pfarrhöfe, die man wahrscheinlich dem Verfall weihen wolle, weiter die unzureichende Dotierung für die Erhaltung der Denkmäler, dem gegenüber, für die Errichtung eines Krematoriums ein Betrag von 60 Millionen ausgeworfen sei. Die Mehrheit wisse ganz genau, dass man mit 60 Millionen eine solche Anlage nicht bauen könne, dass hierfür mindestens 600 Millionen erforderlich wären, sie getraue sich aber nicht eine so große Summe von ihren Wählern zu verantworten.

Redner sagt, dass der Christbaumverkauf durch die Gemeinde heuer daneben gelungen sei, wofür man allerdings nicht den ausschließlichen verantwortlich machen könne. Zu Beginn des Verkaufes wurden ein Meter hohe Bäume um 400 K abgegeben, die aber keine Madeln hatten und daher mehr Besen waren. Eine zweite Sendung brachte schöne und grosse Bäume, die jetzt um 300 K verkauft werden. Die Bevölkerung sei darüber ungehalten.

Redner wünscht zum Schluss, dass bei der Aufstellung der Posten im Budget mehr Gleichberechtigung und Gerechtigkeit walten möge und bezeichnet den für die Strassenpflege vorgesehenen Betrag als viel zu niedrig.

G.R. Angeli (chr. soc.) beklagt sich darüber, dass die Gruppe V, welche eine der wichtigsten sei, zuletzt zur Beratung komme. St.R. Siegel solle sich das nicht gefallen lassen. Der Redner bespricht sodann das Bäderwesen, welches nicht so verwaltet werde, wie es im Interesse der Bevölkerung notwendig wäre. Er gibt der Hoffnung Ausdruck, dass wenigstens die Preise der Sommerbäder nicht wieder erhöht werden.

G.R. Reisinger (Soz. Dem.) weist auf den Raumangel und die Ueberfüllung der Schule in der Grimm (XIX. Bezirk) hin, so dass ein Teil der Schüler gezwungen ist, den weiten Weg in die Taubstummenanstalt in einem anderen Bezirksteile zurückzulegen und beantragt die Erweiterung dieser Schule, die sich leicht durchführen lasse, da der angrenzende Grund der Gemeinde Wien gehöre.

G.R. Probst (Deutschnational) widmet der Tätigkeit der Verwaltungsgruppe anerkennende Worte. Es sei das ernstliche Bestreben vorhanden, sachliche Arbeit zu leisten, er hoffe, dass es den Mitgliedern des Gemeinderates möglich sein werde, noch intensiver als bisher, in der technischen Abteilung mitzuarbeiten. Den Bau eines Krematoriums bezeichnet er als einen Kulturfortschritt für Wien. Er bittet um aufschluß, wann mit dem Bau begonnen und die Anlage der Benützung übergeben werde. Bei Besprechung der einzelnen Posten ersucht Redner den Wunsch der Bewohner des 4. Bezirkes um Errichtung eines Anstandsortes in der Wiedner Hauptstrasse gegenüber der Mayerhofgasse, endlich zu berücksichtigen. Seit 10 Jahren werde darum vergeblich petitioniert.

G.R. Reigl (chr. soc.) pflichtet den Ausführungen des G.R. Reisinger bei und stellt einen bezüglichen Antrag.

Im Schlusswort weist der Referent darauf hin, dass die Reihenfolge der Beratung der einzelnen Gruppen auf Parteienvereinbarung beruhe. Das Budget wurde vom Finanzausschuss beraten, nachdem es zuerst antemässiger festgestellt worden war. Auf verschiedenen Einwendungen in der Debatte reagiert der Referent, dass das Krematorium im Herbst 1922 der Benützung übergeben werden wird, wenn nicht Hindernisse in den Weg treten. Was die Christbäume anlangt, so hat die rechtzeitige Einlieferung viel zu wünschen übrig gelassen. Die städtischen Organe, die so schlechte Bäume gekauft haben, werden zur Verantwortung gezogen werden. Während auf der einen Seite von einem Redner bemängelt wurde, dass die Posten im Budget zu niedrig gegriffen sind, wurde von einem anderen gesagt, dass die Ziffern des Budget preistreibend erscheinen. Eine Einigung der Ansichten wäre wohl zu wünschen. Bezüglich der Bedürfnisanstalt in der Wiedner Hauptstrasse werde getrachtet werden, Abhilfe zu schaffen. Die Wünsche, die bezüglich der Räumlichkeiten in den Schulen geäußert wurden, fallen nicht in die Gruppe, da diese nur die Exekutive der Beschlüsse der anderen Gruppen ist. Die Gruppe macht alles, wenn es die nötigen Mittel bekommt.

Bei der Abstimmung wurde die Gruppe einstimmig genehmigt mit Ausnahme der Post für die Errichtung des Krematoriums, gegen die die Christlichsozialen stimmten. Die zahlreichen Zusatzanträge werden der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen.

St.R. Breitner hält nunmehr ein kurzes Schlusswort zu „Bilanz und Bedeckung“ und führt dabei aus: In der Regel bildet gerade die Bedeckungsfrage den Gegenstand besonderer Erregung und gibt zu den langwierigsten Erörterungen Anlaß. Schon bei dem letzten Voranschlage im Juni d. J. konnte bezüglich der notwendigen Vorsorgen für den Abgang seitens der Verwaltung Anträge gestellt werden, denen beizustimmen nicht schwer gefallen ist. Auch diesmal liegen die Verhältnisse ähnlich. Der Abgang von 7½ Milliarden, wie er sich Ende November rechnerisch ergeben hat, soll seine Bedeckung ^{erstens} durch den ^{Anteil Wiens an} Ertrag der Bankumsatzsteuer, die der Nationalrat bekanntlich bereits genehmigt hat.

Die Grundlagen der Ertragerrechnung beruhen auf sorgfältigen Erhebungen ^{die präliminiertes 2200 Millionen Kronen} des Finanzministeriums und werden wohl auch Stand halten. Zwei Milliarden sollen durch Veranziehung der Kassenbedände bedeckt werden, die durch die Voreinzahlungen eine sehr wünschenswerte Stärkung erfahren haben. Die noch verbleibenden 3,3 Milliarden sind durch eine Kreditoperation zu beschaffen. Das wird allerdings bei der gegenwärtigen Lage der Marktes für festverzinsliche Werke nicht leicht gelingen, immerhin kann aber eines festgestellt werden, dass diese Anleihe ausschliesslich produktiven Zwecken dient, in allererster Linie dem Investitionsbedarf der Unternehmungen mit über 2,7 Milliarden Kronen. So sehr die ganzen Ansätze des Voranschleges angesichts der Unbeständigkeit des Geldwertes schwankend und fließend geworden sind, so hoffen wir, daß es doch so im abgelaufenen Halbjahre gelingen wird, die Aufnahme von unproduktiven Schulden, von denen wir uns gerade in den Zeiten dieses Tiefstandes der Krone überaus hüten müssen, zu vermeiden.

St.R. Breitner sprach schliesslich dem ganzen Beamtenschaft, der unter der ausgezeichneten Führung des vorübergehend wirkenden Magistratsdirektors Dr. Hartl am Voranschlag hingebend mitgewirkt hat, den herzlichsten Dank aus, ^{unter} besonderer Nennung des Obermagistratsrates Dr. Schwarz und seines Vorgesetzten, des Buchhaltungsdirektors Oberst, des Oberrechnungsrates Gnobloch und stellt rühmend fest, daß überhaupt die Zahl der Angestellten, die in diesen Zeiten der Not der Gemeinde ihre Dienste mit unermüdlichem Fleisse und hervorragender Sachkenntnis widmen, in steter Zunahme begriffen ist.

Der ganze Verlauf der Budgetdebatte sei ein Ehrenzeugnis für den Wiener Gemeinderat. In sechs vielstündigen Sitzungen wurde der Voranschlag in gründlichster Weise ^{be-}handelt, die Opposition hat von Recht und Pflicht der Kritik vollen Gebrauch gemacht und manch scharfe Bemerkungen erhoben, auf gewiss noch sehr zahlreiche unerfüllte Wünsche hingewiesen. Die ganzen Erörterungen aber erfolgten in durchaus sachlicher Weise unter Vermeidung aller persönlichen Angriffe und waren von dem Ernst getragen, den die so schwierige Lage der Gemeinde wessens erfordert. Dies sei ein sehr erfreulicher Lichtblick in diesen trüben Tagen. So lange die Liebe zu Wien doch über alle Parteigegensätze hinweg alle Mitglieder des Gemeinderates zu ernster, sachlicher Arbeit einigt, ist kein Grund zur Verzweiflung vorhanden und könne die fest Zuversicht gehegt werden, daß auch dieser so überaus schwierigen Periode bald hellere, lichtere Zeiten folgen werden.

G.R. Zimmerl (chr. soc.) erklärt namens seiner Partei, daß diese auch für die Bilanz und Bedeckung stimmen werde. Er wolle zum Schluss der Debatte feststellen, dass in der Stellungnahme seiner Partei kein Vertrauensvotum für die verwaltende Mehrheitspartei gelegen sei und dies um so mehr, da sie für die einzelnen Ziffern nicht die Verantwortung übernehmen könne, weil sie nicht in genügendem Maße zur Mitarbeit herangezogen wurde. Er sei dem Referenten für die

Anerkennung ⁱⁿ Sachlichkeit seiner Partei dankbar, doch er müsse er der Meinung Ausdruck geben, daß in diesem Saale jeder Gemeinderat, welcher Partei er immer angehöre, dieselbe Verpflichtung habe, sein Wissen und Können und seine ganze Arbeitskraft in den Dienst der Gemeinde zu stellen. (Beifall). Redner schliesse sich der Meinung des Referenten, dass alles darangesetzt werden müsste, Wien als Kulturzentrum auszubauen, an, und seine Partei werde das Ihrige dazu beitragen.

Der Referent verzichtet auf das Schlusswort.

Bei der Abstimmung werden sodann Bilanz und Bedeckung einstimmig angenommen. (Lebhafte Beifall.)

Der Vorsitzende G.R. Weigl schliesst sodann die Budgetsitzungen des Gemeinderates mit folgenden Worten: Gestatten Sie mir, dass ich vom Präsidium aus dafür danke, dass Sie das Amt des Vorsitzenden durch Ihre sachliche Haltung erleichtert haben. Vom Bürgermeister bin ich beauftragt in seinem Namen allen Mitgliedern des G.R. für Ihre sachliche und fleissige Arbeit, den Beamten für Ihre angestrengte Mittätigkeit besten verbindlichen Dank auszusprechen. Insbesondere aufrichtiger Dank gebührt dem Finanzreferenten amtsführenden St.R. Breitner und den übrigen amtsführenden Stadträten, den, ^{den} ^{besonders} hervorragenden Herren des Beamtenschaft, die an den Abschlussarbeiten mitgewirkt haben, schliesslich den Mitgliedern des Stenografenbüros.

Die Gemeinderatskörperschaften können mit Genugtuung auf das abgelaufene Jahr zurückblicken, in dem sehr viel für die Bevölkerung geschaffen wurde im Zusammenarbeiten des Stadsensat, Gemeinderats, der Ausschüsse und dem Magistrat. Sie werden sich in restloser Hingabe der übernommenen Pflichten auch im kommenden Jahre an die Arbeit machen. Namens der Gemeindeverwaltung mag der Bevölkerung der Stadt für ihr beispielloses Ausharren in den schweren Zeiten und der Bereitwilligkeit der Mithilfe zur Erfüllung der mannigfachen Aufgaben ausgesprochen werden. Es muss auch dem Wunsch ausgesprochen werden, dass das Neue Jahr die Bevölkerung zur einem menschenwürdigen Dasein führen werde.

Mit einem Glückwunsch zum Neuen Jahre schliesst der Vorsitzende die Sitzung.

Städtische Christbäume. Auf den Verkaufsplätzen im 4., 5., 10., 16. und 20. Bezirk sind neue Sendungen grosser, schöner Christbäume eingelangt, die dort von der Gemeinde verkauft werden Preis 100 - 500 K.

Der Bürgermeister bei den Truppen im Burgenland. Bürgermeister Reumann als Landeshauptmann von Wien und Vizebürgermeister Emmerling haben gestern in Begleitung des Zivilkommissärs Nationalrat Dr. Julius Deutsch den nördlichen Teil des Burgenlandes bereist, um den dort dislozierten/XX Wiener Formationen die Weihnachtsgrüsse ihrer Vaterstadt zu übermitteln. Es wurden die Orte Parndorf, Neusiedl am See, Oggau (Oka), Eisenstadt und Groß-Hüflein aufgesucht. Mit Rücksicht auf die Kürze der Zeit und die zum Teil sehr schlecht fahrbaren Wege musste von einem Besuch der anderen Garisonsorte, wo sich Wiener Truppen befinden, Abstand genommen werden. Der Bürgermeister richtete an die in den oben genannten Orten beriaällichen Mannschaften in Gegenwart ihrer Kommandanten ansprachen, in denen er die Bedeutung und den Zweck seiner Reise erörterte, ihnen die Weihnachtsgrüsse ihrer Vaterstadt entbot und sie der Sympathien der Wiener Bevölkerung versicherte. Der Bürgermeister hob hervor, daß gerade in diesen Tagen die Wiener Bevölkerung in Gedanken bei ihren angehörigen, die als Soldaten in den neu erworbenen Gebieten stehen, weile, und dankbar sich dessen bewusst sei, dass unser Bundesheer opferfreudig seinen schweren Dienst im Interesse der Republik versee. Die Aufrechterhaltung der Ordnung im neuen Lande und das Ansehen der Republik erfordere es, dass unsere Soldaten im Burgenlande trotz der Unbill der Witterung und der verschiedenen Unzukömmlichkeiten, insbesondere der Unterkunft, ausharre. Der Bürgermeister stellte in Aussicht, dass die Stadt Wien auch ein sichtbares Zeichen ihrer Dankbarkeit, in Form einer Zubusse zur Weihnachtslohnung und einer Spende von Wiener Bier, ihren treuen Soldaten zukommen lassen werde.

Der Bürgermeister hatte Gelegenheit festzustellen, daß die Truppen zum Teil in nicht ganz einwandfreien Unterkünften untergebracht sind. Man bemerkt allenthalben noch die Verwüstungsspuren der Heijas-Banden. In Neusiedl am See sind z.B. die Truppen/^{zwar} in einer Kaserne untergebracht, die jedoch durch die jüngsten Kämpfe stark hergenommen ist. Auch in Oggau lässt die Unterbringung sehr viel zu wünschen übrig. Einen besonders schweren Stand haben die Wehrmänner dadurch, daß sich die Bevölkerung beim Kauf von Lebensmitteln u. s. w. weigert, österreiche Kronen anzunehmen, beziehungsweise, wenn sie sich hiezu herbeillässt, einen hohen Umrechnungskurs in Anwendung bringt, der weit über die offizielle Valutadifferenz hinausgeht. Auch über die Ausrüstung, besonder was Wäsche und Schuhe anlangt, wurde sehr geklagt. Besonders unangenehm macht sich fühlbar, dass ein großer Teil ^{der} Soldaten noch mit allen fadenscheinigen Mäntel bekleidet ist, die keinen genügenden Schutz gegen die Unbilden der Witterung bieten. Erfreulich ist, daß über die Verköstigung nicht geklagt wird.

Was die Stimmung der Bevölkerung im Burgenland anlangt, so muß

gesagt werden, daß sie keinesfalls gehässig gegen Oesterreich ist, wenn gleich auch bisweilen eine gewisse Aengstlichkeit hinsichtlich unserer Valuta zutage tritt. Jedenfalls ist eine Regelung des Geldwesens in diesem Gebiete dringend notwendig. Die früher erwähnte mangelhafte militärische Ausrüstung ist nicht dazu angetan, unser Ansehen bei der Bevölkerung Westungarns zu heben. Gut ausgerüstete, also mit den entsprechenden Monturen versehene Truppenkörper werden geeignet sein, das Vertrauen und die Sympathie der burgenländischen Bevölkerung wesentlich zu stärken und es ist zu hoffen, daß auch in aller nächster Zeit wenigstens den dringendsten Bedürfnissen bezüglich Bekleidung und Beschuhung und Beschaffung von Wäsche für unsere Truppen in Westungarn Rechnung getragen wird.

Der Wohnungsmarkt im Oktober. Im Oktober haben 3384 Wohnungswerber ihren Wohnungsbedarf bei den Wohnungsanwartsstellen geltend gemacht. 6441 Meldebätter über Wohnungsansuchen wurden 112 Beratungssitzungen gesichtet. Hievon wurden 217 Gesuche als „bevorzugt“ (I), 3511 als „be Rücksichtungswürdig“ (II) anerkannt und 753 „abgelehnt“ (III).

Angefordert wurden: 1. Nach dem allgemeinen Anforderungsrechte (Ende der Miete) 480 Wohnungen - hievon 547 Einwohnungen - mit zusammen 644 Wohn- und 430 Nebenräumen. 2. Nach dem besonderen Anforderungsrechte 1253 Wohnungen, hievon 617 Kleinwohnungen und 298 Einzelräume. In Rechtskraft erwachsen die Anforderungen von 664 Wohnungen, hievon 348 Kleinwohnungen und 112 Einzelräume, mit zusammen 1151 Wohn- und 808 Nebenräumen. Nach den Anlässen verteilten sich diese rechtskräftig angeforderten Wohnungen wie folgt: 24 leerstehende Wohnungen; 37 Doppelwohnungen; 140 unbenützte Wohnungen; 50 unzulänglich benützte Wohnungen; 37 Wohnungen aus überzähligen Wohnräumen; 321 Wohnungen wegen Untervermietung; 4 Wohnungen, deren Inhaber wegen Uebertretung der Wohnungsvorschriften (die gleiche Wohnung betr.) bestraft worden sind, oder die für unerlaubte Zwecke verwendet wurden; 14 Wohnungen, die ohne Bewilligung dem Wohnzwecke entzogen wurden; 28 Räume in Hotels.

Vor den Mietskatern wurde über 698 Einsprüche gegen Wohnungsanforderungen entschieden. 270 Einsprüche wurde Folge, 12 teilweise Folge gegeben. Verwaltungsgerichtshofbeschwerden waren 119 anhängig; Verhandlungen beim Verwaltungsgerichtshof fanden 47 statt. Wegen Uebertretung der Vorschriften der Anforderungsverordnung wurden von den magistratischen Bezirksämtern 77 Strafen verhängt und zwar bis zum Ausmasse 20.000 K und 48 Stunden Arrest.

Zugewiesen wurden 939 Wohnungen, hievon 613 Kleinwohnungen und 128 Einzelräume. Die Zuweisung erfolgte in 147 Fällen an bisherige Untermieter, in 135 Fällen über Vorschlag der Hausinhabung. Von 22 Einsprüchen der Hausinhabung gegen die Zuweisung allgemein angeforderter Wohnungen (wegen Nichtberücksichtigung ihres Vorschlages) wurde 8 Einsprüchen Folge gegeben.

Wohnungstauschgesuche langten 457 ein, hievon 31 mit einer Wohnung außerhalb von Wien, 326 dieser Gesuche wurden willigt, 29 abgewiesen. Die übrigen Gesuche waren am Schlusse des Monats noch unbedigt. Amtliche Räumungen erfolgten 77. In 25 Fällen bestand die Wohnung aus 2 und mehr Zimmern samt Nebenräumen.

Marktverkehr auf den Abend- und Gemüsegrossmärkten. Die Gemüsegrossmärkte auf den Marktplätzen V., Reinprechtsdorferstrasse, XIV., Linzerstrasse, XIX., Liechtenwerderplatz, XXI., St. Wendelinplatz werden von nächster Woche Dienstag und Freitag von 3 - 5 Uhr nachmittags, anstatt wie bisher von 4 - 6 Uhr abgehalten werden.

Strassenbahntarif am 26. Dezember. Feiertag, den 26. Dezember gilt auf den städtischen Strassenbahnen der Sonntagsfahrpreis. Es hebe daher die Früh-, Hin- und Rückfahrtscheine keine Gültigkeit.

Der Rathuskeller ist morgen Samstag ab 3 Uhr nachmittags gesperrt.

Tagung der Gemeindeangestellten. Auf der am 18. und 19. Dezember unter dem Vorsitz des Präsidenten Nationalrates Schulz in Salzburg abgehaltenen Tagung der Reichsexekutive des Reichverbandes Gemeindeangestellten der Republik Oesterreich, die von Vertretern sämtlicher Länder beschiedt war, wurden Fragen behandelt, welche für die rechtliche und wirtschaftliche Stellung sämtlicher Gemeindeangestellten von grundlegender Bedeutung sind. Abgesehen davon, dass hinsichtlich der Lohnpolitik, der rechtlichen und wirtschaftlichen Stellung der Gemeindeangestellten, sowie in der brennenden Frage der Krankenfürsorge reichlich positive Arbeit geleistet wurde, gestaltete sich die Tagung durch die Ausführungen des Verbandspräsidenten Schulz, welche auf die Lage der öffentlich Angestellten im Vergleiche zur Situation des Staates und der Gemeinde bedeutsame Streiflichter warfen, besonders bedeutungsvoll. Die Tagung forderte schliesslich die Errichtung einer paritätischen Reichskommission, bezw. Landeskommision, bestehend aus Vertretern der Gemeinde-, Dienstgeber und Vertretern des Reichverbandes, welche Kommission alle Lohn- und Rechtsverhältnisse der Gemeindeangestellten Oesterreichs einheitlich für den ganzen Bund zu regeln hätte.

Der Krankenstand im November. Der Krankenstand und die Sterblichkeit sind seit August in allmählichem Ansteigen begriffen, das mit dem Fortschreiten der kalten Jahreszeit zusammenhängt. Die Infektionskrankheiten haben eine relativ geringe Ausbreitung gezeigt, der Scharlach, die Diphtherie und die Varizellen wiesen eine Vermehrung, Ruhr und Bauchtyphus einen starken Rückgang auf. Die Sterblichkeit war höher als im Oktober, aber niedriger als in den Vorjahren; den 2118 Todesfällen stehen 2262 Lebendgeburten gegenüber, so daß der November mit einem geringen Ueberschuß an Lebendgeburten endet, ^{der} ~~his~~ nur im Juli und August zu verzeichnen war.

Fett- und Mehlabgabe. Vom 25. bis 31. Dezember werden bei den städtischen Abgabestellen 12 dkg Margarine zu 103 K gegen Abschnitt 276 der Mehl- und Fettbezugskarte abgegeben. Die Grosseinkaufsgesellschaft der Pflanzenfett Konsumvereine gibt für ihre Mitglieder/12 dkg zu 111 K (Paketware), 12 dkg zu 110 K (Fassware) ab. Organisierte Verbraucher erhalten 12 dkg Pflanzenfett zu 111 K. - Vom 25. bis 31. Dezember wird 1/4 kg Verschleissmehl als Wochenration zum Kleinverkaufspreis von 42 K pro kg abgegeben. ausserdem wird pro Bezugsberechtigten 1/2 oder 1/4 kg Plusmehl zu 500 K pro kg gegen Abtrennung des Abschnittes K abgegeben.

Sitzungen im Rathause. Der Stadtsenat hält am Mittwoch vormittags eine Sitzung ab. - Der Gemeinderat als Landtag tritt Donnerstag 1/2 10 Uhr vormittags zu einer Sitzung zusammen.

Die Krankenversicherung der Hausgehilfen. Bekanntlich tritt für die Hausgehilfen und Hausgehilfinnen mit 1. Jänner 1922 die obligatorische Krankenversicherung in Kraft (verlautbart in der Wiener Zeitung vom 20. Dezember 1920, im Bundesgesetzblatt Nr 703). Die für die städtische Hausgehilfenkrankenkasse für das Jahr 1922 bereits eingezahlten Beiträge werden daher über Anmeldung der Parteien rückerstattet. Weitere Einzahlungen für die städtische Hausgehilfenkrankenkasse für 1922 werden nicht mehr angenommen.

Konstituierung der Wasserkraftwerke A.G. (Wag) in Wien.

Die gründende Generalversammlung im Rathause.

Heute fand im Neuen Wiener Rathause die gründende Generalversammlung der „Wasserkraftwerke-Aktiengesellschaft“ (W.A.G.) in Wien unter dem Vorsitze des Herrn Bürgermeisters Jakob Reumann in Anwesenheit der Vertreter der Gemeinde Wien sowie der Vertreter der an der Neugründung beteiligten zehn Wiener Banken statt.

Der Vorsitzende Bürgermeister Reumann führte in seiner Begrüssungsansprache u.a. folgendes aus:

Der formelle Akt, den wir heute mit der Konstituierung der Wasserkraftwerke Aktiengesellschaft vollziehen, ist nur dadurch möglich geworden, dass schon von allem Anfang an, bei dem im Wasserkraft- und Elektrizitätswirtschaftsante im Februar dieses Jahres begonnenen und mit nieversagender Geduld und Sachkenntnis durch den Präsidenten dieses Amtes Dr. Wilhelm Ellenbogen geführten Verhandlungen die Vertreter der Gemeinde Wien und die Vertreter der Wiener Grossbanken prinzipiell übereinstimmten in dem Bestreben die Frage der Versorgung Wiens mit Wasserkraftenergie nicht nur überhaupt sondern auch in grosszügiger Weise zu lösen.

Wirtschaftspolitisch kennen die führenden Männer der Gemeinde Wien nur ein Ziel, das ist die Produktivität aller ihrer Massnahmen. Wenn ich im konkreten Falle das Schlagwort „Los von der Kohle“ als das treibende Moment in der Elektrizitätsversorgung Wiens wiederhole, so will ich damit nur andeuten, dass mit jedem Kilowatt Wasserkraftstrom, das wir nach Wien bringen, ein Teil der schweren Auflagen abgebürdet wird, die uns das nähere oder weitere Ausland anlastet.

Ein Gutteil der würgenden Abhängigkeit vom Auslande wird verschwinden, die tatsächlich erfolgreiche Mitarbeit am Wiederaufbau Oesterreichs wird erfolgen, wenn unsere gemeinsamen Bemühungen zur Durchführung der einzelnen Bestimmungen des vom amx Gemeinderate in seiner Sitzung vom 23. September l.J. einstimmig gutgeheissenen Uebereinkommen beitragen werden.

Die feste Ueberzeugung von der Lebenskraft Wiens, die unsern Mut und unsere Ausdauer bei so manchen anderen Anlässen gefestigt hat, wird auch beim Ausbau der Wasserkräfte erfolgreich betätigt werden.

Die Grundlage für eine geradlinige Weiter- und Aufwärtsentwicklung der Stromversorgung Wiens aus Wasserkraftwerken ist gegeben. Das Gebiet von Wien umfasst den grössten und besten Konsumentenkreis, den wir in Oesterreich vorfinden. Um diesen Kristallisationspunkt wird sich die heute so völlig zersplitterte Elektrizitätswirtschaft Oesterreichs zusammenfassen und auf ein einheitliches Ziel einstellen lassen.

Der § 2 der Gesellschaftsstatuten enthält ein weitgestecktes Programm, dessen Ausführung in vielen Punkten der sichersten und für die wirtschaftliche Entwicklung der geschaffenen Anlagen ausschlaggebenden Voraussetzung des schon vorhandenen und nahezu unbegrenzten und jederzeit aufnahmebereiten Konsums nicht wird entzogen können.

Bürgermeister Reumann betonte in besonderer Weise, dass das Land Wien den grössten Wert darauf lege, den Ausbau der Wasserkräfte im besten Einvernehmen mit dem Land Niederösterreich zu vollziehen. Es wird dies auch äusserlich dadurch zum Ausdruck kommen, dass zwei hervorragende Vertreter der niederösterreichischen Landesregierung in die Verwaltung der „Wag“ eintreten.

Hierauf wurde an die Formalität der Konstituierung geschritten und hiebei konstatiert, dass das Aktienkapital der Wasserkraftwerke A.G. im Betrage von Nominal 200 Millionen Kronen, zerlegt in 500.000 auf Inhaber lautende Aktien zu je 400 Kronen voll und bar zur Einzahlung gebracht wurde.

Die erste Geschäftssitzung der „Wag“, an der auch bereits die Vertreter von Niederösterreich teilnehmen werden, findet am 27. Dezember statt.

WIENER RATHAUSKORRESPONDENZ.

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Mischeu.

27. Jahrgang, Wien, Dienstag, den 27. Dezember 1921.

.....
Goldene Hochzeiter. Vergangene Woche überreichte StR. Speiser in Vertretung des Bürgermeisters dem goldenen Hochzeitspaaren Anton und Berta Karpeles, Sigmund und Johanna Huth, Wien, die Ehrengabe der Gemeinde zur Feier der goldenen Hochzeit.

.....
Die Weihnachtsspende für die Wiener Lehrerschaft. Der von der Pittsburger deutschen Zeitung „Volksblatt und Freiheitsfreund“ der Sektion der Wiener Lehrerschaft für bedürftige Lehrpersonen Wiens gespendete Betrag wurde restlos verteilt und den Gesuchstellern durch Post zugesendet. Mit Rücksicht auf die zur Verfügung gestandenen Summe konnten leider nicht alle Bewerber berücksichtigt werden. Eine eigene Verständigung über abgewiesene Gesuche erfolgt wegen der hohen Postgebühren nicht.

.....
Freie Arztstellen. Im Siechenheim Lainz gelangen zwei Primararztstellen für interne Krankheiten zur Besetzung. Entsprechend belegte Gesuche bis 21. Jänner an das städtische Gesundheitsamt.

.....
Weihnachtsbeteiligung des Militär-, Witwen- und Waisenfonds. Vor einigen Tagen fand im Redoutensaal der Hofburg die Winterbeteiligung von 800 bedürftigen „riegerwaisen des Militär-, Witwen- und Waisenfonds“ statt. Der Präsident des Militär-Witwen- und Waisenfonds Dr. Licht und Bundesminister Dr. Pauer hielten Ansprachen an die Kinder. Das Orchester des Pestalozzi-Vereines besorgte den musikalischen Teil. Die uneigennützigste Mitwirkung der Angestellten in der Hofburg, die bei den Herrichtungen für die Beteiligung intervenierten, sei besonders dankend hervorgehoben. Die Sektion Winterbeteiligung hat im Jahre 1914 begonnen und bisher unter der tatkräftigen Leitung der Gattin des Sektion-Chefs Dr. Baumgartner Frau Alice Baumgartner jährlich rund 3000 Kinder beteiligt.

Mehrheit möge endlich ihr Versprechen zur Befriedigung aller Angestellten erfüllen. Schliesslich fordert er die Beschleunigte Behandlung der Pensionistenvorlage.

GR. Weigl (Sozdem.) sagt im Gegensatz zu GR. Vaugoin, dass die Ziffern, die im Voranschlage für soziale Fürsorge eingestellt sind, eher zu niedrig als zu hoch gegriffen seien. Es sei sonderbar, dass man auf der einen Seite die hohen Ziffern bemängle und gleichzeitig sage, dass die Strassenbahner schlecht entlohnt seien. GR. Vaugoin behauptet, dass im Schema die Lohnbezüge derzeit höher sind, vergisst aber, dass diese Erhöhung erst in den letzten Wochen geschehen sei und dass auch die Bediensteten und Arbeiter der Werke sehr rasch mit ihren Forderungen nachfolgen werden. Man verfolge nur den Zweck, um gegen die verhassten Kollektivverträge anzukämpfen und unter den Bediensteten in den Werken Unzufriedenheit hervorzurufen. Wenn darauf hingewiesen wird, dass die Pensionen sehr gering sind, verweist Redner darauf, dass sich die Gemeinde bemühe, ein Pensionsstatut auszuarbeiten, das den Bediensteten Rechte zubilligt und Gnaden, wie es unter christlichsozialen Aers der Fall war. Wenn man wünsche, dass die Bediensteten besser bezahlt werden, dürfe man auch nicht gegen die Erhöhung der Tarife sprechen. Für die Einführung des Zonentarifes auf den Strassenbahnen und die Verdichtung des Verkehrs bestehen gegenwärtige nicht die unerlässlichen Voraussetzungen. Gegenüber den Beschwerden des GR. Holaubek wegen Missachtung des Koalitionsrechtes müsse abermals festgestellt werden, dass die Christlichsozialen stolz darauf sein könnten, wenn sie eine Stunde während ihrer Herrschaft das Koalitionsrecht in jener Weise respektiert hätten, wie es jetzt geschieht. Bezüglich der Methode bei den Lohnverhandlungen und der Tarifpolitik wird sich die Mehrheit von dem eingeschlagenen Wege nicht abbringen lassen, weil es sich gezeigt habe, dass wir in Wien zum Unterschied von anderen Grosstädten durch die eingehaltene Methode in der Lage waren, die Stadt und ihr Werke vor schweren Erschütterungen zu bewahren.

Wien, Dienstag, den 27. Dezember 1921 - Abendausgabe.

Notstandsbauten der Gemeinde Wien. Im Gemeinderatsausschuss für Wohnungswesen berichtete heute GR. Bernam über die Umgestaltung von Baracken in Grinzing, Simmering und in der Laaerstrasse zu Wohnungen. Es werden in drei Barackengruppen 208 Wohnungen mit einem Kostenaufwande von 101.400.000 Kronen, so dass eine Wohnung durchschnittlich auf 400.000 Kronen zu stehen kommt. Die Wohnungen sollen in drei Ausführungen errichtet werden. Die erste Type besteht aus einer Wohnküche, die zweite aus Zimmer und Küche und die dritte aus zwei Zimmern und Küche. Wie in allen derartigen Fällen wurde beschlossen, dass auch für diese Bauten der entsprechende Anteil aus dem Bundes Wohn- und Siedlungsfonds angesprochen wird. Der grössere Teil der Kosten wird aus den Ablösegeldern für überzählige Wohnräume gedeckt, aus denen übrigens eine Reihe von Bauten bereits in Ausführung begriffen sind. Bis Ende Feber werden die letzten dieser Wohnungen beziehbar sein.

Der Wiener Wohnungsmarkt. Das Wohnungsamt der Stadt Wien hat in den ersten zehn Monaten des Jahres 1921 zusammen 8817 Anforderungsbescheide erlassen, von denen 4744 rechtskräftig geworden sind. Von den rechtskräftig angeforderten Wohnungen entfallen 2618 auf Kleinwohnungen (bis zu einem Zimmer und einem Kabinett), 837 auf kleinere Mittelwohnungen (bis zu zwei Zimmern), 342 auf grössere Mittelwohnungen (bis zu drei Zimmern und einem Kabinett) und auf grosse Wohnungen 136. Bei 811 Einzelwohnräumen wurde die Anforderung gleichfalls rechtskräftig. Von Mitte April bis Ende Oktober erfolgten 2460 generelle Anforderungen. Davon betrafen 2081 kleine Wohnungen, 170 kleinere Mittelwohnungen, 166 grössere Mittelwohnungen und 43 grosse Wohnungen. Zugewiesen wurden in den ersten zehn Monaten 7257 Wohnungen. Davon gelangten 1897 an bisherige Untermieter und 673 an vom Hauseigentümer vorgeschlagene Bewerber zur Zuweisung. Geräumt wurden in den ersten zehn Monaten dieses Jahres 420 Wohnungen, die sich auf 296 Kabin-, 105 Mittel- und 19 Grosswohnungen verteilen. Von den 420 geräumten Wohnungen waren 63 von Flüchtlingen bewohnt. Gegen die Anforderung von Wohnungen wurden in der Berichtszeit 5425 Einsprüche erhoben; davon sind 302 zurückgezogen worden. Von den verbliebenen 5321 Einsprüchen wurden 2727 abgewiesen, 103 nur teilweise und 2293 zur Gänze folge gegeben.

Im ersten Halbjahr 1921 fielen die Mietämter 116.432 Entscheidungen über Mietzinssteigerungen, von denen 2009 abweislich waren. Von den übrigen 115.423 Entscheidungen lauteten 45824 auf zulässig, während 69599 nur teilweise Erhöhungen des Mietsinnes vorsahen.

In den Monaten Juli bis einschliesslich September 1921 wurden

von den Mietämtern 48815 Entscheidungen gefällt. Davon erklärten 1274 die Steigerung als unzulässig, während 24700 Entscheidungen die geforderte Zinserhöhung in vollem Ausmasse und 22841 nur als teilweise berechtigt erklärten.

Vom 1. Jänner bis 31. Oktober dieses Jahres gelangten an das Wohnungsamt 377 Gesuche um Wohnungsänderungen. Als unzulässig wurden 240 abgewiesen, bewilligt wurden 137. Der Wohnungstausch ist in der Zeit vom 15. April bis 31. Oktober 1921 in 1721 Fällen bewilligt und in 143 abgewiesen worden.

Die Verwendung des Zirkus Reng. In der letzten Sitzung der Bezirksvertretung Leopoldstadt wurde ein Schreiben des Landesverbandes Wien der Kesselsinvaliden verhandelt, in dem gegen die geplante Errichtung eines Varietes im Gebäude des ehemaligen Zirkus Reng protestiert wird. Ueber Antrag des Bezirksrates Ranner wurde beschlossen, jedes Ansuchen, das eine solche Verwendung des Gebäudes verlangt, abzuweisen. Gleichzeitig wurde die Bezirksvertretung beauftragt, von diesem Beschluss alle in Betracht kommenden Behörden zu unterrichten.

Konstituierung der „Wag“. Heute wurde im Rathaus die erste Sitzung des Verwaltungsrates der Wasserkraftwerke A.G. (Wag) abgehalten. Die Stelle des Präsidenten bekleidet Bürgermeister Reumann, als Vizepräsidenten fungieren Gemeinderat Prof. Dr. Fränkel, die Direktoren Krassny-Krassnien und Ludwig Neurath. Der Verwaltungsrat setzt sich zusammen aus Landeshauptmann Mayer, Vizebürgermeister Emmerling, Landesrat Segur, Gemeinderat Prof. Schmid, Gemeinderat Dir. Zimmerl, Ministerialrat Ing. Gärtner, sowie aus den Direktoren Kraus, Dr. Mesing, Bernhard Pepper-Artberg, Adolf Pepper-Artberg. Zum leitenden Direktor der neuen Gesellschaft wurde Ministerialrat Dr. Ing Max Fernt bestellt.

4
Die Gemeindeverwaltung jetzt gegenüber wichtigen Bedürfnissen der Bevölkerung übt und zu üben gesonnen ist, ist auf die Dauer unerträglich. In erster Linie kommt es auf die produktiven Kräfte an. Wenn man die Strassen vollständig verfallen lässt, wenn man durch mangelhafte Reinigung den Verkehr erschwert oder unmöglich macht, wenn sich die Krankheitskeime ständig vermehren und dadurch die Jugend in der Stadt schweren Schaden an ihrer Gesundheit nimmt, wenn die Pflege der Kulturgüter von Kunst und Wissenschaft so vernachlässigt werden, dass die Tradition abreißt, dann wird es in der Zukunft sehr schwer sein, die Versäumnisse der Gegenwart auch nur einigermaßen nachzuholen. Wir müssen von den amtsführenden Regierern dieser Stadt fordern, dass sie in viel energischerer Masse, von einer blossen fiskalischen Politik übergehen zu einer aktiven Politik im Sinne der öffentlichen Wohlfahrt.

GR. Klimesch (Tscheche) bemerkt, dass die einzelnen Budgetposten nicht kritisieren wolle. Die Tschechen geben gerne zu, dass viele Budgetposten auf sozialistischer Grundlage aufgebaut sind, sie bedauern aber ebenso, dass die Mehrheit in der Praxis von dieser sozialistischen Grundlage abweicht. Die Tschechen müssen in dieser Hinsicht über sehr stiefmütterliche Behandlung Klage führen. Sie lassen sich nicht verdeutschen und wollen ihre Kinder vor der Germanisierung schützen. Der Redner wirft der Mehrheit vor, dass sie auf dem Parteitagen schöne Worte der nationalen Gleichberechtigung finde, aber sonst in dem Strome der Germanisierung mitschwimme. Auf dem Gebiete des Schulwesens werden die Tschechen ganz in den Hintergrund gedrängt. Gerade in den letzten Tagen, als die Führer dieses Staates in der tschechoslowakischen Republik mit den Vertretern der dortigen Regierung höfliche Worte wechselten, und der österreichischen Republik finanzielle Hilfe zugesagt worden ist, wurde ein Vertreter der tschechischen Regierung im Wiener Rathause sehr unfreundlich behandelt. Das Trage nicht zur Verbesserung der Beziehungen bei. Die österreichischen Tschechen sind gerne gewillt an dem Aufbau dieser Stadt mitzuarbeiten, sie könnten die Brücke zwischen beiden Staaten sein, aber man muß ihren Wünschen in Wien wenigstens einigermaßen entgegenkommen. Sie werden für das Budget stimmen, aber fordern, dass die Mehrheit ihre hauptsächlichsten Wünsche erfüllt.

GR. Breyer (chr.-soz.) erklärt, dass durch die Ausführungen des Referenten ein elegischer Zug gegangen sei. Heute ist der 19. Dezember, ein historisches Datum. Heute vor genau 32 Jahren hat das damals gefasste Landesgesetz betreffend die Vereinigung der Vororte mit der Großgemeinde Wien die Sanktion erhalten. Und welcher Unterschied besteht zwischen damals und heute? Das Kapital, von dem die heutige Mehrheit zehrt, ist von der christlichsozialen Partei unter Dr. Lueger geschaffen worden. Hugo Breitner von Jahre 1921 ist ein sorgenbeugter Mann. Drei Jahre ist er mit seiner Partei an der Herrschaft und das Sprichwort „an den Früchten sollt ihr sie erkennen“ kann angewendet werden. Die Früchte befriedigen weder die Bevölkerung noch den Finanzreferenten selbst. Die Mehrheit hat auf ziemlich allen Gebieten der öffentlichen Verwaltung versagt, alles ist anders gekommen als die Mehrheit vorausgesagt hat und aus dem hoffnungsfreudigen seinerzeitigen Referenten ist ein Mann geworden, der an Gewerbe, Industrie und Handel als seine letzte Hoffnung appelliert. Hiezu habe er aber keine allzugroße Berechtigung, da seine Partei nichts getan hat, auch nur einen von diesen Zweigen zu unterstützen. Im Gegenteil, die Gewerbetriebe wurden unter der Fuchtel der Steuerpresse gedrückt, ja es freut den Referenten sogar, dass wegen der Nichtentrichtung

der Luxuswarenabgabe Gewerbetreibende in den Arrest gesteckt werden. Was die Exzesse vom 1. Dezember anlangt so müsse Redner darauf verweisen, dass das Organ der Mehrheit die Verantwortung den unverantwortlichen Elementen zugewiesen habe. Vergebens habe er eine Äusserung in Wort oder Schrift gesucht, die darauf hinweise, dass sich die Partei des Referenten bemüht hätte, diese Elemente von ihrem Tun abzuhalten. Die Mehrheit war ein stillschweigender Kompagnon der unverantwortlichen Elemente, auf die sie die ganze Schuld der traurigen Ereignisse wälzt.

GR. Erdner (Deutschnational) sagt, dass die ganze Budgetdebatte eigentlich überflüssig sei, da ja der Voranschlag im Klube der Mehrheit durchberaten und beschlossen wurde, und weil ja alles, was im Gemeinderat hiezu gesprochen wird, von der Mehrheit regiert werde. Wenn auch die Ziffern des Budgets imaginär seien, so handele es sich doch um die Wiederaufrichtung und den Aufbau der Stadt Wien und Oesterreich und von diesem Gesichtspunkte aus sei es Pflicht aller Parteien - und das möge auch vom Nationalrate gesagt sein, - für dieses zu stimmen. Redner beschäftigt sich mit einzelnen Gruppen des Budgets, den Unternehmungen, von denen man sagen könne, dass sie saniert sind, wobei doch zu wünschen wäre, dass sie nicht ihren Betriebsfond von den Großbanken ausgeliehen haben brauchten. Ein äußerst wehes Kapitel des Budgets sei die Wohnungsfürsorge, die gänzlich versage. Ebenso lasse die Strassenpflege vieles zu wünschen übrig. Es wäre auch Pflicht der Gemeinde gewesen, zur Erhaltung der Universität einen entsprechenden Betrag einzustellen. Am Schluss seiner Ausführungen entgegnet der Redner auf die Bemerkungen des GR. Klimesch wegen des deutschen Charakters der Stadt Wien und wegen der Hilfe, die von der Tschechoslowakei, Oesterreich werden soll.

GR. Härmann (Soz.-Dem) bezeichnet die Behauptung der christlichsozialen Redner, dass die Budgetrede des Referenten auf einen elegischen Ton bestimmt war, als unzutreffend. Im Gegenteil, es war ein Optimismus der Grundzug seiner Ausführungen, ein Optimismus, der zu der Hoffnung berechtigt, dass es der Tatkraft der jetzigen Verwaltung gelingen werde, die Stadt aus dem Tiefstand ihres wirtschaftlichen Elends herauszuarbeiten. Gegenüber der Behauptung des GR. Kienböck, dass der Staat zu den Auslagen Wiens mit 8 Milliarden trägt, müsse darauf verwiesen werden, dass die Steuerkräfte Wiens sich nicht zugunsten der Stadt auswirken können, weil sie durch die Machtbefugnisse des Staates gar gehemmt sind. Deshalb ist es durchaus nicht so unverständlich, wenn der Staat zur Erhaltung der Gemeinde den, zu seinem 300 Milliarden Defizit verhältnismäßig minimalen Beitrag von 8 Milliarden beisteuert. Die Sozialdemokraten haben bei ihrem Einzug in das Rathaus außer ihrem guten starken Willen auch die Eignung mitgebracht, die Stadt wirklich zu verwalten. Dieser Wechsel habe sich unter äußerst ungünstigen Auspizien vollzogen. In einer Zeit, wo ein völliges Chaos herrschte, mußten sich die Sozialdemokraten, von der Sturmflut der Revolution zur Macht gelangt, erst nach und nach in die Verwaltung einarbeiten, während die Christlichsozialen seinerzeit, als sie ans Ruder gelangten, jahrzehntelang Gelegenheit hatten, die Verwaltungstechnik zu studieren. Die Sozialdemokraten haben alle die großen Hindernisse die sich der Verwaltung einer Stadt in den Weg stellten, gemeistert. Und die Tatsache, dass wir dieses Gemeinwesen nach und nach aus schwerer Bedrängnis herausbrachten, ist ein sprechendes Zeugnis für die rüstige Art, wie die Verwaltung jetzt geführt wird. Die Christlichsozialen haben am Anfang, als sie als Minderheit in diesen Saal einzogen, erklärt, dass sie sich auf das angenehme und geschmackhafte Brot der Opposition einrichten wollen. Wie sie das

WIENER RATHAUSKORRESPONDENZ.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Micheu.

27. Jahrgang, Wien, Mittwoch, den 28. Dezember 1921.

.....
Entfallende Sprechstunde. Morgen Donnerstag entfällt die Sprechstunde bei Stadtrat Speiser wegen dienstlicher Verhinderung.

.....
Sylvesternachtverkehr auf der Strassenbahn. Anschliessend an den Abendverkehr vom 31. ds. wird auf den Hauptlinien der Strassenbahn ein Sylvesternachtverkehr durchgeführt. Die letzten Züge werden vom Ring nach den Außenstrecken ungefähr um 3 Uhr nachts abgehen. Auf dem Zügen dieses Nachtverkehrs wird der Einheitsnachtfahrpreis von K 80.- für Erwachsene und Kinder eingehoben. Monats- und Halbjahresnetzkarten sind gültig, Streckenkarten, Anweisungen auf freie oder ermässigte Fahrt oder im fahrplanmässigen Verkehr des Vorkehrtes gelöste Fahrscheine sind auf den Nachtverkehrswagen ungültig. Die Linien des Nachtverkehrs sind aus dem in den Strassenbahnwagen angebrachten Verzeichnissen zu ersehen. Der Bahnhofrundverkehr entfällt in der Sylvesternacht.

.....
Der Preisrückgang auf dem Rinder- und Fleischmarkt. Damit der starke Preisrückgang auf dem gestrigen Rinder- und Fleischmarkt tatsächlich im Kleinverkaufe zum Ausdruck komme, wurde das Marktamt beauftragt eine verschärfte Kontrolle der Preisbildung in den Wiener Fleischbänken aller Art durchzuführen. Bei dieser Kontrolle werden die Markt-
amtsbeamten auf Grund der Verordnung über die Versorgung der Bevölkerung mit Bedarfsgegenständen insbesondere auch die Vorräte in diesen Geschäften an Rindfleisch aus der vorigen Woche aufzunehmen haben, um feststellen zu können, ob und inwieweit mit den dieswöchigen Rinderpreisen allenfalls nicht im Einklange stehende Rindfleisch-
Detailpreise durch die im Preise höher stehenden Rindfleischmengen der Vorwoche gerechtfertigt sind. Dieses strenge Vorgehen des Markt-
amtes ist eine Notwendigkeit, da die Bevölkerung unter den exorbitant hohen Fleischpreisen, die auf das Steigen der Rinderpreise in den letzten Wochen zurückzuführen sind, im Konsume von Fleisch sehr schwer beeinträchtigt war. Es müssen daher alle Verkehrungen getroffen werden, die geeignet sind, eine nicht durch die Einkaufspreise gerechtfertigte Preisbildung hintanzuhalten. Für die Fleischhauer selbst ist eine strenge Kontrolle durchaus wünschenswert, weil sie nur so vom Verdachte einer Preistreiberei befreit werden.

.....
Lehrerhausverein. Lichtbilder-Vortrag, Mittwoch, 4. Jänner, 7 Uhr abends Festsaal des Lehrerhauses. „Reise um die Erde“, mit Eigenaufnahmen des Vortragenden Herrn Alfred Hofmann. Sitzanweisungen in der Vereinskanzlei.

.....
Aviso!

Der heutigen Ausgabe liegt die „Besuchsordnung der österreichischen Sammlungen in Wien“ und der Tätigkeitsbericht des Marktamtes im November zur gefälligen Benützung bei.

.....

Ich will hier offen erklären, daß ich kein Freund der zwangsweisen Entfernungen bin. Festzustellen ist jedoch, daß die Zahl der amtlichen Räumungen im vergangenen Jahre 160⁰⁰⁰ betrug, im laufenden Jahre hingegen bisher 420, sodaß sich die Zahl nahezu verdreifacht hat. Wenn gesagt wird, daß wir bei der Räumung der Flüchtlingswohnungen sehr säumig waren, so ist es nicht richtig. Im Jahre 1920 wurden 53 Flüchtlingswohnungen geräumt, in den ersten zehn Monaten d.J. 63. Von der Tätigkeit der Mietämter ist zu sagen: Im Jahre 1920 wurden über Mietzinssteigerungen in 87.000 Wohnungen, in den ersten drei Vierteln dieses Jahres Entscheidungen über Zinssteigerungen in 165.000 Wohnungen getroffen. In einem Drittel sämtlicher Wohnungen wurde der Mietzins gesteigert. Im ersten Halbjahr d.J. wurde der Mietzins um rund 75% des Mietzinses von 1917, im dritten Quartal ungefähr um 120% erhöht. Dies kann als Beweis gelten, daß die Reden von der hausherrnfeindlichen Stimmung der Mietämter nicht zutreffen. Im ersten Halbjahr d.J. wurden 116.424 Entscheidungen gefällt, wovon 1954 als ^{un}zulässige Steigerungen, 68.900 als teilweise zulässig und 45.500 als vollständig zulässig erklärt. Von 48.400 Entscheidungen im dritten Quartal waren 1250 Steigerungen unzulässig, 24.500 zulässig und 22.600 teilweise zulässig. Man kann sich aber der Tatsache nicht verschließen, daß die gegenwärtige Art der Zuweisung von Wohnungen und die Behandlung des Wohnungswesens nicht mehr den gegenwärtigen Verhältnissen entsprechend, erfolgt. Es wird daher ein neues Zuweisungsverfahren ausgearbeitet, das in allernächster Zeit in Wirksamkeit treten soll.

Vom Kleingartenwesen kann gesagt werden, daß es ein Kapital ist, dessen Führung allgemein Befriedigung findet.

Dem Arbeiterfürsorgeamt wird in Bärde das Berufsberatungsamt, das gemeinsam mit der Kammer für Arbeiter und Angestellte errichtet wird, angegliedert werden. Die praktische Tätigkeit wird die Gemeinde haben, die theoretische die Kammer.

Durch Gesetz der Nationalversammlung wird die Hausgehilfinnenkrankenversicherung sowie die der industriellen Arbeiterschaft vom 1. Jänner an eingeführt. Die jetzt bestehende Hausgehilfenkrankenkassa wird dadurch überflüssig und es finden Beratungen über die weitere Tätigkeit dieser Stelle statt.

Im abgelaufenen Jahre wurden mit Hilfe des Wohn- und Siedlungsfonds 315 Wohnungen errichtet, 369 Wohnungen befinden sich in Bau und im Frühjahr sollen 457 Wohnungen fertiggestellt werden und ebenso 141 Wohnungen von Wohnungsgenossenschaften. Der Wohn- und Siedlungsfond wurde mit 1 Milliarde Kronen verteilt auf 50 Jahresraten, geschaffen. Durch die Equivalentbeiträge von den Wohnungsanforderungen dürfte die diesjährige Rate des Wohnungsfondes von 50 Millionen Kronen auf 250 Millionen erhöht werden. Festgestellt muß werden, daß die Equivalentbeiträge von angeforderten Wohnungen nur dann verlangt werden, wenn es sich um überzählige Wohnungen handelt, die nicht zweckmäßig sind und andere herzustellen unzweckmäßig ist.

Wien, Mittwoch, den 28. Dezember 1921 - Abendausgabe.

Beschaffung von Betriebskapital für die Gas- und Elektrizitätswerke. Die Beschaffung des notwendigen Betriebskapitals bildet für die städtischen Unternehmungen genau dieselben Schwierigkeiten wie für die privaten Betriebe. Durch die unausgesetzt steigenden Lebensmittelpreise müssen den Bediensteten erhöhte Bezüge gewährt werden, ferner erfordert die Beschaffung der notwendigen Kohle und der anderen Betriebsmaterialien grosse Beträge, über die weder die Betriebe noch die Gemeinde verfügen. Daher hat der Gemeinderat bereits am 4. Jänner 1921 den Beschluss gefasst, dass die Konsumenten von Gas und elektrischem Strom verpflichtet sind, den achten Teil des voraussichtlichen Jahreskonsums in der Form von Vorauszahlungen zu leisten. Da der vorausbezahlte Betrag den gegenwärtigen Preisen nicht mehr entspricht, hat der Unternehmungenausschuss heute beschlossen, dass anfang des nächsten Jahres die Gas- und Stromabnehmer abermals eine Vorauszahlung nach den letzten Preisen in der Höhe eines Achtels des voraussichtlichen Jahreskonsums zu leisten haben. Die im Jahre 1921 geleistete Vorauszahlung wird selbstverständlich in den nunmehr zu leistenden Betrag eingerechnet

Die Weihnachtsspende für die Lehrlingerholungsheime. Bürgermeister Reumann hat der Lehrlingsfürsorgeaktion einen Betrag von 200.000 K. gespendet, wofür die Leitung der Aktion in ihren Heimen in Fischau a.d. Schneebergbahn, in Wiederalm bei Salzburg und in Wieselburg die Kosten der Weihnachtsfeiern bestritt. Die Pfleglinge erhielten Lebensmittel, und andere praktische Geschenke.

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Mischeu

27. Jahrgang, Wien, Donnerstag, den 29. Dezember 1921.

W i e n e r L a n d t a g a l s G e m e i n d e r a t .

Sitzung vom 29. Dezember 1921.

Präsident Schmid (chr. soz.) eröffnet die Sitzung.

Präsident Dr. Danneberg berichtet über die Gesetzesvorlage, womit ein selbständiges Land Wien (Trennungsgesetz) gebildet wird, und führt aus, daß der heutige Tag ein denkwürdiger in der Geschichte dieser Stadt ist. Es wird heute der Schlußstein zu einer Entwicklung gelegt, die für Wien von ganz besonderer Bedeutung ist. Schon vor Jahren war von der Angelgenheit die Rede, doch hatte ein Lösung in der Monarchie wenig Aussicht. Die Verhältnisse haben sich um die Frage der Trennung ist in der Republik immer wieder erörtert worden. Die Trennung wurde von Wien und vom flachen Lande verlangt. Dieses Verlangen ist begreiflich, da die Struktur von Niederösterreich eine solche war, daß Wien die überwiegende Mehrheit im Landtage von Niederösterreich hatte und so die Entscheidung über alle Angelegenheiten des ~~fixx~~ ganzen Landes zu treffen hatte. Diese Stellung wurde von der ländlichen Bevölkerung als eine Einschränkung ihrer Autonomie empfunden. Vom Wiener Standpunkte aus mußte man darauf hinweisen, daß in einer Zeit, wo kleine Gebietskörperschaften wie Vorarlberg und Salzburg autonom sind, einer Stadt, die drei Zehntel der Bevölkerung des ganzen Staates beherbergt und die weit mehr als drei Zehntel von Deutschösterreich in wirtschaftlicher Bedeutung ausmacht, die Autonomie versagt bleiben soll. Dazu kam noch, daß ^{an} einer Lösung dieser Frage auch die anderen Länder der Republik interessiert gewesen sind. Wenn Deutschösterreich ein Bundesstaat werden sollte, und wenn nicht jedes Land ~~gleichzeitig~~ eine Stimme haben sollte, sondern unterschieden werden musste nach der Größe und Bevölkerungszahl der einzelnen Länder, dann war es für diese unerträglich, daß dieses Niederösterreich mit Wien das Übergewicht über alle haben sollte. Die Länder selbst haben also die Trennung verlangt. Die schwierige finanzielle Lage, in die die ganze Republik und alle Länder und Gemeinden geraten sind, haben die Lösung der Frage beschleunigt. Im alten Niederösterreich hat Wien acht Zehntel der Steuern aufgebracht, die geleistet werden mussten, obwohl es nicht einmal sechs Zehntel des Landes bildete. Es war dies also eine übermäßige Belastung für Wien in einer Zeit, da die Gemeinde Wien die grössten Anstrengungen machen mußte, seinen Haushalt in Ordnung zu halten. Es war ein Undang seine Steuerzahler mit Ausgaben zu belasten, die für das Land Niederösterreich geleistet werden mußten.

Es war nicht verwunderlich, dass im Sommer 1920, als die Bundesverfassung fertiggestellt wurde, die Durchführung dieses Trennungsgedankens in der Bundesverfassung schon eingeleitet wurde. Man hat schon dadurch eine vorläufige Trennung festgesetzt und beide anteile erhielten das Recht der selbständigen Finanzverfassung. Es war von Anfang an klar, dass es sich dabei nur um ein Provisorium handeln konnte, da der gemeinsame Landtag, der entstanden ist, kein recht der Finanzgesetzgebung hatte. Damit fehlte ihm die Wurzel der ratf einer parlamentarischen Körperschaft. Dass er nicht eine allzu grosse Bedeutung hatte stand im besonderen Widerspruch zu seiner Größe.

Wenn der entscheidende Schritt für die Trennung schon durch die Bundesverfassung geschehen ist, so war alles weitere nur noch ein Fortschreiten auf diesem Wege. Dieses Fortschreiten war nicht leicht. Denn bei der vollständigen Trennung waren weniger politische als vermögensrechtliche Fragen sehr schwieriger Natur zu lösen. An ihrer Lösung ist während des ganzen Jahres gearbeitet worden und wenn wir heute zwei Tage vor Torschluss uns erst mit diesem Gesetze beschäftigen können, so ist das nicht darauf zurückzuführen, daß man während des ganzen Jahres nichts getan hat, sondern es haben sich eben die Verhandlungen über diesen Gegenstand während des ganzen Jahres hingezogen und konnten wegen der Schwierigkeit der Materie erst jetzt zu einem Abschluß gebracht werden. Dieser Abschluß war nicht leicht. Wenn ich heute als Referent dieses Elabrat zu vertreten habe, kann ich es nicht tun mit dem Gefühle eines Siegers über die anderen. Es konnte bei diesen Verhandlungen nicht darauf angelegt werden, daß der eine siegt, der andere unterliegt, daß der eine besondere Vorteile auf Kosten des anderen erringt, es konnte sich nur darum handeln, einen gerechten Ausgleich der Interessen zu finden. Härten, die für beide Teile bei einer Trennung entstanden, in einem solchen Elabrate auszugleichen und das glaube ich sagen zu können, daß es gelungen ist. Wir dürfen bekennen, daß hier nicht ein Sieg Wiens über Niederösterreich oder umgekehrt vorliegt, sondern daß hier der Versuch einer gerechten Lösung dieser Frage gemacht worden und wohl auch gelungen ist. Es muß anerkannt werden, daß von beiden Landtagen nicht nur die Parteien der Majoritäten, sondern auch die großen Minoritätsparteien sich alle Mühe gegeben haben, um zu einem gerechten Ausgleich zu gelangen.

Was den Inhalt des Gesetzes selbst anlangt, so ist er in der letzten Zeit in der Öffentlichkeit hinlänglich bekannt geworden und ich möchte nur wenige Fragen herausgreifen.

Das Komplizierteste was zu lösen war, war die Teilung der Humanitätsanstalten. Wenn man sie ihrem äusseren Werte nach schätzen wollte, so wäre das in der heutigen Zeit ungeheuer schwer gewesen und man wäre zu keinem Resultat gekommen. Es kommt nicht darauf an, was die Ziegel der Anstalten wert sind, es muß vielmehr beurteilt werden, welche Lasten die Erhaltung einer solchen Anstalt für die Gemeinde oder das Land bedeuten und welcher Bedarf für solche Anstalten bei den Ländern besteht. So kam man zu dem Ergebnisse, das in diesem Entwurf niedergelegt ist.

Eine andere sehr schwierige Frage war die Frage der Landeseseisenbahnen, die noch immer nicht ganz geklärt ist. Man hätte im vorigen Jahre bei Schaffung des gemeinsamen Landtages sagen können, die Eisenbahnen sind bis auf geringe Teile auf dem Gebiete Niederösterreichs gelegen, was kümmern sie Wien, die soll sich Niederösterreich-Land nehmen. Aber man mußte andererseits sagen, daß die Bahnen verkehrspolitisch für Wien von grosser Bedeutung sind und dass Wien an

ihrer Führung interessiert ist. Darum sind wie eine gemeinsame Angelegenheit, während dieses Jahres geblieben und bleiben es weiter, wenn nicht der Bund die Führung der Bahnen übernimmt.

Wie n.ö. Landeshypothekenanstalt sollte ursprünglich unter gemeindamer Verwaltung bleiben, aber bei der Mehrheit des n.ö. Landtages war der Wunsch ausserordentlich drängend, eine eigene Landeshypothekenanstalt für das Land N.Oe. zu schaffen. Aus diesem Grunde mussten wir der Liquidierung des bestehenden Institutes zustimmen, obgleich wir diese Lösung für keine glückliche halten.

Die Beamten sind zum überwiegenden Teil Angestellte der Humanitätsanstalten, sie werden von dem betreffenden Land übernommen. Die Angestellten der jetzigen Zentralverwaltung übernimmt entweder das Land N.Oe. oder das Land Wien, und die entbehrlichen Beamten werden gemäss der Dienstpragmatik in den zeitlichen Ruhestand übersetzt.

Es waren auch Kulturfragen zu lösen, darunter das Schicksal des Landhauses, das für die Stadt Wien besondere geschichtliche Bedeutung hat. Auf dieses Gebäude konnte Wien unmöglich glattweg verzichten, andererseits war es aber durchaus verständlich, dass die n.ö. Landesregierung weiterhin in dem eigenen Gebäude verbleiben wollte und damit auch in Wien. Der Ausgleich wurde nun dahin getroffen, dass das Land N.Oe. der freie Eigentümer des Hauses wird, mit der Verpflichtung, an den historischen Charakter nichts zu ändern. Von dem Augenblick an, wo die niederösterreichische Landesregierung ihren Sitz verlegt, tritt der alte Zustand wieder ein, daß nämlich beide Länder Besitzer des Hauses sind und die Stadt Wien das Kaufrecht auf dem andern Teil hat. Das Land übernimmt weiter das Landesmuseum, während die moderne Galerie ins Rathaus übersiedelt.

Im ganzen und grossen ist also eine durchaus gerechte Lösung zustande gekommen. Wenn auch die politische Verwaltung, die Finanzgesetzgebung, die soziale Verwaltung und der Kulturbesitz getrennt worden sind, die wirtschaftlichen Zusammenhänge zwischen Wien und Niederösterreich können, sollen und dürfen nicht gelöst werden. Und an eine Lösung solcher Zusammenhänge hat man auch nicht gedacht. Es sind Bürgschaften in dem Gesetze geschaffen worden, damit die politische Trennung beider Länder nicht zu wirtschaftlichen ~~xxxxx~~ Zerreißen führt. Vom Standpunkte Wiens aus, muß auf ein gutes Einvernehmen mit dem Land Niederösterreich Gewicht gelegt werden. So schwierig die Vorverhandlungen und so stürmisch mitunter sie verlaufen sind, es ist doch zu einem Einvernehmen gekommen und keine Erbitterung zurückgeblieben. So dürfen wir hoffen, daß mit der Trennung auch das wirtschaftliche und kulturelle Gedeihen beider Länder verbürgt ist, daß sie sich allmählich von den schweren Folgen des Krieges erholen und beide Länder gedeihen werden, zum Nutzen ihrer Bevölkerung.

GR Kunschak (chr.-soz.) pflichtet dem Referenten bei, wenn er feststellt, daß die Angelegenheit eine bedeutungsvolle und der heutige Tag ein denkwürdiger ist, wenn auch in seiner Partei kein Fünkchen Freude oder Begeisterung angesichts der vorzunehmenden Entscheidung ruht. Es kann nicht als Zeichen des demokratischen Fortschrittes gewertet werden. Daß die Trennung von Wien und Niederösterreich in der Monarchie wegen der höheren Mächte nicht durchgeführt werden konnte, trifft nicht zu, denn es waren es die politischen Parteien, die sich gegen eine Trennung aussprachen, es war der Wille der politischen Parteien, der Vertreter der Stadt Wien und des flachen Landes. Die Situation ist heute eine wesentlich andere als damals im Jahre 1891, weil in der Bundesverfassung vorgesehen ist, daß Wien ein selbständiges Land bilden kann und soll. Es ist darin aber nicht ausgesprochen, daß die Trennung vom flachen Lande restlos zu erfolgen hat. Diese Entscheidung ist den beiden Landtagen vorbehalten. Die Zustände, die nun geschaffen werden sollen, werden weder im Interesse der Stadt Wien noch des flachen Landes gelegen sein können, für das wirtschaftliche Leben der Stadt Wien werden sich ebenso ernste Schwierigkeiten ergeben, wie für das Land Niederösterreich. Der Hinweis auf die finanzielle Selbständigkeit beider Länder kann eine Beruhigung nicht geben. Es ist richtig, daß Wien zum gemeinsamen Haushalt den größten Teil der Bedeckungssumme beigetragen hat. Aber die Frage der Gemeinsamkeit darf nicht vom fiskalischen Gesichtspunkt aus beurteilt werden. Wem in dieser Frage der Trennung nur ein Bleistift und ein Rechenzettel zur Verfügung stehen, kann ein Urteil überhaupt nicht abgeben. Die Angelegenheit steht auf einer viel höheren Warte. Ist es doch bezeichnend, daß in einem Augenblicke, als die Gemeinsamkeit aufgehoben werden soll, die Gemeinde Wien in die Notwendigkeit versetzt war, die Gemeinsamkeit zu suchen. In den Verwaltungsrat der „WAG“ sind auch Vertreter des Landes Niederösterreich als Kompagnon aufgenommen worden, so daß dieses Unternehmen kein reines Unternehmen der Gemeinde mehr ist. Es zeigen sich also die starken wirtschaftlichen Kräfte, die auf das Verhältnis zwischen Wien und dem flachen Lande wirken.

Ich stelle nochmals fest, dass uns die heutige Entscheidung in keiner Weise Befriedigung bietet. Es wird vielleicht darauf verwiesen, dass wir doch an dieser Entscheidung mitgewirkt haben. Gewiss wir haben daran mitgewirkt, parteimässig schon als im Nationalrat die neue Verfassung geschaffen wurde und wir unsere Zustimmung gegeben haben, dass Wien als eigenes Land einen gewissen Grad der Selbständigkeit erhalte, aber wir haben damals nicht im Auge gehabt eine vollständige Trennung, sondern sind von der Ansicht ausgegangen, dass die bisherigen gemeinsamen Kompetenzen einer Revision unterzogen werden und dass man eine neue Form für die politische und wirtschaftliche Gemeinsamkeit finden und aufrechterhalten werde. Zu diesem Ziele das in der Verfassung seine Möglichkeit hat sind wir nicht gekommen, sondern zur restlosen Auflösung der Gemeinsamkeit. Wir haben auch an dem Gesetze mitgewirkt, das uns heute vorkliegt, weil wir von vornherein damit rechnen mussten, dass es zur Trennung kommt, mit uns oder gegen uns. Wir werden eine solche Entscheidung nicht aufhalten können. Und daher war es vernünftiger dahin mitzuwirken, dass bei dieser Trennung das Interesse der Gemeinde Wien nach Möglichkeit gewahrt werde und schwere Schädigungen so weit sie zu vermeiden sind, auch wirklich vermieden werden. Wir können dabei noch als

Argument ins Treffen schicken, dass der gegenwärtige Zustand nicht aufrecht erhalten werden kann. Die Gemeinsamkeit wie sie sich jetzt dargestellt hat, aufgebaut auf dem gemeinsamen Landtag ohne Steuerrecht und auf die Verwaltungskommission ist unhaltbar und hat auch unwürdige Formen angenommen. Die Behandlung, die dem gemeinsamen Landtage zuteil wurde, ist alles andere als eine Verbeugung vor dem demokratischen Geiste unserer Zeit. Ist die Handlung einer übermächtigen Autokratie, die glaubt, die Untertanen wie Schuhfetzen behandeln zu dürfen. Dass daher diese Zustand ein Ende finde diese Schmach auf die Demokratie beseitigt werde, ist eine politische Notwendigkeit ebenso die Beseitigung der Verwaltungskommission. Es ist nur die Frage, ob die Form des gemeinsamen Landtages und der Verwaltungskommission die einzige mögliche Form der Aufrechterhaltung eines gemeinsamen Verhältnisses zwischen Wien und dem flachen Lande gelegen ist. Ich meine, bei einigem guten Willen - dieser hat aber den Vätern des gemeinsamen Landtages gefehlt - hätte man eine erträgliche und zweckdienliche Form der Gemeinsamkeit zwischen Wien und dem flachen Lande finden können. Es hat aber nicht nur der gute Wille gefehlt, sondern man hat mit Absicht die Form des gemeinsamen Landtages und der Verwaltungskommission gewählt, um die Gemeinsamkeit so zu diskreditieren, dass schließlich nichts anderes übrig blieb, als sie zu beseitigen. Mit diesem Zustande haben wir gerechnet, als wir unsere Vertreter ermächtigt, an den Verhandlungen über das heutige Gesetz teilzunehmen und diesen Tatsachen ausgehend, haben wir uns auch entschlossen dafür zu stimmen, wo bei ich vom Herrn Vorsitzenden erbitte, dass über Artikel 12 dieses Gesetzes gesondert abgestimmt werde, weil wir nicht in der Lage sind, für diesen Artikel zu stimmen, und zwar aus dem Grunde, weil die Liquidierung der Hypothekenanstalt die unglücklichste Lösung ist. Die Landeshypothekenanstalt ist das einzige Hypothekarkreditinstitut, das wir haben und unterliegt keinem Zweifel, dass der Bedarf nach Hypothekarkrediten in Wien außerordentlich groß ist. Es muß daher ungemein schmerzlich empfunden werden, wenn dieses Institut zu funktionieren aufhört. Gewiss wird es auch dann möglich sein Hypothekarkredite zu erlangen, aber man frage nicht, unter welchen Bedingungen. Die Landeshypothekenanstalt war ein gemeinnütziges Unternehmen wenn seine weitere Tätigkeit lahmgelegt wird ist das eine schwere Schädigung des Wiener Interesses. Nicht nur aus Gründen wirtschaftlicher Pietät, sondern aus Gründen der wirtschaftlichen Raison können wir für die Liquidierung nicht unsere Stimme abgeben.

Am Schlusse meiner Ausführungen möchte ich nur dem einen Wunsche Ausdruck geben, dass uns die geschichtliche und wirtschaftliche Entwicklung dieser Stadt und des Landes Niederösterreich in allen unseren Befürchtungen unrecht geben möge. Dass diese Entwicklung einen solchen Gang nehme, der diese Trennung in späteren Jahren gerechtfertigt und nicht als einen schweren Fehler der herrschenden Partei im Lande Niederösterreich und in der Stadt Wien erscheinen läßt. Wir zeigen in dieser Frage nicht nach dem Ruhme Recht zu haben, sondern wünschen aus ganzem Herzen, als treue Söhne des alten Landes Niederösterreich und dieser Stadt, dass uns die Zukunft in allen Belangen unserer Befürchtung unrecht geben möge.

4
G.R. Erntner (deutschn.) stimmt den Ausführungen Kunschaks in-
soweit zu, dass die Mehrheit schon bei der ersten Trennung die Ab-
sicht hatte, auf die vollständige Loslösung hinzuarbeiten. Das
sei im Interesse beider Länder sehr zu bedauern. Redner erklärt
er werde die Rückverweisung der Vorlage beantragen, falls sich er-
geben sollte, dass vom gemeinsamen Landtag ein vollständig gleich-
lautendes Gesetz nicht beschlossen worden ist. Schliesslich stellt
Redner einige Abänderungsanträge, darunter den auf den Ausbau der
Mariazellerbahn nach Wien auf Grund der vorliegenden alten Projekte.
Bezüglich der Beamten bespricht er: Jene Angestellten, welche von
keinem der beiden Länder übernommen werden sind unter Zurechnung
von 10 Dienstjahren ab 1. Jänner 1922² in den dauernden Ruhestand
zu versetzen und, soweit sie nicht pensionsberechtigt sind, abzu-
fertigen. Diesen Angestellten ist auf ihr Ansuchen ein Urlaub bis
zur Dauer von 6 Monaten, unter Umständen auch bis zu einem Jahre
unter Belassung ihrer aktiven Bezüge zu gewähren. Auf die pensio-
nierten Landesangestellten finden die Bestimmungen des staatli-
chen Pensions-⁰ und Beamtenabbaugesetzes sinngemäss Anwendung.

GR. Bermann (Soz. Dem.) nennt einen Streit darüber, ob die po-
litischen Parteien seinerzeit nicht in der Lage waren oder nicht woll-
ten, die Trennung durchzuführen, in der geschichtlichen Stunde als
überflüssig. Die Notwendigkeiten unserer Zeit sprechen diktatorisch
für die Trennung und die Redner der Debatte durchzog Sentimentalität,
wenn sie von der ZerreiSSung historischer Gebilde sprachen. Die Tren-
nung wird auch mit dem Willen/^{der} Vertreter des Landes Niederösterreich
vollzogen und man könne der Trennung die Zustimmung geben, weil/^{man}
der Notwendigkeit der Zeit gerecht werden müsse, um für Wien die Mög-
lichkeit einer freieren und unabhängigen Entwicklung zu schaffen. Red-
ner beantragt, dass in dem Artikel betreffend die Uebernahme der Beam-
ten nicht die Landesverwaltungskommission sondern die Abrechnungskom-
mission für Wien und Niederösterreich entscheidend sein solle, dass es
weiter im Artikel 19 statt Verfassung Verfassungsgesetz lauten solle.

Der Referent weist in seinem Schlusswort darauf hin, dass sich
die Anschauungen der politischen Parteien aus früheren Zeiten in der
Trennungsfrage geändert haben und dass auch die christlichsoziale Par-
tei durch ihre Mandatare Kunschak, Schmitz und Zwetzbacher für die
Trennung eingetreten sind, ja dass sogar der ehemalige Bürgermeister
Weiskirchner erklärt habe, dass auch für den Fall des Anschlusses Öe-
sterreichs an Deutschland Wien reichsunmittelbar werden müsse. Die
Trennung wird nicht nur vom fiskalischen Gesichtspunkt aus beurteilt,
sondern sie beinhaltet den Willen der Bevölkerung. Im Verfassungsgeset-
ze steht, dass ein selbständiges Land Wien durch übereinstimmende Ge-
setze der Landtage von Wien und Niederösterreich gebildet werden kann.
Diese Bestimmung ist entscheidend und maßgebend. Hierzu kommt aber, dass
auch das Landesgesetz in keinem Widerspruch zur Bundesverfassung steht,
da dort genau derselbe Wortlaut aus der Bundesverfassung entnommen ist.
Was die Landeshypothekenanstalt anlangt, so konnte eine glückliche,
alle Teile befriedigende Lösung nicht gefunden werden. Gegenüber dem
GR. Kunschak bemerkt der Referent, dass darin kein Widerspruch gelegen
sei, wenn auch weiterhin die wirtschaftliche Gemeinsamkeit zwischen Wi-
en und Niederösterreich nicht aufgehoben erscheine. Es sei vielmehr
eine engere Zusammengehörigkeit dieser beiden Länder in wirtschaftli-
cher Beziehung durchaus wünschenswert, und dass die wirtschaftlichen In-
teressen würden sogar nach erfolgter politischer Trennung weit besser
zum Ausdruck kommen als bisher, weil gewisse Gegensätze nicht mehr in
die Erscheinung treten werden. Es könne auch jeder, der die wirtschaft-
liche Gemeinsamkeit zwischen Wien und Niederösterreich haben wolle, be-
ruhigt für dieses Gesetz stimmen.

GR. Kunschak (chr. soz.) erklärt in einer tatsächlichen Berichtigung
dass er immer ein Gegner der Trennung gewesen sei.

Der Gesetzentwurf wird sodann mit Ausnahme des Artikels 12 (Land-
hypothekenanstalt), für den die Christlichsozialen nicht stimmen,
einstimmig in erster und zweiter Lesung angenommen.

In die Abrechnungskommission für Wien und Niederösterreich werden gemäß den Vereinbarungen der Parteien die Gemeinderäte Breitner, sowie die Abgeordneten Paul Richter, Sever und Honay namens der sozialdemokratischen Partei, die Gemeinderat Rummelhardt und Vizebürgermeister Hoss namens der christlichsozialen Partei gewählt.

GR Breitner (Soz. Dem.) berichtet über die Gesetzesvorlage, womit das Gesetz vom 4. August 1920, betreffend die Einhebung einer Gemeindeabgabe von der Haltung von Hauspersonal im Gebiete der Stadt Wien abgeändert wird. Der Referent bemerkt, daß die Abänderung der Hauspersonalabgabe denselben Ursachen entspringt, wie die bereits bei anderen Abgaben vorgenommenen Änderungen. Angesichts der fortschreitenden Geldentwertung mußte eine Anpassung der Gebührensätze vorgenommen werden. Dem gemäß wurde der erste Abgabesatz von 600 auf von mehr als zwei Hausgehilfin sind vom Dienstgeber anstatt 1200 K künftighin 10.000 K zu zahlen. Wenn man feststellt, daß von den 500.000 Wiener Haushaltungen überhaupt nur 40.000 eine einzige Hausgehilfin haben und, daß die Zahl der mit mehr als einer Hausgehilfin 6000 beträgt, dann muß man sagen, daß eine Aufwendung ist, die die erdrückende Masse der Bevölkerung sich nicht leisten kann und darin liegt das Recht der Gemeinde von den Haushaltungen mit Hausgehilfinnen eine solche Abgabe zu verlangen.

GR Zimmerl (chr. soz.) sagt, daß das Gesetz aus demagogischen Gründen diktiert worden ist, da ein Ertrag des Gesetzes nicht zu gewärtigen sein kann. Es wäre interessant zu wissen, welchen Besatzungsapparat das Gesetz zur Handhabung erforderlich macht. Redner bemängelt, daß zwei Hausgehilfinnen bereits der Steuer unterliegen sollen. Redner stellt die Anträge, daß Krankenpfleger, die zur Wartung eines Kranken verwendet werden, von der Abgabe frei bleiben und daß zwei Hausgehilfinnen von der Abgabe frei bleiben und erst die dritte der Steuer unterliegen sollen.

Str. Siegel (Soz. Dem.) stellt einen Antrag dahin gehend, daß alle öffentlich rechtlichen Krankenversicherungsanstalten verpflichtet werden sollen, dem Magistrat in ihre Aufzeichnungen, sofern nicht eine gesetzlich festgelegte Geheimhaltungspflicht besteht, Einsicht zu gewähren.

Die Anträge Zimmerl und Siegel werden genügend unterstützt und stehen in Verhandlung.

GR Breitner sagt, GR Zimmerl habe aus dem Gedankenkreise des Großbürgertums heraus gesprochen. Mit Rücksicht darauf, daß sich die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung nicht zwei Hausgehilfinnen leisten könne, müsse das Halten von mehr als einer Hausgehilfin als Luxus betrachtet werden. Es könne wohl Fälle geben, die es nicht als Luxus erscheinen lassen. Doch sei die Steuer so gering bemessen, daß man sie ohnehin nur als Anerkennungsgeld betrachten werde. Es sei durchaus möglich, daß diese kleinen Steuern, sobald man zu einem neuen

Steuersystem komme, verschwinden werden, aber heute sei sie vielfach notwendig, um eine Anzahl anderer drückender Steuern den Menschen verständlich zu machen, die es nicht fassen können, daß man Lebensnotwendigkeiten besteuert und Luxus unbesteuert läßt.

Bei der Abstimmung wird der Gesetzentwurf mit dem Antrage Siegel in erster und zweiter Lesung angenommen. Die Anträge Zimmerl werden abgelehnt.

GR Broczyner (Soz. Dem.) berichtet über die Gesetzesvorlage betreffend die von der Gemeinde Wien einzuhaltenden Kanzleitarif und begründet deren Erhöhung mit der Anpassung an die Geldentwertung.

GR Karl Schmidt (Soz. Dem.) beantragt die Streichung der Posten 6 und 7 betreffend die Einhebung von Gebühren bei protokolllarischen Eintragungen von Abschlüssen von Lehrverträgen sowie bei Eintragungen von Veränderungen radittierter oder verkäuflicher Gewerbe, weil die Regierung gegen diese beiden Posten Bedenken geäußert habe.

Das Gesetz wird sodann unter Ausschaltung der erwähnten Posten 6 und 7 in erster und zweiter Lesung angenommen.

GR Broczyner (Soz. Dem.) berichtet sodann über die Novellierung des Gesetzes wegen Einhebung von Taxen bei Ausstellung von Interimspässen, wonach die Kanzleitarif von 500 auf 1000 K erhöht wird und begründet die Erhöhung mit der Geldentwertung.

Das Gesetz wird in beiden Lesungen ohne Debatte beschlossen.

In die Liquidierungskommission für die niederösterreichische Landeshypothekenanstalt werden gemäß den Vorschlägen der Parteien Nationalrat Paul Richter, Abgeordneter Sever und Landtagsabgeordneter Anton Nagler gewählt.

Präsident Dr. Danneberg: Der Landtag hat heute das erste volle Jahr seiner Tätigkeit hinter sich. Sie war vor allem dazu bestimmt, die Gesetze zu schaffen, die der Gemeinde Wien die erforderlichen Mittel für den Haushalt bringen sollten. Ihr Inhalt mag für den Einzelnen nicht immer erfreulich gewesen sein, aber sie war notwendig, im Interesse der Gesamtheit und haben bewirkt, daß die Gemeinde Wien auch in den schweren Zeiten aufrecht steht und ihr Ansehen unerschüttert geblieben ist. Der Gemeinderat als Landtag empfängt durch das eben beschlossene Trennungsgesetz eine Erweiterung seiner Kompetenz. Neue Aufgaben werden ihm im neuen Jahre zufallen und wir sind überzeugt, daß er ihnen gerecht werden wird. Von dieser Stelle aus wünsche ich allen hohen Herren und Frauen des Hauses für ihre Mitarbeit während des ganzen Jahres und gebe dem Wunsche Ausdruck, daß das neue Jahr ein glückliches Jahr für das Volk von Wien werden möge. (Lebhafte Beifall).

Die Sitzung wird hierauf geschlossen.

Verbrauch des Haustorschlüssels. Der Magistrat teilt mit, wie aus mehreren Beschwerden hervorgeht, sollen manche Hausbesorger bei der Ausfolgung des Haustorschlüssels an die Mietparteien ausdrücklich verlangt haben, daß der Schlüssel nur von den Wohnparteien nicht aber

von ihren Besuchern und Gästen benützt werden dürfe. Es soll auch wiederholt von Personen, die bis nach der Sperrstunde im Haus zu Besuch waren, beim Verlassen des Hauses die Bezahlung des Sperrgeldes mit der Begründung verlangt worden sein, daß nur den im Hause wohnenden Personen das Recht zustehe, das Haus während der Nacht ohne Entrichtung des Sperrgeldes zu betreten oder zu verlassen. Da diese Forderung im Gesetze vom 19. Mai 1921 nicht ausdrücklich geregelt erscheint, wird auf folgendes aufmerksam gemacht: Durch die Sperrgeldverordnung vom 19. August 1921 wird verfügt, daß für das Öffnen der Haustore nach Sperrstunde durch den Hausbesorger an diesem eine Gebühr zu entrichten ist. Unzweifelhaft folgt daraus, daß die Entrichtung einer Gebühr entfällt, falls die Tätigkeit des Hausbesorgers nicht in Anspruch genommen wird. Die Berechtigung des Wohnungsinhabers durch den ihnen zur Verfügung gestellten Haustorschlüssel ihren Besuchern und Gästen ohne jede Inanspruchnahme des Hausbesorgers den Eintritt bzw. das Verlassen des Hauses zu ermöglichen, ist unbestreitbar, da die Hausbesorgerverordnung eine diesbezügliche Einschränkung nicht enthält. Doch sind die Inhaber der Haustorschlüssel verpflichtet ihre Besuche und Beste nur unter ihrer Aufsicht das Hausstor passieren zu lassen, da der Besitz des Schlüssels naturgemäß die Übernahme der Verantwortung für dessen Mißbrauch in sich schließt.

Verwachte Sperrstunde der Milchzufuhr nach Wien. Seit einigen Jahren leidet die Wiener Bevölkerung aus Gründen der verschiedensten Art an einem fortwährenden Milchmangel, der vor allem in der ganz ungenügenden Versorgung der Säuglinge, Kinder und stillenden Mütter zum Ausdruck kommt. Nach vielen Bemühungen ist es endlich gelungen, wenigstens die Kinder bis zum ersten Lebensjahr und die stillenden Mütter halbwegs mit Milch zu versorgen. Nun beginnt plötzlich ein neuer Kampf, der allem Anschein nach von den Bezirkshauptleuten Niederösterreichs ohne jeden Grund und, wie es weiter den Anschein hat, als Ausdruck einer bürokratischen Selbstherrlichkeit vor einigen Tagen seinen Anfang nahm. Der Bezirkshauptmann von Stetsing, der in Wien selbst, 13, Penzingerstrasse 59/60 seinen Amtssitz hat, versucht, der Stadt Wien das im Landessirke Miesling aufzubringende Milchkontingent zu kürzen. Er ist auch nicht davor zurückgeschreckt, durch eine Gendarmerie die Einbringung der Milch unmöglich zu machen. Andere Bezirkshauptleute folgen bereits diesem Beispiele. In einem Schreiben vom 23. ds hat der Bezirkshauptmann von Gänserndorf festgestellt, daß die Stadt Marchegg mit Milch nicht hinlänglich beliefert sei und daß daher Marchegg vom 1. Jänner an voll beliefert werden müsse. Es wird also auch aus dem Gänserndorfer Bezirk die Milchzufuhr nach Wien eingestellt oder verringert werden. Dazu ist zu bemerken, daß die Stadt Marchegg nur 2800 Einwohner hat und aus der im Bezirke Gänserndorf aufgebrauchten Milch ohne Schädigung der Wiener Bevölkerung hinlänglich versorgt werden

Mann, da gerade Gänserndorf ein guter Milchbezirk ist. Wenn der Bezirkshauptmann von Gänserndorf schon eine heidende Massnahmen zur Besseren Belieferung von Marchegg treffen will, so könnte er das in der Weise tun, daß er den Milchschleichhandel, der sich gerade in meinem Bezirk geltend macht, einstellt. Ferner werden aus der Melker Gegend ähnliche Vorbereitungen zur Verringerung der Milchzufuhr nach Wien gemeldet. Wien wird am 1. Jänner 1922 ein selbständiges Land, das mit dem übrigen Land Niederösterreich in Frieden zu leben beabsichtigt und es ist nicht daran zu zweifeln, daß auch das Land Niederösterreich die gleichen Absichten hegt. Es ist daher zu erwarten, daß den Vorstellungen, die Wien in dieser Angelegenheit beim Lande machen wird, nicht ohne Erfolg bleiben wird.

Preisüberschreitungen. Auch die letzten zwei Tage der Weihnachtswoche gaben dem Markt Anlässe gegen die Ausnutzung der durch die Feiertage gesteigerten Nachfrage durch übermäßige Preisforderungen in zahlreichen Fällen einzuschreiten. So mußten wegen Verdachtes der Preisüberschreitung der angemessenen Verkaufspreise folgende Fleischhauer zur Anzeige gebracht werden: Franz Pflug, II., Markt Im Werd, Bernhard Silberstein, II., Glockengasse 29, Siegmund Mass, II., Zirkusgasse 45, Ludwig Tribus, II., Czerninplatz 2, Anton Jukdulak, III., Hauptstrasse 157, Sebastian Gassler, VI., Mittelgasse 10 und Franz Müller, VI., Detailmarkthalle Damböckgasse. Ein beliebtes Objekt zur Förderung übermäßiger Preise waren Äpfel. Hier wurde eingeschritten gegen die Gemüchshändler Franz Lässer, III., Heiligengasse 23, Heinrich Hauptmann, III., Hauptstrasse 181, die Futkallienhändler Franz Ganslmayer, III., Remweg 66, Magdarena Gansko, III., Petrusgasse 5, Maria Schreiber, III., Steingasse 11 und Anton Kukule, III., Baumgasse 40. Gegen die Brennmaterialien und Kleinhändler Ferdinand Czar, IX., Seegasse 4 und Franz Lexa, II., Große Mohrengasse 35 wurde die Amtshandlung eingeleitet, weil ersterer weiches Holz um K 3.- pro Kilogramm, letzterer Kohle um mehr als K 5.- pro Kilogramm über den als angemessen errechneten Preis abgegeben hatte.

WIENER RATHAUSKORRESPONDENZ.

Wien, Donnerstag, den 29. Dezember 1921 - Abendausgabe.

Genossenschaft der bildenden Künstler. Der anlässlich des 60jährigen Bestandsjubiläums der Genossenschaft bildender Künstler von der Gemeinde Wien gewidmete Ehrenpreis wurde von der Jury unter dem Vorsitz des Vizebürgermeisters Emmerling einstimmig dem Architekten Professor August Kirstein zuerkannt.

Sylvesternachtverkehr der Kraftstellwagen. In der Sylvesternacht wird der Verkehr der Kraftstellwagen verlängert, die letzten Wagen gehen ab Stefansplatz ungefähr um 3 Uhr nachts ab.

Die Aufstellung von Gasmessern. Auf die zahlreichen an die Wiener städtischen Gaswerke gelangenden Anfragen, ob die Neuaufstellung von Gasmessern wieder ohne behördliche Genehmigung zulässig ist, teilt die Direktion der Gaswerke mit, dass diese nicht mehr an eine behördliche Genehmigung gebunden ist und die Gaswerke auch in der Lage sind, Bestellungen auf Gasmesser binnen wenigen Tagen auszuführen.

Sitzungen im Rathaus. Der Stadtsenat hält Dienstag vormittags eine Sitzung ab.

Die Herabsetzung der Wertzuwachsabgabe. Das Verwaltungsjahr 1922 wird von der städtischen Finanzverwaltung in ungewöhnlicher Weise eingeleitet werden. Wie wir erfahren, besteht die Absicht, noch im Jänner dem Landtage ein Gesetz zu unterbreiten, durch das eine wesentliche Herabsetzung der derzeit geltenden Wertzuwachsabgabe bewirkt werden soll. Man gibt sich im Rathaus keiner Täuschung darüber hin, daß gegenwärtig nur ein ganz verschwindend kleiner Teil der tatsächlich vollzogenen Haus- und Grundverkäufe mit dem wirklich bezahlten Preisen einbekannt wird. Es besteht die Absicht in diesen besonders schlechten Fall der Steuermoral nicht durch Strafen beizukommen, sondern durch eine Neuregelung der Abgabesätze und gleichzeitige Festsetzung des Eintrittsrechtes der Gemeinde in den vollzogenen Kauf die direkte Abfuhr der Steuer zu erzielen.

Die Wertzuwachsabgabe ist, so wird von maßgebender Seite als Begründung der geplanten Novellierung ausgeführt, unter ganz anderen Verhältnissen und Voraussetzungen geschaffen worden, wie sie gegenwärtig bestehen. Der ursprüngliche Gedanke bei Formung dieser Steuer auswärts und in Wien ist der gewesen, einen Teil jener Wertvermehrung für die Gemeinde zu erfassen, den Grund und Boden und die darauf befindlichen Gebäude im Laufe der Jahre in aller Regel ohne jedes Zutun des Besitzers erfährt. Einfach dadurch, daß das Stadtgebiet sich überhaupt ausdehnt, Acker, Wiesen, Weingärten zu reifen Baugrund werden, durch Strassenzüge, Gartenanlagen, durch Ausdehnung der Versorgung mit Wasser, Elektrizität oder Gas, durch Führung von Strassenbahnlinien, die Realitäten im Preise steigen. Das sind Leistungen und Lasten eines einzelnen sondern der Allgemeinheit, die gegen das Recht hat an dem von ihr geschaffenen Mehrwert zumindest teilzunehmen. Das wird wohl nicht bestritten werden können und innerhalb einer gewissen Grenze treffen alle diese Dinge auch heute noch zu. Was sich grundlegend verändert hat, ist aber etwas anderes. Nämlich der Wert unserer Krone. Heute liegen die Dinge so, daß der Verkäufer eines Hauses trotz Mieterschutzgesetz, das die Entwicklung der Ertragsfähigkeit hindert, ganz wesentlich mehr Kronen bekommt, als er seinerzeit für den Bau oder Kauf verausgabt hat. Der Unterschied besteht indes darin, daß es bis 1914 eben Goldkronen gewesen sind, während jetzt so unendlich entwertete Papierkronen zurückfliegen. Wenn beispielsweise vor Kriegsausbruch ein etwa im Jahre 1906 errichtetes Gebäude, das damals 100.000 K Kosten verursacht hat, im Jahre 1912 um 150.000 K verkauft wurde, so waren es eben in beiden Fällen Goldkronen. Die Gemeinde konnte mit Recht einen erheblichen Teil dieses Gewinnes in Form der Wertzuwachssteuer an sich ziehen. Erzielt aber derzeit ein Objekt, das 1908 mit 100.000 K bewertet wurde, einen weit höheren Preis, so ist bloß ein Teil der Differenz den eingangs dargelegten Gründen zuzuschreiben. Ein anderer erheblicher Teil aber findet seine Begründung darin, daß an Stelle der einstigen guten Kronen, heute sehr schlechte Kronen im Umlauf sind. Diese Tatsache hat förmlich zwangsläufig dazu geführt, daß die Steuer in einem so außerordentlich hohen Maße hinterzogen wird, daß die landesübliche schlechte Steuermoral keine ausreichende Erklärung bietet. Es herrscht eben das Empfinden vor, daß hier tatsächlich ein Unrecht geübt wird, weil nur diese eine Art von Realwerten einer so scharfen Besteuerung unterzogen wird. Die sich beim Verkauf aller Arten von Mobilien, wie Möbel, Schmuck, Bilder, Antiquitäten, Teppichen und sämtlicher Waren überhaupt ergebende Tatsache, daß der Verkäufer vielfach mehr Papierkronen erhält, als er seinerzeit Goldkronen verausgabt hat, bildet nicht die Grundlage einer Sondersteuer. Nicht für alle Realitätenverkäufe treffen indess diese Umstände im gleichen Maße zu. Für den alten Besitz zweifellos. Für den neueren nur im bestimmten Umfang. Deshalb besteht auch die Absicht, künftighin zwei Skalen zur Anwendung zu bringen. Die eine für Häuser und Grundstücke, die vor Ende 1918 zuletzt ihren Besitz gewechselt haben, und eine andere für spätere Erwerbungen. Für die erstere Kategorie sollen die bisherigen Ansätze eine sehr erhebliche Ermäßigung erfahren. Hingegen ist geplant, die zumeist rein spekulativen Transaktionen und überaus häufigen Besitzeränderungen nach Beginn des Nahrungszusammenbruches stärker heranzuziehen als bisher.

Im Zusammenhang damit besteht die Absicht, für die Gemeinde das Eintrittsrecht in den vollzogenen Kauf gesetzlich festzulegen. Innerhalb einer bestimmten Frist soll die Gemeinde die Möglichkeit haben zu erklären, daß sie zu gleichen Bedingungen das Objekt erwirbt. Ist der Preis der Wahrheit entsprechend einbekannt, so geschieht dem Verkäufer damit natürlich gar kein Unrecht. Die Kronen der Gemeinde sind nicht schlechter als die eines jeden anderen Käufers. Ausgenommen davon sollen die Verkäufe zwischen Verwandtenjahen Grades sein. Diese Maßnahme wird natürlich ein sehr starker Antrieb sein, ehrliche Kaufverträge abzuschließen. Die bevorstehende Reform wird in vielfacher Beziehung gut wirken. Der demoralisierende Zustand eines notorischen Massenbetrüges, der vielfach als eine Art berechtigter Notwehr empfunden

den wird, nimmt ein Ende. Damit wird auch das Realitätengeschäft selbst wieder in solidere Bahnen zurückkehren. Gegenwärtig liegt es hauptsächlich in der Hand von Winkelagenten und einer gewissen kleinen Zahl von Rechtsanwälten. Die konzessionierten Vermittler und die meisten Advokaten werden bei Seite geschoben oder ziehen sich freiwillig zurück, weil sie mit der jetzt üblichen Art der Geschäfte nichts zu tun haben wollen. Trotz der beabsichtigten Herabsetzung der Steuer dürfte der Ertrag eher eine Steigerung als eine Herabsetzung erfahren.

Freigabe der Braunkohle. Vom 1. Jänner an wird die Abgabe und der Bezug von Braunkohle wieder vollständig freigegeben. Die Abtrennung der Wochenabschnitte der Kohlenkarten bzw. die Anrechnung auf die Gewerbebezugskarten und Bezugsscheine wurde gleichzeitig untersagt.

Petroleumpreiserhöhung. Ab 2. Jänner wird der Ladenpreis für einen Liter Petroleum auf K 216.- erhöht. Die bisher festgesetzten Wochenmengen bleiben bis auf weiteres süfrect. Eine nachträgliche Ausgabe auf bereits verfallene Abschnitte findet unter keinen Umständen statt.

Christbescherung der Dänenkinder. Der an die dänischen Pflegeeltern der Wiener Kinder vom Zentralkomitee ergangene Aufruf, der Pflegekinder in Wien auch zu Weihnachten zu geschenken, ist nicht unverhört geblieben. Bereits am 5. Dezember kam die Nachricht nach Wien, daß für 3500 Wiener Kinder Weihnachtspakete zur Versendung bereit liegen. Um nun den Wiener Kindern, die seinerzeit in Dänemark waren, den Dänenkindern, diese Gaben zu übermitteln, veranstaltete der dänische Kinderklub gestern im Festsaal des Rathauses eine Weihnachtsfeier. Zur Feier hatten sich Bundespräsident Dr. Hainisch, Vizekonsul der königl. dänischen Gesandtschaft Broch, Generalkonsul Medinger, amtsführender Stadtrat Professor Dr. Tandler, Sektionschef Löwenthal, Hofrat Forematti, Oberphysikus Dr. Böhm, Obermagistratsrat Dr. Hor-nick mit den Beamten des Jugendamtes eingefunden. Tausende von Kindern hatten sich mit ihren angehörigen in dem festlichgeschmückten Festsaal vor einem mächtigen Christbaum versammelt. Eröffnet wurde die Feier durch einen Vortrag dänischer Lieder gesungen von Wiener Kindern, das 5jährige Tüchterchen des Obermedizinalrates Dr. Löwenthal trug ein Begrüßungsgedicht an die Dänen vor.

Präsident des Zentralkomitees der dänischen Kinderhilfsaktion in Kopenhagen Oberrechtsanwalt Jacobsen richtete an die Eltern der Kinder eine Ansprache, in der er u. a. ausführte: Die Kinder wissen es ja und die Eltern haben es vielleicht auch bemerkt, daß wir Dänen mit Liebe an unseren Kindern, an den Wiener Kindern, die in Dänemark waren, hängen. Beinahe 17.000 Kinder sind in Dänemark gewesen, noch ist ein kleiner Rest von 800 Kindern zurückgelieben, um den Winter dort zu bleiben und im April nach Hause zu fahren. Damit hat das Zentralkomitee für den Aufenthalt von Wiener Kindern in Dänemark seine Mission durchgeführt und beendet. Die Kinder können vorläufig nicht mehr nach Dänemark kommen und so kommt eben Dänemark nach Wien. Dort in den Räumen, wo jetzt der dänische Klub für Wiener Kinder eingerichtet ist, ist Dänemark. Dorthin laden Vertreter der dänischen Pflegeeltern die Kinder ein, zu einem mehrstündigen Aufenthalt ein, zu dänischen Büchern und Schriften, zu Vorträgen und zur Aufrechterhaltung der Verbindung zwischen den Kindern und Pflegeeltern. Jede Art politischer oder religiöser Propaganda ist dort ausgeschlossen. Bestrebungen des Klubs können zusammengefasst werden und in der Festigung der Verbindung zwischen den Kindern und Dänemark, in der Schaffung der Gelegenheit zur Erhaltung und zur Erweiterung der Kenntnisse in der dänischen Sprache und in der Gewährung einer guten Unterhaltung. Die Dänen hoffen, daß die Eltern die Errichtung des Klubs als eine Aufforderung zur Zusammenarbeit für das Wohl der Kinder aufnehmen und dass die schöne Absicht, den Kindern zu helfen, von Erfolg gekrönt sei.

Zu den Kindern sprach Präsident Jacobsen, daß das dänische Volk ihnen eine Freistätte mitten in Wien schaffen wolle, um die Erinnerung an Dänemark zu erhalten. Es ist der innigste Wunsch der Dänen die Sorge von den Kindern zu wahren und ihnen für einige Zeit ein sorgloses Leben zu schaffen, sowie es den Kindern in Dänemark gegönnt ist. Die Pflegeeltern in Dänemark denken immer an ihre Wiener Kinder und verfolgen ängstlich die schlechten Nachrichten, die aus Wien kommen. In Vertretung der Pflegeeltern kommt der dänische Klub zu den Wiener Kindern, um sie zu prüfen. Hoffentlich verstehen die Kinder den Gedanken und die gute Absicht, die ausschließlich die ist, die Kinder soweit als möglich zu bereichern, weil die Wiener Kinder die Kinder der Dänen sind, wenn diese sie auch ihren Eltern nicht wegnehmen wollen. Der Dänenklub wird die Kinder mit Rat und Tat unterstützen. Diese aber sollen nicht das Ideal und das Land vergessen, das ihnen geholfen hat. Dadurch werden sie in bester Weise für die Hilfe Dänemarks danken können.

Obermedizinalrat Dr. Löwenthal dankte in bewegter, vielfach von begeisterten Zwischenrufen für Dänemark unterbrochener Rede, den Dänen für ihre Hilfsbereitschaft und versprach, daß die Wiener Eltern und Kinder sich der Wohlthaten der dänischen Pflegeeltern würdig erweisen werden.

Nachdem die versammelten Kinder mit Begeisterung die dänische Hymne gesungen hatten, wurden die 3500 Pakete der dänischen Pflegeeltern an die Wiener Kinder verteilt, womit die Feier ihr Ende fand.

Ein angeblicher Todesfall wegen Delogierung. Vor einigen Tagen brachten einige Blätter die Nachricht von dem Tode einer Frau Hilda Spindler bei der im Februar 1921 durchgeführten Delogierung. Es hieß dort u. a. die Frau sei auf dem Transport gestorben. Das Wohnungsamt, das diese Räumung auf Grund einer rechtskräftigen Anforderung veranlasst hat, legt Wert auf die Bekanntmachung, daß der Arzt die Frau für transportfähig erklärte und daß nach der amtlichen Mitteilung des Totenbeschreibamtes eine Frau mit dem von den Zeitungen genannten, such mit den Akten übereinstimmenden Namen, in Wien im laufenden Jahre überhaupt nicht gestorben ist.

Kohlensussgabe im Jänner und Februar. Die bisher festgesetzten Monatsmengen für Hausbrandzwecke bezw. Monatsengen für Betriebs- und Heizzwecke für Gewerbe, Industrien und Anstalten bleiben auch im Jänner und Februar aufrecht.

Fett- und Mehlsabgabe. Vom 1. bis 8. Jänner werden bei den städtischen Fettabgabestellen 12 dkg xxxxx Margarine zum Preis von K 103.- gegen Abschnitt 277 der Mehl- und Fettbezugskarte abgegeben. Die Größelkaufsgesellschaft für Konsumvereine gibt 12 dkg Pflanzenfett, teils Paketware zu K 111.-, teils Faßware zu K 110.- ab. Organisierte Verbraucher erhalten 12 dkg Pflanzenfett (Paketware) zum Preise von K 111.-. In der gleichen Zeit wird 1/4 kg Verschleißmehl als normale Wochenration zum Kleinverkaufspreis von K 42.- pro kg ausgegeben. xms außerdem kommt nach Wahl 1/4 oder 1/4 kg Flussmehl zu K 500.- pro kg gegen Abschnitt „L“ der Mehlbezugskarte zur Ausgabe.

Die Erlangung der Zuschüsse nach dem Lebensmittelabbaugesetz. Der Magistrat hat die Kundmachung für die Anmeldung fkr zur Erlangung der Zuschüsse nach dem Lebensmittelabbaugesetz für halbebedürftige Personen, Invalide, Witwen und Waisen und Unterhaltsbeitragempänger erlassen. Ausgeschlossen von den Zuschüssen im Sinne der Kundmachung sind alle Arbeitnehmer (Angestellte, Arbeiter, Heimarbeiter, Lehrlinge), weil sie für sich, ihre nicht erwerbstätige Frau bezw. nicht erwerbstätige mindestens sechs Monate im Haushalt stehende Lebensgefährtin, Familienzugehörige Wirtschaftsführerin, die ehelichen, unehelichen und Stiefkinder und bei ihnen in unentgeltlicher Pflege stehenden Pflegekinder, die Zuschüsse vom Arbeitgeber erhalten. Weiter alle Personen, welche aus dem Titel der Sozialversicherung (Krankenversicherungsgesetz, Unfallversicherungsgesetz, Pensionsversicherungsgesetz, Bruderladenprovisionsversicherungen, Arbeitslosenunterstützung) beziehen, ferner alle Ruhe- oder Versorgungsgenüsse beziehenden Personen, sowie alle Personen, die aus ei-

genem Grundbesitz für sich und ihre Familie die nötigen Verbrauchsmengen von Brotmehl, Verschleißmehl und Fett beziehen. Beihilfebedürftige Personen haben zur Erlangung des Zuschusses bei den zuständigen Brotkommissionen vom 5. bis 10. Jänner die Anmeldung mündlich zu erstatten. Unbedingt mitzubringen sind der amtliche Einkaufsschein, ein Personaldokument, von inländischen Studierenden das Mittellosigkeitszeugnis und die Bestätigung ihrer Lehranstalt über die Fortdauer ihrer Studien. Womöglich sind auch die Geburtsscheine der Kinder, ein die österreichische Bundesbürgerschaft bezw. die Anwesenheitsdauer in der Republik Österreich nachweisendes Dokument, sowie allfällige Dokumente mitzubringen, durch welche die Angaben unterstützt werden können. Ausländische Studierende haben ein stempelfreies an die Bezirksabbaukommission gerichtetes Begründetes Ansuchen beim zuständigen magistratischen Bezirksamte einzubringen. Invalide, Kriegerwitwen und Kriegerwaisen, sowie Personen, die ein Unterhaltsbeitrag beziehen haben unbedingt den amtlichen Einkaufsschein, den Rentenbescheid, bezw. die Bestätigung über die Anmeldung eines Anspruches nach dem Invalidenentschädigungsgesetz (Vordruck G) nebst der letzten Prozentbestätigung der Invalidenentschädigungskommission oder den Zahlungsbogen der Unterhaltsbezirkskommission, ferner ein Personaldokument und womöglich die Geburtsscheine der Kinder mitzubringen. Die Auszahlung der Zuschüsse erfolgt nicht in Bargeld sondern in Gutscheinen, die von den Brot-, Mehl- und Fettverkäufern an Zahlungsstatt angenommen werden müssen.

Kein Silvesternachtverkehr auf der Strassenbahn. Die Direktion der städtischen Strassenbahnen hat bereits verlautbart, daß in der Silvesternacht der Verkehr auf der Strassenbahn aufrecht erhalten wird. Es wurden auch alle hierzu notwendigen Vorbereitungen getroffen. In letzter Stunde haben nun die Bediensteten eine über das gegenwärtig geltende Normale weit hinausgehende Bezahlung der Ueberstunden für den Silvesternachtverkehr verlangt. Die Verhandlungen darüber haben zu keinem Ergebnis geführt, da die Direktion erklärte, daß bei dem für die Silvesternacht festgesetzten Tarif von K 80.- schon bei dem gegenwärtigen Lohnsätzen sich ein Abgang ergeben müsse, die Bediensteten jedoch auf der höheren Bezahlung beharrten. Außerdem haben die Bediensteten neue Lohnforderungen gestellt, die auch eine starke Erhöhung der aufzahlung für die Ueberstunden vorsehen. Die Verhandlungen über diese Forderungen sind noch nicht aufgenommen worden. Die Gemeindeverwaltung konnte daher auch aus diesem Grunde die Forderungen der Bediensteten nach einer höheren Entlohnung der Ueberstunden für den Silvesternachtverkehr nicht billigen, weil sonst ein Präjudiz für die neuen Forderungen geschaffen worden wäre. Es wird daher heute nur der normale Bahnhofsverkehr stattfinden. - Der Silvesternachtverkehr auf den städtischen Kraftstellwagen bleibt im bekannten Ausmaß aufrecht.

Erhöhung des Fuhrwerkstarifes. Infolge der gestiegenen Materialpreise beim Automobilfuhrwerk und der Futtermittelpreise beim Pferdefuhrwerk hat sich der Magistrat über Einschreiten der betreffenden Genossenschaften veranlasst gesehen, eine Erhöhung des Maximaltarifes für das Platzfuhrwerk für Personentransport zuzugestehen. Mit Gültigkeit vom 1. Jänner gilt für das Platzfuhrwerk mit Fahrpreisanzeiger (Taxameter) der 500fache Friedensfahrpreis nach Taxe II. Auch für das Pferdefuhrwerk ohne Taxameter (Fiaker) wurde der Maximaltarif entsprechend erhöht.

Für Kleingärtner-Wegen Vornahme der Inventur bleibt das Materialdepot, 14 Zollernapergasse, den 2. Jänner geschlossen. Am 3. Jänner von 8 bis 3 Uhr werden im städt. Reservogarten, 12 Bibesbrunnengasse, prima Kritzendorfer- und Sisträucher zum Preis von 10 bis 20 K abgegeben. Die Futtermittelanweisungen für jene Kleingärtner- und Klein-

tierzüchtervereine, die ihren Bedarf bei der Kleingartenstelle angehalten haben, werden den einzelnen Vereinsvorständen bis 5. Jänner zugestellt. Die Bezugsdauer der Anweisungen Serie IV läuft vom 6. bis 31. Jänner. Futter wird nur gegen diese Anweisungen abgegeben.

Die Subventionen der Gemeinde. Im Finanzausschuss referierte heute GR. Hiess über die Subventionen der Gemeinde Wien an verschiedene Vereine und Institutionen. Der grösste Teil der im Voranschlag abgesetzten Beträge wurde bereits für besonders dringliche Zwecke wie für die Rettungsgesellschaft verausgabt, so dass sich ein Zuschusskredit von über 14 Millionen Kronen als erforderlich erwies. Die weitaus grösste Zuwendung erhielt diesmal der Verein der Freunde der Wiener Universität, in dessen Präsidium Bürgermeister Reumann vertreten ist. Die Widmung der Gemeinde für diesen Verein beträgt 5 Millionen Kronen. Namhafte Steigerungen gegenüber den Zuwendungen des Jahres 1920 wurden bei den Bildungsinstitutionen vorgenommen, von denen der Wiener Volksbildungsverein 1 Million, das Vereine Zentralbibliothek und Volkshelm je 500.000 K, der akademische Senat der Universität für die volkstümlichen Universitätskurse 200.000 K, die Urania 100.000 K erhielt. Die technische Hochschule wurde mit 50.000 K für die volkstümlichen Vorträge und Kurse beteiligt. In der Gruppe der Kunst sind vorgesehen für das Wiener Symphonieorchester 500.000 K, für den Wiener Dombauverein ebenfalls 500.000 K, für die Denkmäler der Tonkunst 60.000 K, für die Wiener Philharmoniker 50.000 K, für die Sezession 50.000 K, für den Verein für Volkskunde 50.000 K; ferner erhielten die biologische Versuchsanstalt der Akademie der Wissenschaften 50.000 K, die Kunstschnitzerei erhielt 10.000 K, der Verein für Frauen und Mädchen 15.000 K, der Verein für Selbsthilfe 25.000

K, die Vereinigung der arbeitenden Frauen 15.000 K. Aus der Gruppe der Wohlfahrtswerke seien angeführt: Der Verband für freiwillige Jugendfürsorge zur Verteilung an die ihm angeschlossenen Vereine 4 Millionen Kronen, das Haus der Barmherzigkeit, das erst in den letzten Tagen aus den Notstandsspenden vom Bürgermeister 200.000 K erhalten hat, nunmehr aus Gemeindemitteln 250.000 K, die Lehrlingsfürsorgekommission des Wiener Fortbildungsschulrates 200.000 K, die Lehrlingsfürsorgeaktion 300.000 K, der Hilfsverein für Lungenkranke 100.000 K, das Greisenasyl in Währing 50.000 K, der Charitasverband für sein Ambulatorium für Lungenkranke Kinder und die Mutterberatungsstelle je 50.000 K, das erste Wiener Volksküchenverein 100.000 K und ferner eine ganze Anzahl von Wohlfahrtsinstitutionen Beträge von 10.000 bis 20.000 K.

Nach eingehender Debatte wurden die Beträge genehmigt.

Neujahrempfang beim Bürgermeister. Heute vormittags überbrachten Magistratsdirektor Dr. Hartl mit den leitenden Beamten, die Direktoren der städtischen Unternehmungen und eine Abordnung des Verbandes der städtischen Angestellten dem Bürgermeister die Neujahrawünsche der städtischen Beamten und Bediensteten. Bürgermeister Reumann dankte den Erschienenen und gab der Hoffnung Ausdruck, dass die Gemeinde Wien auch in diesen schweren Zeiten bauend auf die Mitarbeit der Beamten und Bediensteten aufrecht bleiben werde.

